

JAHRES FINANZBERICHT

2013

Alle Bezeichnungen im Konzernbericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

KENNZAHLEN DER ÖVAG

Werte in EUR Mio.	2013	2012	2011
Bilanz ¹⁾			
Bilanzsumme	20.904	27.640	43.693
Forderungen an Kunden	7.081	10.040	12.717
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.148	2.542	2.713
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.085	9.935	13.452
Nachrangkapital	555	621	1.729
Eigenmittel			
Kernkapital (Tier I) nach Abzugsposten	1.588	1.709	2.305
Ergänzende EM (Tier II, Tier III) nach Abzugsposten	569	759	1.021
Anrechenbare Eigenmittel	2.156	2.467	3.326
Bemessungsgrundlage Kreditrisiko	9.574	13.443	22.947
Eigenmittelerfordernis Marktrisiko	63	95	121
Eigenmittelerfordernis operationelles Risiko	72	87	144
Eigenmittelüberschuss	1.254	1.210	1.225
Kernkapitalquote ²⁾	14,1 %	10,9 %	8,8 %
Eigenmittelquote ²⁾	19,1 %	15,7 %	12,7 %
Ergebnisse ³⁾			
Zinsüberschuss	188,6	222,1	441,0
Risikovorsorge	-23,5	-366,9	-103,6
Provisionsüberschuss	30,2	58,2	94,3
Handelsergebnis	8,4	32,2	2,9
Verwaltungsaufwand	-249,8	-261,5	-299,3
Restrukturierungsaufwand	0,0	0,0	-41,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	156,7	755,2	-365,3
Ergebnis Finanzinvestitionen	-48,9	26,9	-441,1
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-126,1	-1,9	-46,5
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereichs	15,3	48,6	-132,0
Ergebnis vor Steuern	-49,0	513,0	-891,2
Ertragsteuern	-24,4	-66,2	-98,1
Ergebnis nach Steuern	-73,4	446,8	-989,3
Fremdanteile	-26,6	-28,1	30,0
Konzernergebnis	-100,0	418,7	-959,3
Ratios ³⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	109,9 %	83,7 %	55,6 %
ROE vor Steuern	-5,3 %	65,3 %	-71,5 %
ROE nach Steuern	-7,4 %	56,3 %	-79,4 %
ROE Konzern	-11,2 %	75,2 %	-118,7 %
ROE vor Steuern (regulatorisch)	-7,0 %	38,5 %	-53,7 %
Ressourcen ³⁾			
Ø-Anzahl Mitarbeiter	1.877	1.960	3.120
hievon Inland	1.101	1.178	1.315
hievon Ausland	755	782	1.805
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.853	1.912	2.038
hievon Inland	1.101	1.137	1.253
hievon Ausland	752	775	785
Anzahl Vertriebsstellen	2	2	2
hievon Inland	1	1	1
hievon Ausland	1	1	1

¹⁾ Die Vergleichszahlen 2012 und 2011 wurden aufgrund von IAS 8 angepasst.

²⁾ bezogen auf das Gesamtrisiko

³⁾ Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle Kennzahlen wurden ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche bzw. der Veräußerungsgruppe dargestellt.

INHALT

Österreichische
Volksbanken-
Aktiengesellschaft

Lagebericht

Strategische Segmente

- | | | |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 5 Vorwort des Generaldirektors 6 Bericht des Aufsichtsrates 8 Corporate Governance <ul style="list-style-type: none"> 8 Corporate Governance Kodex 10 Der Vorstand 12 Der Aufsichtsrat 18 Vergütungsbericht | <ul style="list-style-type: none"> 22 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage <ul style="list-style-type: none"> 23 Geschäftsverlauf 26 Bericht über die Zweigniederlassungen 26 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren 29 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag 30 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens <ul style="list-style-type: none"> 30 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens 31 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten 34 Bericht über Forschung und Entwicklung 34 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess | <ul style="list-style-type: none"> 40 Segment Finanzierung 43 Segment Financial Markets 47 Non-core Business <ul style="list-style-type: none"> 47 Segment Non-core Unternehmen 47 Segment Non-core Immobilien 48 Segment Non-core Retail 50 Segment Non-core Bankbuch/Allgemein |
|--|---|---|

Konzernabschluss

Einzelabschluss

Personen und Adressen

54	Gesamtergebnisrechnung
55	Bilanz zum 31. Dezember 2013
56	Entwicklung des Eigenkapitals
57	Geldflussrechnung
58	Inhaltsverzeichnis Notes
60	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
149	Bilanzzeit
150	Bestätigungsvermerk

154	Bilanz zum 31. Dezember 2013
156	Gewinn- und Verlustrechnung
158	Anhang
183	Lagebericht
198	Bilanzzeit
199	Bestätigungsvermerk

204	ÖVAG Konzern
205	Ansprechpartner
206	Terminologie
207	Impressum

VORWORT DES GENERALDIREKTORS

Im Jahr 2013 haben wir ein großes Stück des Sanierungsplans der ÖVAG erfolgreich umgesetzt. Die Abbaumaßnahmen, die wir nach der Teilverstaatlichung im April 2012 begonnen haben, wurden zügig vorangetrieben. Die für das Jahr 2013 vorgesehenen Ziele des Restrukturierungsplans konnten dabei sogar deutlich übertroffen werden. Gleichzeitig ist es gelungen, die Abbaumaßnahmen sehr kapital-schonend vorzunehmen, sodass die ÖVAG und der ÖVAG Konzern das Jahr 2013 mit neuerlich gestei-gerten Eigenmittelquoten abschließen konnte. Die Sanierungszwischenbilanz fällt also positiv aus.

Aber es ist nur eine Zwischenbilanz. Noch liegt ein großes Stück des Weges vor uns. Einige Hürden auf diesem Weg sind bereits bekannt, wie die zu erwartete Erhöhung der erforderlichen Eigenkapitalquote durch die Aufsicht, oder die Umstellung auf die Regeln nach Basel III, wodurch in den nächsten Jahren signi-fikante Teile des bestehenden Eigenkapitals nicht mehr in vollem Umfang anrechenbar sein werden. Bekanntlich stehen im laufenden Jahr auch noch weitere aufsichtsrechtliche Prüfungen durch die Europäi-sche Zentralbank an, deren Ergebnisse und Auswirkungen auf die ÖVAG noch nicht abgeschätzt werden können.

Die Sanierungsanstrengungen müssen daher weiter mit großem Nachdruck vorangetrieben werden. Die Steuermittel, die seitens der Republik Österreich dem Institut zur Verfügung gestellt wurden, müssen effi-zient zum Abbau von Altlasten und Beteiligungsrisiken genutzt werden. Gleichzeitig gilt es, zielgerichtet am Aufbau eines nachhaltig erfolgreichen Volksbanken-Verbundes zu arbeiten. Nur dann wird es gelingen, allfällig weitere Belastungen für den Steuerzahler zu verhindern oder jedenfalls zu minimieren.

Dies bedeutet, dass wir weiterhin mit voller Kraft am Abbau von Bilanzvolumen und Risiken im ÖVAG Konzern arbeiten werden. Darüber hinaus ist es notwendig, die Volksbanken als Gesamtverbund nach-haltig zu stärken. Wir haben daher im Sommer letzten Jahres ein Strategieprojekt begonnen, dessen der-zeitiger Arbeitsstand eine deutliche Reduktion der Anzahl eigenständiger Volksbanken vorsieht. Die Umsetzung dieses Konzeptes wird große Anstrengungen in der ÖVAG und im gesamten Volksbanken-Verbund erfordern und einige Zeit in Anspruch nehmen.

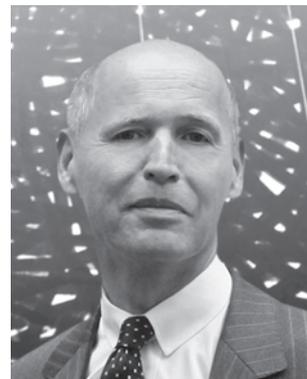
Das Ziel der Neuausrichtung ist die Schaffung einer Gruppe von starken Regionalbanken, die nahe am Markt agieren und eng mit ihren Kunden verbunden sind. Gleichzeitig gewährleistet die effiziente Organi-sation eine rasche und kostengünstige Abwicklung aller Transaktionen und Prozesse. Die zentralen Leistungen des Spitzeninstituts ÖVAG gestatten es den Bundesländer-Volksbanken, sich voll und ganz auf ihre Arbeit am Markt und für ihre Kunden zu konzentrieren.

Mittelfristig muss es gelingen, den Volksbanken-Verbund für Anleger ausreichend attraktiv zu machen, um eine nachhaltige Kapitalmarktfähigkeit zu erreichen.

Die ÖVAG und ihre Mitarbeiter arbeiten jedenfalls fokussiert und engagiert daran, die Ziele zu erreichen. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gleichzeitig ersuche ich sie, ihren Einsatz auch für noch kommende schwierige Zeiten aufrecht zu erhalten.

Wien, im März 2014

Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2013



Dr. Johann Georg Schelling
Vorsitzender des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (die „GESELLSCHAFT“ oder „ÖVAG“) hat sich im Geschäftsjahr 2013 in fünf ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung sowie in weiteren Besprechungen und Ausschüssen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik informiert.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes der GESELLSCHAFT wurden zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Bewilligungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Vergütungs- und Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Arbeitsausschuss. Bis zum 23.05.2013 bestand ein Personal- und Vergütungsausschuss, der aber vom Personalausschuss bzw. vom Vergütungs- und Nominierungsausschuss abgelöst wurde.

2. Der Bewilligungsausschuss hielt im Jahr 2013 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen behandelt wurden. An diesen Sitzungen nahmen regelmäßig sämtliche Mitglieder teil.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2013 drei Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagementsystem behandelt. Der Großteil der Mitglieder nahm an allen Sitzungen teil.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2013 in fünf Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der GESELLSCHAFT und ihren wesentlichen Konzernunternehmen auseinander. Der Großteil der Mitglieder nahm an allen Sitzungen teil.

Der Personal- und Vergütungsausschuss war bis zum 23.05.2013 tätig. Im Rahmen seiner Zuständigkeit als Personalausschuss erstattete er im Jahr 2013 in einer Sitzung Empfehlungen für die Nachbesetzung eines Vorstandsmandates und behandelte Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder. An dieser Sitzung nahmen alle Mitglieder teil.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss besteht seit 23.05.2013 und befasste sich im Jahr 2013 in drei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verbund und der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange. An seinen Sitzungen nahmen alle Mitglieder teil.

Der Arbeitsausschuss ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2013 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

3. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2013 intensiv mit dem Fortschritt der Restrukturierung der GESELLSCHAFT befasst und darüber regelmäßig Berichte erhalten. Ebenso hat sich der Aufsichtsrat in jeder ordentlichen Sitzung sowie im Rahmen seiner Ausschüsse mit den Berichten des Vorstandes über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst und Informationen zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG, zur Volksbank Romania als wichtigste Beteiligung und zu neuen regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene erhalten. Weiteres wichtiges Thema war die Entwicklung der Verbundstrategie. Nicht zuletzt hat der Aufsichtsrat mit der Nachbesetzung eines frei gewordenen Vorstandsmandats dafür Sorge getragen, dass der Vorstand seine Leitungstätigkeit kontinuierlich und in einer den bestehenden Herausforderungen angemessenen Art und Weise fortsetzen kann.

Weitere Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse im Geschäftsjahr 2013 können dem Corporate Governance-Bericht entnommen werden.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss der ÖVAG zum 31. Dezember 2013 (der „JAHRESABSCHLUSS“) samt Lagebericht und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 (der „KONZERNABSCHLUSS“) samt Konzernlagebericht wurden jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (die „KPMG“) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

4. Mit der Prüfung des Corporate Governance-Berichts wurde die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH beauftragt. Diese Prüfung hat in ihrem abschließenden Ergebnis zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Es wurde weiters bestätigt, dass der Corporate Governance-Bericht nicht nur den formalen, sondern auch den erweiterten inhaltlichen Anforderungen des Österreichischen Corporate Governance Kodex entspricht.

5. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht und den Corporate Governance-Bericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der JAHRESABSCHLUSS und der KONZERNABSCHLUSS durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden. Der Aufsichtsrat billigt daher den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht und den Corporate Governance-Bericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG eingehend besprochen wurden, konform.

6. Da im JAHRESABSCHLUSS ein Verlust ausgewiesen ist, entfällt der Vorschlag des Vorstands der ÖVAG für die Gewinnverwendung. Ebenso entfällt daher eine diesbezügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrats der ÖVAG mangels ausgewiesenen Gewinns im JAHRESABSCHLUSS.

7. Festgehalten wird, dass die GESELLSCHAFT im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 2 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

8. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr Engagement und den hohen Arbeitseinsatz in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld aus.

Wien, im März 2014

Für den Aufsichtsrat von
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft:



Dr. Johann Georg SCHELLING,
geb. 27.12.1953
Vorsitzender des Aufsichtsrates

CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT DER ÖSTERREICHISCHE VOLKSBANKEN-AKTIENGESELLSCHAFT

gemäß § 243b Unternehmensgesetzbuch sowie Regel 60 und 61 des Österreichischen Corporate Governance Kodex

Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex (im folgenden auch „ÖCGK“ genannt) stellt österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Die Regeln des ÖCGK basieren auf den Vorschriften des österreichischen Aktien-, Börse- und Kapitalmarktrechts, den EU-Empfehlungen zu den Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zu der Vergütung von Direktoren sowie auf den OECD-Richtlinien für Corporate Governance und gehen über die rein gesetzlichen Anforderungen an Aktiengesellschaften hinaus.

Die im Kodex enthaltenen Regeln sind in

- „L“-Regeln, die auf zwingenden Rechtsvorschriften beruhen,
- „C“-Regeln, bei denen ein Abweichen zulässig, aber zu begründen ist, und
- „R“-Regeln, die Empfehlungscharakter besitzen, untergliedert.

Für nicht-börsennotierte Gesellschaften wie die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) sind gemäß Präambel des ÖCGK alle nicht zwingend anwendbaren L-Regeln als C-Regeln zu interpretieren.

Geltung erlangt der ÖCGK durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Der ÖCGK ist unter www.corporate-governance.at abrufbar.

Bekanntnis zur Einhaltung der ÖCGK-Regeln

Die ÖVAG verpflichtet sich seit 2013 zur Einhaltung der Regeln des ÖCGK mit dem Ziel, Transparenz über eine verantwortungsvolle, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der sonstigen Stakeholder sowie der Öffentlichkeit herzustellen.

Die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung der einzelnen Regelungen des Kodex wird regelmäßig, mindestens alle drei Jahre durch eine externe Institution vorgenommen.

Für das Jahr 2013 erfolgte diese Evaluierung durch die „Univ.Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH“. Der Bericht über das Ergebnis der Evaluierung ist unter www.volksbank.com abrufbar.

Im Jahr 2013 hat die ÖVAG sämtliche L-Regeln und R-Regeln eingehalten. Abweichungen erfolgten von den nachstehend genannten C-Regeln:

Regel 2:

Das Prinzip „One Share - One Vote“ wird, solange die Republik Österreich (Bund) Namensaktien an der Gesellschaft hält, nicht angewendet als dieser das (ausschließlich an die FIMBAG-Finanzmarktbeitrags Aktiengesellschaft des Bundes übertragbare) Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) eingeräumt wird. Im Falle der Übertragung der bisher vom Bund an der Gesellschaft gehaltenen Namensaktien an die FIMBAG geht das diesbezügliche Entsendungsrecht von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf diese über. Sobald die FIMBAG diese an der ÖVAG gehaltenen Namensaktien wieder an die Republik Österreich (Bund) rückübertragen sollte, wird auch das ihr eingeräumte Recht auf Entsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Republik Österreich (Bund) (rück)übertragen.

Regel 27:

Im Hinblick auf die Restrukturierung der ÖVAG werden die Kriterien der Regel 27 i.V. mit der Anlage zu §39b BWG hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile des Vorstandes bei allen Vorstandsmitgliedern der ÖVAG nicht angewendet.

Regel 45:

Von der Regel, wonach Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion in anderen Gesellschaften wahrnehmen, die zum Unternehmen im Wettbewerb stehen, wird bezüglich der Aufsichtsratsmitglieder Frau Mag. Althaler, Herr Dr. Klaus Liebscher und Herr Mag. Franz Zwickl abgewichen, die in anderen Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen jeweils Aufsichtsratsmandate einnehmen. Dadurch wird branchenspezifisches Know-how und Erfahrung in die Wahrnehmung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrats zum Wohl des Unternehmens eingebracht.

Regel 74:

Von der Regel, wonach ein Unternehmenskalender mindestens zwei Monate vor Beginn des neuen Geschäftsjahres mit allen für Investoren und andere Stakeholder relevanten Terminen auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht wird, wurde abgewichen. Die Veröffentlichung erfolgte im Dezember 2013, sobald alle relevanten Termine fixiert waren.

Informationen zum Vorstand

Zusammensetzung des Vorstandes

(C-Regel 16 ÖCGK)

Im Geschäftsjahr 2013 waren

- Dr. Stephan Koren, geb. 14.12.1957, bestellt seit 03.09.2012 bis 31.08.2017 (Vorsitzender)
- Dkfm. Michael Mendel, geb. 13.06.1957, bestellt seit 01.01.2009 bis 31.12.2016 (Vorsitzender-Stv.)
- Mag. Christoph Raninger, geb. 03.02.1972, bestellt seit 15.02.2013 bis 28.02.2017
- Dr. Rainer Borns, geb. 07.08.1970, bestellt seit 06.08.2012 bis 31.07.2016

als Mitglied des Vorstandes der ÖVAG tätig.

Arbeitsweise des Vorstandes

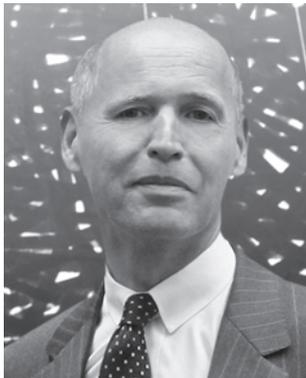
Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstandes ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Die vom Gesamtvorstand beschlossene Geschäftsverteilung wird vom Aufsichtsrat genehmigt. Die Geschäftsordnung regelt die Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen der Vorstandsmitglieder untereinander und gemäß einem Zustimmungskatalog die Angelegenheiten, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Die Vorstandsmitglieder haben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden und insbesondere die Erfüllung der Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes (§ 30a BWG) sowie die Einhaltung der gemäß Verbundvertrag in Kraft gesetzten Weisungen durch die Gesellschaft und die zugeordneten Kreditinstitute sicherzustellen.

Die Vorstandssitzungen finden regelmäßig (wöchentlich) statt, in welchen die Mitglieder des Vorstandes über den aktuellen Geschäftsverlauf berichten, Beschlüsse fassen und unternehmensstrategische Entscheidungen treffen. Darüber hinaus erfolgt auch außerhalb der Vorstandssitzungen ein kontinuierlicher Informationsaustausch über relevante Geschehnisse zwischen den Vorstandsmitgliedern.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements im Konzern. Darüber hinaus hält der Vorsitzende des Aufsichtsrates regelmäßig Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens.

ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES



Vorsitzender

Dr. Stephan Koren

geb. am 14.12.1957,
bestellt seit 3.9.2012 bis 31.8.2017

Zuständigkeitsbereich:

- Gemeinsame Angelegenheiten des Vorstandes
- Allgemeine Grundsätze der Geschäftspolitik
- Konzernsteuerung
- Koordinierung der einzelnen Geschäftsgruppen
- Repräsentation der Bank im In- und Ausland
- Verkehr mit Ämtern, FMA, Behörden, Notenbank, Interessensvertretungen / Volksbankensektor / anderen Kreditsektoren und deren Verbänden / ausländische Banken und Geldinstitutsgruppen / internationale Verbände (C.I.B.P.)
- Kontakt mit Österreichischem Genossenschaftsverband
- Kontakt mit Fachverband für Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch, Delegation in Aufsichtsräte, Ausschüsse, Organisationen und Gremien, die den besonderen Zielen der Bank und des Volksbankensektors dienen

- Generalsekretariat
- Revision
- Legal & Compliance
- Marketing und Kommunikation
- Personalmanagement/HR
- Unternehmensplanung und Finanzen
- Credit Services

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare

Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Wiener Stadtwerke Holding AG (Mitglied)
- Österreichische Industrieholding AG (Mitglied)
- Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH (Mitglied)
- Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)



Mitglied:

Mag. Christoph Raninger

geb. am 3.2.1972,
bestellt seit 15.2.2013 bis 28.2.2017

Zuständigkeitsbereich:

- Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
- Financial Markets & Group Treasury
- Capital Markets / Products & Sales
- Kommerzgeschäft

Beteiligungen:

- Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG
- Volksbank Invest Kapitalanlage GesmbH
- Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG
- VB Leasing Finanzierung
- Leasing West
- IMMO KAG
- IKIB Verwaltung GmbH

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare

Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)

Vorsitzender-Stellvertreter:

Dkfm. Michael Mendel

geb. am 13.6.1957,
bestellt seit 1.1.2009 bis 31.12.2016

Zuständigkeitsbereich:

- Strategische Projekte Abbau
- Volksbank Romania
- Strategisches Risikomanagement
- Operatives Risikomanagement
- Non Core
- Workout Immobilien

Beteiligungen:

- VB Managementberatung
- Volksbank Malta Ltd.
- VB Leasing International
- Investkredit Malta
- VB Real Estate Services
- REWO Unternehmensverwaltung GmbH

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare

Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- RHÖN-KLINIKUM AG Bad Neustadt / Saale (Mitglied)
- Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)



Mitglied:

Dr. Rainer Borns

geb. am 7.8.1970,
bestellt seit 6.8.2012 bis 31.7.2016

Zuständigkeitsbereich:

- Operationalisierung § 30 a BWG
- VB Services für Banken
- Interessenvertretung
- Organisation/IT
- IT Infrastruktur
- Vertrieb Volksbanken

Beteiligungen:

- ARZ
- VB Services für Banken
- VB Factoring

Mitgliedschaften:

- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken
- Internationale Volksbankenvereinigung (C.I.B.P.)

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare

Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft (Vorsitzender)
- ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH (Vorsitzender)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Allgemeine Bausparkasse reg. Gen.m.b.H. (Mitglied)
- Volksbank Quadrat Bank AG (Mitglied)
- Volksbank Obersteiermark eGen. (Mitglied)



INFORMATIONEN ZUM AUFSICHTSRAT

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

(C-Regel 58 ÖCGK)

Im Geschäftsjahr 2013 waren als Mitglied des Aufsichtsrats der ÖVAG tätig:

Dr. Johann Georg **Schelling**, geb. 27.12.1953, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)
(Vorsitzender)

Dr. Rainer **Kuhnle**, geb. 07.01.1967, bestellt vom 27.05.2004 bis 26.04.2012, seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)
(1. Stellvertreter)

Mag. Franz **Zwickl**, geb. 11.11.1953, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)
(2. Stellvertreter)

Mag. Susanne **Althaler**, geb. 22.03.1959, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)

Dr. Richard **Ecker**, geb. 22.02.1968, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)

Mag. Markus **Hörmann**, geb. 19.09.1963, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)

Mag. Klaus **Kumpfmüller**, geb. 29.11.1969, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017), ausgeschieden per 14.02.2013

Dr. Klaus **Liebscher**, geb. 12.07.1939, entsandt seit 28.12.2012 b.a.w.

Josef **Preissl**, geb. 02.03.1959, bestellt seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)

Edwin **Reiter**, geb. 06.05.1962, bestellt vom 24.05.2006 bis 26.04.2012, seit 26.04.2012 bis zur 43. ordentlichen Hauptversammlung der ÖVAG (2017)

Dipl.-Ing. Dr. Thomas **Steiner**, geb. 28.01.1980, entsandt seit 27.02.2013 b.a.w.

Vom Betriebsrat delegiert:

Hans **Lang**, geb. 17.10.1953, seit 08.06.2004 delegiert

Dipl.-BW (FH) Hermann **Ehinger**, geb. 12.10.1958, seit 03.03.2010 delegiert

Ing. Otto **Kantner**, geb. 05.09.1949, seit 01.10.2012 delegiert, ausgeschieden am 25.10.2013

Dipl.-Ing. Wolfgang **Agler**, geb. 11.05.1957, seit 01.10.2012 delegiert, ausgeschieden am 13.06.2013, seit 25.10.2013 delegiert.

Dr. Matthäus **Thun-Hohenstein**, geb. 22.02.1963, seit 13.04.2005 delegiert

Gabriele **Bauer**, geb. 07.03.1967, seit 13.06.2013 delegiert.

Andere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften für jedes Aufsichtsratsmitglied

(C-Regel 58)

Dr. Johann Georg Schelling

- keine

Dr. Rainer Kuhnle

- keine

Mag. Franz Zwickl

- Wiener Privatbank SE (Vorsitzender bis Mai 2013)
- CA Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft (Mitglied)

Mag. Susanne Althaler

- Wiener Privatbank SE (Mitglied seit Dezember 2013)

Dr. Richard Ecker

- keine

Mag. Markus Hörmann

- keine

Mag. Klaus Kumpfmüller

- keine

Dr. Klaus Liebscher

- keine

Josef Preissl

- keine

Edwin Reiter

- keine

Dipl.-Ing. Dr. Thomas Steiner

- keine

Ausschüsse des Aufsichtsrats

(C-Regel 39 ÖCGK)

Bewilligungsausschuss

- Edwin Reiter, Vorsitzender
- Mag. Klaus Kumpfmüller (bis 14.02.2013)
- Mag. Susanne Althaler
- Josef Preissl
- Dipl.Ing. Dr. Thomas Steiner (seit 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Hans Lang
- Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Prüfungsausschuss

- Mag. Franz Zwickl, Vorsitzender, Finanzexperte
- Dr. Rainer Kuhnle
- Dr. Richard Ecker
- Mag. Klaus Kumpfmüller (bis 14.02.2013)
- Dr. Klaus Liebscher (seit 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Hans Lang
- Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Risikoausschuss

- Josef Preissl, Vorsitzender
- Mag. Susanne Althaler
- Mag. Klaus Kumpfmüller (bis 14.02.2013)
- Edwin Reiter
- Dr. Klaus Liebscher (seit 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger
- Dr. Matthäus Thun-Hohenstein

Personal- und Vergütungsausschuss (bis 23.05.2013)

- Dr. Johann Georg Schelling, Vorsitzender, Vergütungsexperte (bis 23.05.2013)
- Dr. Rainer Kuhnle (bis 23.05.2013)

- Mag. Markus Hörmann (bis 23.05.2013)
- Mag. Franz Zwickl (bis 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Hans Lang (bis 23.05.2013)
- Ing. Otto Kantner (bis 23.05.2013)

Vergütungs- und Nominierungsausschuss (seit 23.05.2013)

- Dr. Johann Georg Schelling, Vorsitzender, Vergütungsexperte (seit 23.05.2013)
- Dr. Rainer Kuhnle (seit 23.05.2013)
- Mag. Markus Hörmann (seit 23.05.2013)
- Mag. Franz Zwickl (seit 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Hans Lang (seit 23.05.2013)
- Ing. Otto Kantner (bis 14.06.2013)
- Gabriele Bauer (seit 14.06.2013)

Personalausschuss (seit 23.05.2013)

- Dr. Johann Georg Schelling, Vorsitzender (seit 23.05.2013)
- Dr. Rainer Kuhnle (seit 23.05.2013)
- Mag. Markus Hörmann (seit 23.05.2013)
- Mag. Franz Zwickl (seit 23.05.2013)

Arbeitsausschuss (seit 23.05.2013)

- Dr. Johann Georg Schelling, Vorsitzender (seit 23.05.2013)
- Dr. Rainer Kuhnle (seit 23.05.2013)
- Josef Preissl (seit 23.05.2013)
- Mag. Franz Zwickl (seit 23.05.2013)

vom Betriebsrat delegiert:

- Hans Lang (seit 14.06.2013)
- Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger (seit 14.06.2013)

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

(C-Regel 53 ÖCGK)

Im Zuge der Einführung des ÖCGK hat der Aufsichtsrat der ÖVAG Kriterien für die Unabhängigkeit seiner Mitglieder in Anlehnung an Anhang 1 des ÖCGK festgelegt:

Leitlinien für die Unabhängigkeit

Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenkonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Darstellung, welche Mitglieder als unabhängig anzusehen sind (C-Regel 53 ÖCGK)

Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien haben sämtliche gewählte bzw. von einem Aktionär entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Unabhängigkeit erklärt.

Information zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates (C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat im November 2013 mit externer Begleitung durch die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH die Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere seine Organisation und Arbeitsweise evaluiert und das Ergebnis dieser Selbstevaluierung in seiner Sitzung am 12.12.2013 behandelt. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2014 einfließen lassen.

Arbeitsweise und Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013 und Bericht über seine Tätigkeit (C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat seine Tätigkeit nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung auszuüben. Er hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen, insbesondere ob durch die Tätigkeit des Vorstandes unter Berücksichtigung der förderwirtschaftlichen Zielsetzung der Gesellschaftszweck verwirklicht wird und die Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation gem. § 30a BWG eingehalten werden.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2013 sechs Sitzungen abgehalten.

In jeder ordentlichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat mit den Berichten des Vorstands über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst und Informationen zum Fortschritt der Restrukturierung, zur Volksbank Romania als wichtigste Beteiligung und zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG und den neuen regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene erhalten. Ebenso wurden die Berichte der Internen Revision behandelt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen.

Der Aufsichtsrat befasste sich weiters regelmäßig mit den ihm vorgelegten Anträgen, die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung seiner Zustimmung bedürfen.

In seiner außerordentlichen Sitzung am 11.02.2013 hat der Aufsichtsrat, der Empfehlung des Personal- und Vergütungsausschusses folgend, Mag. Christoph Raninger zum Mitglied des Vorstandes bestellt.

In der ordentlichen Sitzung am 21.03.2013 wurden der Jahresabschluss zum 31.12.2012 und der Lagebericht sowie der Konzernabschluss zum 31.12.2012 geprüft, die Prüfberichte des Bankprüfers ausführlich behandelt, und gemäß der Empfehlung des Prüfungsausschusses der Jahresabschluss zum 31.12.2012 gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt sowie der Lagebericht und Konzernabschluss zur Kenntnis genommen. Dem Antrag des Vorstandes folgend, erklärte der Aufsichtsrat seine Zustimmung, dass die ÖVAG ab dem Geschäftsjahr 2013 dem ÖCGK entspricht. Weiters wurden die Jahresberichte für Compliance und Geldwäsche vorgelegt. Der Aufsichtsrat genehmigte die vorgelegte Tagesordnung und die Wahl- und Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung am 23.05.2013 und verabschiedete den Bericht des Aufsichtsrates gemäß § 96 Aktiengesetz für das Geschäftsjahr 2013.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats, die nach der ordentlichen Hauptversammlung am 23.05.2013 stattfand, wurden der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie seine Stellvertreter gewählt, die Zusammensetzung der Ausschüsse des Aufsichtsrats festgelegt und die Ablösung des bisherigen Personal- und Vergütungsausschusses durch einen Personalausschuss sowie einen Vergütungs- und Nominierungsausschuss beschlossen. Weiters wurde die Fit & Proper-Policy behandelt und unmittelbar danach im Umlaufweg genehmigt.

In seiner ordentlichen Sitzung am 20.06.2013 wurde dem Aufsichtsrat im Detail über den Fortschritt der Restrukturierungsmaßnahmen und der Projekte im Verbund gemäß § 30a BWG berichtet. Der Aufsichtsrat genehmigte Anträge zum Rückkauf von Tier 2-Instrumenten sowie zum Verkauf von Konzernhäusern.

In der ordentlichen Sitzung am 26.09.2013 genehmigte der Aufsichtsrat Kapitalmaßnahmen für die Tochtergesellschaft Volksbank Romania.

In der ordentlichen Sitzung am 12.12.2013 verabschiedete der Aufsichtsrat die Planung und das Projekt- und Investitionsbudget für 2014 und besprach die weitere Entwicklung der Verbundstrategie. Weiters wurde dem Aufsichtsrat der jährliche Bericht zur Bekämpfung von Korruption im Unternehmen vorgelegt. Der Aufsichtsrat besprach das Ergebnis der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats gemäß C-Regel 36 ÖCGK und fasste einen Beschluss über die Festlegung der Kriterien für die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder gemäß C-Regel 53 ÖCGK.

Anzahl und Art der eingerichteten Ausschüsse und deren Entscheidungsbefugnisse (C-Regel 34) sowie

Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse im Geschäftsjahr 2013 und Bericht über ihre Tätigkeit (C-Regel 39)

Der Aufsichtsrat hat sechs Ausschüsse gebildet: den Bewilligungsausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Vergütungs- und Nominierungsausschuss, den Personalausschuss und den Arbeitsausschuss.

Der Bewilligungsausschuss ist zuständig für die Zustimmung zu Aktivposten, welche eine bestimmte, vom Aufsichtsrat festzulegende Wertgrenze übersteigen, sowie zur Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, soweit der Buchwert EUR 2.000.000,- nicht übersteigt, und der Bewilligungsausschuss hat im Jahr 2013 in vier Sitzungen die in seine Kompetenz fallenden Gegenstände behandelt.

Der Prüfungsausschuss ist zuständig für

- i) die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses;
- ii) die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems;
- iii) die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung;
- iv) die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die ÖVAG bzw. ihren Konzern erbrachten zusätzlichen Leistungen;
- v) die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und des Corporate Governance Berichts sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
- vi) die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts;
- vii) die Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats für die Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers)

und erörterte diese Belange im Jahr 2013 in drei Sitzungen.

Der Risikoausschuss ist zuständig für

- i) die Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie,
- ii) die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß § 39 Abs. 2b Z 1 bis 14 BWG, der Eigenmittelausstattung und der Liquidität,
- iii) die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte dem Geschäftsmodell und der Risikostrategie angemessen ist und gegebenenfalls Vorlage eines Plans mit Abhilfemaßnahmen;
- iv) Unbeschadet der Aufgaben des Vergütungsausschusses, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt von realisierten Gewinnen berücksichtigt werden.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2013 in fünf Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der ÖVAG und ihrer wesentlichen Konzernunternehmen auseinander.

Der Personal- und Vergütungsausschuss war bis zum 23.05.2013 zuständig für den Abschluss von Verträgen mit Vorstandsmitgliedern, die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem. Weiters war der Ausschuss zuständig für die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gem. § 39 Abs. 2b Z 1 – 10 BWG, der Eigenmittelausstattung und Liquidität, wobei auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern des Kreditinstitutes zu berücksichtigen sind. Der Ausschuss erstattete im Jahr 2013 in einer Sitzung im Rahmen seiner Zuständigkeit als Personalausschuss Empfehlungen für die Nachbesetzung von Vorstandsmandaten und behandelte Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Dienstverträgen von Vorstandsmitgliedern. Der Personal- und Vergütungsausschuss wurde am 23.05.2013 von einem Personalausschuss sowie von einem Vergütungs- und Nominierungsausschuss abgelöst.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss ist zuständig für Vergütungs- und Nominierungsbelange. Die Vergütungsbelange umfassen

- i) die Vorbereitung und Fassung von Beschlüssen zum Thema Vergütung, einschließlich solcher, die sich auf Risiko und Risikomanagement des Kreditinstitutes auswirken;
- ii) die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gem. § 39 Abs. 2b Z 1 – 10 BWG, der Eigenmittelausstattung und Liquidität, wobei auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern des Kreditinstitutes sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität zu berücksichtigen sind.

Die Nominierungsbelange umfassen die folgenden Angelegenheiten:

- i) Bewerber für die Besetzung frei werdender Stellen in der Geschäftsleitung zu ermitteln und dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten;
- ii) den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Vorschlägen an die Hauptversammlung für die Besetzung frei werdender Stellen im Aufsichtsrat zu unterstützen;
- iii) regelmäßig, jedenfalls jedoch, wenn Ereignisse die Notwendigkeit zur Neubeurteilung anzeigen, eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten;
- iv) regelmäßig, jedoch zumindest jährlich, eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der Geschäftsleiter als auch der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchzuführen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen;
- v) den Kurs der Geschäftsleitung im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements zu überprüfen und den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss besteht seit 23.05.2013. Da die oben angeführten Nominierungsbelange dem Ausschuss per 01.01.2014 zugewiesen wurden, befasste er sich in den im Jahr 2013 abgehaltenen drei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verbund und der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange.

Der Personalausschuss ist zuständig für die Behandlung aller Personalbelange der Vorstandsmitglieder in gesellschaftsrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht sowie für die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem. Der Personalausschuss besteht seit dem 23.5.2013 als eigenständiger Ausschuss, davor wurden diese Agenden vom Personal- und Vergütungsausschuss behandelt. Der Personalausschuss hielt seit seiner Bildung im Jahr 2013 eine Sitzung ab, in der er sich mit den mit einem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied getroffenen Vereinbarungen befasste.

Der Arbeitsausschuss ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2013 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

Den oben angeführten Ausschüssen kommt innerhalb ihres zugewiesenen Kompetenzbereiches jeweils Entscheidungsbefugnis zu.

Für Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse wird auch auf den Bericht des Aufsichtsrates verwiesen.

Bekanntnis zur Förderung von Frauen in Organ- und Leitungsfunktionen

Der ÖVAG ist die Chancengleichheit und Diversität hinsichtlich Geschlecht, Alter, Herkunft, etc. ein wesentliches Anliegen. Daher wurde 2009/2010 das Projekt "Diversity Management" im Rahmen einer Corporate Social Responsibility (CSR)-Initiative ins Leben gerufen. Weiters achtet die ÖVAG im Rahmen der Frauenförderung insbesondere auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie („Work Life-Balance“) und bekennt sich dazu, dass es der konsequenten Fortführung der bestehenden und auch der Offenheit gegenüber neuen Initiativen bedarf, um den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern, und ruft Frauen dazu auf, die Möglichkeiten dafür zu nutzen.

Bekanntnis zur Bekämpfung von Korruption

Der Vorstand der ÖVAG bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen korruptive Handlungen und berichtet dem Aufsichtsrat jährlich über die Vorkehrungen in der ÖVAG zur Bekämpfung von Korruption. Neben einer Arbeitsanweisung über die Annahme und Gewährung von Geschenken, welche für den Vorstand gleichermaßen gilt, wie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie sonstige Beauftragte der ÖVAG, ist in der ÖVAG ein strukturiertes und umfassendes Internes Kontrollsystem implementiert. Die ÖVAG ist seit Januar 2014 korporatives Mitglied von Transparency International Austrian Chapter und unterstützt damit aktiv deren Engagement gegen Korruption.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung der Vorstandsmitglieder

(C-Regel 30 und 31 ÖCGK)

Bezüge für das Geschäftsjahr 2013 in EUR:

	Fixe Bezüge	Sonstige Bezüge	Variable Bezüge	Gesamtbezüge
Dr. Stephan Koren	549.999,94	65.578,77	0	615.578,71
Dkfm. Michael Mendel	475.000,12	136.071,50	0	611.071,62
Mag. Christoph Raninger	393.859,33	51.992,42	0	445.851,75
Dr. Rainer Borns	389.999,96	53.587,23	0	443.587,19

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen.

In der Position „Sonstige Bezüge“ sind Pensionskassenbeiträge bzw. Rentenversicherungsbeiträge, Beiträge zur Vorsorgekasse (Abfertigung Neu) und div. Sachbezüge enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der ÖVAG.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Die Verpflichtungen und Vorgaben der Regel 27a des Corporate Governance Kodex sowie die Anlage zu § 39b BWG werden eingehalten. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages.

Veröffentlichung der im Geschäftsjahr 2013 gewährten Vergütungen für jedes Aufsichtsratsmitglied einzeln in EUR

(C-Regel 51 ÖCGK)

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 24.05.2006 wurde für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ein Gesamtbetrag von EUR 101.000,- (exkl. Sitzungs- und Taggeld) festgelegt. Dieser Betrag wurde seitdem – auch in Berücksichtigung der Restrukturierung der ÖVAG – nicht mehr erhöht.

Das Vergütungsschema für den Aufsichtsrat gestaltet sich wie folgt:

Vorsitzender	EUR	25.000,-
Stellvertretende Vorsitzende	EUR	12.500,-
Ausschussvorsitzende	EUR	7.000,-
Einfache Mitglieder	EUR	6.000,-

Die Vergütungen werden an die Aufsichtsratsmitglieder jeweils nach der ordentlichen Hauptversammlung rückwirkend für das vorige Geschäftsjahr (aliquotiert nach Mandatsdauer) ausbezahlt.

Für das Jahr 2013 fallen für die Aufsichtsratsmitglieder folgende Sitzungs- und Taggelder sowie Vergütungen an:

	Sitzungs- u. Taggeld ¹	AR-Vergütung ²	Gesamtsumme
Mag. Susanne Althaler	1.322,61	6.000,00	7.322,61
Dr. Richard Ecker	857,52	6.000,00	6.857,52
Mag. Markus Hörmann	973,79	6.000,00	6.973,79
Dr. Rainer Kuhnle	1.046,46	12.500,00	13.546,46
Mag. Klaus Kumpfmüller	101,74	739,73	841,47
Dr. Klaus Liebscher	755,78	6.000,00	6.755,79
Josef Preissl	1.220,87	7.000,00	8.220,87
Edwin Reiter	1.322,61	7.000,00	8.322,61
Dr. Hans Jörg Schelling	872,05	25.000,00	25.872,05
Dipl.-Ing. Dr. Thomas Steiner	726,71	5.063,01	5.789,72
Mag. Franz Zwickl	1.220,87	12.500,00	13.720,87
Dipl.-Ing. Wolfgang Agler	-	-	-
Gabriele Bauer	-	-	-
Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger	-	-	-
Ing. Otto Kantner	-	-	-
Hans Lang	-	-	-
Dr. Matthäus Thun-Hohenstein	-	-	-
In Summe:	10.421,01	93.802,74	104.223,75

¹ Wurde im Jahr 2013 bereits ausbezahlt

² Wird im Jahr 2014 nach der ordentlichen Hauptversammlung ausbezahlt

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind grundsätzlich keine Stock-Option-Pläne vorgesehen.

D&O-Versicherung

Es wird auf das Bestehen einer derartigen Versicherung für Vorstand, Aufsichtsrat und leitende Angestellte hingewiesen, deren Kosten von der ÖVAG getragen werden.

Wien, im März 2014

Der Vorstand

Dr. Stephan Koren
Vorsitzender

Dkfm. Michael Mendel
Stv. Vorsitzender

Mag. Christoph Raninger
Mitglied

Dr. Rainer Borns
Mitglied

LAGEBERICHT

- 22** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 23 Geschäftsverlauf
 - 26 Bericht über die Zweigniederlassungen
 - 26 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 29 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 30** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 30 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 31 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 34** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 34** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

DER LAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Die Österreichische Volksbanken Aktiengesellschaft (ÖVAG) ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland (insbesondere Tschechien, Slowakei, Malta, Polen, Ungarn) agierenden Tochtergesellschaften. Die ÖVAG befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungsfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden (zu weiteren Ausführungen des so genannten Core Bereichs verweisen wir auf die Erläuterungen der Segmentberichterstattung in den Notes (Kapitel 51)).

Im Bereich Non Core sind alle Assets, Beteiligungen und Tochterunternehmen gebündelt, die nicht mehr zum Kerngeschäft der ÖVAG gehören. In Übereinstimmung mit dem Restrukturierungsplan müssen diese werterhaltend abgebaut oder verkauft werden. Dazu zählen insbesondere im Bereich der Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen die Volksbank Romania S.A., die VB Leasing International sowie die Volksbank Malta und IK International Bank, Malta; bei den vorgenannten Gesellschaften wird derzeit in unterschiedlichen Szenarien der Abbau bzw. der Verkauf evaluiert. Darüber hinaus werden auch Kreditportfolien und weitere Finanzierungen, die dem Non Core Bereich zugeordnet sind, sukzessive abgebaut oder verkauft.

Wirtschaftliches Umfeld

Die Konjunktur war im vergangenen Jahr mit einer durch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) geschätzten realen Jahreswachstumsrate von 0,3% sehr schwach, dass auch die rückläufigen Daten vom Kreditmarkt nicht überraschen dürfen. Sowohl der Kreditmarkt als auch die Gesamtwirtschaft wiesen in Österreich aber bessere Wachstumsraten auf als in der Eurozone insgesamt. Den größten Wachstumsbeitrag lieferte der Außenhandel. Die für das Bankgeschäft wichtigere private Inlandsnachfrage stagnierte jedoch (Konsum) bzw. war sogar rückläufig (Investitionen).

Die Teuerung war mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,1% nach EU-Berechnungsmethode moderat (nationale Methode: 2%) mit fallender Tendenz. Sie war aber auch zum Jahresende noch höher als in der Eurozone insgesamt. Die Arbeitslosenrate – einmal mehr die niedrigste innerhalb der Eurozone – war für österreichische Verhältnisse hoch und nahm im Jahresverlauf auf 9,5% (nationale Methode) zu. Im Jahresdurchschnitt betrug sie nach nationaler Methode 7,7%.

Trotz der Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank sind sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen im Laufe des vergangenen Jahres leicht angestiegen; sie blieben aber auf sehr niedrigem Niveau. Die Rendite der zehnjährigen österreichischen Staatsanleihe lag zu Jahresende bei 2,27% und damit um etwa 50 Basispunkte höher als zu Jahresbeginn.

Das ungewöhnlich niedrige Zinsniveau, die schwache Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen und die zunehmende Arbeitslosigkeit trugen dazu bei, dass die Einlagen privater Haushalte im vergangenen Jahr österreichweit stagnierten. Während 2012 noch ganz durch die „Flucht in Sachwerte“ gekennzeichnet war, verlor dieser Trend 2013 an Schwung. Wertpapiere wurden wieder mehr, Immobilien etwas weniger nachgefragt. Die Entwicklung der Immobilienpreise flachte etwas ab. Laut OeNB-Index betrug die Zunahme in Wien 8,6% (2012: 15,8%), außerhalb Wiens lag sie bei 2,7% (2012: 10,8%). Die höchste Zuwachsrate wiesen weiterhin die Eigentumswohnungen auf (6,4% nach 11,6% im Jahr 2012). In der Eurozone blieb die Jahresveränderung der Wohnimmobilienpreise zumindest im dritten Quartal hingegen noch negativ, wobei seit dem 2. Quartal aber leichte Zuwächse im Quartalsvergleich verzeichnet wurden. Umgekehrt war der Verlauf in Rumänien, wo die Preise im dritten Quartal zwar noch höher waren als ein Jahr zuvor, seit dem zweiten Quartal jedoch wieder rückläufige Quartalsraten zu beobachten waren. Laut EBUILD stieg auch die Bautätigkeit am rumänischen Wohnungssektor, die von 2010 bis 2012 negative Jahresraten aufwies, 2013 wieder an; auch der Nicht-Wohnbau expandierte.

In den meisten Ländern Zentral- und Südosteuropas waren die Preise für Wohnimmobilien zum Ende des dritten Quartals laut Eurostat etwas niedriger als ein Jahr zuvor. Sehr deutlich war der Rückgang allerdings in Kroatien. Die Bautätigkeit war in den meisten zentraleuropäischen Ländern in- und außerhalb des Wohnbaus schwach.

2013 nahm die Bruttowertschöpfung – in absteigender Reihenfolge – in den folgenden Sektoren in Österreich zu: Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Warenproduktion und Bergbau, Bauwesen, Grundstücks- und Wohnungswesen. In den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen war sie hingegen rückläufig.

Trotz der Zunahme bei der Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungswesen war das Betriebsergebnis aller österreichischen Kreditinstitute laut OeNB zusammen in den ersten drei Quartalen 2013 um etwa 13% niedriger als im gleichen Zeitraum 2012. Am niedrigen Zinsniveau gelitten haben vor allem die Zinserträge, die gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um fast 20% gefallen sind. Der Nettozinsertrag ist im gleichen Zeitraum um etwa 2% gefallen. Ebenfalls gelitten haben die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, während die Provisionserträge zulegen konnten.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hat Österreich noch immer eine sehr gute Kreditqualität zu verzeichnen. Laut Statistik des Internationalen Währungsfonds lag der Anteil von Non-performing Loans in Österreich im ersten Quartal 2013 bei 2,8%. Die Anzahl der Insolvenzen war 2013 in fast allen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (Österreich gesamt: -10%), die einzelnen Fälle waren zum Teil aber ungewöhnlich groß. Den stärksten Rückgang verzeichnete Vorarlberg mit fast 25%. Ein sehr leichter Anstieg war nur in Tirol zu verzeichnen.

Der für das Auslandsgeschäft wichtige Markt Rumänien wies im vergangenen Jahr durchaus robuste makroökonomische Eckdaten aus. Das Bruttoinlandsprodukt erreichte im dritten Quartal eine reale Jahreswachstumsrate von 4,1%. Dies ging erwartungsgemäß zwar teilweise auf einen positiven Basiseffekt in der Landwirtschaft zurück, es wird aber auch im Gesamtjahr 2013 ein reales BIP-Wachstum von mehr als 2% erwartet (zB EU-Kommission November 2013: 2,2%). Das Leistungsbilanzdefizit, das das Land vor der Finanzkrise zunehmend abhängig von kurzfristigen Kapitalzuflüssen und entsprechend anfällig gemacht hatte, ist 2013 weiter gesunken. Stark rückläufig entwickelte sich die Inflation, die in der zweiten Jahreshälfte ins Zielband zurückkehrte und im Dezember mit 1,55% sogar den tiefsten Wert seit 24 Jahren erreichte. Trotz des 2013 verzeichneten Wirtschaftswachstums ist die Non-Performing-Loan-Quote für den gesamten rumänischen Bankensektor in den ersten drei Quartalen weiter angestiegen und lag laut Zentralbank im dritten Quartal bei 21,6%.

Geschäftsverlauf

In 2013 konnten bereits zahlreiche Abbau-Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden: Hierzu zählt, neben dem Abbau des Non-Core Business Corporate Customers Bereich von über 1 Mrd. Euro und letztendlich der Schließung des Bereichs zum Jahresultimo 2013, auch der Verkauf zahlreicherer Büroobjekte (Renngasse 10, Wasagasse 2, Peregringasse 2 und 4 sowie der Kolingasse 15-17 und 19, sämtliche in Wien gelegen). Auch der weitere Abbau von Private Equity Positionen und die weitere Reduktion des Verbriefungsportfolios konnte in 2013 vorangetrieben werden. Durch den in 2013 erfolgreich durchgeführten Rückkauf und Umtausch von Ergänzungskapitalanleihen konnte das Eigenkapital gestärkt werden.

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Eigenmittelquote im Fokus der strategischen Zielsetzung. Das Ergebnis des Jahres 2013 ist jedoch zwangsläufig durch Einmaleffekte aufgrund von Verkaufsverlusten im Rahmen der Abbaumaßnahmen belastet. Im Weiteren erforderte die neue Aufgabenstellung der ÖVAG umfangreiche Investitionen bei Personal- und Sachkapazitäten mit entsprechenden Kosten, die das Ergebnis zusätzlich belasten.

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2013

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR -49 Mio. Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen liegt bei EUR -100 Mio.

Der Zinsüberschuss für das Geschäftsjahr 2013 beträgt EUR 189 Mio. (VJ EUR 222 Mio.) und liegt damit um EUR 33 Mio. unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode. Während die Zinsen im Bereich des Core-Business weitgehend stabil blieben, zeigt der Non-core-Bereich einen deutlichen Rückgang um EUR 42 Mio. Hauptträger dieses Rückgangs ist das Segment Non-core Unternehmen (Rückgang um EUR 27 Mio.), was primär auf den Abgang von Kundenforderungen zurückzuführen ist (von EUR 1,9 Mrd. Ende 2012 auf EUR 700 Mio. in 2013). Hier sind in mehreren Tranchen Kredite verkauft worden, an

erster Stelle ist der Verkauf von Krediten an die RBI zu nennen: Im Zuge von mehreren Teiltransaktionen konnten im Geschäftsjahr 2013 insgesamt Kredit- und Haftungsvolumina in Höhe von EUR 632 Mio. (Corporates) und EUR 204 Mio. (Real Estate) an die RBI übertragen werden; die ÖVAG realisierte aus diesen Übertragungen einen Verlust in Höhe von EUR 17 Mio. EUR, dem jedoch ein Eigenmittelentlastungseffekt gegenüber steht. Weiters weist das Segment Immobilien einen Rückgang des Zinsüberschusses von EUR 14 Mio. auf, was ebenfalls auf die gesunkenen Kundenforderungen zurückzuführen ist. Da Verkäufe schwerpunktmäßig im 2. Halbjahr stattgefunden haben, ist der Effekt auf Zinsen kleiner als bei Non-core Unternehmen.

Weiters minderte die Zinsanpassungselastizität (die Anpassung an das gesunkene Zinsniveau erfolgte auf der Aktivseite schneller als auf der Passivseite) das Zinsergebnis.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 30 Mio. (VJ EUR 58 Mio.) und ging im Vergleich zur Vorperiode um EUR 28 Mio. zurück. Das Absinken im Bereich Core-Business ist auf Kosten für Collaterals (EUR 8 Mio.) zurückzuführen, was zum einen mit dem geänderten Ausweis nunmehr im Provisionsaufwand und zum anderen mit erhöhten Kosten für die Vorhaltung von Liquiditätspuffern zusammenhängt. Im Bereich Non-Core ist der Rückgang auf geringere Kredit- und Garantiegebühren zurückzuführen, was aus dem Rückgang des Volumens sowie aus dem Umstand resultiert, dass hier kein Neugeschäft mehr betrieben wird. Zusätzlich haben Kosten für staatliche Garantien (Asset Garantie) die Gewinn- und Verlustrechnung erstmals 2013 mit EUR 10 Mio. belastet.

Das Handelsergebnis beträgt im Berichtsjahr EUR 8 Mio. und ist im Vergleich zur Vorperiode (EUR 32 Mio.) um EUR 24 Mio. gesunken.

Der Verwaltungsaufwand konnte geringfügig um EUR 11 Mio. auf EUR 250 Mio. (VJ EUR 261 Mio.) gesenkt werden. Die Effekte aus dem Kostensenkungsprogramm werden teilweise durch Belastungen aus der Zuziehung von externen Beratern kompensiert. Im Vorjahr führte eine Änderung des Rechnungszinssatzes zu einer erhöhten Dotierung für Personalrückstellung. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2012 um 59 Mitarbeiter und beträgt nun 1.853 Mitarbeiter. Davon sind 752 Mitarbeiter nicht in Österreich beschäftigt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beträgt für das Geschäftsjahr 2013 EUR 157 Mio. (VJ EUR 755 Mio.). Im Berichtszeitraum wurde erstmalig die von der Republik Österreich am 15. März 2013 abgegebene Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) im Höchstbetrag von EUR 100 Mio. erfasst. Gemeinsam mit der in der Asset Garantie inkludierten Besserungsvereinbarung wurden im Geschäftsjahr 2013 EUR 69 Mio. im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Das Ergebnis aus dem Verkauf von eigengenutzten Gebäuden beträgt EUR 40 Mio. Der im dritten Quartal 2013 erfolgte Rückkauf von Ergänzungskapitalanleihen führte im Konzernabschluss zu einem Ergebnis von EUR -26 Mio. Im Vorjahr erfolgte erstmalig die Anpassung der Buchwerte von Partizipationskapital 2008 und von Ergänzungskapital durch Abzinsung der geschätzten zukünftigen Zahlungsströme (gemäß IAS 39.AG8); dies führte in der Vergleichsperiode zu einem sonstigen betrieblichen Ergebnis von EUR 648 Mio., im Berichtsjahr 2013 zu EUR 89 Mio. Wie bereits in der Ad-hoc Meldung vom 28. November 2013 bekanntgegeben, werden auf ÖVAG-Einzelinstitutsebene sowohl für das Geschäftsjahr 2014 als auch für 2015 negative Ergebnisse erwartet. Aus diesem Grund ist aus heutiger Sicht eine Zahlung von Zinsen auf ergebnisabhängige Instrumente in den Jahren 2015 und 2016 nicht zu erwarten, auch wenn diese nicht dem Dividendenschüttungsverbot der Europäischen Kommission unterliegen. Gemäß § 23 Abs. 7 BWVG (in der Fassung vor Inkrafttreten des BGBl 1 2013/184) sind Ergänzungskapitalanleihen jene eingezahlten Eigenmittel, die nur unter anteiligem Abzug der während ihrer Laufzeit angefallenen Nettoverluste zurückgezahlt werden dürfen. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass die Tilgung von Ergänzungskapitalanleihen, die von der ÖVAG emittiert wurden, in Folge substanzieller Verluste vor allem in den Jahren 2009 und 2011 jedenfalls unter dem Nominalwert von 100% erfolgen wird. Für weitere Details verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (Kapitel 34). Weiters wird in der Vergleichsperiode auch der Ertrag aus dem im Juli 2012 erfolgten Verkauf von hybridem Tier I Kapital in Höhe von EUR 143 Mio. sowie die für die drohende Inanspruchnahme einer Haftung für Kapitalertragsteuern gebildete Rückstellung in Höhe von EUR 19 Mio. ausgewiesen.

Die Risikovorsorgen betragen im Geschäftsjahr 2013 EUR 23 Mio. Im Vergleich zum Vorjahreswert von EUR 367 Mio. ist dies eine Verringerung von EUR 344 Mio.; aufgrund des Rückgangs in den zukünftig erwarteten Wertberichtigungen konnte die Portfoliowertberichtigung in Höhe von EUR 120 Mio. ergebniswirksam verringert werden; dies betrifft vor allem das Segment Non-core Immobilien.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR –49 Mio. (VJ EUR +27 Mio.) und liegt damit um EUR 76 Mio. unter der Vergleichsperiode. Aus der Bewertung von Garantien für kapitalgarantierte Fonds musste in der Berichtsperiode ein Ergebnis von EUR –21 Mio. erfasst werden. Die Bewertung von investment property Vermögenswerten beträgt im Geschäftsjahr 2013 EUR –31 Mio. (VJ EUR –53 Mio.) und von Beteiligungen an Immobiliengesellschaften EUR –9 Mio. (VJ EUR –20 Mio.). Der im ersten Quartal 2012 erfolgte Verkauf der VICTORIA Volksbanken Versicherungsgesellschaften schlug sich mit einem positiven Veräußerungsergebnis in Höhe von EUR 18 Mio. in der Vergleichsperiode nieder.

Das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity umfasst die ergebniswirksame Abschreibung des im Jahr 2013 durch Kapitalmaßnahmen erhöhten Wertansatzes der VB Romania S.A. (VB RO).

Dem latenten Steuerertrag auf Bewertungsunterschiede im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung sowie aus dem Rückkauf des Ergänzungskapitals steht ein latenter Steueraufwand aus dem Ansatz der Asset Garantie, der Auflösung der Portfoliowertberichtigung sowie aus der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern aufgrund mangelnder Verwertbarkeit der Verlustvträge in den nächsten vier Jahren gemäß der aktuellen Steuerplanung gegenüber.

Die beim Verkauf der Selini GmbH und des at equity bewerteten Projektes Vremena Goda vereinbarte Kaufpreisanpassung wurde im zweiten Quartal 2013 fixiert und wird im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches in Höhe von EUR 15 Mio. ausgewiesen. Für Details zur Kaufpreisanpassung verweisen wir auf Kapitel 2 der Notes. In der Vergleichsperiode wurde ein positives Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von EUR 13 Mio. erfasst.

Für Details zu den Anpassungen der Vorjahreszahlen gemäß IAS 8 verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes Kapitel 1 Anpassung Vergleichszahlen.

Vermögenslage und Eigenmittel

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2013 EUR 20,9 Mrd., im Vergleich zum Ultimo 2012 (EUR 27,6 Mrd.) hat sie sich um EUR 6,7 Mrd. verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 5,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode um EUR 1,5 Mrd. zurückgegangen, was vor allem auf die Rückführung von Refinanzierungen gegenüber Verbundbanken sowie der Volksbank Romania S.A. zurückzuführen ist.

Die Forderungen an Kunden sind im Berichtsjahr um EUR 2,9 Mrd. gesunken und belaufen sich per 31. Dezember 2013 auf EUR 7,1 Mrd. (VJ EUR 10,0 Mrd.). Die Rückgänge sind vor allem in den Non-core Geschäftsbereichen zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2013 wurden Kredite in Höhe von EUR 398 Mio. aus den Forderungen an Kunden in die Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt umgegliedert.

Der Rückgang von Derivaten in den Handelsaktiva verminderten die Bilanzsumme im Vergleich zum Ultimo 2012 um EUR 0,7 Mrd.; dies ist auch auf das gesunkene Volumen an Derivaten im Bestand zurückzuführen.

Die Finanzinvestitionen konnten durch Verkäufe und Tilgungen um knapp EUR 2,2 Mrd. auf EUR 3,4 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2012 (EUR 5,6 Mrd.) vermindert werden.

In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem Kredite, Anteile und Beteiligungen sowie Finanzinvestitionen erfasst, deren Verkauf bereits vertraglich fixiert oder nach dem Berichtsstichtag bereits umgesetzt wurde.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 2,1 Mrd. (VJ EUR 2,5 Mrd.) sind im Vergleich zum Ultimo 2012 geringfügig gesunken.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2013 EUR 7,1 Mrd. (VJ EUR 9,9 Mrd.) und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um EUR 2,8 Mrd. zurückgegangen. Diese Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige Tilgungen zurückzuführen; primär ist hievon die Tilgung der letzten vom Bund garantierten Emission in Höhe von EUR 1 Mrd. zu nennen.

Die Handelspassiva und die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich aufgrund des Rückgangs von Derivaten um EUR 0,7 Mrd. auf EUR 1,4 Mrd.

Durch das Umtauschangebot für Ergänzungskapitalanleihen in neue Basel III taugliche Nachranganleihen verzeichnete die Position Nachrangkapital grundsätzlich einen leichten Anstieg, da der Ausgabebetrag der neuen Nachranganleihen über den ursprünglich geschätzten Zahlungsströmen (gemäß IAS 39.AG8) der eingezogenen Ergänzungskapitalanleihen lag. Insgesamt jedoch verringerte sich die Position um EUR 66 Mio.

Bericht über die Zweigniederlassungen

Der ÖVAG Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Kapitalquoten sowie die Stärkung der Eigenmittel im Fokus der strategischen Zielsetzung. Die bankrechtlichen Eigenmittel des ÖVAG Konzerns betragen zum 31. Dezember 2013 EUR 2,2 Mrd. (VJ EUR 2,5 Mrd.). Im Vergleich zum Ultimo 2012 konnte die risikogewichtete Aktiva um EUR 3,8 Mrd. auf EUR 9,6 Mrd. (Gesamtrisiko) reduziert werden, was insbesondere auf die erfolgreichen Abbaumaßnahmen im Bereich Non-core Unternehmen, Non-core Immobilien und bei Bankbuchpositionen zurückzuführen ist. Die ÖVAG befindet sich mit diesen Abbaumaßnahmen vor den von der EU Kommission vorgegebenen Abbauzielen.

Die vorhandenen Eigenmittel übersteigen das regulatorische Erfordernis um EUR 1,3 Mrd.

- Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 14,1% (31. Dezember 2012: 10,9%), bezogen auf das Kreditrisiko 16,6%.
- Die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 19,1% (31. Dezember 2012: 15,7%), bezogen auf das Kreditrisiko 21,1%.

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2013 –5,3% (31. Dezember 2012: 65,3%), der ROE nach Steuern –7,4% (31. Dezember 2012: 56,3%). Der ROE vor Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres, der ROE nach Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresergebnis und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio liegt im Berichtsjahr bei 109,9% (2012: 83,7%).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Die neuen Aufgabenstellungen der ÖVAG verlangen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation und implizieren oftmals auch ein modifiziertes Anforderungsprofil für manche Positionen. Daher wurde im Berichtsjahr eine Reihe von Veränderungen bei den Führungspositionen vorgenommen. 10 Positionen direkt unter dem Vorstand wurden neu besetzt, zudem kam es zu einer Verschlankeung des Organigramms durch Zusammenlegung von Bereichen. Aber auch im Vorstand gab es eine Änderung: Mag. Christoph Raninger hat mit 15. Februar 2013 das Vorstandsressort für die Bereiche Financial Markets & Group Treasury, Kommerzgeschäft und Leasing übernommen. Generell kann festgehalten werden, dass bedingt durch die veränderte Situation insbesondere auf die Bereiche Compliance, Rechnungswesen und Risikomanagement zusätzliche Schwerpunkte zu legen waren.

Der ÖVAG-Konzern beschäftigte zum Ultimo 2013 1.853 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente), davon 1.101 im In- und 752 im Ausland. Das sind um 59 Mitarbeiter weniger als zum Jahresende 2012. Der Rückgang entspricht dem mit den Eigentümern vereinbarten Restrukturierungsprozess.

Das Durchschnittsalter lag im abgelaufenen Jahr bei 41,1 Jahren und liegt damit leicht über dem Wert der vergangenen Jahre. Die Akademikerquote von 39,8% zeigt das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. Der Frauenanteil ist mit 55,0% annähernd gleich geblieben. Die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich vorwiegend wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Elternzeit auf 19,6%.

Die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches sind weiterhin ein wichtiges Anliegen. Dabei wird auf Talent-Management und Führungskräfteentwicklung ebenso Augenmerk gelegt wie auf alle wesentlichen Fachthemen. Neben der Volksbank Akademie wurden 2013 externe

Trainings, spezifische Inhoustrainings und vor allem wieder zahlreiche Schulungen der internen Trainingsinitiative „WIN“ (Wissen intern nutzen) angeboten. Im Schnitt besuchte jeder Inlandsmitarbeiter rund 2,4 Seminartage, bei den Führungskräften lag die Quote bei rund 4,6 Tagen.

Unternehmerische Verantwortung und Nachhaltigkeit

Unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen bedeutet die Geschäftstätigkeit nachhaltig auszurichten und darzulegen, wie ökologische, soziale und ethische Kriterien in den verschiedensten Bereichen der Bank integriert werden. Mit dem Ausrollen des Nachhaltigkeitsmanagements in die regionalen Volksbanken unterstützt die ÖVAG die Umsetzung genossenschaftlicher Grundwerte in konkrete nachhaltige Ziele und Maßnahmen.

Laut Marktbericht „Nachhaltige Geldanlagen 2013“¹ waren in Österreich im Jahr 2012 EUR 5,6 Milliarden in nachhaltigen Geldanlagen investiert. Im Vergleich zu 2011 ist dies ein Wachstum von 17 Prozent. Die ÖVAG hat in Zusammenarbeit mit regionalen Volksbanken an der Entwicklung eines nachhaltigen Basisfinanzproduktes gearbeitet. Seit Ende des 1. Quartals 2013 wird das WERTsparbuch, das erste ethisch regionale Sparbuch, das einen eigens dafür eingerichteten Rechnungskreis aufweist, von den in das Corporate Responsibility-Projekt involvierten Volksbanken vertrieben. Ethik, Transparenz und Regionalität kennzeichnen dieses nachhaltige Anlageprodukt. Das WERTsparbuch wurde ausgezeichnet und erreichte den 4. Platz in der Wahl der „Nachhaltigen GestalterInnen 2013“. www.wertsparbuch.volksbank.at

Initiativen zum Umwelt- und Klimaschutz

Im Berichtsjahr hat die ÖVAG erneut das von der Stadt Wien geförderte betriebliche Umweltschutzprogramm ÖKOPROFIT erfolgreich absolviert und im März 2014 eine Auszeichnung für Umweltschutzmaßnahmen erhalten. Anfang 2014 veröffentlichte die ÖVAG den zweiten Umweltbericht für das Geschäftsjahr 2013. Die Berichterstattung der Umweltmanagementdaten konzentriert sich seit 2012 auf das Headquarter in der Kolingasse 14-16, 1090 Wien, und einen weiteren Standort in der Peregringasse 2-4, 1090 Wien. Der vollständige Bericht ist nachzulesen unter www.volksbank.com.

Wärme

100% der beheizten Bürofläche sind mit Fernwärme erschlossen. Die starke Reduktion beim gesamten Wärmebedarf erklärt sich durch die Konzentration der Büroflächen auf zwei Standorte.

Energieverbrauch

	Einheit	2011	2012	2013
Fernwärmeverbrauch	kWh	3.719.780	2.302.070	2.389.480

Geschäftsreisen

Die zurückgelegten Flugkilometer sind im Vergleich zu 2011 stark zurückgegangen. In den letzten beiden Berichtsjahren waren es rund 1.100.000 km. Details zum Thema Mobilität sind dem Umweltbericht zu entnehmen.

Strom

Seitens der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG erhielt die ÖVAG für 2013 ein Wasserkraft-Zertifikat, das garantiert, dass bei der Stromerzeugung für die ÖVAG keine CO₂-Emissionen verursacht werden und dass für die Versorgung der ÖVAG 2013 ausschließlich Strom aus Wasserkraft bereitgestellt wird. Die Photovoltaikanlage am Dach der Konzernzentrale lieferte 2013 27.303 kWh grünen Strom. In den letzten beiden Berichtsjahren betrug der Stromverbrauch rund 3.800.000 kWh und der Stromverbrauch pro Mitarbeiter lag bei rund 4.600 kWh.

Abfall und Reinigung

Die Konzentration auf zwei Standorte im Jahr 2012 bewirkte einen Rückgang der Abfallmengen in 2013.

Papier

Alle Druckerpools in der Konzernzentrale haben als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben. Für die Stockwerksdrucker wurde weiterhin 100% Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen.

Internationaler Handel mit Klimaschutzzertifikaten

Die ÖVAG hat sich als Treuhänderin für österreichische Unternehmen aus der Elektrizitäts- und Mineralölwirtschaft sowie der Glas- und Ziegelindustrie mit EUR 7 Mio. an dem mit rund EUR 83 Mio. dotierten KfW-Klimaschutzfonds beteiligt, der für Fondsteilnehmer Emissions-Zertifikate aus Treibhausgas reduzie-

¹ Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.

renden Klimaschutzprojekten, so genannten JI/CDM-Projekten, ankauft. Dieses Programm ist mit 30.04.2013 offiziell ausgelaufen und abgeschlossen. Insgesamt wurden 2013 in Summe noch 41.251 Zertifikate an Industrie- und Energiekunden transferiert.

Ressort Markt

Der Geschäftsbereich Capital Markets Products & Sales bietet ein breites Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten an. Das Volumen der nachhaltig veranlagten Gelder stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an, ebenso ihr Anteil am Gesamtvolumen aller Fonds und Zertifikate. Details unter www.volksbankinvestments.com.

Ende 2013 lag der Anteil nachhaltiger Zertifikate am Zertifikatevolumen bei 23,5% und der Anteil nachhaltiger Fonds am Fondsvolumen bei rund 16,3%. Insgesamt betrug der Anteil nachhaltiger Produkte 19,4% vom Gesamtvolumen (als Gesamtvolumen wird hier die Summe nachhaltiger Zertifikate und Publikumsfonds verstanden). Derzeit stehen drei Fonds mit Gütesiegeln aus dem Bereich Nachhaltigkeit zur Verfügung: VB Mündel-Rent, Volksbank-Mündel-Flex und VB Ethik-Invest.

Alle drei Fonds wurden extern geprüft und wurden sowohl mit dem EUROSIF Transparenzlogo als auch mit dem Österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet. Weiters wurde der Zertifikatsreihe Fix Plus Garant 4/2011 (und ausgewählte Folgetranchen) als erstes Zertifikat das Österreichische Umweltzeichen verliehen.

Verzicht auf Agrar-Rohstoff-Produkte

2013 wurde der im Vorjahr getroffenen geschäftsstrategischen Entscheidung, keine neuen Produkte auf Agrar-Rohstoffe auf den Markt zu bringen, weiterhin entsprochen.

Ausblick

Das Ausrollen des Nachhaltigkeitsmanagements auf weitere regionale Volksbanken steht auch für das Berichtsjahr 2014 im Vordergrund. Darüber hinaus wird eine Projektgruppe ein weiteres nachhaltiges Finanzprodukt entwickeln. 2013 wurde ein Fortbildungsangebot für Führungskräfte in der ÖVAG erstellt, das 2014 erstmals angeboten wird. Das verstärkte Angebot an Kundenkonferenzen in den regionalen Volksbanken fördert den direkten Dialog mit den Kunden. Im Bereich Umweltmanagement sind im Öko-profit-Programm für 2014 konkrete Maßnahmen zur Ressourcenschonung formuliert, deren Umsetzung durch das Umweltteam gesteuert wird. Detaillierte Angaben zum Nachhaltigkeitsmanagement der ÖVAG sind unter www.verantwortung.volksbank.com nachzulesen.

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich „Organisation/IT“ lag auf der Modernisierung der bestehenden Treasury-Systeme.

Das Projekt „Einführung Murex“, das in mehreren Phasen (die erste wurde Ende 2012 abgeschlossen) live gehen wird, findet sich kurz vor Abschluss der im Jänner 2013 begonnenen Phase 2. In dieser Phase werden die Funktionalität für FX- und Geldmarkt-Geschäfte – also Geschäftserfassung, Positionsführung, Abwicklung und Risikomanagement – implementiert. Damit wird eine Ablöse der bestehenden, in die Jahre gekommenen Systeme möglich. Im 1. Quartal 2014 werden die Systemintegrations- und Gesamtstreckentests stattfinden. Die Phase 2 des Projekts wird im Mai 2014 beendet.

Aufbauend auf Murex begann die ÖVAG 2013 mit der Einführung einer IFRS-Hedge-Engine für die prospektive und retrospektive Ermittlung der Hedge-Effektivität unter IFRS und UGB; die Anwendung wird in der IT-Architektur der ÖVAG integriert sein. Aktuell wurde das fachliche Pflichtenheft abgenommen sowie das Entwicklungs- und Testsystem zur Verfügung gestellt. Die Datenanlieferung ist am Laufen, die Abnahme des Systems ist für Mitte 2014 geplant.

Innerhalb des Volksbanken-Verbundes ist die ÖVAG in ihrer Rolle als Zentralorganisation auch der Treiber der gemeinschaftlichen Projekte: Besonders hervorzuheben ist das Projekt „Mustermandant“, das die Standardisierung von Prozessen und IT im Volksbank-Sektor zum Ziel hat. Die Vereinheitlichung wird zu Effizienzvorteilen in den Volksbanken führen, in der ÖVAG werden dafür nachhaltige Betreuungsstrukturen geschaffen. Die erste Projektphase wurde im Oktober 2013 abgeschlossen. Seitdem wurden drei Volksbanken auf die Mustermandanten-Funktionalität umgestellt, weitere sechs Volksbanken, die Fusionsabsichten haben, befinden sich derzeit im Migrationsprozess.

Für den Verbund treibt die ÖVAG zudem das gemeinsame Projekt zur Implementierung der neuen Basel III-Standards und der Einrichtung des Verbund-Meldewesens an. Das Teilprojekt zur Einrichtung eines Verbundmeldewesens wurde im Juni 2013 abgeschlossen, die Basel III-Schaubilder, die erstmals zum Stichtag 31. März 2014 gemeldet werden müssen, wurden ebenfalls bereits produktiv gesetzt. Offen bleiben im Projekt noch jene Schaubilder, deren erster Meldestichtag der 30. Juni 2016 ist, die aber erwartungsgemäß zeitgerecht geliefert werden.

Im 2. Quartal 2013 wurde seitens der OeNB eine vollumfängliche § 70 BWG Prüfung des Umsetzungsstandes des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) auf Ebene des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG durchgeführt. Das Prüfgutachten der OeNB zeigte die noch nicht vollzogene Vereinheitlichung der unterschiedlichen ICAAP-Systeme sowie die noch zu wenig ausgeprägte einheitliche und zentrale Risikomanagementkultur im Kreditinstitute-Verbund auf. Die Ergebnisse der Prüfung wurden zum Anlass genommen ein umfassendes Projekt zur Abarbeitung der Feststellungen aufzusetzen. Dieses wird auch noch das gesamte Jahr 2014 in Anspruch nehmen.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses

Anfang 2014 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und vorzeitige Rückführungen von Krediten eines Immobilienportfolios im Ausmaß von rund EUR 400 Mio. durchgeführt werden.

Die Verkaufsprozesse für die Investkredit International Bank plc, die VB Leasing International Gruppe sowie die Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Derzeit finden Verkaufsverhandlungen mit potenziellen Käufern statt, wobei ein für alle Verkaufsprozesse angestrebtes Closing in 2014 sowohl von den Ergebnissen der weiteren Verhandlungsrunden als auch von der Zustimmung der jeweiligen lokalen Aufsichtsbehörden abhängt. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten wurde keine IFRS 5 Umgliederung vorgenommen.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. finden derzeit die Verhandlungen zur Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses statt. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 soll der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) und Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP)

Im 2. Quartal 2013 wurde seitens der OeNB eine vollumfängliche § 70 BWG Prüfung des Umsetzungsstandes des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) auf Ebene des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG durchgeführt. Verbunden mit dieser Vor-Ort-Prüfung wurde auch gleichzeitig die Beurteilung der Kapitaladäquanz des Kreditinstitute-Verbundes im Rahmen des Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) Prozesses durch die Aufsicht vorgenommen.

Das Prüfgutachten der OeNB zeigte die noch nicht vollzogene Vereinheitlichung der unterschiedlichen ICAAP-Systeme sowie die noch zu wenig ausgeprägte einheitliche und zentrale Risikomanagementkultur im Kreditinstitute-Verbund auf. Die Ergebnisse der Prüfung wurden zum Anlass genommen zeitnah ein umfassendes Projekt zur Abarbeitung der Feststellungen aufzusetzen. Dieses wird auch noch das gesamte Jahr 2014 in Anspruch nehmen.

Im parallel laufenden JRAD Prozess wurde am 19. Dezember 2013 seitens der Finanzmarktaufsichtsbehörde ein Entscheidungsentwurf übermittelt, der eine Eigenmittelquote von 13,6% für den Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG vorsieht. Ein endgültiger Bescheid seitens der Finanzmarktaufsicht, der die genaue Eigenmittelquote sowie den Stichtag festlegt, liegt derzeit noch nicht vor.

Asset Quality Review (AQR) und Banken-Stresstest 2014

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM: Single Supervisory Mechanism) die Aufsicht u.a. auch für den § 30a BWG Volksbanken-Verbund übernehmen wird, wird als Vorbereitung des SSM und zur Erhöhung der Transparenz über die Werthaltigkeit der Vermögensgegenstände ein so genanntes Comprehensive Assessment bei 128 Instituten in Europa durchgeführt.

Der Asset Quality Review ist ein Teil dieses Assessments: Mittels Prüfung der Aktiva-Qualität soll eine Abschätzung der Angemessenheit der durch den Volksbanken-Verbund getroffenen Risikovorsorge zum Stichtag 31. Dezember 2013 erfolgen – mit potentieller Implikation einer Anforderung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote. Dabei müssen Institute risikobehaftete Positionen gemäß standardisierter Datendefinitionen zur Verfügung stellen.

Ein Team aus Vertretern der EZB, der OeNB und externen Sachverständigen wird die Prozesse, Verfahren und Rechnungslegungspraktiken des Volksbanken-Verbunds untersuchen, die Kreditexposures und Risikovorsorgen analysieren und eine Bewertung der Sicherheiten und des Immobilienvermögens vornehmen. Begleitend werden Datenkonsistenzprüfungen, vergleichende Portfolioanalysen sowie eine eingehende Prüfung von in Modelle einfließenden Daten und Annahmen durchgeführt. Die Vor-Ort-Prüfung, die u.a. auch eine detaillierte Kreditprüfung auf Basis einer von der Aufsicht vorgegebenen Stichprobe umfasst, wird von März bis Juli 2014 durchgeführt werden.

Die Verbundstruktur stellt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Herausforderung dar, mit der sich der Volksbanken-Verbund im AQR auch von anderen geprüften Banken unterscheidet. Die zu prüfende Stichprobe kann sich über alle Institute im Verbund erstrecken: österreichische Primärbanken, die Volksbank Rumänien, die ÖVAG selbst sowie ÖVAG-Tochterunternehmen.

Zur Vorbereitung hat die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes im vierten Quartal 2013 ein verbundweites Projekt aufgesetzt, das im Jahr 2014 insbesondere mit den folgenden wesentlichen Zielen weiter vorangetrieben wird:

- Die Transformation der EZB-Datendefinition in verbundinterne Datenanforderungen;
- Vorbereitung und Erstellung einer Lösung eines adäquaten AQR Datenhaushalts. Dazu gehören u.a. die Einrichtung eines Datenraumes, die Prüfung der Datenverfügbarkeit sowie der Datenqualität, die Vorbereitung und Lieferung der von der österreichischen Aufsicht definierten Portfoliokennzahlen gemäß Portfolio Template und die Vorbereitung der Lieferung der als „Risky Portfolios“ identifizierten Geschäfte auf Einzelgeschäftsebene gemäß EZB Datendefinition „Loan Tape“;
- Vorbereitung der Kreditprüfung durch externe Berater.

Mit diesem Projekt versucht sich die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes möglichst effizient auf diesen bevorstehenden aufsichtsrechtlichen Prozess vorzubereiten.

Die Ergebnisse des AQR und der anschließenden Banken-Stresstests werden im Volksbanken-Verbund genutzt werden, das Verständnis der bestehenden Risiken und ihrer Auswirkungen noch weiter zu schärfen. Ziel ist es auch, dabei eine möglichst gute Ausgangsbasis für den im Anschluss an den AQR stattfindenden Bankenstress-Test 2014 zu erreichen.

Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG eingebracht. Auf Basis der in der Klage vorgebrachten Ansprüche und nach eingehender Analyse der darin vorgebrachten Vorwürfe kann derzeit kein ersatzpflichtiger Schaden festgestellt werden. Derzeit finden Gespräche mit der Sberbank of Russia betreffend der eingebrachten Schiedsklage statt.

Hinsichtlich der offenen Finanzierungen gegenüber der Alpine Gruppe weisen wir darauf hin, dass die Republik Österreich unter anderem die ordnungsmäßige Erfüllung aus dem ULSG resultierender Informationspflichten der Finanzierenden anzweifelt und bislang die Garantieleistung in Höhe von EUR 15 Mio. für die ULSG-Finanzierungslinien der ÖVAG noch nicht erfolgt ist.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Das WIFO geht in seiner im Jänner veröffentlichten Konjunkturprognose von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,7% aus. Der private Konsum, der für den bei weitem größten Teil der Wirtschaftsleistung Österreichs verantwortlich ist, wird voraussichtlich nur sehr schwach wachsen. Einer der Hauptgründe dafür ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Damit verbunden ist auch die zu erwartende schwache Entwicklung der Reallöhne. Aufgrund der fortschreitenden Budgetkonsolidierung sollten auch vom staatlichen Konsum nur wenige Wachstumsimpulse kommen. So sollte der Aufschwung nächstes

Jahr hauptsächlich auf den Investitionen und – getrieben von der internationalen Nachfrage – den Nettoexporten ruhen. Mit der Investitionsnachfrage sollte – leicht zeitverzögert zum Wirtschaftswachstum – auch die Kreditnachfrage allmählich wieder zunehmen. Entsprechend der gedämpften Konsumnachfrage, den stabilisierten Rohstoffpreisen und dem europäischen Trend sollte die Inflation 2014 gering bleiben. Aufgrund des internationalen Renditezusammenhangs dürften die Kapitalmarktzinsen dennoch ihren leicht steigenden Trend aus dem Vorjahr beibehalten.

Die Europäische Kommission geht in ihrer Prognose vom vergangenen November im laufenden Jahr von einem Zuwachs des rumänischen Bruttoinlandsprodukts um 2,1% aus, wobei der Außenhandel allmählich von der Binnennachfrage als Wachstumsmotor abgelöst werden sollte. Der leichte Rückgang gegenüber 2013 erklärt sich unter anderem durch den oben angeführten Basiseffekt in der Landwirtschaft. EBUILD geht für die kommende Jahre von der Fortsetzung der moderaten Erholung am Immobiliensektor aus. In Tschechien rechnet Euroconstruct im laufenden Jahr mit einer Bautätigkeit, die sich in allen drei Sektoren leicht unterhalb des Niveaus von 2013 bewegt, aber dann (2015, 2016) immerhin nicht mehr weiter fällt. Für Ungarn und Polen wird hingegen von über alle Sektoren hinweg positiven Wachstumsraten ausgegangen.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und Cashflow-Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 52).

Der Vorstand der Österreichischen Volksbanken-AG hat in den beiden vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch resp. Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das CET1 in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95% für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III-Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- Verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte, was in der kontinuierlichen Stärkung der Eigenmittelquote klar zum Ausdruck kommt,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Durch den konsequenten Abbau von Risiken aus dem Non-core Geschäft konnten die RWAs im ÖVAG-Konzern von EUR 22,9 Mrd. zum Ultimo 2011 auf EUR 13,4 Mrd. zum Ultimo 2012 und auf EUR 9,6 Mrd. zum Ultimo 2013 reduziert werden.

In Summe ist es durch die geschilderten Maßnahmen gelungen, die Eigenmittelquote im ÖVAG-Konzern nach Basel II von 12,7% 2011 auf 15,7% 2012 und 19,1% 2013 resp. im Verbund von 13,9% 2012 auf 14,9% (ungeprüft) 2013 (Basel II) zu erhöhen und damit laufend zu verbessern.

Diese Quoten liegen auch deutlich über jenen Werten, die dem von der Europäischen Kommission genehmigten Restrukturierungsplan zugrunde lagen, die damals mit 8% Kernkapital- resp. 10% Eigenmittelquote angenommen und auch von den österreichischen Aufsichtsbehörden als angemessen angesehen wurden.

Wengleich die Mittelfristplanung für den Konzern ab dem Jahr 2016 eine Untererfüllung der regulatorischen Mindesteigenmittelquoten (inkl. Kapitalerhaltungspuffer) ausweist, kann diese Lücke durch entsprechende Kapitalmaßnahmen der Aktionäre geschlossen werden, wozu die Volksbanken aufgrund des Verbundvertrages im Rahmen des Haftungsverbandes verpflichtet sind.

Der Vorstand erwartet, dass mit dem angekündigten JRAD-Bescheid der FMA der ÖVAG in ihre Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG eine Eigenmittelquote von 13,6% für den Volksbanken-Verbund nach Basel III vorgeschrieben wird.

Diese Festsetzung wird auf Basis des Kreditportfolios und des Risikoregimes zum Stichtag 31.12.2012 erfolgen. Inwieweit der tourliche JRAD-Prozess in 2014 für den Stichtag 31.12.2013 die weit über der Planung liegenden Abbauerfolge und die weitgehende Erledigung der § 70 Prüfungsfeststellungen in einer Herabsetzung der Eigenmittelvorgabe für die kommenden Jahre würdigt, ist nicht abschätzbar. Genauso ist auf Basis der heute vorliegenden Informationen nicht einschätzbar, wie die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden AQR Prozess und dem sich anschließenden Stresstest auf die Vorschreibung der Verbund-Eigenmittelquote wirken werden.

Die Eigenmittelquote des Volksbanken-Verbundes wird zum 31.12.2013 voraussichtlich bei 14,9% (Basel II; ungeprüft) liegen. Aufgrund der aktuellen Planung von ÖVAG und Volksbanken kann für den Ultimo 2014 mit einer Verbund-Eigenmittelquote nach Basel III von 14,4% gerechnet werden.

Mögliche, wenngleich auch aus heutiger Sicht nicht absehbare, über die Planung hinausgehende Belastungen, etwa aus dem AQR bzw. dem Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG können diese Planwerte und damit die Erfüllung dieser Vorgaben gefährden.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt für die Jahre ab 2015 jedoch ein deutliches Absinken der Eigenmittelquoten im Verbund. Dies resultiert vor allem aus Eigenmittelreduktionen aufgrund:

- der Vereinbarungen mit der Republik Österreich resp. der Europäischen Kommission (Wegfall der Anrechenbarkeit des staatlichen Partizipationskapitals im Ausmaß von EUR 300 Mio., Verlust der Anrechenbarkeit von Minderheiten und Kapital-Unterschiedsbeträgen aufgrund des Verkaufs von VBLI resp. VB Romania 2014 und 2015 im Ausmaß von knapp EUR 500 Mio.),
- diverser Basel III-Effekte (Phasing out des Haftsummenzuschlages im Ausmaß von mehr als EUR 300 Mio., des privaten Partizipationskapitals im Verbund im Ausmaß von EUR 180 Mio.)
- der vorhersehbaren, in der Planung erwarteten, Belastungen aus dem weiteren Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt in 2015 eine Eigenmittelunterdeckung im Verbund, wenn die Aufsichtsbehörde – wie angekündigt – eine höhere Eigenmittelquote von 13,6% auf Grundlage eines JRAD-Bescheids vorschreibt. Soweit dies der Vorstand zu überblicken vermag, fehlt zurzeit eine europaweit einheitliche Sichtweise der Aufsichtsbehörden zum rechtlichen Status einer im JRAD-Prozess vorgeschriebenen SREP Quote, wobei auch der Umfang der Maßnahmen und Sanktionen, welche die Aufsichtsbehörden bei Nichteinhaltung setzen bzw. verhängen würden, aus heutiger Sicht schwer absehbar sind.

Es wurde daher bereits vorsorglich eine Reihe weiterer Initiativen gestartet. Verschiedene Programme zur RWA-Entlastung im Rahmen des Verbundes haben bereits dazu geführt, dass trotz eines geringen Kreditwachstums im Jahr 2013 die RWAs auf der Primärebene um EUR 400 Mio. gesunken sind. Diese Initiativen sind aus Sicht des ÖVAG-Vorstandes auch in den kommenden Jahren fortzusetzen, um eine über die aktuelle Planung hinausgehende RWA-Entlastung zu erreichen. Eine Machbarkeitsstudie, ob ein Umstieg auf den IRB Ansatz zu einer relevanten RWA-Entlastung führen kann, ist beauftragt. Zusätzlich werden Möglichkeiten und Voraussetzungen evaluiert, Basel III-fähige Neuemissionen zu begeben (auch wenn die Emissionsfähigkeit aus heutiger Sicht eingeschränkt erscheint). Schließlich werden auch Gespräche über Maßnahmen zur weiteren Optimierung der bestehenden Eigenkapitalstruktur mit den Aktionären bzw. Inhabern von Partizipationskapital zu führen sein.

Die Europäische Kommission und die Republik Österreich haben im Zuge der gewährten staatlichen Beihilfen im Jahr 2012 der ÖVAG ein ambitioniertes Abbauprogramm vorgeschrieben. Dieses Abbauprogramm ist für die ÖVAG rechtlich bindend und durch die Organe der ÖVAG umzusetzen. Der Abbau, und dabei insbesondere der verpflichtende Verkauf der Beteiligungen innerhalb des durch die Europäische Kommission vorgegebenen engen Zeitplans, kann daher auch nicht gestoppt werden, um den Wegfall von Minderheiten zu unterbinden.

Zur Verbesserung der aktuellen Mittelfristplanung wurde 2013 ein umfassendes Strategieprojekt für den Volksbanken-Verbund aufgesetzt. Ziel ist es, kurz- und mittelfristig alle Ertragspotentiale und Kostensynergien im Verbund zu heben. Nach derzeitigem Arbeitsstand würden nach Vorstellungen des ÖVAG-Vorstandes aktuell 55 Volksbanken respektive Spezialinstitute auf 9 Bundesländer-Volksbanken plus 3 Spezialinstitute verschmolzen. Aufgrund harmonisierter Aufbau- und Ablauforganisation dieser Volksbanken können bei regionaler Verankerung und Markthoheit die Vorteile einer konzernähnlichen Divi-

sionalisierung gehoben werden. Durch dieses Programm soll bis zum Jahr 2018 ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag in signifikantem Ausmaß erzielt werden. Diesem zusätzlichen Ertrag stehen vor allem in den Jahren 2014-2016 allerdings auch Umsetzungskosten gegenüber.

Durch die Summe dieser Maßnahmen sollte es langfristig gelingen, die Verbund- Eigenmittelquoten der aktuellen Mittelfristplanung zu verbessern. Ob die damit mittelfristig einhergehende verbesserte Ertragskraft des Verbundes eine Basis für eine Kapitalstärkung von außen sein kann, hängt davon ab, wie die Nachhaltigkeit der Neuausrichtung von potentiellen Investoren eingeschätzt wird.

Umgekehrt ist nicht auszuschließen, wenngleich aus heutiger Sicht nicht absehbar, dass die Kosten des weiteren Abbaus des Non Core Portfolios höher liegen können, als in der Mittelfristplanung angenommen und damit die positiven Effekte konterkarieren.

Für den Volksbanken-Verbund wird erwartet, dass die Aufsichtsbehörden mit JRAD-Bescheid die Eigenmittelquote weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen und auch die beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen – zumindest kurzfristig – anheben werden; diese Eigenmittelquote wird vorerst auch eingehalten werden können. Eine im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses für den Volksbanken-Verbund mittelfristig vorgeschriebene Eigenmittelquote von 13,6%, die nicht nur über den gesetzlichen Mindestanforderungen, sondern auch über den beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen liegt, wird aber nur eingehalten werden können wenn:

- ausreichende Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Verbesserung der Emissionsfähigkeit des Verbundes geschaffen werden können und/oder
- die kurzfristig sehr stark angehobene Eigenmittelquote im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses in Würdigung der in Einklang mit den Vorgaben der Beihilferechtsentscheidung der Europäischen Kommission erfolgreich umgesetzten Abbaumaßnahmen auch wieder entsprechend nach unten korrigiert wird, und/oder
- geeignete Maßnahmen zur Optimierung der bestehenden ÖVAG-Eigenkapitalstruktur umgesetzt werden können bzw. geeignete Maßnahmen zur Kapitalerhöhung seitens der Eigentümer erfolgen.

Die ÖVAG ist aufgrund der Auflagen aus der Restrukturierungsvereinbarung mit der Republik Österreich vom 26. April 2012 und dem darauf aufbauenden Bescheid der EU-Kommission vom 19. September 2012 gezwungen, in den kommenden Jahren wesentliche Geschäftsfelder und Beteiligungen im In- und Ausland abzugeben.

Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt.

Die ÖVAG verfügt über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge aus Spreadrisiken schlagend werden.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51%ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. (die Gesellschaft wird auf Grund der gemeinschaftlichen Führung mit konzernfremden Dritten im Konzernabschluss auf equity bewertet). Der Buchwert der VB Romania wurde in der Vergangenheit bereits vollständig abgeschrieben. Aufgrund einer im ersten Halbjahr 2013 durchgeführten Neubewertung von Immobiliensicherheiten sowie infolge drohender Prozessrisiken waren im laufenden Geschäftsjahr von der VB Romania S.A. signifikante Risikovorsorgen zu erfassen. In Kombination mit der Eigenmittelplanung gemäß Basel III errechnet sich ein deutlich gesteigerter Eigenmittelbedarf.

Zur Stabilisierung der Eigenmittelquoten der VB Romania S.A. wurde seitens der Eigentümer im Oktober 2013 eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt EUR 120 Mio. durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr zur Entlastung der Liquiditätssituation der VB Romania S.A. seitens der ÖVAG bestehende Refinanzierungslinien durch die Vereinbarung von Anschlussfinanzierungen hinsichtlich ihrer Laufzeit und ihrem Fälligkeitsprofil angepasst. Mit dieser Maßnahme sollten insbesondere hohe Refinanzierungsvolumina mit Fälligkeiten in 2017 und 2018 entschärft und dem geplanten Primärmittelaufbau der VB Romania S.A. angepasst werden.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die aushaftenden Refinanzierungen der ÖVAG gegenüber der VB Romania S.A: EUR 0,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 1,4 Mrd.). Die ÖVAG geht derzeit davon aus, dass auf Basis der vorliegenden Unterlagen der VB Romania S.A. und in Folge der Anpassung der Fälligkeiten der Refinanzierungslinien an den Liquiditätsbedarf und den erwarteten Primäreinlagenaufbau der VB Romania die Rückführungen gemäß der angepeilten Laufzeiten erfolgen werden, wenngleich nicht abschätzbar ist, ob angesichts des schwierigen und volatilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch Stressszenarien denkbar sind, die – auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist – zu Bedrohungen des Wertansatzes für das Engagement der ÖVAG gegenüber der Volksbank Romania S.A. führen könnten. Darüber hinaus ist nicht abschätzbar, ob im Rahmen des Verkaufsprozesses ergebnisbelastende Maßnahmen gesetzt werden müssen oder sonstige Zugeständnisse erforderlich werden.

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG eingebracht. Auf Basis der in der Klage vorgebrachten Ansprüche und nach eingehender Analyse der darin vorgebrachten Vorwürfe kann derzeit kein ersatzpflichtiger Schaden festgestellt werden. Derzeit finden Gespräche mit der Sberbank of Russia betreffend der eingebrachten Schiedsklage statt.

Mit dem Vorliegen der Planung der VB Romania für die Jahre 2014 ff sowie einer besseren Einschätzung des Marktumfeldes mit Beginn des Verkaufsprozesses der VB Romania S.A., der bis spätestens 31. Dezember 2015 abzuschließen ist, wird sich auch eine Schärfung des Risikobildes ergeben.

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet den Konzern einerseits durch den enorm hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten, andererseits durch mögliche höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindestanforderungs nach Basel II und Basel III wesentlich hinausgehen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die bereits erfolgten Ausführungen im Zusammenhang mit dem Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) sowie dem Asset Quality Review (AQR) und dem Banken-Stresstest 2014.

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der ÖVAG Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des ÖVAG Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der „Konzernrichtlinie IKS“ einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im ÖVAG Konzern bei der Gruppe „Prozessorientiertes Qualitätsmanagement“ in der Österreichische Volksbanken-AG.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware „Tagetik“ weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen und geben die erworbenen Informationen auch an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

Wien, den 24. März 2014



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor
Unternehmensplanung & Finanzen, Legal & Compliance,
Personal, Marketing & Kommunikation



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter
Risikomanagement



Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor
Verbundstruktur
Vertrieb Volksbanken, Organisation/IT



Mag. Christoph Raninger
Vorstandsdirektor
Markt

STRATEGISCHE SEGMENTE

- 40** Segment Finanzierung
- 43** Segment Financial Markets
- 47** Non-core Business
 - 47 Segment Non-core Unternehmen
 - 47 Segment Non-core Immobilien
 - 48 Segment Non-core Retail
- 50** Segment Non-core
 - Bankbuch/Allgemein

SEGMENT FINANZIERUNG

Das Segment Finanzierung umfasst die Geschäftsfelder Kommerzgeschäft – Konsortialservice, Strukturierte Finanzierungen mit den Schwerpunkten Förderungen, Exportfinanzierungen und Projektfinanzierungen – und weiters die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. und die VB Factoring Bank AG.

Aufgabe des Segments Finanzierung ist es, die regionalen Volksbanken bzw. Unternehmen im Volksbanken-Verbund durch gemeinsame Betreuung bestehender Kunden zu unterstützen sowie hinsichtlich Neugeschäftsmöglichkeiten zu beraten und zu servicieren. Dazu gehört die Beurteilung von Projekt- und Finanzierungsrisiken, die Übernahme von Kreditrisiken im Rahmen von konsortialen Finanzierungen und die Zurverfügungstellung von geeigneten Produkten und Finanzierungslösungen durch die dem Segment Finanzierung zugeordneten Unternehmen.

Der Volksbanken-Verbund verbindet damit die Stärken der regionalen Volksbanken mit dem gesamten Leistungsspektrum der ÖVAG, um die gemeinsame Zielgruppe – die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe und den österreichischen Mittelstand – mit der notwendigen Liquidität im Wachstum zu unterstützen und dabei auf Verbundebene die erforderliche Profitabilität der Kundenbeziehungen zu gewährleisten.

Segmentergebnis

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Finanzierung EUR 8,0 Mio. und liegt damit unter dem Vorjahresergebnis in Höhe von EUR 20 Mio. Hierfür verantwortlich ist vor allem die Kreditrisikovorsorge in Höhe von EUR 9,7 Mio. sowie ein um 2,8 Mio. erhöhter Verwaltungsaufwand im Vergleich zu 2012. Ein gegenüber der Planung höherer Zinsbeitrag konnte die erhöhten Risikovorsorgen und den Anstieg im Verwaltungsaufwand nicht zur Gänze ausgleichen. Das Finanzierungsvolumen im Segment Finanzierung sank um EUR 104 Mio. auf EUR 2,544 Mio. (bei Forderungen Kunden).

Kommerzgeschäft – Konsortialservice

Der Bereich Kommerzgeschäft hat sich in 2013 mit den Marktteilungen Konsortialservice und Strukturierte Finanzierungen schlagkräftig aufgestellt, um eine effiziente, professionelle und dienstleistungsorientierte Struktur zur optimalen Servicierung zu gewährleisten. Die Kernaufgabe des Bereichs ist daher die Unterstützung der Volksbanken in der Marktbearbeitung im Kommerzgeschäft, in der Betreuung ihrer Bestandskunden sowie in der Gewinnung von Neukunden.

Die Abteilung Konsortialservice versteht sich – getreu dem Prinzip „one face to the customer/market“ – als erster Ansprechpartner für die Volksbanken zum Thema Kommerzgeschäft, vor allem mit österreichischen Klein- und Mittelbetrieben und steht dabei für bedarfsorientierte Lösungen.

Durch anhaltend hohe Tilgungen und Übertragungen von Engagements in das Non-core Segment in Höhe von rd. EUR 393 Mio. ging das Ausleihungsvolumen (inklusive Haftungen) trotz Neugeschäften und Übertragung ausgewählter Kundenengagements ins Kerngeschäft des Volksbanken-Verbundes in Höhe von rd. EUR 252 Mio. gegenüber dem Vorjahr um EUR 141 Mio. zurück und beträgt zum Jahresende 2013 rd. EUR 161 Mio.

Die Zinsspannen konnten allerdings im Bestand sowie beim Neugeschäft in Bezug auf das gesamte Ausleihungsportfolio im Konsortialgeschäft weiter verbessert werden, was sich auf eine nachhaltige Erhöhung des Zinsbeitrages um EUR 3,1 Mio. gegenüber dem Planwert auswirkte.

Das Konsortialgeschäft ist strategisch für den Volksbanken-Verbund einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für die profitable Umsetzung des Geschäftsmodells der Volksbanken in der Betreuung von österreichischen KMUs und dem Mittelstand. Demgemäß steht das Team dieses Geschäftsbereiches für partnerschaftliche Kooperation und nachhaltige Kundenbeziehungen.

Strukturierte Finanzierungen

Förderungen und Exportfinanzierungen zählen zu den Kernprodukten des Verbundgeschäftes. Diese Produkte unterstützen österreichische KMUs in ihrem Wachstum und reduzieren darüber hinaus durch öffentliche Haftungen Kreditrisiken und dadurch die mit Eigenkapital zu unterlegenden RWAs (risk weighted assets). Zusätzlich werden projektbezogene, langfristige, Refinanzierungen durch Förderstellen gewährt.

Neue Finanzierungen kommen auch 2013 von den regionalen Volksbanken entweder in konsortialer Zusammenarbeit mit der ÖVAG oder unter Inanspruchnahme der Service- und Beratungsleistungen der Produktexperten in der Zentralorganisation. Die Volksbanken können damit die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Wachstum unterstützen und so ihre wirtschaftspolitische Relevanz in den Regionen unterstreichen.

Die Abteilung „Strukturierte Finanzierungen“ unterstützt beratend und produkttechnisch das „Verbundgeschäft“ im Rahmen des Konsortialservices und ist auch für die laufende Abwicklung dieser Produkte im Non-core Business verantwortlich. In dieser Einheit werden nunmehr auch das spezielle Know how und die Erfahrungen für strukturierte Export- und Projektfinanzierungen gebündelt, um Risiken für die Verbundbanken und deren Kunden zu minimieren und die Umsetzung von komplexen Finanzierungen zu ermöglichen.

Entwicklung ausgewählter Produktgruppen

Mit Ende 2013 sank das erp-Kredit Gesamtvolumen von rund EUR 193 Mio. (per 31. Dezember 2012) auf rund EUR 156 Mio. Der Rückgang gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres ist darauf zurückzuführen, dass seitens der Volksbanken hauptsächlich kleine und mittelständische Kunden in der Regel kleinvolumige Kredite beantragen und Großkunden – mangels Eigengeschäft der ÖVAG – nicht mehr die strategische Hauptzielgruppe des Volksbanken-Verbundes darstellen. Die Stückzahl stieg aber, trotz plan- und außerplanmäßiger Rückführungen im Non-core Business, weiter signifikant von 426 (Ende 2012) auf 490 erp-Kredite (davon 366 erp-Kleinkredite). Im Jahr 2013 wurden 105 erp-Kredite (davon 88 erp-Kleinkredite) mit einem Volumen von rund EUR 26 Mio. zugezählt bzw. teilzugezählt.

Der Volksbank-Sektor zählte im Jahr 2013 im Bereich der Genehmigungen bei erp Kleinkrediten mit Platz 3 (ohne ÖHT Kredite) und bei erp Großkrediten mit Platz 6 wieder zu den Top-Performern unter den 20 erp Treuhandbanken.

Das OeKB Kurzfristgeschäft mit dem Kontrollbank-Refinanzierungsrahmen ist mit einer Aushaftung von rund EUR 16 Mio. weiter plangemäß rückläufig. Dies ist ebenso auf die strategische Ausrichtung primär auf KMUs, die diese Finanzierungen ausschließlich über den Exportfonds abwickeln, zurückzuführen.

Das Volumen der Finanzierungen für KMU-Kunden des Volksbank-Sektors im Rahmen des Österreichischen Exportfonds liegt Ende 2013 mit rund EUR 40 Mio. bei 131 Stück unter dem langjährigen Durchschnitt von rund EUR 50 Mio. Grund dafür sind größere Kreditrückführungen durch den Wegfall der KMU-Grenzen der Kunden der Volksbanken.

Mit 31. Dezember 2013 hat sich das Volumen im Rahmen der OeKB-Langfristfinanzierungen für Unternehmenskunden von rund EUR 292 Mio. (40 Stück) per Ende 2012 auf EUR 83 Mio. (29 Stück) weiter planmäßig verringert, da ein Großteil dieser Finanzierungen dem Non-core Business der Bank zugeordnet ist und im abgelaufenen Jahr abgebaut wurde.

Im Bereich der Softloans sind die Aushaftungen gegenüber 2012 abgesehen von planmäßigen Rückführungen mit rund EUR 55 Mio. gleich geblieben.

Bei Handelsfinanzierungen konzentriert sich die Bank vorwiegend auf die Abwicklung des Dokumentengeschäftes mit Akkreditiven und Garantien für Kunden des Volksbank-Sektors.

VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. (VBLF)

Die VBLF wurde 2001 gegründet und ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der ÖVAG. Sie betreut – gemeinsam mit zwei Tochter- und zwei Schwestergesellschaften – die österreichischen Leasingaktivitäten des ÖVAG-Konzerns. Im Vordergrund der Tätigkeit steht ein starker regionaler Bezug über das Vertriebsnetzwerk mit neun Geschäftsstellen in ganz Österreich. Neben dem Eigenvertrieb ist die VBLF vor allem Servicedienstleister für die österreichischen Volksbanken.

Die Betreuung eines großen aber auch diversen Kundenstammes erfordert individuelle und für jede Kundengruppe spezifische Finanzierungslösungen. Unabhängig vom Objekt bietet die VB Leasing daher – neben individuellen Finanzierungslösungen – auch maßgeschneiderte Serviceleistungen an. Die VBLF betreut ihre Kunden in den Geschäftsfeldern PKW, Transport, Büroautomation und Maschinen. Mit umfassendem Know-how in allen Arten der Leasingfinanzierung positioniert sich die VBLF nachhaltig als starker Partner am österreichischen Leasingmarkt. Durch intensive Zusammenarbeit mit Banken, Finanz-

dienstleistern sowie Händlern und Produzenten der Investitionsgüterbranche rundet die VBLF ihr ganzheitliches Angebot ab. Bedeutende Partnerschaften bestehen u.a. mit Honda, Toyota, Konica Minolta und ACP.

Gutes Ergebnis 2013

Seit ihrer Gründung ist die VBLF-Gruppe um eine granulare Struktur des Portfolios bemüht und verfolgt eine risiko- und ertragsgerechte Genehmigungspolitik. Dank relativ stabiler Margensituation und einer weiterhin günstigen Risikoentwicklung, konnte 2013 an das sehr gute Ergebnis 2012 angeschlossen werden. Die VBLF weist im Jahr 2013 ein Neugeschäftsvolumen von EUR 329 Mio auf. Dies entspricht einer Stückzahl von 18.500 Verträgen.

Zu positiven Entwicklungen kam es in allen Geschäftsbereichen. Das Neugeschäftsvolumen übertraf noch jenes aus dem Jahr 2012 und war das höchste in der Geschichte der VBLF. Der Zinsabstand zum Euribor war über das Jahr gesehen zufriedenstellend. Der Wertberichtigungsbedarf ist in Anbetracht der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation nur sehr gering ausgefallen. Darüber hinaus kam es weiterhin zu hohen Rückflüssen aus zweifelhaften Forderungen aus den Vorjahren.

VB Factoring Bank AG

Die VB Factoring Bank AG hat im Jahr 2013 ein Forderungsvolumen im Ausmaß von EUR 1,54 Mrd. (2012 EUR 1,57 Mrd.) angekauft. Dies entspricht gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2012 zwar einem leichten Rückgang von EUR 31,2 Mio. bzw. einem Minus von 2,0 %, stellt aber das zweithöchste Geschäftsvolumen der Bank seit ihrer Gründung dar.

Der Anteil des Geschäftsvolumens mit dem Volksbanken-Verbund am Gesamtumsatz der VB Factoring Bank AG belief sich im Berichtsjahr auf EUR 911 Mio. (2012 EUR 924 Mio.) bzw. 59,2%.

Der heimische Factoringmarkt verzeichnete 2013 ein Wachstum von 29,0% auf ein Forderungsvolumen von 14,1 Mrd. Euro (2012 10,9 Mrd. Euro). Der Marktanteil der VB Factoring Bank AG beläuft sich per 31.12.2013 auf 10,9% (2012 14,3%).

Ausblick

Eine der Hauptaufgaben für das laufende Jahr 2014 wird die Profitabilisierung von noch nicht profitablen, gemeinsamen, Firmenkunden im Verbund sein, was primär durch entsprechende Potentialausschöpfung über Cross Selling aber auch durch Margenerhöhungen oder Sicherheitenverstärkung erfolgen wird, um mit diesen Kunden auch einen entsprechenden Beitrag zur Eigenkapitalverzinsung zu ermöglichen.

Ein entscheidender Schritt in der Umsetzung einer verbundweiten Mittelstandsstrategie wird die Akquisitionsunterstützung der Volksbanken bei der Gewinnung von Firmenkunden aus dem Mittelbetriebssegment und ausgewählte größere Kunden – dem österreichischen Mittelstand – sein. Damit sollen österreichweit profitable Geschäftsfelder erschlossen werden, welche den Abbau unprofitabler Assets mittelfristig kompensieren sollen.

Da viele kleine und mittlere Unternehmen in Folge der BASEL III-Restriktionen mit einer weiteren Verknappung der Kreditversorgung rechnen und der Kapitalmarkt in diesem Segment noch keine Alternativen bietet, sehen wir auch für 2014 und die folgenden Jahre ein generelles Ansteigen der Nachfrage nach geförderten Krediten und Exportfinanzierungen.

In einem sich erholenden Markt wird die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. ihre konsequente Risikopolitik in Hinblick auf Bonität, Objektsicherheit und Risikostreuung weiterverfolgen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei einer risikoadäquaten Preispolitik.

Für 2014 ist es erneut eines der wesentlichen Ziele, Factoring bei den Volksbanken noch besser zu verankern und die Kundenanzahl- und das Geschäftsvolumen mit weiter auszubauen. Im Zuge der Marktoffensive für KMU soll Factoring bei den Kunden der Volksbanken als Instrument zur Sicherung der Liquidität verstärkt zum Einsatz kommen. Zusätzlich wird versucht über Drittbanken und andere Vermittler wie Betriebs- und Steuerberater neue Geschäfte zu realisieren. Bedingt durch Basel III und die intensive Bearbeitung der Volksbanken, gehen wir von einer guten Nachfrage nach dem vom uns angebotenen Geschäftsmodell aus.

SEGMENT FINANCIAL MARKETS

Das Segment Financial Markets ist Kompetenzzentrum für sämtliche Finanzmarktdienstleistungen. Zentraler Auftrag ist die Servicierung, Beratung und Unterstützung der Verbundbanken und der institutionellen Kunden der ÖVAG. Wesentliche Bereiche des Segments Financial Markets sind Financial Markets & Group Treasury sowie Capital Markets Products & Sales.

Segmentergebnis

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Financial Markets EUR -43 Mio. und liegt damit signifikant unter dem Vorjahresergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 758 Mio. Ausschlaggebend für diesen Unterschied ist das sonstige betriebliche Ergebnis des Vorjahres, das von Sondereffekten (Anpassung der Buchwerte des PS 2008 sowie der Ergänzungskapitalanleihen gemäß IAS 39, AG 8 und Ergebnis aus den Eigenmittelrückkäufen) geprägt war.

Financial Markets & Group Treasury

Der Bereich Financial Markets & Group Treasury ist für zentrale Themen der Gesamtbanksteuerung der ÖVAG und des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Hauptaufgaben sind die Liquiditätsteuerung und -veranlagung, das Zinsrisikomanagement, Market Execution sowie die Analyse von Staaten, Banken und Unternehmen.

Rahmenbedingungen am Geld- und Kapitalmarkt

Die europäischen Kapitalmärkte waren 2013 von einer Erholung der Wirtschaft und einer politischen Stabilisierung der Peripheriestaaten geprägt. Das Vertrauen der Märkte wurde durch Zinssenkungen der EZB sowie die Umsetzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gestärkt. Die große Nachfrage nach Neuemissionen von Staatsanleihen hat zu sukzessive sinkenden Risikoaufschlägen geführt, insbesondere im Peripheriestaaten Segment. Auch in anderen Bereichen der europäischen Kreditmärkte war die Entwicklung positiv; eine erhöhte Risikobereitschaft der Investoren hat zusammen mit der sich verbessernden wirtschaftlichen Lage zu einer substanziellen Einengung der Risikoaufschläge in den jeweiligen Segmenten geführt. Im Umfeld dieser zunehmenden Entspannung sorgte allerdings die Federal Reserve Bank mit der Ankündigung des Tapering (stufenweise Reduktion ihrer Anleihenkäufe) für erneute Volatilität an den Geld- und Kapitalmärkten.

Financial Markets Execution

Die operative Steuerung der Liquidität sowie das Absichern von Zinsrisiken waren im Jahr 2013 die Schwerpunkte im Bereich Financial Markets Execution.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Front Office Systems MUREX für derivate Produkte wurde 2013 die zweite Phase gestartet, in der auch Währungs- und Geldmarktgeschäfte in die neue Systemlandschaft integriert werden. Des Weiteren wurden Projekte im Zusammenhang mit der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) unterstützt – insbesondere die Einführung des Central Counterparty Clearings sowie die Meldung von Derivatgeschäften an ein zentrales Melderegister.

Im Kommissionshandel für Wertpapiere lagen Transaktionszahlen und -volumen über jenen des Vorjahres, diese positive Entwicklung ist unter anderem auf die Erweiterung der Servicierung der Verbundbanken zurückzuführen. Die Produktpalette umfasst Aktien, Anleihen und Fonds; im Bereich der Anleihen waren die stärksten Umsätze bei Fix-, Stufenzins- sowie MinMax-Anleihen verschiedenster Emittenten zu verzeichnen. Bei Fonds standen neben Immobilien- und Rentenfonds auch Aktienfonds mit Dividendenwerten im Fokus.

Im vierten Quartal 2013 konnte darüber hinaus ein Projekt zur Zentralisierung der Handelsbücher der Verbundbanken erfolgreich abgeschlossen werden.

ALM Liquiditätsmanagement

Die zentrale strategische Steuerung der Liquidität des Volksbanken-Verbundes in regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist Aufgabe der ÖVAG als Zentralorganisation und wird von der Abteilung ALM Liquiditätsmanagement wahrgenommen. Das Leistungsspektrum umfasst sowohl den kurzfristigen Liquiditätsausgleich zwischen den Instituten der Primärstufe als auch die strukturelle und strategische Ausrichtung der Liquiditätsposition des Verbundes. Auf Basis einheitlicher Planungs- und Überwachungsvorgaben wird die Liquiditätsstruktur im Konzern bzw. im Verbund gesteuert und es wird sichergestellt, dass alle regulatorischen und bankbetrieblichen Liquiditätserfordernisse erfüllt werden. Eine transparente Liquiditätskostenverrechnung, die eine verursachergerechte Verteilung der Liquiditätskosten ermöglicht, wurde implementiert.

Der Liquiditätspuffer des Volksbanken-Verbundes betrug per 31.12.2013 EUR 5,6 Mrd. und lag damit über dem erforderlichen Sollwert. Die erfolgreiche Kooperation mit den Volksbanken im Rahmen des Collateral-Programms zur Einbringung von Sicherheiten in den hypothekarischen Deckungsstock der ÖVAG trägt zur Diversifikation der Refinanzierungsquellen und zur Erhöhung des Liquiditätspotentials bei.

ALM Bankbuch

Das strategische Bankbuch beinhaltet den gesamten regulatorisch und bankbetrieblich erforderlichen Wertpapierbestand sowie sonstige Kapitalmarktveranlagungen. Im Jahr 2013 wurden innerhalb des Bankbuchs zwei wesentliche strategische Umschichtungen vorgenommen. Einerseits wurde im Sinne einer konsequenten Umsetzung von Abbauzielen eine substantielle Reduzierung von Bankbuchpositionen unter RWA-, Risiko- und Ertragsgesichtspunkten durchgeführt, andererseits wurde die Ausrichtung des Bankbuches auf die neuen regulatorischen Bestimmungen durch Basel III vorangetrieben. Das positive Marktumfeld konnte erfolgreich dazu genutzt werden, den Großteil des Verbriefungsportfolios durch Verkäufe abzubauen. Zudem wurde begonnen, das Bankbuch an die ab 2015 geltenden regulatorischen Anforderungen bezüglich des Liquidity Coverage Ratios anzupassen. Aus diesem Grund wurde ein Portfolio von Pfandbriefen (Covered Bonds) von äußerst guter Kreditqualität aufgebaut. In der Zinsbuchsteuerung führten die Abbaumaßnahmen der Non-core Segmente zu Veränderungen in der Bilanzstruktur. Um größere Verwerfungen im Zinsergebnis zu vermeiden, wurde mit entsprechenden Absicherungsmaßnahmen gegengesteuert.

Banks & Credit Markets

Die Abteilung Banks & Credit Markets ist das Kompetenzzentrum für die fundamentalanalytische Beurteilung von Banken- und Unternehmensrisiken mit dem Schwerpunkt Kapitalmarkt. Das Team ist Ansprechpartner für Linieneinräumungen für Unternehmen und Banken im Bankbuch des Konzerns bzw. im Rahmen der A-Depot Veranlagungen der Volksbanken. Komplettiert wird das Leistungsspektrum durch das Relationship-Management für Banken, institutionelle Kunden und Tochterunternehmen der ÖVAG.

Die unbesicherten Bank- und Unternehmensrisiken des Bankbuchs der ÖVAG, die durch Banks & Credit Marktes gesteuert werden, sind zu einem guten Teil regulatorisch und bankbetrieblich verwertbar. Der nicht verwertbare Bestand, im Wesentlichen Anleihen mit kurzfristigem Fälligkeitsprofil, wurde 2013 substantiell reduziert. Der Fokus bleibt unverändert auf dem zeitnahen Abbau weiterer Positionen unter Berücksichtigung von Risiko/Ertrags-Gesichtspunkten.

Capital Markets Products & Sales

Im Bereich Capital Markets Products & Sales sind alle Kapitalmarkt- und Finanzprodukte der ÖVAG (unter der Marke Volksbank Investments), die Absicherungs- und Finanzdisposition für die Volksbanken und deren Kunden (unter der Marke Treasury Solutions) sowie die Sales Aktivitäten zusammengefasst.

Wettbewerbsfähige Anlageprodukte für die Volksbanken

Die Anlagemärkte waren auch 2013 von der Niedrigzinssituation sowie einer Sicherheitsorientierung der Anleger geprägt. Der Bereich Capital Markets Products & Sales konzentrierte sich daher auf die Versorgung der Volksbanken mit Anlageprodukten, die einerseits dem Sicherheitsaspekt entgegen kommen und andererseits möglichst attraktive Investments auch in Zeiten niedriger Zinsen ermöglichen. Lag der Fokus dabei in den ersten Quartalen auf ausgewählten Emerging Markets, so wurden im Herbst verstärkt Akzente rund um das Schwerpunktthema Unternehmenswerte gesetzt.

Die privaten Haushalte investierten 2013 mit 3% des verfügbaren Einkommens deutlich weniger in Finanzanlagen als in Zeiten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Umschichtung hin zu täglich fälligen Einlagen bzw. kurzfristigen Bindungen hielt an.

Die Assets under Management der unter der Marke Volksbank Investments zusammengefassten Produkte (Fonds, Zertifikate, Vermögensmanagement und Foreign Assets) beliefen sich per 31.12.2013 auf EUR 6,2 Mrd. (2012: EUR 7,1 Mrd.). Nach Volumenrückgängen in den ersten beiden Quartalen und einem leichten Anstieg im dritten Quartal war vor allem gegen Jahresende die rückläufige Marktentwicklung auch bei Volksbank Investment Fonds und Zertifikaten bemerkbar.

Fondsvolumen: Gesamtmarkt und Volksbank Investments

Das Volumen des österreichischen Investmentfondsmarkts betrug zum Jahresultimo EUR 145,3 Mrd. Nettozuwächse bei Spezialfonds von rund EUR 1 Mrd. konnten Nettorückgänge bei Publikumsfonds und vor allem bei Großanlegerfonds bei weitem nicht kompensieren. Insgesamt kam es 2013 am österrei-

chischen Markt zu Nettoabflüssen von über EUR 800 Mio., vor allem bei Gemischten Fonds (minus EUR 371 Mio.), Alternativen Fonds (minus EUR 357 Mio.) und Rentenfonds (minus EUR 270 Mio.) waren hohe Nettoabflüsse zu verzeichnen.

Diese Marktentwicklung hat sich auch auf die VB Invest KAG ausgewirkt. Das Fondsvolumen lag per Jahresende bei EUR 2,6 Mrd. (2012: EUR 2,7 Mrd.). Während Publikumsfonds so wie am Gesamtmarkt Volumen verloren, hat sich das Volumen der Spezialfonds der KAG um knapp 17% erhöht.

In allen vier Quartalen zugelegt hat auch der Volksbank-Mündel-Flex Fond, dessen Volumen in zwei Jahren auf mehr als EUR 112 Mio. gestiegen ist. Hinter den Flex-Produkten steht eine spezielle, regelgebundene Systematik zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eines Euro-Rentenportfolios. Kursverluste in Phasen steigender Zinsen werden damit deutlich abgemildert, im Szenario fallender Zinsen partizipieren Flex-Produkte an der Entwicklung ihres zugrundeliegenden Basisportfolios.

Mit dem VB Garantie-Spar-Fonds 3 wurde im dritten Quartal ein neu entwickeltes Vorsorge-Produkt, das insbesondere zur privaten Pensionsvorsorge geeignet ist, auf den Markt gebracht. Das Thema Sicherheit wird auch mit der im letzten Quartal lancierten „Smart Corporates“ Serie adressiert. Diese „intelligenten“ Laufzeitenfonds vereinen die einfache Funktionsweise einer fix verzinsten Anleihe mit den hohen Sicherheitsaspekten eines breit diversifizierten Unternehmensanleihen-Fonds.

Immofonds 1: Nettozuwachs 2013

Der immofonds 1, der ebenfalls unter der Marke Volksbank Investments vertrieben wird, hat sich positiv entwickelt. Das Verkaufsvolumen erreichte 2013 mehr als EUR 90 Mio., nach Abzug von Rücknahmen ergibt sich ein Netto-Volumenzuwachs von EUR 66 Mio. Der immofonds 1 umfasst derzeit 22 Objekte in den stabilen Märkten Österreich und Deutschland, der Fokus liegt auf Gewerbeimmobilien wie Fachmarktzentren, Bürogebäude, Hotels und Ärztezentren. Das Gesamtvolumen des immofonds 1 beträgt zum Jahresultimo EUR 284 Mio.

Zertifikatevolumen am österreichischen Markt und bei Volksbank Investments rückläufig

Das Gesamtmarktvolumen strukturierter Anlageprodukte, das von österreichischen Privatanlegern gehalten wird, ist 2013 um EUR 1 Mrd. auf EUR 12,6 Mrd. gesunken. Der Open Interest (Marktvolumen) der fünf Mitglieder des Zertifikateforums Austria hat sich von EUR 5,6 Mrd. auf EUR 5,2 Mrd. per 31.12.2013 verringert und das in Zinsprodukte investierte Volumen hat sich 2013, insbesondere aufgrund des Niedrigzins-Umfelds, um mehr als 7% reduziert.

Was die Entwicklung der Volksbank Investments Zertifikate betrifft, so ergab sich im Jahresverlauf ein differenziertes Bild. Die Verkaufserfolge in den ersten Monaten lagen zwar klar über den Vergleichswerten des Vorjahres, die hohe Anzahl der in den ersten Monaten abreifenden Zertifikate konnte aber volumemäßig nicht ersetzt werden. Auch in der zweiten Jahreshälfte war das Zertifikatevolumen bei Volksbank Investments, so wie am Gesamtmarkt, rückläufig. Per Jahresende belief sich der Volksbank Investments Open Interest auf EUR 1,4 Mrd. (2012: EUR 1,8 Mrd.). Der Marktanteil am Zertifikatemarkt liegt bei 26,5%, bei Garantiezertifikaten bei über 30%.

Deutliches Plus beim Anleihen-Absatz

Auf der Anleienseite konnte 2013 ein Volumen von EUR 144 Mio. abgesetzt werden, was einer Steigerung von 14% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Nachfrage war besonders im Bereich der Stufenzinsanleihen hoch, dementsprechend wurde im dritten und im vierten Quartal jeweils eine weitere Stufenzinsanleihe mit sechsjähriger Laufzeit emittiert.

Langjährige Expertise im Vermögensmanagement

Nach einem zuvor stetigen Anstieg des Volumens im Bereich Vermögensmanagement kam es im ersten Halbjahr 2013 – unter anderem durch das Auslaufen eines Mandates – zu einem Rückgang. Im zweiten Halbjahr verlief die Entwicklung der Vermögensmanagement Mandate stabil, per 31.12.2013 belief sich das Volumen auf EUR 1,9 Mrd.

Auf Basis der langjährigen Expertise in der institutionellen Vermögensverwaltung wird gemeinsam mit den regionalen Volksbanken an der Akquisition neuer Kunden gearbeitet. Zielgruppen sind Unternehmen einschließlich KMUs, Institutionen wie Kammern, Pensions- und Vorsorgekassen sowie auch Privatstiftungen. Untermuert wird die Expertise von Volksbank Investments im institutionellen Geschäft unter anderem durch die langjährige Betreuung der konzerneigenen Pensionskasse.

Drehscheibe in allen Treasury Angelegenheiten

Ein wichtiger Teil des ÖVAG Leistungsspektrums sind Treasury Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden. Diese Lösungen zur Risikoabsicherung und zur Liquiditäts- und Fremdwährungsdisposition sind Teil des Bereichs Capital Markets Products & Sales und werden unter der Marke Treasury Solutions angeboten. Die Leistungen umfassen das Angebot von Produkten zur Risikoabsicherung und Geldmarktveranlagung für den Volksbanken-Verbund und dessen Kunden.

Ausblick

Im laufenden Geschäftsjahr steht für den Bereich Financial Markets & Group Treasury die Implementierung von Steuerungsmechanismen für den Kreditinstitute-Verbund im Vordergrund. Verbundweite Veranlagungs- und Zinssteuerungsstrategien im Rahmen eines einheitlichen Asset Liability Management Prozesses werden dabei wesentliche Eckpfeiler sein.

Die 2013 durchgeführte Zentralisierung der Handelsbücher sowie die Integration von Geldmarktgeschäften in das einheitliche Frontoffice System MUREX werden effizientere Prozesse in der Markt Execution sicherstellen.

Für den Bereich Capital Markets Products & Sales stellt sich aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds die Ausgestaltung attraktiver Produkte, etwa im Zertifikatebereich, zusehends als Herausforderung dar. Dies gilt auch für Produkte im Corporate Bond Segment, da sich auf Unternehmensanleienseite gegenüber dem Vorjahr deutlich schämlere Renditeniveaus abzeichnen.

Volksbank Investments begegnet dieser Herausforderung mit einer Ausweitung des Angebotes von Teilschutzzertifikaten mit sehr interessanten Renditechancen. Für die Zeichner von Volksbank Investments Zertifikaten bietet darüber hinaus ein Pool von Fremdemittenten die Möglichkeit zur Diversifikation. Zusätzlich zur ÖVAG steht dabei eine Reihe renommierter internationaler Banken als Emittenten zur Verfügung. Weiters wird im laufenden Geschäftsjahr die Begebung von „intelligenten Anleihenfonds“ (Laufzeitenfonds), die 2013 initiiert wurde, fortgesetzt.

Das gesamte Segment Financial Markets wird seine Aktivitäten weiterhin auf die bestmögliche Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Funktion der ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ergeben, ausrichten.

NON-CORE BUSINESS

Hauptaufgabe des Non-Core Business ist der fokussierte und aktive Abbau der verantworteten Kreditportfolien mit dem Ziel, sowohl die RWA – als auch die Liquiditätssituation der Bank zu verbessern. Der Abbau erfolgt gemäß eines von den nationalen und internationalen Aufsichtsorganen bestätigten Plans.

Das Non-core Business wird in vier Segmente aufgeteilt:

- Segment Non-core Unternehmen
- Segment Non-core Immobilien
- Segment Non-core Retail
- Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Segment Non-core Unternehmen

Das Segment umfasst die Geschäftsfelder Firmenkunden Österreich, Leveraged Finance Österreich/CEE/Deutschland, Internationale Projektfinanzierungen und Erneuerbare Energie sowie die Aktivitäten im Bereich Private Equity – Funds Investments.

Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern beträgt EUR 16,3 Mio. Die Redimensionierung ist deutlich im Zinsüberschuss und auch im Rückgang bei den Verwaltungsaufwendungen zu sehen. Der Zinsüberschuss ging um EUR 27,5 Mio. zurück, der Verwaltungsaufwand konnte um EUR 12,3 Mio. gesenkt werden.

Geschäftsverlauf

Der bereits im Jahr 2012 erfolgreich eingeschlagene Weg der Obligo-Reduktion und RWA-Entlastung wurde weiter erfolgreich fortgesetzt. Von den ursprünglich über EUR 3 Mrd. RWAs auf der Kreditseite, konnte 2013 bis auf EUR 375 Mio. bereits alles abgebaut werden. Eine wesentliche Maßnahme dabei war ein substanzialer Portfoliideal mit der RZB-Gruppe, bei dem ein Kreditvolumen in Höhe von EUR 631,6 Mio. vorzeitig abgebaut werden konnte. Daher wurde der Bereich Non Core Business Corporate Customers mit Jahreswechsel aufgelöst. Der verbleibende Rest mit einem regionalen Schwerpunkt auf Österreich und weiteren Engagements beispielsweise in Deutschland, Ungarn, Polen und Spanien, wird nun von der zweiten Abbaueinheit (Immobilien) mitbetreut.

Auch im Bereich Private Equity – Funds Investments wurden 2013 Maßnahmen zur Volumensreduktion und Kapitalfreisetzung getätigt. Es wurde ein strukturierter Verkaufsprozess eingeleitet und in einem zweistufigen Bieterverfahren durchgeführt. Eine Teiltransaktion wurde noch im Dezember 2013 abgeschlossen. Das noch verbleibende Private Equity-Portfolio von EUR 140 Mio. ist noch im Verkaufsprozess der im ersten Halbjahr 2014 abgeschlossen werden soll.

Segment Non-core Immobilien

Das Segment Non-core Immobilien umfasst die Finanzierung von gewerblichen Immobilienprojekten, zugehörige Work-out Aktivitäten, sowie das Asset Management der Eigenobjekte und die Immobilienleasingfinanzierung der VB Real Estate Services GmbH. Die Konzentration in den Portfolien liegt primär in Österreich, CEE und SEE.

Entsprechend der Strategie und Zielsetzung, das Segment Non-core Immobilien strukturiert und werterhaltend abzubauen, wurden im Jahr 2013 weitere Maßnahmen umgesetzt. In 82 Transaktionen konnte ein Volumen von EUR 912 Mio. abgebaut werden. Die entsprechende Entlastung von risikogewichteten Aktiva beläuft sich mit Ende 2013 auf rund EUR 670 Mio., womit eine deutliche Kapitalfreisetzung für den ÖVAG-Konzern erreicht werden konnte.

Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Non-core Immobilien beträgt EUR –13,4 Mio. Während sich das Zinsergebnis durch das schrumpfende Portfolio reduziert hat, ist bei der Kreditrisikovorsorge eine deutliche Entlastung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, auch der Verwaltungsaufwand konnte entsprechend reduziert werden. Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf bzw. der Entkonsolidierung diverser Gesellschaften haben zur Steigerung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses beigetragen. Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen war allerdings in Folge von Abwertungen des Immobilieneigenbestandes auch in 2013 wiederholt negativ.

Immobilienkreditfinanzierung

Der geographische Schwerpunkt der Immobilienfinanzierung liegt in Tschechien, Rumänien, Polen, Österreich und Ungarn. Im Jahr 2013 wurden durch aktive Abbaumaßnahmen Kredite im Ausmaß von rund EUR 490 Mio. vorzeitig rückgeführt. Daraus ergibt sich eine RWA Reduktion in Höhe von rund EUR 395 Mio. Unter den Abbauprojekten findet sich auch das Übernahmepaket von Kreditforderungen der RZB-Gruppe mit insgesamt Volumina in Höhe von rund EUR 170,2 Mio. Die Kreditengagements in Moskau und Saratov wurden vollständig rückgeführt, damit ist der Ausstieg aus dem Russischen Markt gelungen. Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 konnte das Portfolio an Kundenkreditforderungen um rund ein Drittel reduziert werden, der Ertrag aus dem Bestandsportfolio konnte durch Zinsmargenerhöhungen verbessert werden.

Immobilienleasing und Asset Management

Das Immobilienleasingportfolio konnte zusätzlich zur natürlichen Abreifung um rund EUR 300 Mio. abgebaut werden, das entspricht einer RWA Entlastung in Höhe von rund EUR 200 Mio. Darunter befindet sich auch die Übertragung eines österreichischen Leasingengagements an die RZB-Gruppe mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 34 Mio.

Teile des Immobilieneigenbestandes sowie Minderheitsbeteiligungen an Immobiliengesellschaften in Österreich, Deutschland, Tschechien, Rumänien und Bulgarien konnten erfolgreich am Markt platziert werden. Die Beteiligung an einer – an der Londoner Börse gelisteten – Immobiliengesellschaft konnte gemeinsam mit einem notleidenden Kreditportfolio veräußert werden.

Anfang Juli 2013 wurden sechs – meist eigengenutzte – Immobilien im ersten und neunten Wiener Gemeindebezirk im Rahmen eines Bieterverfahrens um insgesamt mehr als EUR 90 Mio. verkauft.

Für den im Jahr 2012 stattgefunden Verkauf der Anteile an der Selini Holding GmbH (Projekt Shopping Center Vremena Goda in Moskau) konnte in 2013 der erfolgsabhängige „Earn-out“ in Höhe von rund EUR 15 Mio. vereinnahmt werden.

Das Volumen an „Investment Property“ verringerte sich im Jahr 2013 von rund EUR 287 Mio. per Ende 2012 auf rund EUR 250 Mio.

Segment Non-core Retail

Das Segment Non-core Retail fasst die Mobilien-Leasing Geschäfte in CEE der VB-Leasing International Gruppe sowie die Geschäfte der Volksbank Romania S.A. zusammen.

Segmentergebnis

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Non-Core Retail EUR -64,5 Mio. und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um EUR 144 Mio. geringer. Insbesondere wird das Ergebnis des Jahres 2013 durch das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity in Höhe von EUR 126,6 Mio. belastet. Der Zinsüberschuss bewegt sich annähernd auf dem Vorjahresniveau, die Risikovorsorge konnte im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verbesserung von EUR 10 Mio. aufweisen.

VB-Leasing International Holding GmbH (VBLI)

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die VB Leasing mit einem EGT von EUR 62 Mio. einmal mehr das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte erwirtschaften. Beflügelt von der allgemein etwas stabileren Konjunktursituation in CEE schlossen alle Landesgesellschaften das Geschäftsjahr zum dritten Mal in Folge positiv ab. Das Neugeschäftsvolumen konnte um 10,12 % auf EUR 1.042,7 Mio. gesteigert werden. Es wurden insgesamt 37.914 Stück neue Verträge abgeschlossen. Der Vertragsbestand beläuft sich auf 124.037 Stück.

Die Leasingmärkte Mittel- und Osteuropas entwickelten sich 2013 in Bezug auf das Neugeschäftsvolumen auf Länderebene merklich unterschiedlich. Rückgängen des Neugeschäftsvolumens – wie etwa in Rumänien und der Slowakei – stehen Zuwächse beispielsweise in Polen und Kroatien gegenüber. Positive Impulse kommen in erster Linie aus den Bereichen PKW- und Nutzfahrzeugleasing.

Stabile Ausrichtung und regelmäßige Selbstreflexion

Im Geschäftsjahr 2013 wirkten sich einige strategische und organisatorische Maßnahmen eingeleitet in den vergangenen Jahren spürbar auf das Ergebnis aus. Die nachhaltige Konzentration auf das Kerngeschäft – Mobilien Leasing – war einer der Erfolgsfaktoren für die VB Leasing Gruppe. Als langjähriger Player auf den Leasingmärkten Mittel- und Osteuropas verfügen die Experten der VB Leasing über umfassendes Marktwissen, das die Basis für solide Planungen und Strategien bildet. Bereits 2011 hat die VB Leasing Gruppe begonnen, sich intensiv mit der Neuausrichtung des Vertriebes, der Organisation der Vertriebsmannschaft sowie den dahinterliegenden Prozessen auseinanderzusetzen. Basierend auf den Ergebnissen dieses internen Audits wurde Anfang 2013 eine vertriebsorientierte Aufbauorganisation verankert, die sich auf den Vertrieb über Händlernetze und internationale Vendoren sowie den Direktvertrieb konzentriert.

Außerdem trägt die konservative Risiko- und Margenpolitik der letzten Jahre Früchte. Die Risikokosten konnten durch das granulare Portfolio, sowie die Konzentration auf eine stabile Kundenstruktur kontinuierlich gesenkt werden.

Konzentration auf Vendorpartner

Die VB Leasing Gruppe agiert stark innerhalb ihres engmaschigen Netzwerkes. Partner und Kunden profitieren von gleichen Standards, identen Prozessen und vor allem von lokalem Know-how. Die Fähigkeit, länderübergreifende, individuelle Pakete zu schnüren und zentral abzuwickeln, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht nur zur Stabilisierung, sondern auch zum Ausbau des Partnernetzwerkes beigetragen.

Anfang des Jahres wurde die seit 2010 bestehende gute Zusammenarbeit mit der CLAAS KGaA mbH durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung intensiviert. Die VB Leasing unterstützt CLAAS nunmehr in der Absatzfinanzierung in Serbien, Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Zusätzlich steht die VB Leasing in diesen Ländern für ausgewählte CLAAS-Händlerpartner mit dem Produkt Lagerfinanzierung zur Verfügung.

Im PKW-Segment konnte die bestehende Kooperationsvereinbarung mit BMW Financial Services in Kroatien und Serbien auch auf den bosnischen Markt ausgedehnt werden.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde seitens der Eigentümer der VB Leasing – der Österreichische Volksbanken-AG sowie der deutschen VR-LEASING AG – der Verkaufsprozess für die VB Leasing Gruppe eingeleitet. Bis ein Käufer gefunden wird, konzentriert sich die VB Leasing wie gewohnt auf die erfolgreiche Weiterentwicklung der Gruppe.

Volksbank Romania S.A.

Das ökonomische Umfeld in Rumänien war 2013 von einem positiven Trend geprägt, die Wachstumsraten blieben jedoch gering. Nach Verlusten in den letzten drei Jahren hat der rumänische Bankensektor 2013 einen Gewinn ausweisen können. Dies ist insbesondere auf geringere Aufwendungen für Risikovorsorgen, sinkende Refinanzierungskosten und eine Verbesserung des rumänischen Sovereign Risks zurückzuführen. Gefahrenpotenzial für den Bankensektor liegt weiterhin vor allem im hohen Anteil an Non-performing Loans.

Der Umstrukturierungsprozess der Volksbank Rumänien zeigt positive Ergebnisse: Die Zahl der Kunden hat sich um 19% erhöht und mit einer Steigerung des Einlagenvolumens um 47% konnten die Planwerte deutlich übertroffen werden. Das Einlagenwachstum hat sowohl zu einer Stärkung der Funding Basis geführt als auch Neugeschäft ermöglicht. So ist das Loan/Deposit Ratio von über 400% im Dezember 2012 auf rund 250% im Dezember 2013 gesunken und das Neugeschäft ist um 130% auf EUR 144 Mio. angestiegen. Die Non-performing Loans haben sich im Berichtszeitraum um 9,1% verringert.

Das Ergebnis der Volksbank Rumänien per 31.12.2013 beträgt EUR –103,6 Mio. Für das Jahr 2013 wurde ein Verlust erwartet und eingeplant, das Ergebnis wurde aber auch von einem Sondereffekt negativ beeinflusst. Die Volksbank Rumänien hat vor Jahresultimo ein finales Angebot für den Verkauf eines großen Teils des Non-performing Loans Portfolios erhalten und dafür die entsprechenden Vorsorgen gebildet. Es wird erwartet, dass das Closing der Verkaufstransaktion im ersten Halbjahr 2014 stattfinden wird. Per Jahresende betrug die Eigenmittelquote komfortable 18,65% und lag damit deutlich über der geforderten Mindestquote von 10%.

Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Das Segment beinhaltet alle Teile des Bankbuchs, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen. Die VB Malta Ltd wurde ebenfalls dem Segment Non-core Bankbuch/Allgemein zugeordnet sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich.

Segmentergebnis

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Non-Core Bankbuch/Allgemein EUR 47 Mio. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion um rund EUR 13 Mio. Das Ergebnis des laufenden Jahres ist insbesondere durch die erstmalige Erfassung eines Provisionsaufwandes in Höhe von EUR 10 Mio. für die Asset-Garantie der Republik Österreich belastet.

Ausblick Non-core Business

Das Segment Non-core Immobilien wird ab 2014 gemeinsam mit dem Segment Non-core Unternehmen zusammengefasst, um eine dem reduzierten Geschäftsvolumen entsprechende Managementstruktur zu schaffen, Synergien zu heben und Kosten zu reduzieren. Der Fokus liegt weiterhin auf der Reduktion des Risikogehaltes und der Kapitalbindung des Portfolios.

KONZERNABSCHLUSS

54	Gesamtergebnisrechnung
55	Bilanz zum 31. Dezember 2013
56	Entwicklung des Eigenkapitals
57	Geldflussrechnung
58	Inhaltsverzeichnis Notes
60	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
149	Bilanzeid
150	Bestätigungsvermerk

Gesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Textzahlenverweis Anhang	1-12/2013	angepasst 1-12/2012	Veränderung	
		EUR Tsd.	EUR Tsd.	EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		713.773	1.000.383	-286.609	-28,65 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-525.187	-778.233	253.046	-32,52 %
Zinsüberschuss	4	188.586	222.149	-33.563	-15,11 %
Risikovorsorge	5	-23.462	-366.916	343.453	-93,61 %
Provisionserträge		73.577	86.939	-13.361	-15,37 %
Provisionsaufwendungen		-43.331	-28.731	-14.600	50,82 %
Provisionsüberschuss	6	30.246	58.208	-27.962	-48,04 %
Handelsergebnis	7	8.434	32.195	-23.761	-73,80 %
Verwaltungsaufwand	8	-249.783	-261.453	11.670	-4,46 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	156.665	755.154	-598.489	-79,25 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	-48.913	26.863	-75.777	<-200,00 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		-126.062	-1.852	-124.210	>200,00 %
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	2	15.308	48.646	-33.338	-68,53 %
Jahresergebnis vor Steuern		-48.982	512.994	-561.976	-109,55 %
Steuern vom Einkommen	11	-24.403	-64.183	39.780	-61,98 %
Steuern aufgegebenen Geschäftsbereiche	11	0	-2.051	2.051	-100,00 %
Jahresergebnis nach Steuern		-73.385	446.760	-520.145	-116,43 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		-100.009	418.696	-518.705	-123,89 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-115.317	372.102	-487.418	-130,99 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		15.308	46.595	-31.287	-67,15 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		26.624	28.064	-1.440	-5,13 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		26.624	19.965	6.659	33,35 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	8.099	-8.099	-100,00 %
Sonstiges Ergebnis		1-12/2013 EUR Tsd.	1-12/2012 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd. %	
Jahresergebnis nach Steuern		-73.385	446.760	-520.145	-116,43 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		-1.649	-3.541	1.893	-53,44 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		415	888	-473	-53,24 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist		-1.233	-2.653	1.420	-53,51 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist					
Währungsrücklage		-11.666	19.678	-31.344	-159,29 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		80.074	99.917	-19.843	-19,86 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-11.958	-12.148	191	-1,57 %
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung (effektiver hedge)		-1.826	-2.750	924	-33,59 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		1.058	1.468	-410	-27,91 %
Veränderung latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		372	48	324	>200,00 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		3.401	0	3.401	100,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Periodenergebnis möglich ist		59.455	106.213	-46.757	-44,02 %
Summe sonstiges Ergebnis		58.222	103.559	-45.338	-43,78 %
Gesamtergebnis		-15.163	550.319	-565.482	-102,76 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		-37.213	521.507	-558.720	-107,14 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-52.521	455.980	-508.501	-111,52 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		15.308	65.527	-50.219	-76,64 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		22.050	28.812	-6.762	-23,47 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		22.050	18.092	3.958	21,88 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	10.720	-10.720	-100,00 %

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	Textzahlenverweis Anhang	31.12.2013 EUR Tsd.	angepasst 31.12.2012 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd. %	
Aktiva					
Barreserve	12	1.762.453	851.262	911.191	107,04 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	5.798.139	7.270.203	-1.472.064	-20,25 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	7.081.347	10.039.571	-2.958.224	-29,47 %
Risikovorsorge (-)	15	-773.009	-1.067.045	294.036	-27,56 %
Handelsaktiva	16	1.627.392	2.574.227	-946.835	-36,78 %
Finanzinvestitionen	17	3.422.739	5.561.058	-2.138.319	-38,45 %
Investment property Vermögenswerte	18	252.410	286.806	-34.396	-11,99 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	5.626	10.293	-4.668	-45,35 %
Anteile und Beteiligungen	20	359.531	444.562	-85.031	-19,13 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	13.672	13.967	-296	-2,12 %
Sachanlagen	22	131.503	198.008	-66.506	-33,59 %
Ertragsteueransprüche	23	52.905	92.103	-39.197	-42,56 %
laufende Ertragsteueransprüche		19.974	11.104	8.869	79,87 %
latente Ertragsteueransprüche		32.932	80.998	-48.066	-59,34 %
Sonstige Aktiva	24	614.744	1.365.216	-750.471	-54,97 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	554.657	0	554.657	100,00 %
Summe Aktiva		20.904.109	27.640.232	-6.736.123	-24,37 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	7.707.002	9.834.518	-2.127.516	-21,63 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	2.148.440	2.542.128	-393.688	-15,49 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	7.084.825	9.935.036	-2.850.211	-28,69 %
Handelspassiva	29	1.377.709	2.073.118	-695.409	-33,54 %
Rückstellungen	30, 31	188.703	179.443	9.261	5,16 %
Ertragsteuerverpflichtungen	32	66.511	105.900	-39.388	-37,19 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		14.112	16.662	-2.550	-15,31 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		52.399	89.238	-36.838	-41,28 %
Sonstige Passiva	33	554.549	1.056.694	-502.145	-47,52 %
Nachrangkapital	34	554.957	620.718	-65.762	-10,59 %
Eigenkapital	36	1.221.412	1.292.677	-71.265	-5,51 %
Eigenanteil		1.067.553	1.099.003	-31.449	-2,86 %
Nicht beherrschende Anteile		153.859	193.675	-39.816	-20,56 %
Summe Passiva		20.904.109	27.640.232	-6.736.123	-24,37 %

Entwicklung des Eigenkapitals

EUR Tsd.	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Gewinnrücklage	Währungsrücklage	Bewertungs- rücklagen gem. IAS 39 ²⁾		Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Available for sale Rücklage	Hedging Rücklage			
Stand 1.1.2012 ⁵⁾	1.338.838	-1.002.116	-14.206	-243.924	1.833	80.425	395.742	476.167
Anpassung ³⁾		-7.640				-7.640	-98	-7.738
Stand 1.1.2012 angepasst	1.338.838	-1.009.756	-14.206	-243.924	1.833	72.785	395.644	468.429
Konzernjahresergebnis ⁴⁾		418.696				418.696	28.064	446.760
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		48				48		48
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19 inkl. lat. Steuern)		-2.650				-2.650	-3	-2.653
Währungsrücklage			21.606			21.606	-1.928	19.678
Available for sale Rücklage (inkl. lat. Steuern)				84.753		84.753	3.016	87.769
Hedging Rücklage (inkl. lat. Steuern)					-946	-946	-336	-1.282
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			-191	343	-153	0		0
Gesamtergebnis	0	416.094	21.415	85.097	-1.098	521.507	28.812	550.319
Kapitalerhöhung	484.000					484.000		484.000
Kapitalherabsetzung	-941.621	941.621				0		0
Ausschüttung						0	-533	-533
Veränderung eigene Anteile ⁶⁾	4.416	-4.475				-60		-60
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		-136.730		157.500		20.770	-230.249	-209.478
Stand 31.12.2012	885.632	206.754	7.209	-1.327	735	1.099.003	193.675	1.292.677
Konzernjahresergebnis ⁴⁾		-100.009				-100.009	26.624	-73.385
Veränderungen latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage		372				372		372
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19 inkl. lat. Steuern)		-1.205				-1.205	-29	-1.233
Währungsrücklage			-6.836			-6.836	-4.830	-11.666
Available for sale Rücklage (inkl. lat. Steuern)				68.117		68.117		68.117
Hedging Rücklage (inkl. lat. Steuern)					-1.053	-1.053	285	-768
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		32	-151	346	3.174	3.401		3.401
Gesamtergebnis	0	-100.810	-6.987	68.463	2.122	-37.213	22.050	-15.163
Ausschüttung						0	-4.709	-4.709
Veränderung eigene Anteile						0		0
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		3.566		2.198		5.764	-57.156	-51.393
Stand 31.12.2013	885.632	109.511	221	69.333	2.856	1.067.553	153.859	1.221.412

¹⁾ Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft. Zum 1.1.2012 entsprach der Ausweis des gezeichneten Kapitals nicht dem Ausweis im Einzelabschluss, da der Kapitalschnitt und die nachfolgende Kapitalerhöhung im Einzelabschluss rückwirkend berücksichtigt wurden und im Konzernabschluss nach IFRS erst bei vollständiger Rechtswirkung erfasst werden konnten.

²⁾ Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2013 EUR -12.366 Tsd. (31.12.2012: -1.404 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt. Bei der hedging Rücklage wurden zum 31.12.2013 EUR -534 Tsd. (31.12.2012: -291 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

³⁾ Die Anpassung erfolgte gemäß IAS 8 (siehe Kapitel 1 in den Notes).

⁴⁾ Die Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen betragen für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile EUR -268 Tsd. (1-12/2012: EUR 98 Tsd.) und für die nicht beherrschenden Anteile EUR -335 Tsd. (1-12/2012: EUR 138 Tsd.).

⁵⁾ Zum 1.1.2012 sind Werte von Veräußerungsgruppen in der Währungsrücklage mit EUR -16.765 Tsd. (Veräußerungsgruppe Banken CEE) und mit EUR 746 Tsd. (Veräußerungsgruppe Selini), in der available for sale Rücklage mit EUR -3.456 Tsd. (Veräußerungsgruppe Banken CEE) und in der hedging Rücklage mit EUR 543 Tsd. (Veräußerungsgruppe Banken CEE) berücksichtigt.

⁶⁾ Die Veränderung der eigenen Anteile inkludiert die Umgliederung aufgrund der Kapitalherabsetzung.

Geldflussrechnung

EUR Tsd.	1-12/2013	angepasst 1-12/2012
Jahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)	-73.385	446.760
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	-29.308	-593.395
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	-6.638	311.894
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	11.400	-25.714
Veränderung Steuern nicht zahlungswirksam	8.773	33.920
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	1.074.358	1.892.771
Forderungen an Kunden	2.958.224	2.578.030
Handelsaktiva	201.890	-37.663
Finanzinvestitionen	1.961.491	1.105.165
Operating lease Vermögenswerte	-7.918	-17.789
Sonstiges Umlaufvermögen	-165.094	264.812
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.127.516	-1.968.296
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-393.688	-129.062
Verbriefte Verbindlichkeiten	-2.850.211	-3.513.238
Derivate	233.234	-87.289
Andere Passiva	-147.519	-568.329
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	648.094	-307.422
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von		
held to maturity Wertpapieren	264.106	271.473
Beteiligungen	48.751	69.328
Sachanlagen	94.639	15.437
Abgang von Tochterunternehmen (abzüglich abgegangener Zahlungsmittel)	5.048	-399.403
Mittelabfluss durch Investitionen in		
Beteiligungen	-71.093	-45.944
Sachanlagen	-7.112	-20.813
Cash flow aus Investitionstätigkeit	334.340	-109.922
Kapitalerhöhung	0	484.000
Veränderungen eigene Aktien	0	-60
Veränderungen Nachrangkapital	-16.920	-458.828
Sonstige Veränderungen	-54.324	-13.442
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-71.244	11.670
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	851.262	1.256.936
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	648.094	-307.422
Cash flow aus Investitionstätigkeit	334.340	-109.922
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-71.244	11.670
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	1.762.453	851.262
Zahlungen für Steuern, Zinsen und Dividenden		
Gezahlte Ertragsteuern	-15.630	-18.940
Erhaltene Zinsen	698.208	960.644
Gezahlte Zinsen	-598.679	-958.981
Erhaltene Dividenden	8.904	11.712

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.

Details zu der Berechnung des Abgangs von Tochterunternehmen sind im Kapitel 2) enthalten.

INHALTSVERZEICHNIS NOTES

1) Allgemeine Angaben	60
a) Unternehmensfortführung	60
b) Änderungen der Rechnungslegungsmethoden	62
c) Anpassung Vergleichszahlen gemäß IAS 8	63
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	64
3) Rechnungslegungsgrundsätze	66
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	66
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften	66
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	68
d) Konsolidierungsgrundsätze	68
e) Währungsumrechnung	69
f) Zinsüberschuss	69
g) Risikovorsorge	69
h) Provisionsüberschuss	69
i) Handelsergebnis	69
j) Verwaltungsaufwand	70
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	70
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	70
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	70
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	73
o) Risikovorsorge	73
p) Handelsaktiva und -passiva	73
q) Finanzinvestitionen	73
r) Investment property Vermögenswerte	74
s) Beteiligungen	74
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen	75
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	75
v) Sonstige Aktiva	75
w) Verbindlichkeiten	75
x) Sozialkapital	75
y) Rückstellungen	76
z) Sonstige Passiva	76
aa) Nachrangkapital	77
bb) Eigenkapital	77
cc) Kapitalrücklagen	77
dd) Gewinnrücklagen	77
ee) Eigenmittel nach österreichischem BWG	77
ff) Treuhandgeschäfte	78
gg) Pensionsgeschäfte	78
hh) Eventualverpflichtungen	78
ii) Geldflussrechnung	78
4) Zinsüberschuss	79
5) Risikovorsorge	80
6) Provisionsüberschuss	80
7) Handelsergebnis	80
8) Verwaltungsaufwand	81
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	82
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	83
11) Steuern vom Einkommen	84
12) Barreserve	85
13) Forderungen an Kreditinstitute	85
14) Forderungen an Kunden	85
15) Risikovorsorge	86

16) Handelsaktiva	86
17) Finanzinvestitionen	87
18) Investment Property Vermögenswerte	88
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	89
20) Anteile und Beteiligungen	89
21) Immaterielles Anlagevermögen	90
22) Sachanlagen	91
23) Ertragsteueransprüche	91
24) Sonstige Aktiva	92
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	93
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	93
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	93
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	94
29) Handelspassiva	94
30) Rückstellungen	94
31) Sozialkapital	95
32) Ertragsteuerverpflichtungen	96
33) Sonstige Passiva	96
34) Nachrangkapital	97
35) Zahlungsströme Verbindlichkeiten	97
36) Eigenkapital	98
37) Eigenmittel nach österreichischem BWG	99
38) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	102
39) Cash flow hedges	106
40) Derivate	106
41) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung	107
42) Treuhandgeschäfte	107
43) Nachrangige Vermögenswerte	107
44) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	108
45) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	108
46) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte	109
47) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	109
48) Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	110
49) Vertriebsstellen	110
50) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	110
51) Segmentberichterstattung	111
a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern	113
b) Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten	114
52) Risikobericht	115
a) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze	115
b) Aufsichtsrechtliche Anforderungen	117
c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess	118
d) Kreditrisiko	119
e) Marktrisiko	130
f) Operationelles Risiko	139
g) Liquiditätsrisiko	140
h) Beteiligungsrisiko	142
i) Sonstige Risiken	143
53) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen	144
54) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	146
55) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	147
Bilanzzeit	149

ANHANG (NOTES)

zum Konzernabschluss der Österreichische Volksbanken-AG für das Geschäftsjahr 2013

1) Allgemeine Angaben

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14 – 16, ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland (insbesondere Tschechien, Slowakei, Malta, Polen, Ungarn) agierenden Tochtergesellschaften. Die ÖVAG befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss. Die ÖVAG ist ebenfalls Zentralorganisation des österreichischen Volksbank-Sektors und konzentriert sich in ihrer Aufgabe als Verbundbank auf die Märkte in Österreich. Geschäfte außerhalb dieses Bereiches (non-core business) sollen gemäß ihrem zugrunde gelegten Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden.

Die Volksbanken Holding e. Gen. (VB Holding), Wien, ist die übergeordnete Finanz-Holdinggesellschaft der ÖVAG. Als übergeordnetes Institut und oberstes Mutterunternehmen ist die VB Holding verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Da von der ÖVAG Partizipations-scheine und ausgegebene Wertpapiere an einem geregelten Markt im Sinne des § 2 Z 37 BWG zum Handel zugelassen sind, hat der Konzernabschluss der VB Holding gemäß § 245 UGB keine Befreiungswirkung.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 24. März 2014 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

a) Unternehmensfortführung

Der Vorstand der ÖVAG hat in den beiden vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95 % für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III-Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene Risk Weighted Assets (RWA)-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte, was in der kontinuierlichen Stärkung der Eigenmittelquote klar zum Ausdruck kommt,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Durch den konsequenten Abbau von Risiken aus dem Non-core Geschäft konnten die RWAs im ÖVAG Konzern von EUR 22,9 Mrd. zum Ultimo 2011 auf EUR 13,4 Mrd. zum Ultimo 2012 und auf EUR 9,6 Mrd. zum Ultimo 2013 reduziert werden.

In Summe ist es durch die geschilderten Maßnahmen gelungen, die Eigenmittelquote im ÖVAG Konzern nach Basel II von 12,7 % 2011 auf 15,7 % 2012 und 19,1 % 2013 respektive im Verbund von 13,9 % 2012 auf 14,9 % 2013 (Basel II; ungeprüft) zu erhöhen und damit laufend zu verbessern.

Diese Quoten liegen auch deutlich über jenen Werten, die dem von der Europäischen Kommission genehmigten Restrukturierungsplan zugrunde lagen, die damals mit 8 % Kernkapital- respektive 10 % Eigenmittelquote angenommen und auch von den österreichischen Aufsichtsbehörden als angemessen angesehen wurden.

Wenngleich die Mittelfristplanung für den Konzern ab dem Jahr 2016 eine Untererfüllung der regulatorischen Mindesteigenmittelquoten (inkl. Kapitalerhaltungspuffer) ausweist, kann diese Lücke durch entsprechende Kapitalmaßnahmen der Aktionäre geschlossen werden, wozu die Volksbanken aufgrund des Verbundvertrages im Rahmen des Haftungsverbundes verpflichtet sind.

Der Vorstand erwartet, dass mit dem angekündigten Joint Risk Assessment and Decision (JRAD)-Bescheid der FMA der ÖVAG in ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG eine Eigenmittelquote von 13,6 % für den Volksbanken-Verbund nach Basel III vorgeschrieben wird.

Diese Festsetzung wird auf Basis des Kreditportfolios und des Risikoregimes zum Stichtag 31.12.2012 erfolgen. Inwieweit der tourliche JRAD Prozess in 2014 für den Stichtag 31.12.2013 die weit über der Planung liegenden Abbauerfolge und die weitgehende Erledigung der § 70 Prüfungsfeststellungen in einer Herabsetzung der Eigenmittelvorgabe für die kommenden Jahre würdigt, ist nicht abschätzbar. Genauso ist auf Basis der heute vorliegenden Informationen nicht einschätzbar, wie die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden Asset Quality Review (AQR) Prozess und dem sich anschließenden Stresstest auf die Vorschreibung der Verbund-Eigenmittelquote wirken werden.

Die Eigenmittelquote des Volksbanken-Verbundes wird zum 31.12.2013 voraussichtlich bei 14,9 % (Basel II; ungeprüft) liegen. Aufgrund der aktuellen Planung von ÖVAG und Volksbanken kann für den Ultimo 2014 mit einer Verbund-Eigenmittelquote nach Basel III von 14,4 % gerechnet werden.

Mögliche, wenngleich auch aus heutiger Sicht nicht absehbare, über die Planung hinausgehende Belastungen, etwa aus dem AQR bzw. dem Abbau des Non-core Portfolios der ÖVAG können diese Planwerte und damit die Erfüllung dieser Vorgaben gefährden.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt für die Jahre ab 2015 jedoch ein deutliches Absinken der Eigenmittelquoten im Verbund. Dies resultiert vor allem aus Eigenmittelreduktionen aufgrund:

- der Vereinbarungen mit der Republik Österreich respektive der Europäischen Kommission (Wegfall der Anrechenbarkeit des staatlichen Partizipationskapitals im Ausmaß von EUR 300 Mio., Verlust der Anrechenbarkeit von Minderheiten und Kapital-Unterschiedsbeträgen aufgrund des Verkaufs von VBLI respektive VB Romania 2014 und 2015 im Ausmaß von knapp EUR 500 Mio.),
- diverser Basel III-Effekte (Phasing out des Haftsummenzuschlages im Ausmaß von mehr als EUR 300 Mio., des privaten Partizipationskapitals im Verbund im Ausmaß von EUR 180 Mio.),
- der vorhersehbaren, in der Planung erwarteten Belastungen aus dem weiteren Abbau des Non-core Portfolios der ÖVAG.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt in 2015 eine Eigenmittelunterdeckung im Verbund, wenn die Aufsichtsbehörde - wie angekündigt - eine höhere Eigenmittelquote von 13,6 % auf Grundlage eines JRAD Bescheids vorschreibt. Soweit dies der Vorstand zu überblicken vermag, fehlt zurzeit eine europaweit einheitliche Sichtweise der Aufsichtsbehörden zum rechtlichen Status einer im JRAD-Prozess vorgeschriebenen Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) Quote, wobei auch der Umfang der Maßnahmen und Sanktionen, welche die Aufsichtsbehörden bei Nichteinhaltung setzen bzw. verhängen würden, aus heutiger Sicht schwer absehbar sind.

Es wurde daher bereits vorsorglich eine Reihe weiterer Initiativen gestartet. Verschiedene Programme zur RWA-Entlastung im Rahmen des Verbundes haben bereits dazu geführt, dass trotz eines geringen Kreditwachstums im Jahr 2013 die RWAs auf der Primärebene um EUR 400 Mio. gesunken sind. Diese Initiativen sind aus Sicht des ÖVAG Vorstandes auch in den kommenden Jahren fortzusetzen, um eine über die aktuelle Planung hinausgehende RWA-Entlastung zu erreichen. Eine Machbarkeitsstudie, ob ein Umstieg auf den Internal Rating Based (IRB)-Ansatz zu einer relevanten RWA-Entlastung führen kann, ist beauftragt. Zusätzlich werden Möglichkeiten und Voraussetzungen evaluiert, Basel III-fähige Neuemissionen zu begeben (auch wenn die Emissionsfähigkeit aus heutiger Sicht eingeschränkt erscheint). Schließlich werden auch Gespräche über Maßnahmen zur weiteren Optimierung der bestehenden Eigenkapitalstruktur mit den Aktionären bzw. Inhabern von Partizipationskapital zu führen sein.

Die Europäische Kommission und die Republik Österreich haben im Zuge der gewährten staatlichen Beihilfen im Jahr 2012 der ÖVAG ein ambitioniertes Abbauprogramm vorgeschrieben. Dieses Abbauprogramm ist für die ÖVAG rechtlich bindend und durch die Organe der ÖVAG umzusetzen. Der Abbau, und dabei insbesondere der verpflichtende Verkauf der Beteiligungen innerhalb des durch die Europäische Kommission vorgegebenen engen Zeitplans, kann daher auch nicht gestoppt werden, um den Wegfall von Minderheiten zu unterbinden.

Zur Verbesserung der aktuellen Mittelfristplanung wurde 2013 ein umfassendes Strategiprojekt für den Volksbanken-Verbund aufgesetzt. Ziel ist es, kurz- und mittelfristig alle Ertragspotentiale und Kostensynergien im Verbund zu heben. Nach derzeitigem Arbeitsstand würden nach Vorstellungen des ÖVAG Vorstandes aktuell 55 Volksbanken respektive Spezialinstitute auf 9 Bundesländer-Volksbanken plus 3 Spezialinstitute verschmolzen. Aufgrund harmonisierter Aufbau- und Ablauforganisation dieser Volksbanken können bei regionaler Verankerung und Markthoheit die Vorteile einer konzernähnlichen Divisionalisierung gehoben werden. Durch dieses Programm soll bis zum Jahr 2018 ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag in signifikantem Ausmaß erzielt werden. Diesem zusätzlichen Ertrag stehen vor allem in den Jahren 2014 - 2016 jedoch auch Umsetzungskosten gegenüber.

Durch die Summe dieser Maßnahmen sollte es langfristig gelingen, die Eigenmittelquoten der aktuellen Mittelfristplanung zu verbessern. Ob die damit mittelfristig einhergehende verbesserte Ertragskraft des Verbundes eine Basis für eine Kapitalstärkung von außen sein kann, hängt davon ab, wie die Nachhaltigkeit der Neuausrichtung von potentiellen Investoren eingeschätzt wird.

Umgekehrt ist nicht auszuschließen, wenngleich aus heutiger Sicht nicht absehbar, dass die Kosten des weiteren Abbaus des Non-core Portfolios höher liegen können, als in der Mittelfristplanung angenommen und damit die positiven Effekte konterkarieren.

Für den Volksbanken-Verbund wird erwartet, dass die Aufsichtsbehörden mit JRAD-Bescheid die Eigenmittelquote weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen und auch die beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen - zumindest kurzfristig - anheben werden; diese Eigenmittelquote wird vorerst auch eingehalten werden können. Eine im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses für den Volksbanken-Verbund mittelfristig vorgeschriebene Eigenmittelquote von 13,6 %, die nicht nur über den gesetzlichen Mindestanforderungen, sondern auch über den beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen liegt, wird aber nur eingehalten werden können, wenn:

- ausreichende Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Verbesserung der Emissionsfähigkeit des Verbundes geschaffen werden können, und/oder
- die kurzfristig sehr stark angehobene Eigenmittel-Quote im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses in Würdigung der in Einklang mit den Vorgaben der Beihilferechtsentscheidung der Europäischen Kommission erfolgreich umgesetzten Abbaumaßnahmen auch wieder entsprechend nach unten korrigiert wird, und/oder
- geeignete Maßnahmen zur Optimierung der bestehenden ÖVAG-Eigenkapitalstruktur umgesetzt werden können bzw. geeignete Maßnahmen zur Kapitalerhöhung seitens der Eigentümer erfolgen.

Die ÖVAG ist aufgrund der Auflagen aus der Restrukturierungsvereinbarung mit der Republik Österreich vom 26. April 2012 und dem darauf aufbauenden Bescheid der EU-Kommission vom 19. September 2012 gezwungen, in den kommenden Jahren wesentliche Geschäftsfelder und Beteiligungen im In- und Ausland abzugeben.

Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt.

Die ÖVAG verfügt über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge aus Spreadrisiken schlagend werden.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51 %ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A.; die Gesellschaft wird mit Dritten, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen, gemeinschaftlich geführt und daher im ÖVAG Konzernabschluss at equity bewertet. Der Anteil an der Volksbank Romania wird über die VBI Beteiligungs GmbH gehalten. Der Buchwert der VB Romania wurde in der Vergangenheit bereits vollständig abgeschrieben. Aufgrund einer im ersten Halbjahr 2013 durchgeführten Neubewertung von Immobiliensicherheiten sowie infolge drohender Prozessrisiken waren im laufenden Geschäftsjahr von der VB Romania S.A. signifikante Risikovorsorgen zu erfassen. In Kombination mit der Eigenmittelplanung gemäß Basel III errechnet sich ein deutlich gesteigerter Eigenmittelbedarf.

Zur Stabilisierung der Eigenmittelquoten der VB Romania S.A. wurde seitens der Eigentümer im Oktober 2013 eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt EUR 120 Mio. durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr zur Entlastung der Liquiditätssituation der VB Romania seitens der ÖVAG bestehende Refinanzierungslinien durch die Vereinbarung von Anschlussfinanzierungen hinsichtlich ihrer Laufzeit und ihrem Fälligkeitsprofil angepasst. Mit dieser Maßnahme sollten insbesondere hohe Refinanzierungsvolumina mit Fälligkeiten in 2017 und 2018 entschärft und dem geplanten Primärmittelaufbau der VB Romania angepasst werden.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die aushaftenden Refinanzierungen der ÖVAG gegenüber der VB Romania EUR 0,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 1,4 Mrd.). Die ÖVAG geht derzeit davon aus, dass auf Basis der vorliegenden Unterlagen der VB Romania und in Folge der Anpassung der Fälligkeiten der Refinanzierungslinien an den Liquiditätsbedarf und den erwarteten Primäreinlagenaufbau der VB Romania die Rückführungen gemäß der angepeilten Laufzeiten erfolgen werden, wenngleich nicht abschätzbar ist, ob angesichts des schwierigen und volatilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch Stressszenarien denkbar sind, die - auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist - zu Bedrohungen des Wertansatzes für das Engagement der ÖVAG gegenüber der Volksbank Romania S.A. führen könnten. Darüber hinaus ist nicht abschätzbar, ob im Rahmen des Verkaufsprozesses ergebnisbelastende Maßnahmen gesetzt werden müssen oder sonstige Zugeständnisse erforderlich werden.

Mit dem Vorliegen der Planung der VB Romania für die Jahre 2014 fortfolgend sowie einer besseren Einschätzung des Marktumfeldes mit Beginn des Verkaufsprozesses der VB Romania S.A., der bis spätestens 31. Dezember 2015 abzuschließen ist, wird sich auch eine Schärfung des Risikobildes ergeben.

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG eingebracht. Auf Basis der in der Klage vorgebrachten Ansprüche und nach eingehender Analyse der darin vorgebrachten Vorwürfe kann derzeit kein ersatzpflichtiger Schaden festgestellt werden. Derzeit finden Gespräche mit der Sberbank of Russia betreffend der eingebrachten Schiedsklage statt.

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet den Konzern einerseits durch den enorm hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten, andererseits durch mögliche höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindestanforderungsniveau nach Basel II und Basel III wesentlich hinausgehen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf Ausführungen im Zusammenhang mit dem Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) sowie dem Asset Quality Review (AQR) und dem Banken-Stresstest 2014.

b) Änderungen der Rechnungslegungsmethoden

Mit 1. Jänner 2013 ist der im Jahr 2011 geänderte IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer in Kraft getreten und wurde somit in diesem Abschluss erstmalig angewandt. Der geänderte IAS 19 schafft die sogenannte Korridormethode ab und verlangt eine unmittelbare Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis. Darüber hinaus werden im geänderten IAS 19 erwartete Erträge aus

Planvermögen und der Zinsaufwand auf die Pensionsverpflichtung durch eine einheitliche Nettozinskomponente ersetzt. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand wird künftig vollständig in der Periode der zugehörigen Planänderung zu erfassen sein. Die Überarbeitung des IAS 19 ändert weiters die Vorgabe für die Leistungen aus Anlass der Beendigung der Arbeitsverhältnisse und erweitert die Angabe- und Erläuterungspflichten. Die Änderungen wurden rückwirkend in Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften des IAS 19 angewandt, wodurch es zu einer Anpassung der Vorjahreszahlen kam.

Aufgrund der Anwendung des IAS 19 wurden die folgenden Anpassungen der Finanzinformationen vorgenommen:

Anpassung Gewinn- und Verlustrechnung

EUR Tsd.	2012
Personalaufwand	2.051
Periodenergebnis vor Steuern	2.051
Steuern vom Einkommen	-513
Periodenergebnis nach Steuern	1.538
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis	1.538
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	1.538
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Periodenergebnis	0
Sonstiges Ergebnis	
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	-3.541
Latente Steuern auf Neubewertungen IAS 19	888
Summe Sonstiges Ergebnis	-2.653
Gesamtergebnis	-1.115
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis	-1.112
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	-1.182
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich	70
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Periodenergebnis	-3
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich	-71
hievon aus aufgegebenem Geschäftsbereich	68

Anpassung Bilanz

EUR Tsd.	31.12.2012	01.01.2012
Aktive latente Ertragsteueransprüche	2.933	2.528
Vermögenswerte einer Veräußerungsgruppe	0	30
Summe Aktiva	2.933	2.558
Rückstellungen	11.786	10.128
Pensionsrückstellung	8.846	8.588
Abfertigungsrückstellung	2.940	1.541
Verbindlichkeiten einer Veräußerungsgruppe	0	168
Eigenkapital	-8.853	-7.738
Eigenanteil	-8.752	-7.640
Nicht beherrschende Anteile	-101	-98
Summe Passiva	2.933	2.558

Weiters sind die Änderungen von IAS 1 Darstellung einzelner Posten des sonstigen Ergebnisses, IFRS 13 Fair Value Bewertung und die jährlichen Verbesserungen zu IFRS ab dem 1. Jänner 2013 verpflichtend anzuwenden.

c) Anpassung Vergleichszahlen gemäß IAS 8

Aufgrund von Verarbeitungsfehlern in Zusammenhang mit Finanzinstrumenten unter anderem im Zuge der Fusion ÖVAG – Investkredit und bei der Schuldenkonsolidierung, die zu Fehldarstellungen im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 führten, wurden die Vergleichszahlen in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 und die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung für 2012 gemäß IAS 8.41 angepasst. Zusätzlich war seit 2012 aufgrund der geänderten Sichtweise der Finanzverwaltung, der adaptierten Einkommensteuerrichtlinie und der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen die steuerliche Behandlung des PS Kapitals 2008 als Eigenkapital absehbar. Die Voraussetzungen für den Ansatz passiver latenter Steuern lagen somit aufgrund des Wegfalls der temporären Unterschiede nicht mehr vor, und wurden ebenfalls rückwirkend angepasst.

Anpassung Gewinn- und Verlustrechnung

EUR Tsd.	2012
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-16.460
Ergebnis Finanzinvestitionen	28.336
Periodenergebnis vor Steuern	11.876
Steuern vom Einkommen	92.728
Periodenergebnis nach Steuern	104.604
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis	104.604
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Periodenergebnis	0
Sonstiges Ergebnis	
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)	
Fair value Änderung	6.699
Summe Sonstiges Ergebnis	6.699
Gesamtergebnis	111.303
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis	111.303
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Periodenergebnis	0

Die Anpassung betrifft zur Gänze fortgeführte Geschäftsbereiche.

Anpassung Bilanz

EUR Tsd.	31.12.2012
Forderungen Kunden	-16.163
Handelsaktiva	5.814
Aktive latente Ertragsteueransprüche	34.169
Sonstige Aktiva	-53.656
Summe Aktiva	-29.836
Verbriefte Verbindlichkeiten	22.690
Passive latente Ertragsteuerpflichtungen	-56.326
Sonstige Passiva	-107.503
Eigenkapital	111.303
Eigenanteil	111.303
Nicht beherrschende Anteile	0
Summe Passiva	-29.836

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Im Segment Immobilien wurden zwei Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen, da sie nun nicht mehr unwesentlich für die Darstellung des Konzerns sind. Die Übernahme der Ergebnisse aus den Vorjahren in Höhe von EUR 4.604 Tsd. wird erfolgsneutral im Eigenkapital dargestellt, wobei dieser Betrag mit EUR 2.406 Tsd. in den Gewinnrücklagen und mit EUR 2.198 Tsd. in der available for sale Rücklage erfasst ist. Durch die Aufnahme in den Konsolidierungskreis gingen im Wesentlichen Beteiligungen in Höhe von EUR 5.786 Tsd. zu, die zum Großteil mit Eigenkapital refinanziert sind.

Weiters wurden im Geschäftsjahr zehn Gesellschaften aus dem Segment Immobilien verkauft.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis Segment Immobilien

EUR Tsd.	
Aktiva anteilig	219.202
Passiva anteilig	206.439
Währungsrücklage anteilig	53
Abgang anteiliges Reinvermögen	-12.711
Verkaufserlös anteilig	5.084
Entkonsolidierungsergebnis	-7.627

Weiters wurden zwei Gesellschaften im Konzern auf andere, vollkonsolidierte Unternehmen verschmolzen und zwei Gesellschaften im Geschäftsjahr 2013 liquidiert. Diese Geschäftsfälle hatten keine Auswirkung auf das Konzerneigenkapital oder das Ergebnis.

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Das im Geschäftsjahr 2013 erfasste Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches betrifft eine im Vertrag über den Verkauf der Anteile der Selini Holding GmbH vereinbarte Kaufpreisverbesserung; der Betrag ist im cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung des aufgegebenen Geschäftsbereiches Selini

EUR Tsd.	2013	2012
Zinsüberschuss	0	-640
Handelsergebnis	0	782
Verwaltungsaufwand	0	-15
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15.308	12.667
hievon Entkonsolidierungsergebnis	15.308	12.667
Periodenergebnis vor Steuern	15.308	12.793
Steuern vom Einkommen	0	0
Periodenergebnis nach Steuern	15.308	12.793
Den Anteilseignern zurechenbares Ergebnis	15.308	12.793
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Ergebnis	0	0

Weiters ist im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches des Vorjahres 2012 der Verkauf der VBI an die russische Sberbank enthalten. Die Detailinformationen und Aufgliederungen sind im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 dargestellt.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2013			31.12.2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	3	2	5	3	2	5
Finanzinstitute	21	23	44	31	27	58
Sonstige Unternehmen	35	38	73	34	37	71
Gesamt	59	63	122	68	66	134
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	0	1	1	0	1	1
Sonstige Unternehmen	2	0	2	3	0	3
Gesamt	2	1	3	3	1	4

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2013			31.12.2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	20	40	60	29	48	77
Assoziierte Unternehmen	35	15	50	37	20	57
Unternehmen gesamt	55	55	110	66	68	134

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern, die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2013 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 53, 54, 55).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2013 sowie die Vergleichswerte 2012 der ÖVAG wurden nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS; früher: International Accounting Standards, IAS) erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen (IFRIC/SIC) des International Financial Reporting Interpretations Committee bzw. des Standing Interpretations Committee erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der ÖVAG sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Das IASB hat im Juni 2011 IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer veröffentlicht. Der geänderte IAS 19 schafft die sogenannte Korridormethode ab und verlangt eine unmittelbare Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis. Darüber hinaus werden im geänderten IAS 19 erwartete Erträge aus Planvermögen und der Zinsaufwand auf die Pensionsverpflichtung durch eine einheitliche Nettozinskomponente ersetzt. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand wird künftig vollständig in der Periode der zugehörigen Planänderung zu erfassen sein. Die Überarbeitung des IAS 19 ändert weiterhin die Vorgaben für Leistungen aus Anlass der Beendigung der Arbeitsverhältnisses und erweitert die Angabe- und Erläuterungspflichten. Der neue IAS 19 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2013 beginnen. Zur weiteren Ausführung wird auf Kapitel 1b) verwiesen.

2011 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IAS 32 Finanzinstrumente: Darstellung und IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben. Durch diese Änderungen werden die Voraussetzungen und die Anhangangaben für die Saldierung von Finanzinstrumenten konkretisiert und ergänzt. Eine Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten wird weiterhin nur dann möglich sein, wenn gegenwärtig ein Rechtsanspruch darauf besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, es beabsichtigt ist, die Finanzinstrumente netto zu begleichen oder gleichzeitig mit der Realisierung des finanziellen Vermögenswertes die dazugehörige finanzielle Verbindlichkeit zu begleichen. Die Änderungen ergänzen und konkretisieren die Anwendungsleitlinien in puncto Gegenwärtigkeit und Gleichzeitigkeit. Sie schreiben zusätzliche Anhangangaben für saldierte Finanzinstrumente vor. Diese Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2013 beginnen.

Im Mai 2011 veröffentlichte das IASB IFRS 13 Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. Dieser Standard regelt nicht, inwieweit bestimmte Vermögenswerte und Schulden zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, sondern definiert lediglich den Begriff beizulegender Zeitwert und vereinheitlicht die Angabepflichten für Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert. IFRS 13 tritt für am oder nach dem 1. Jänner 2013 beginnende Geschäftsjahre in Kraft.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Im Mai 2011 veröffentlichte das IASB mit IFRS 10 Konsolidierte Abschlüsse, IFRS 11 Gemeinschaftliche Vereinbarungen und IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen sowie Folgeänderungen zu IAS 27 Einzelabschlüsse und IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen seine Verbesserungen von Rechnungslegungs- und Angabevorschriften zu den Themen Konsolidierung, außerbilanzielle Aktivitäten und gemeinschaftliche Vereinbarungen.

IFRS 10 ersetzt die Regelungen zu konsolidierten Abschlüssen in IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse und SIC-12 Konsolidierung Zweckgesellschaften. Ausgehend von den derzeit anzuwendenden Grundsätzen regelt IFRS 10 anhand eines umfassenden Beherrschungskonzepts, welche Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Die Verlautbarung bietet zusätzlich Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffes in Zweifelsfällen. Ein Investor beherrscht danach ein anderes Unternehmen, wenn er aufgrund seiner Beteiligung an variablen Ergebnissen teilhat und über Möglichkeiten verfügt, die für den wirtschaftlichen Erfolg wesentlichen Geschäftsaktivitäten des Unternehmens zu beeinflussen. Erhebliche Änderungen zur heutigen Regelungslage können in Situationen vorliegen, in denen ein Investor weniger

als die Hälfte der Stimmrechte an einem Unternehmen hält, aber mittels anderer Wege die Möglichkeit hat, die wesentlichen Geschäftsaktivitäten des anderen Unternehmens zu bestimmen. Der Einfluss dieser Regelung auf den Konzernabschluss der ÖVAG ist von untergeordneter Bedeutung.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von gemeinschaftlichen Vereinbarungen und knüpft dabei an der Art der sich aus der Vereinbarung ergebenden Rechte und Verpflichtungen anstelle ihrer rechtlichen Form an. IFRS 11 klassifiziert gemeinschaftliche Vereinbarungen in zwei Gruppen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen. Bei einer gemeinschaftlichen Tätigkeit handelt es sich um eine gemeinschaftliche Vereinbarung, die den gemeinschaftlich die Kontrolle ausübenden Partnerunternehmen Rechte an den Vermögenswerten und Schulden aus der Vereinbarung überträgt. Bei einem Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich um eine gemeinschaftliche Vereinbarung, die den gemeinschaftlich die Kontrolle ausübenden Partnerunternehmen Rechte am Nettovermögen aus der Vereinbarung überträgt. Gemäß IFRS 11 hat ein Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit die seinem Anteil entsprechenden Vermögenswerte und Schulden (und entsprechende Erträge und Aufwendungen) zu bilanzieren. Ein Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens hat seine Beteiligung nach der Equity Methode zu bilanzieren. IFRS 11 ersetzt IAS 31 Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und SIC-13 Gemeinschaftlich geführte Unternehmen - nicht-monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen. Der Einfluss dieser Regelung auf den Konzernabschluss ist von untergeordneter Bedeutung.

IFRS 12 regelt als neue und umfassende Verlautbarung die Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich gemeinschaftlicher Vereinbarungen, assoziierte Unternehmen, strukturierte Unternehmen und außerbilanzielle Einheiten. Es sind Angaben zu machen, die es den Abschlussadressaten ermöglichen, das Wesen der Beteiligung an anderen Unternehmen, die damit verbundenen Risiken und die Auswirkung dieser Beteiligungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu beurteilen. IFRS 12 ersetzt die Angabevorschriften aus IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse, IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und IAS 31 Anteile an Gemeinschaftsunternehmen.

Im Rahmen der Verabschiedung des IFRS 10 werden die Regelungen für das Kontrollprinzip und die Anforderungen an die Erstellung von Konzernabschlüssen aus dem IAS 27 ausgelagert und abschließend im IFRS 10 behandelt. Im Ergebnis enthält IAS 27 künftig nur die Regelungen zur Bilanzierung von Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen im IFRS Einzelabschlüssen.

Entsprechend dem geänderten IAS 28 hat ein Unternehmen eine Beteiligung oder einen Teil einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder einem Gemeinschaftsunternehmen als zur Veräußerung bestimmt zu bilanzieren, soweit die einschlägigen Kriterien erfüllt sind. Ein verbleibender Teil an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, der nicht als zur Veräußerung bestimmt klassifiziert ist, muss bis zum Abgang des als zur Veräußerung bestimmt klassifizierten Teils nach der Equity Methode bilanziert werden.

IFRS 10, 11, 12 und die Folgeänderungen zu IAS 27 und 28 wurden bereits von der EU übernommen; die Regelungen treten für am oder nach dem 1. Jänner 2014 beginnende Geschäftsjahre in Kraft. Die neuen oder geänderten Vorschriften können vorzeitig angewendet werden, wobei in diesem Fall ein einheitlicher Anwendungszeitpunkt für die Gesamtheit der genannten Neuregelungen gilt. Ausgenommen hiervon ist lediglich IFRS 12, dessen Angabevorschriften unabhängig von den anderen Verlautbarungen vorzeitig angewendet werden dürfen. Der Einfluss dieser Regelung auf den Konzernabschluss der ÖVAG ist von untergeordneter Bedeutung.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

IFRS 9 Finanzinstrumente wurde im November 2009 veröffentlicht und regelt die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und soll in Zukunft IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung ersetzen. In Zukunft wird es grundsätzlich nur mehr zwei Kategorien – fortgeführte Anschaffungskosten und fair value – geben. Ein finanzieller Vermögenswert wird mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte in Bestand zu halten und die aus den finanziellen Vermögenswerten resultierenden vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen. Dabei generiert der finanzielle Vermögenswert zu festgelegten Zeitpunkten vertraglich vereinbarte Zahlungsströme, die ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Nominalwert darstellen. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte, die nicht diesen Kriterien entsprechen, sind mit dem fair value über die Gewinn- und Verlustrechnung zu bewerten. Für Investitionen in Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, besteht ein zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes unwiderruflich auszuübendes Wahlrecht, fair value Änderungen erfolgsneutral über das Gesamtergebnis unmittelbar im Eigenkapital zu erfassen. Bei Verkäufen oder impairments erfolgt keine Umbuchung in die GuV. Sind in einem Finanzinstrument eingebettete Derivate enthalten, so erfolgt keine Trennung, sondern das Finanzinstrument ist in seiner Gesamtheit zum fair value über die GuV zu bewerten.

Zusätzlich zu der Bewertung der Finanzinstrumente wurde im Oktober 2010 die Bewertung der finanziellen Verbindlichkeiten im Rahmen des IFRS 9 veröffentlicht. Die wesentlichste Änderung zu den bisherigen Vorgaben im IAS 39 ist der Ausweis der fair value Änderung bei finanziellen Verbindlichkeiten in der Kategorie at fair value through profit or loss, die auf das eigene Kreditrisiko zurückzuführen ist. Diese fair value Änderung soll zukünftig direkt im Eigenkapital in der Gesamtergebnisrechnung erfasst werden, außer es würde dadurch eine Inkonsistenz in der Bewertung von Aktiva und Passiva entstehen. Die Regelungen der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten sowie der derivativen Instrumente ist beibehalten worden. Der Standard ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Der Standard wurde noch nicht von der EU übernommen. Auf Grund der Geschäftstätigkeit des Konzerns wird dieser Standard umfassende Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.
- Bei verlusttragenden Eigenmittelinstrumenten wird der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig angepasst. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird die aktuellste Planung zu Grunde gelegt.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzern einheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Konzernbilanzstichtages zum 31. Dezember 2013 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der ÖVAG direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Die Quotenkonsolidierung wird im ÖVAG Konzernabschluss nicht angewendet. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Der Konzern hält keine Anteile an Joint Ventures.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseleminierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs, noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Konzernbilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Konzernbilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Konzerngeschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträge aus operating lease Verträgen und investment property Vermögenswerten sowie Abschreibungen von operating lease Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- den Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3)m) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung für Risikorückstellungen.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen im ÖVAG Konzern entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit des Konzerns.

Im Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse des Konzerns erfasst. Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, da eine Saldierung besser den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle widerspiegelt.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden in Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Konzern wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Konzern verbleiben. Werden alle oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Konzern behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstruments. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Monatlich findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstruments objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Wertberichtigungen werden im Konzern sowohl auf einzelne Vermögenswerte als auch auf Portfolioebene gerechnet. Alle wesentlichen Vermögenswerte werden einzeln auf Wertminderungen hin untersucht. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst wesentliche Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Gemäß den Vorgaben im Konzern-Kreditrisikohandbuch werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorgebedarf erfasst. Bei non performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten und bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Der Konzern macht von der Möglichkeit Gebrauch, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Im Kapitel 38) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments bzw. debt value adjustments Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für positive Marktwerte aus unbesicherten Zinssteuerungsderivaten des Handelsbuches wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Die CVA Charge wird durch Multiplikation von Exposure, Probability of Default und Loss given Default sowie Add-On Faktoren, die von der Laufzeit und der Bonität des zugrunde liegenden Derivategeschäftes (Zinsen, Währungen, Aktien, Commodities) abhängen und als Prozentsatz des Nominales ausgedrückt werden, approximiert.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäft, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Der Konzern verwendet fair value hedges für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäft erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden im Konzern für die Absicherung von Zinsrisiken aus variablen Verzinsungen und von Währungsrisiken aus Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten verwendet.

Wird ein Derivat als Absicherung für eine Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb (hedge of a net investment) genutzt, wird der effektive Teil des hedges erfolgsneutral direkt im Eigenkapital in der Währungsrücklage ausgewiesen. Der ineffektive Teil des hedges wird sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei Verkauf des ausländischen Tochterunternehmens wird der Betrag aus der Währungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Eingebettete absplattungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Finanzierungsleasing

Der Konzern betreibt Finanzierungsleasing sowohl für Immobilien als auch bewegliche Güter. Dabei ist der Konzern Leasinggeber von einem Leasingobjekt, bei dem die Risiken und Chancen zum Großteil auf den Leasingnehmer übergehen und somit dieser der Eigentümer des Leasinggutes ist. Diese Geschäfte werden in den Forderungen ausgewiesen. Dabei wird statt des Leasingvermögens der Barwert der zukünftigen Zahlungen unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte ausgewiesen.

Die Immobilienleasingverträge weisen hauptsächlich eine Laufzeit von 10 bis 20 Jahren auf, Mobilienleasing im Retailbereich im Wesentlichen Laufzeiten zwischen 3 bis 6 Jahren. Der Außenzinssatz der Leasingvereinbarungen wird im Zeitpunkt des Abschlusses der Leasingverträge für die gesamte Leasingdauer fixiert. Aufgrund von Zinsanpassungsklauseln kann der Außenzinssatz an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst werden.

o) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details verweisen wir auf das Kapitel 3)m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividendenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

At fair value through profit or loss

Der Konzern widmet einige Wertpapiere in diese Kategorie und erfasst die Marktwertänderungen dieser Wertpapiere direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung wie bereits im Kapitel 3)m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten näher beschrieben.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Auf Grund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Aktien, deren Marktwert

nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Der Konzern widmet Finanzinstrumente in diese Kategorie, wenn er die Absicht und die Fähigkeit hat, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt für den Konzern zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden 2 Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2013 kam es wie im Vorjahr zu keinen Umwidmungen.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Bei inländischen und ausländischen Grundstücken und Gebäuden erfolgt die jährliche Bewertung im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind Ertragswertrechnungen, die auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Für noch nicht fertig gestellte Immobilien im Entwicklungsstadium werden Residualwertverfahren eingesetzt. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichswertverfahren angewendet. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Das Immobilien Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Als unabhängige Gutachter der ausländischen investment properties wurden Colliers International, Cushman & Wakefield, DTZ und Jones Lang Lasalle beauftragt. In Österreich wurden Gutachten von CBRE GmbH, Heimo Kranewitter, Rigele und PKF Hotelexperts GmbH eingesetzt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Der Konzern gründet Tochterunternehmen und erwirbt Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder des Konzerns abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken.

Unternehmen, auf die der Konzern einen maßgeblichen Einfluss ausübt, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Werts erfolgt durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Zu den Bewertungsverfahren gehören insbesondere Discounted Cash Flow-Verfahren und Multiplikatorverfahren. Soweit Discounted Cash Flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2013 zwischen 7,5 % und 9,9 %. Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 5,75 %, die herangezogenen Beta-Werte zwischen 0,97 % und 1,25 %. Für illiquide Instrumente werden Abschläge bis zu 20 % vorgenommen. Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Werte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Wert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment Test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt.

Leasinggegenstände, die dem operating lease dienen, werden dem ÖVAG Konzern zugerechnet und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbleib und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max.	10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen etc.)	max.	5 Jahre
EDV-Software	max.	4 Jahre
Fahrzeuge	max.	5 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max.	20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max.	50 Jahre
Mietrechte	max.	Laufzeit des Mietrechtes

Die Leasingerlöse von operating lease Vermögenswerten werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und gemeinsam mit den Abschreibungen in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen Konzernunternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderen auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

x) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der ÖVAG Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im ÖVAG Konzern. Im ÖVAG Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf Pensionskassen übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt sind. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind keine zu erblicken. Die beiden Pensionskassen veranlagen die Mittel zu knapp 55 % in Anleihen und zu 33 % in Aktien. Der Rest verteilt sich auf Alternative Investments, Immobilien und Bargeld.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2013	2012	2011	2010	2009
Rechnungszinssatz	3,00 %	3,00 %	4,50 %	4,25 %	5,25 %
Zinssatz Planvermögen	3,00 %	3,00 %	4,25 %	4,25 %	5,50 %
Künftige Gehaltssteigerungen	3,50 %	3,50 %	3,50 %	3,50 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet. Da der Rückstellungsbedarf für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, unwesentlich ist, wird auf eine Anpassung der Parameter und biometrischen Grundwerte auf die Verhältnisse in den Ländern dieser Tochtergesellschaften verzichtet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, wurden die lokal üblichen Alterspensionsgrenzen für die Berechnung herangezogen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

y) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird nicht vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen sowie Risiken aus Immobilienprojekten. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge alle anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

z) Sonstige Passiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

aa) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet. Bei verlusttragenden Instrumenten ist der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig anzupassen. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird bei den Ergänzungskapitalanleihen die aktuellste Planung zu Grunde gelegt. Für Instrumente, die nach lokalem Recht Eigenkapital darstellen und daher von der Kapitalherabsetzung betroffen sind, wird der Kurs nach Kapitalherabsetzung verwendet. Sind die zukünftigen cash flows nicht verlässlich bestimmbar, werden der Bewertung gemäß IAS 39.9 die vertraglichen cash flows über die gesamte Laufzeit zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem ursprünglich passivierten Betrag und dem so berechneten Barwert wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt. Die Effektivverzinsung wird im Zinsaufwand erfasst.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt werden.

bb) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden vom ÖVAG Konzern emittierte Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt im ÖVAG Konzern auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details verweisen wir auf Kapitel ee) Eigenmittel nach österreichischem BWG und Kapitel 52)c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess.

cc) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

dd) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG, die unsteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ee) Eigenmittel nach österreichischem BWG

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf den EU-Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG beruhen und in nationales Recht umgesetzt wurden. Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im ÖVAG Konzern. Mit diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung der ÖVAG an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Standardansatz). Die Marktrisikokomponente des Konzerns wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Kern- oder Tier I Kapital
- Ergänzungs- oder Tier II Kapital
- Drittrangmittel oder Tier III Kapital

Das Kern- oder Tier I Kapital besteht aus dem gezeichneten Kapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen, Minderheitenanteilen sowie hybriden Kapitalbestandteilen abzüglich immaterieller Vermögenswerte.

Ergänzungs- oder Tier II Kapital besteht aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Das Tier III Kapital besteht aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindest-Eigenmittelquote (Summe aus Tier I, II und III) beträgt 8 %, die Mindest-Kernkapitalquote beträgt 4 % der Summe der Risikopositionen. Das gesamte Tier II Kapital ist auf 100 % des Tier I Kapitals begrenzt. Je nach Ausgestaltung des Tier II Kapitals können nachrangige Verbindlichkeiten nur bis zu 50 % des Tier I Kapitals angerechnet werden. Das Tier III Kapital darf nur zur Unterlegung von Marktrisiken verwendet werden.

Die Darstellung der bankrechtlichen Eigenmittel des ÖVAG Konzerns erfolgt im Kapitel 37) Eigenmittel nach österreichischem BWG. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im ÖVAG Konzern in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Seit 1.1.2014 sind CRD IV und CRR (Basel III) in Kraft. Damit wird das Kernkapital in Common Equity Tier I (CET1) und Additional Tier I (AT1) differenziert, wobei CET1 künftig der dominierende Kapital-Bestandteil einer Bank sein soll. Hybrides Kapital wird entsprechend den Übergangsbestimmungen entweder als AT1 oder Tier 2 (T2) zugerechnet werden bzw. unterliegt den Phasing-out Bestimmungen. Minderheitenanteile bei Tochterunternehmen werden zukünftig nur noch mit dem anteiligen Mindesteigenmittelerfordernis anrechenbar sein. Bestehende Kapitalbestandteile, welche die Kriterien für CET1, AT1 bzw. T2 nicht mehr erfüllen, werden jedes Jahr um 10%-Punkte geringer angerechnet. Staatliches Partizipationskapital ist bis 31.12.2017 als CET1 anrechenbar.

ff) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein Unternehmen des ÖVAG Konzerns als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

gg) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte verkauft der Konzern Vermögenswerte an einen Vertragspartner und vereinbart gleichzeitig, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz des Konzerns und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

hh) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der ÖVAG Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen. Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Konzernabschluss erforderlich ist.

ii) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremtteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2013	2012
Zinsen und ähnliche Erträge	713.773	1.000.383
Zinsen und ähnliche Erträge aus	670.771	944.603
Barreserve	1.147	3.696
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	59.534	100.836
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	357.090	465.469
Festverzinslichen Wertpapieren	123.187	192.496
Derivaten des Bankbuches	129.813	182.107
Laufende Erträge aus	23.301	26.743
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.449	5.194
Sonstigen verbundenen Unternehmen	6.409	6.501
Sonstigen Beteiligungen	14.443	15.048
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	19.701	29.036
Mietträge investment property	13.594	17.364
Erträge von operating lease Verträgen	6.107	11.672
Mietträge	23.657	32.744
Abschreibungen	-17.550	-21.073
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-525.187	-778.233
Einlagen von Kreditinstituten (inklusive Zentralbanken)	-144.386	-224.283
Einlagen von Kunden	-75.100	-73.431
Verbrieften Verbindlichkeiten	-265.677	-447.387
Nachrangkapital	-34.098	-25.569
Derivaten des Bankbuches	-5.926	-7.564
Zinsüberschuss	188.586	222.149

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	2013	2012
Zinsen und ähnliche Erträge	713.773	1.000.383
Zinsen und ähnliche Erträge aus	670.771	944.603
Finanzielle Vermögenswerte at fair value through profit or loss	3.028	6.090
Derivaten des Bankbuches	129.813	182.107
Finanzielle Vermögenswerte nicht at fair value through profit or loss	537.930	756.406
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	85.733	135.273
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	425.974	590.455
Hievon Finanzierungsleasing	160.421	184.906
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	2.059	1.412
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	26.223	30.678
Laufende Erträge aus	23.301	26.743
Finanzielle Vermögenswerte at fair value through profit or loss	780	2.021
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	22.521	24.722
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	19.701	29.036
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-525.187	-778.233
Derivaten des Bankbuches	-5.926	-7.564
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-519.261	-770.669
Zinsüberschuss	188.586	222.149

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2013	2012
Zuführung zu Risikovorsorgen	-184.584	-504.172
Auflösung von Risikovorsorgen	219.087	188.995
Zuführung zu Risikorückstellungen	-3.795	-4.050
Auflösung von Risikorückstellungen	8.676	5.239
Direktabschreibungen von Forderungen	-66.253	-59.874
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	3.407	6.947
Risikovorsorge	-23.462	-366.916

Für weitere Details zu den Risikovorsorgen und Risikorückstellungen verweisen wir auf Kapitel 15) Risikovorsorge und Kapitel 30) Rückstellungen.

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2013	2012
Provisionserträge	73.577	86.939
aus dem Kreditgeschäft	16.932	30.589
aus dem Wertpapiergeschäft	44.685	43.966
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	4.830	4.252
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	7.129	8.132
Provisionsaufwendungen	-43.331	-28.731
aus dem Kreditgeschäft	-19.978	-14.487
aus dem Wertpapiergeschäft	-22.147	-12.995
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-989	-885
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-217	-364
Provisionsüberschuss	30.246	58.208

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Für die Verwaltung von Treuhandverträgen wurden Provisionserträge in Höhe von EUR 6 Tsd. (2012: EUR 6 Tsd.) im Provisionsüberschuss erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2013	2012
Aktienbezogene Geschäfte	-1.828	16.884
Währungsbezogene Geschäfte	6.461	5.736
Zinsbezogene Geschäfte	3.801	9.574
Handelsergebnis	8.434	32.195

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2013	2012
Personalaufwand	-133.902	-138.500
Löhne und Gehälter	-99.765	-103.013
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-23.647	-24.072
Freiwilliger Sozialaufwand	-1.718	-1.856
Aufwand Altersvorsorge	-6.048	-4.053
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	-2.724	-5.506
Sachaufwand	-104.544	-109.745
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-11.336	-13.208
planmäßig (-)	-11.336	-11.663
außerplanmäßig (-)	0	-1.545
Verwaltungsaufwand	-249.783	-261.453

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne in Höhe von EUR 2.153 Tsd. (2012: EUR 2.517 Tsd.) enthalten.

Im Sachaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property in Höhe von EUR 2.807 Tsd. (2012: EUR 4.265 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer KPMG Austria AG Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 2.491 Tsd. (2012: EUR 2.021 Tsd.). Davon entfallen EUR 2.032 Tsd. (2012: EUR 1.734 Tsd.) auf die Prüfung des Konzernabschlusses sowie von Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 354 Tsd. (2012: EUR 170 Tsd.) auf andere Beratungsleistungen, EUR 12 Tsd. auf Steuerberatungsleistungen und EUR 93 Tsd. (2012: EUR 118 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2013	2012
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	115	115
Vorstandsmitglieder	2.085	2.132
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	571	567
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen		
Vorstandsmitglieder	1.141	1.793

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der ÖVAG.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors und Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter inklusive Veräußerungsgruppe

	durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2013	2012	31.12.2013	31.12.2012
Inland	1.122	1.188	1.101	1.137
Ausland	755	1.294	752	775
Mitarbeiter gesamt	1.877	2.482	1.853	1.912

Die in der oben angeführten Tabelle enthaltene Mitarbeiteranzahl von Veräußerungsgruppen stellt sich wie folgt dar

	durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter	
	2013	2012
Veräußerungsgruppe Banken CEE		
Inland	0	10
Ausland	0	512
Mitarbeiter Banken CEE	0	522
Mitarbeiter Veräußerungsgruppe gesamt	0	522

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	313.708	913.255
Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen	-7.627	-12.431
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-94.228	-74.573
Sonstige Steuern	-55.189	-70.766
Abschreibung von Firmenwerten und Markennamen	0	-330
Sonstiges betriebliches Ergebnis	156.665	755.154

Der Ertrag aus der Anpassung des Buchwertes des PS 2008 und der Ergänzungskapitalanleihe gemäß IAS 39 AG 8 beträgt für die Berichtsperiode EUR 88.989 Tsd. (2012: EUR 648.126 Tsd.). Weiters ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen das Ergebnis aus dem Rückkauf des Tier II Kapitals in Höhe von EUR 25.989 Tsd. (2012: sonstiger betrieblicher Ertrag EUR 39.986 Tsd.) sowie der im Vorjahr erfolgte Rückkauf von hybridem Tier I Kapital in Höhe von EUR 143.239 Tsd. in der Vergleichsperiode enthalten (siehe auch Kapitel 34).

Gemäß der Vereinbarung vom 27. Februar 2012 hat die Republik Österreich am 15. März 2013 eine Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) zu Gunsten der ÖVAG im Höchstbetrag von EUR 100 Mio. abgegeben. Die Wirksamkeit dieser Asset-Garantie ist bis maximal 31. Dezember 2015 befristet. Die unverzinsliche Forderung aus der Übernahme von Ausfällen wird aufgrund ihrer Langfristigkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst. Die in dieser Asset-Garantie inkludierte Besserungsvereinbarung stellt eine Verbindlichkeit dar, die ebenfalls abgezinst auf den Berichtstichtag erfasst wird. Die Beträge aus der Abzinsung der Forderung und der Abzinsung der Verbindlichkeit aus der Besserungsvereinbarung werden saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt und betragen im Geschäftsjahr 2013 EUR 69 Mio.

Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert (in Höhe von EUR 186.262 Tsd. (2012: EUR 166.761 Tsd.)) im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen, da eine Saldierung besser den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle widerspiegelt.

Im Geschäftsjahr 2013 wird im Entkonsolidierungsergebnis das Ergebnis aus dem Verkauf von zehn Gesellschaften im Segment Immobilien dargestellt. Im Vorjahr ist hier die Entkonsolidierung von zwei Gesellschaften aus dem Segment Immobilien enthalten.

In den sonstigen Steuern wird die Bankenabgabe in Höhe von EUR 45.594 Tsd. (2012: 45.594 Tsd.) erfasst. Im Vorjahr ist eine Inanspruchnahme einer Haftung für Kapitalertragsteuern im Zuge einer Betriebsprüfung in Höhe von EUR 18.973 Tsd. enthalten.

Der im Geschäftsjahr 2013 für den Firmenwert des Objekts Heilbad Sauerbrunn durchgeführten impairment Tests führte zu keinem Abwertungsbedarf. Im Vorjahr musste der Firmenwert um EUR 330 Tsd. abgewertet werden.

Im Geschäftsjahr 2013 sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Leerstellungskosten aus investment property Vermögenswerten in unwesentlichem Ausmaß enthalten.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2013	2012
Ergebnis aus Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-12.638	7.264
Bewertung Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-12.638	7.264
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.261	12.070
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-15.899	-4.806
Ergebnis aus fair value hedges	1.213	4.089
Bewertung Grundgeschäfte	69.499	-8.809
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-23.374	12.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-104.640	87.404
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	78.992	-85.917
Verbriefte Verbindlichkeiten	118.522	-26.113
Nachrangkapital	0	3.247
Bewertung Derivate	-68.286	12.898
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-19.785	76.772
aktienbezogen	0	1.458
währungsbezogen	6.332	-17.792
zinsbezogen	-626	54.433
kreditbezogen	-4.550	62.641
sonstige	-20.940	-23.968
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	14.096	11.101
realisierte Gewinne / Verluste	33.128	34.982
Zuschreibungen	156	65
Abschreibungen (impairments)	-19.189	-23.946
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	-11.140	-24.219
realisierte Gewinne / Verluste	-10.758	-22.550
Zuschreibungen	13	3
Abschreibungen (impairments)	-395	-1.673
Ergebnis aus held to maturity Finanzinvestitionen	2.559	2.697
realisierte Gewinne / Verluste	2.559	2.697
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	-23.218	-50.841
realisierte Gewinne / Verluste	7.676	2.556
Wertveränderungen investment property	-30.894	-53.397
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-48.913	26.863

Im Geschäftsjahr 2013 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 11.958 Tsd. (2012: EUR 12.148 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2013	2012
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-62.104	34.728
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-12.638	7.264
Fair value hedges	1.213	4.089
Sonstige Derivate Bankbuch	-19.785	76.772
Investment property Vermögenswerte	-30.894	-53.397
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und		
Ergebnis aus Finanzinvestitionen die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	13.191	-7.865
Realisierte Gewinne/Verluste	32.605	17.686
Available for sale Finanzinvestitionen	33.128	34.982
Loans & receivables Finanzinvestitionen	-10.758	-22.550
Held to maturity Finanzinvestitionen	2.559	2.697
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	7.676	2.556
Zuschreibungen	169	68
Available for sale Finanzinvestitionen	156	65
Loans & receivables Finanzinvestitionen	13	3
Abschreibungen (impairments)	-19.583	-25.619
Available for sale Finanzinvestitionen	-19.189	-23.946
Loans & receivables Finanzinvestitionen	-395	-1.673
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-48.913	26.863

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	2013	2012
Laufende Steuern vom Einkommen	-15.280	-16.453
Latente Steuern vom Einkommen	-7.778	-33.871
Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	-2.051
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	-23.058	-52.376
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	-1.345	-13.858
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	-1.345	-13.858
Steuern vom Einkommen	-24.403	-66.234

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand

EUR Tsd.	2013	2012
Jahresergebnis vor Steuern – fortgeführter Geschäftsbereich	-64.290	464.348
Jahresergebnis vor Steuern – aufgebener Geschäftsbereich	15.308	48.646
Jahresergebnis vor Steuern – Gesamt	-48.982	512.994
Errechneter Steueraufwand 25 %	-12.245	128.249
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-7.487	-4.763
aus Investitionsbegünstigungen	76	74
aus sonstigen steuerbefreiten Erträgen	-1.028	-170
Verminderung Steuerlatenzen § 9 Abs. 7 KStG	0	-23.827
aus nicht abzugsfähiger Firmenwertabschreibung	0	83
aus Beteiligungsbewertungen	11.105	-38.907
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	-16.944	-105.408
aus Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	38.993	9.778
aus Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	11.267	85.121
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-4.175	-113
aus Steuersatzänderung	326	-1.146
aus abweichenden Steuersätzen Ausland	-4.483	-2.184
aus sonstigen Unterschieden	7.652	5.589
Ausgewiesene Ertragsteuern	23.058	52.376
Hievon aufgebener Geschäftsbereich	0	2.051
Effektive Steuerquote – fortgeführter Geschäftsbereich	-35,87 %	10,84 %
Effektive Steuerquote – inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-47,07 %	10,21 %

Durch die hohen Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern bzw. den Nichtansatz von aktiven latenten Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

Latente Steuerabgrenzungen im Ausmaß von EUR 18.953 Tsd. (2012: EUR 10.319 Tsd.) wurden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Im Geschäftsjahr 2013 wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 155.972 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2012: EUR 39.113 Tsd.) wertberichtigt sowie aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 22.708 Tsd. (2012: EUR 340.485 Tsd.) nicht angesetzt, weil nach Einschätzung des Managements die Verwertbarkeit dieser aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge und andere aktiven latenten Steuern in einem angemessenen Zeitraum (bis zu 4 Jahre) unwahrscheinlich ist. Somit wurden auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 2.322.267 Tsd. (2012: EUR 2.112.298 Tsd.) keine latenten Steuern gebildet. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 2.309.658 Tsd. (2012: EUR 2.094.103 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die ÖVAG selbst.

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Kassenbestand	1.382	1.307
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.761.070	849.955
Barreserve	1.762.453	851.262

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 5.798.139 Tsd. (2012: EUR 7.270.203 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitgliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
täglich fällig	714.307	566.647
bis 3 Monate	1.404.874	1.075.179
bis 1 Jahr	298.976	1.113.584
bis 5 Jahre	3.333.550	3.938.172
über 5 Jahre	46.432	576.621
Forderungen an Kreditinstitute	5.798.139	7.270.203

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 7.081.347 Tsd. (2012: EUR 10.039.571 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitgliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
täglich fällig	207.219	357.763
bis 3 Monate	255.837	369.384
bis 1 Jahr	1.746.889	1.493.209
bis 5 Jahre	3.742.008	5.159.248
über 5 Jahre	1.129.394	2.659.967
Forderungen an Kunden	7.081.347	10.039.571

Angaben zum Leasinggeschäft

EUR Tsd.	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
2013				
Bruttoinvestitionswert	1.027.105	1.711.546	248.280	2.986.931
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	-4.064	-4.778	-3.026	-11.868
Abzüglich noch nicht realisierte Finanzerträge	-127.819	-168.416	-29.366	-325.601
Nettoinvestitionswert	895.222	1.538.353	215.888	2.649.463
Nicht garantierte Restwerte				13.893
2012				
Bruttoinvestitionswert	999.426	1.614.617	552.111	3.166.154
Abzüglich unverzinsten geleisteter Kautionen	-341	-2.633	-13.570	-16.545
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-123.111	-173.705	-76.559	-373.374
Nettoinvestitionswert	875.974	1.438.279	461.982	2.776.235
Nicht garantierte Restwerte				14.473

Der Nettoinvestitionswert ist in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten enthalten.

Der Nettoinvestitionswert entspricht dem fair value der Finanzierungsleasinggeschäfte, da den Verträgen variable Zinssätze zugrunde liegen.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt	Hievon Veräußerungs- gruppe
Stand am 1.1.2012	703	1.261.444	59.258	1.321.405	375.661
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-360.812	-14.440	-375.252	-366.495
Währungsumrechnung	0	15.742	489	16.231	7.429
Umgliederungen	0	399	459	858	0
Barwerteffekt	0	-2.375	0	-2.375	-963
Verbrauch	0	-202.720	0	-202.720	-9.352
Auflösung	0	-202.729	-2.990	-205.720	-16.725
Zuführung	0	374.001	140.616	514.617	10.445
Stand am 31.12.2012	703	882.950	183.392	1.067.045	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-3.790	0	-3.790	
Währungsumrechnung	0	-7.635	-161	-7.795	
Umgliederungen	0	-34.348	-180	-34.528	
Barwerteffekt	0	-2.059	0	-2.059	
Verbrauch	0	-211.361	0	-211.361	
Auflösung	0	-99.172	-119.915	-219.087	
Zuführung	0	184.407	177	184.584	
Stand am 31.12.2013	703	708.993	63.313	773.009	

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 406.930 Tsd. (2012: EUR 496.742 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 7.708 Tsd. (2012: EUR 11.931 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen ist neben Umgruppierungen von Rückstellungen auch eine Umgliederung in die Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	109.947	308.140
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	26.655	30.352
Positive Marktwerte aus derivativen Geschäften	1.490.790	2.235.735
aktienbezogene Geschäfte	39.401	100.710
währungsbezogene Geschäfte	2.337	22.366
zinsbezogene Geschäfte	1.449.052	2.112.659
Handelsaktiva	1.627.392	2.574.227

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	7.364	1.095
bis 1 Jahr	16.305	8.689
bis 5 Jahre	57.123	131.989
über 5 Jahre	29.155	166.366
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	109.947	308.140

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	51.976	189.905
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.897	120.042
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.080	69.863
Finanzinvestitionen available for sale	2.283.393	3.209.084
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.216.571	3.106.941
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	66.822	102.143
Finanzinvestitionen loans & receivables	255.945	1.050.051
Finanzinvestitionen held to maturity	831.425	1.112.018
Finanzinvestitionen	3.422.739	5.561.058

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 11.459 Tsd. (2012: EUR 19.046 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	250.303	356.307
bis 1 Jahr	444.668	509.993
bis 5 Jahre	1.137.180	2.176.881
über 5 Jahre	1.514.687	2.345.871
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.346.838	5.389.052

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Börsennotierte Wertpapiere	3.243.128	5.208.867
Festverzinsliche Wertpapiere	3.236.709	5.196.469
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.418	12.398
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	3.282.728	5.160.713
Rediskontfähige Wertpapiere	2.669.794	3.453.937

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu haben.

Finanzinvestitionen bewertet at fair value through profit or loss

Finanzinvestitionen werden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert, weil der Konzern diese Finanzinvestitionen auf Marktwertbasis gemäß seiner Investitionsstrategie verwaltet. Das interne Berichtswesen und die Ergebnismessung erfolgen für diese Wertpapiere auf Marktwertbasis.

Umwidmung von available for sale in loans & receivables

Gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im Geschäftsjahr 2008 Wertpapiere der Kategorie available for sale in die Kategorie loans & receivables umgegliedert. Diese Wertpapiere entsprachen bei der erstmaligen Erfassung der Definition für die Kategorie loans & receivables und wurden damals in die Kategorie available for sale gewidmet. Die Umwidmung zu loans & receivables wurde zum 1. Juli 2008 vorgenommen. Der fair value zum Zeitpunkt der Umwidmung wurde als neuer Buchwert für diese Wertpapierbestände angesetzt.

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012	1.7.2008
Buchwert	106.754	472.558	1.140.363
Fair value	108.218	465.136	1.140.363
Available for sale Rücklage mit Umwidmung	-4.724	-27.673	-79.177
Available for sale Rücklage ohne Umwidmung	-6.009	-38.228	-79.177

Die Beträge der available for sale Rücklage werden unter Berücksichtigung von latenten Steuern dargestellt. In der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich durch die Umwidmung keine wesentlichen unterschiedlichen Auswirkungen.

Durchschnittlicher Effektivzinssatz - geordnet nach Währungen

	EUR	USD	GBP	JPY	Gesamt
Durchschnittlicher Effektivzinssatz 2013	2,54 %	1,69 %	4,17 %	0,00 %	2,07 %
Durchschnittlicher Effektivzinssatz 2012	2,20 %	2,28 %	2,92 %	2,32 %	2,28 %

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 1.1.2012	267.549
Veränderungen im Konsolidierungskreis	95.230
Währungsumrechnung	719
Zugänge inklusive Umbuchungen	27.113
Abgänge inklusive Umbuchungen	-12.292
Anschaffungswerte 31.12.2012	378.318
Währungsumrechnung	-1.441
Zugänge inklusive Umbuchungen	84.462
Abgänge inklusive Umbuchungen	-98.232
Anschaffungswerte 31.12.2013	363.107

EUR Tsd.	Investment properties
2012	
Anschaffungswerte 31.12.2012	378.318
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-91.512
Buchwert 31.12.2012	286.806
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-57.470
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	4.073
Buchwert 1.1.2012	243.301
2013	
Anschaffungswerte 31.12.2013	363.107
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-110.697
Buchwert 31.12.2013	252.410
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-35.205
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	4.310

Im Geschäftsjahr 2013 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 52.119 Tsd. (2012: EUR 12.119 Tsd.) ab.

Unter investment properties werden 20 bereits fertiggestellte Objekte (2012: 21) sowie zwei in Bau befindliche Objekte mit einem Buchwert in Höhe von EUR 14.615 Tsd. (2012: drei in Bau befindliche Objekte mit einem Buchwert in Höhe von EUR 44.090 Tsd.) ausgewiesen, die sowohl in Österreich als auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas stehen. Die in Bau befindlichen Objekte wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

Die sonstigen operating lease Vermögenswerte werden ab dem Geschäftsjahr 2013 in der Position Sachanlagen ausgewiesen. Die Vergleichszahlen wurden dementsprechend angepasst.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

Zusatzinformationen zu den at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	2013	2012
Addierte Bilanzsummen zum 31.12.	3.115.897	3.724.780
Addiertes Eigenkapital zum 31.12.	299.122	271.029
Addierte Umsatzerlöse	120.690	127.140
Addiertes Jahresergebnis	-102.407	-169.246

Nicht erfasster anteiliger Verlust aus at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	2013	2012
Anteiliger Verlust der Periode	-49.585	-84.763
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	-11.015
Kumulierter Verlust zum Stichtag	-157.140	-107.555
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	-11.015	-11.015

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	27.660	11.304
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	76.276	60.544
Sonstige Beteiligungen	255.596	372.714
Anteile und Beteiligungen	359.531	444.562

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 55.

Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 27.207 Tsd. (2012: EUR 46.544 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 18.092 Tsd. (2012: EUR 24.488 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 310.322 Tsd. (2012: EUR 315.909 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Gemäß den geplanten Restrukturierungen des Konzerns werden Geschäfte außerhalb des neuen Kernbereiches (non-core business) gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft. Das schließt auch Anteile und Beteiligungen mit ein.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 1.1.2012	112.115	249.428	28.393	389.936
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-70.481	-246.169	-3.099	-319.750
Währungsumrechnung	86	0	7	93
Zugänge inklusive Umbuchungen	3.875	0	32	3.907
Abgänge inklusive Umbuchungen	-313	0	-25.066	-25.379
Anschaffungswerte 31.12.2012	45.282	3.258	266	48.806
Währungsumrechnung	-141	0	-3	-144
Zugänge inklusive Umbuchungen	3.327	0	30	3.357
Abgänge inklusive Umbuchungen	-2.495	0	-38	-2.534
Anschaffungswerte 31.12.2013	45.973	3.258	254	49.485

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
2012				
Anschaffungswerte 31.12.2012	45.282	3.258	266	48.806
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-31.768	-2.838	-232	-34.839
Buchwert 31.12.2012	13.514	420	34	13.967
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	420	0	420
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	13.514	0	34	13.547
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-3.256	0	-62	-3.318
Impairment des Geschäftsjahres	0	-330	0	-330
Buchwert 1.1.2012	37.455	17.720	310	55.484

2013

Anschaffungswerte 31.12.2013	45.973	3.258	254	49.485
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-32.753	-2.838	-223	-35.814
Buchwert 31.12.2013	13.220	420	32	13.672
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	420	0	420
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	13.220	0	32	13.252
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-3.587	0	-45	-3.632

In der Position Software wird keine selbsterstellte Software ausgewiesen.

Zusammensetzung der Firmenwerte

EUR Tsd.	Buchwert 31.12.2013	Abschreibung 2013	Buchwert 31.12.2012	Abschreibung 2012
Segment Immobilien	420	0	420	-330
Gesamt	420	0	420	-330

Der im Geschäftsjahr 2013 noch bestehende Firmenwert im Segment Immobilien betrifft das Objekt Heilbad Sauerbrunn und resultiert aus den passiven latenten Steuern aus der Immobilienbewertung. Für den impairment Test wird daher die jeweils aktuelle Bewertung der Immobilie herangezogen und bei einer etwaigen Abwertung der Immobilie auch der Firmenwert anteilig abgeschrieben. Der zum 31. Dezember 2013 durchgeführte impairment Test für den Firmenwert der Heilbad Sauerbrunn ergab keinen Abwertungsbedarf.

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermögens- werte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 1.1.2012	247.219	46.451	87.448	151.536	20.348	553.002
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-106.243	-39.839	-45.043	73	-11.972	-203.025
Währungsumrechnung	126	82	57	664	146	1.074
Zugänge inklusive Umbuchungen	8.978	10.058	1.739	21.112	2.578	44.464
Abgänge inklusive Umbuchungen	-13.991	-5.868	-14.481	-53.016	-2.943	-90.298
Anschaffungswerte 31.12.2012	136.089	10.884	29.719	120.369	8.156	305.218
Währungsumrechnung	-201	-75	-66	-967	-134	-1.442
Zugänge inklusive Umbuchungen	12	638	815	24.927	2.349	28.740
Abgänge inklusive Umbuchungen	-72.256	-734	-6.488	-45.019	-2.732	-127.229
Anschaffungswerte 31.12.2013	63.645	10.714	23.979	99.310	7.639	205.287

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermögens- werte	Sonstiges	Gesamt
2012						
Anschaffungswerte 31.12.2012	136.089	10.884	29.719	120.369	8.156	305.218
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-23.592	-8.558	-17.577	-53.037	-4.446	-107.209
Buchwert 31.12.2012	112.497	2.326	12.142	67.333	3.710	198.008
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.557	-1.344	-1.994	-21.073	-1.450	-29.418
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-1.545	0	0	0	0	-1.545
Buchwert 1.1.2012	178.539	8.445	22.419	85.245	7.268	301.916
2013						
Anschaffungswerte 31.12.2013	63.645	10.714	23.979	99.310	7.639	205.287
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-7.346	-9.077	-14.126	-39.581	-3.655	-73.784
Buchwert 31.12.2013	56.299	1.637	9.853	59.730	3.984	131.503
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-3.394	-1.173	-1.766	-17.550	-1.371	-25.254

Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren operating lease Verträgen

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	6.711	7.977
bis 1 Jahr	17.884	20.246
bis 5 Jahre	46.618	46.680
über 5 Jahre	21.557	44.420
Künftige Mindestleasingzahlungen	92.770	119.323

Die sonstigen operating lease Vermögenswerte werden ab dem Geschäftsjahr 2013 in der Position Sachanlagen ausgewiesen. Die Vergleichszahlen wurden dementsprechend angepasst.

23) Ertragsteuersprüche

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Ertragsteuersprüche	19.974	11.104
Latente Ertragsteuersprüche	32.932	80.998
Ertragsteuersprüche gesamt	52.905	92.103

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche entstehen.

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	13.126	9
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	30.730	80.871
Handelsaktiva	3.860	2.131
Finanzinvestitionen	578	752
Investment property Vermögensgegenstände	396	1.508
Beteiligungen	2.281	6.514
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	79	146
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.892	27.763
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.199	43.976
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	60.687	101.259
Pensions-, Abfertigungs- und sonstige Rückstellungen	12.482	16.216
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	112.213	148.766
Verlustvorträge	4.472	39.306
Latente Steueransprüche vor Verrechnung	291.994	469.215
Verrechnung mit passiven latenten Steuern	-259.063	-388.217
Ausgewiesene latente Steueransprüche	32.932	80.998

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Rechnungsabgrenzungsposten	12.110	9.557
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	208.200	197.250
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	394.434	1.158.408
Sonstige Aktiva	614.744	1.365.216

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Aktiva enthaltenen positiven Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2013		31.12.2012	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Währungsbezogene Geschäfte	0	0	548	0
Zinsbezogene Geschäfte	132.956	56	731.968	1.747
Positive Marktwerte Derivate	132.956	56	732.516	1.747

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte abzüglich Verbindlichkeiten zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kunden (brutto)	397.706	0
Risikovorsorge (-)	-42.732	0
Finanzinvestitionen	36.442	0
Anteile und Beteiligungen	31.781	0
Sonstige Aktiva	142.722	0
Sonstige Passiva	-11.261	0
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	554.657	0

Die Anteile und Beteiligungen sind mit dem Marktwert bewertet.

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Zentralbanken	152.100	304.231
Sonstige Kreditinstitute	7.554.902	9.530.287
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.707.002	9.834.518

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
täglich fällig	4.459.195	4.009.849
bis 3 Monate	887.316	621.030
bis 1 Jahr	385.863	1.657.271
bis 5 Jahre	1.231.684	1.728.217
über 5 Jahre	742.945	1.818.153
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.707.002	9.834.518

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	2.148.440	2.542.128
Spareinlagen	201	200
Sonstige Einlagen	2.148.239	2.541.928
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.148.440	2.542.128

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
täglich fällig	656.733	481.396
bis 3 Monate	132.925	101.201
bis 1 Jahr	36.414	101.019
bis 5 Jahre	475.913	735.969
über 5 Jahre	846.455	1.122.543
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.148.440	2.542.128

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Anleihen	7.084.825	9.935.036
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.084.825	9.935.036

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	637.599	1.584.798
bis 1 Jahr	935.560	941.616
bis 5 Jahre	2.802.449	4.046.822
über 5 Jahre	2.709.217	3.361.800
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.084.825	9.935.036

29) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
aktienbezogene Geschäfte	58.755	104.785
währungsbezogene Geschäfte	13.044	19.691
zinsbezogene Geschäfte	1.305.910	1.948.642
Handelspassiva	1.377.709	2.073.118

30) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt	Hievon Ver- äußerungsgruppe
Stand am 1.1.2012	28.433	99.474	127.907	9.460
Veränderung im Konsolidierungskreis	-3.038	-6.549	-9.586	-9.586
Währungsumrechnung	-42	406	364	352
Umgliederungen	-1.970	-201	-2.171	0
Verbrauch	-874	-17.858	-18.732	-75
Auflösung	-5.798	-23.757	-29.555	-593
Zuführung	4.493	22.790	27.283	443
Stand am 31.12.2012	21.205	74.305	95.509	0
Währungsumrechnung	-4	-6	-10	0
Umgliederungen	-4.107	1.047	-3.060	0
Verbrauch	-35	-14.386	-14.421	0
Auflösung	-8.676	-2.561	-11.237	0
Zuführung	3.795	35.204	38.999	0
Stand am 31.12.2013	12.178	93.602	105.779	0

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die im Geschäftsjahr 2011 erstmalig gebildete Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10, und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 28.841 Tsd. (2012: EUR 32.605 Tsd.). Da ein Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende 2016 umgesetzt sein soll, handelt es sich bei dieser Rückstellung um eine langfristige Rückstellung. Im Segment Immobilien sind Vorsorgen in Höhe von EUR 33.976 Tsd. (2012: EUR 26.701 Tsd.) als langfristige Rückstellungen enthalten. Weitere langfristige Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 20.302 Tsd. (2012: EUR 6.627 Tsd.) sowie für wahrscheinliche Abflüsse aus noch nicht weitergegebenen Zinsanpassungen in Höhe von EUR 4.895 Tsd. (2012: EUR 6.234 Tsd.) gebildet.

31) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital	Hievon Ver- äußerungsgruppe
Sozialkapitalrückstellung zum 1.1.2012	77.289	29.861	4.655	111.805	4.174
Anpassung ¹⁾	8.588	1.708	0	10.296	168
Sozialkapitalrückstellung zum 1.1.2012 angepasst	85.877	31.569	4.655	122.101	4.342
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-3.867	-524	-4.392	-4.342
Dienstzeitaufwand	304	1.607	391	2.302	0
Zinsaufwand	3.878	1.319	202	5.399	0
Zahlungen	-3.243	-3.290	-463	-6.996	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	1.647	2.062	222	3.931	0
Barwert 31.12.2012	88.464	29.399	4.483	122.346	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	502	52	554	0
Dienstzeitaufwand	862	1.680	336	2.878	0
Zinsaufwand	2.087	932	145	3.164	0
Zahlungen	-2.516	-2.473	-399	-5.388	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	2.572	-937	-286	1.349	0
Barwert 31.12.2013	91.470	29.103	4.331	124.904	0

¹⁾ Die Anpassung erfolgte gemäß IAS 8 (siehe Kapitel 1)

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens zum 1.1.2012	35.769
Ertrag aus dem Planvermögen	1.128
Beiträge zum Planvermögen	3.798
Auszahlungen	-2.282
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens zum 31.12.2012	38.413
Ertrag aus dem Planvermögen	1.243
Beiträge zum Planvermögen	4.696
Auszahlungen	-2.375
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	3
Barwert des Planvermögens zum 31.12.2013	41.980

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2014 beziffern sich auf EUR 572 Tsd.

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2012				
Sozialkapitalverpflichtung	88.464	29.399	4.483	122.346
Barwert des Planvermögens	-38.413	0	0	-38.413
Bilanzierte Nettoschuld	50.051	29.399	4.483	83.933
31.12.2013				
Sozialkapitalverpflichtung	91.470	29.103	4.331	124.904
Barwert des Planvermögens	-41.980	0	0	-41.980
Bilanzierte Nettoschuld	49.490	29.103	4.331	82.924

Historische Information

EUR Tsd.	2013	2012	2011	2010	2009
Barwert der Verpflichtungen	124.904	122.346	122.101	119.094	103.928
Barwert des Planvermögens	41.980	38.413	35.769	40.611	40.067

Sensitivitätenanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten die bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesenem Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträge beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-10.335	12.016
Zukünftige Lohn- oder Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.638	-2.437
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25% Veränderung)	2.649	-2.501
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.660	-3.649

Zum 31. Dezember 2013 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 15,7 Jahren und bei den Abfertigung bei 23 Jahren.

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten Casflows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

32) Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	14.112	16.662
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	52.399	89.238
Ertragsteuerverpflichtungen gesamt	66.511	105.900

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteuerverpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	140	6.363
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	24.836	39.737
Finanzinvestitionen	35.097	43.848
Operating lease und Investment Property Vermögenswerte	7.912	9.607
Beteiligungen	36.333	53.444
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	142	5.323
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	375	461
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43	48
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	13.370	57.393
Handelsspassiva	935	0
Pensions-, Abfertigungs- und sonstige Rückstellungen	1.501	509
Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva	176.236	245.761
Übrige Bilanzpositionen	14.543	14.962
Latente Steuerverpflichtungen vor Verrechnung	311.462	477.455
Verrechnung mit aktiven latenten Steuern	-259.063	-388.217
Ausgewiesene latente Steuerverpflichtungen	52.399	89.238

33) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Rechnungsabgrenzungsposten	14.113	11.716
Sonstige Verbindlichkeiten	224.801	149.046
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	315.635	895.911
Sonstige Passiva	554.549	1.056.694

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2013		31.12.2012	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Währungsbezogene Geschäfte	32.314	0	59.229	0
Zinsbezogene Geschäfte	43.381	630	464.276	1.499
Negative Marktwerte Derivate	75.695	630	523.506	1.499

34) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Nachrangige Verbindlichkeiten	442.585	362.114
Ergänzungskapital	112.372	258.604
Nachrangkapital	554.957	620.718

Das Nachrangkapital wird mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert des Ergänzungskapitals wurde gemäß IAS 39 AG 8 neu berechnet, indem der Barwert durch Abzinsen der geschätzten zukünftigen cash flows mit den ursprünglichen Effektivzinssatz ermittelt wurde.

In dieser Position wird hybrides Tier I Kapital mit einem Nominale in Höhe von EUR 57.698 Tsd. (2012: EUR 57.698 Tsd.) ausgewiesen.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	0	0
bis 1 Jahr	18.907	7.574
bis 5 Jahre	235.093	235.054
über 5 Jahre	300.956	378.090
Nachrangkapital	554.957	620.718

35) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit.

EUR Tsd.	Verbindlich- keiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlich- keiten gegenüber Kunden	Verbriefte- Verbindlich- keiten	Nachrang- kapital	Handels- passiva	Derivate im Bankbuch
31.12.2013						
Buchwert	7.707.002	2.148.440	7.084.825	554.957	1.377.709	315.635
Zahlungsabflüsse gesamt	8.308.068	3.486.075	8.337.571	685.673	1.315.836	168.632
bis 3 Monate	5.484.165	1.467.718	650.733	0	0	88
bis 1 Jahr	403.881	92.990	1.110.997	38.340	32.342	37.069
bis 5 Jahre	1.637.342	702.756	3.561.349	324.002	670.101	69.831
über 5 Jahre	782.679	1.222.611	3.014.493	323.331	613.393	61.643
31.12.2012						
Buchwert	9.834.518	2.542.128	9.935.036	620.718	2.073.118	895.911
Zahlungsabflüsse gesamt	10.256.941	3.286.886	11.733.985	834.499	2.824.662	336.649
bis 3 Monate	4.632.614	609.250	1.533.382	0	0	1.373
bis 1 Jahr	1.714.726	157.341	1.194.213	17.384	80.254	49.585
bis 5 Jahre	2.006.418	970.134	4.984.809	279.763	980.374	172.177
über 5 Jahre	1.903.184	1.550.161	4.021.580	537.351	1.764.033	113.514

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Note 45) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt.

36) Eigenkapital

Das Grundkapital der ÖVAG beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31.12.2013 EUR 577.329 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Namensaktien zusammen:

	EUR Tsd.
10 vinkulierte Namensaktien	0
264.708.208 Namensaktien	577.329
	577.329

Mit 7. April 2009 wurde von der Republik Österreich Partizipationskapital in Höhe von einer Milliarde Euro in Tranchen von je 50 Millionen Euro gezeichnet. Nach der Kapitalherabsetzung im Jahr 2012 beträgt dieses Partizipationskapital EUR 300 Mio. Bezüglich der Verzinsung verweisen wir auf die Tabelle Emissionen des Konzerns in Kapitel 37) Eigenmittel nach österreichischem BWG. Die Republik Österreich hat für dieses Partizipationskapital ein Wandlungsrecht. Zum Bilanzstichtag befand sich dieses PS-Kapital zur Gänze im Besitz der Republik Österreich. Das im Geschäftsjahr 2008 emittierte PS-Kapital in Höhe von Nominale EUR 150 Mio. wird in der Position Nachrangkapital ausgewiesen.

Insgesamt verfügt die ÖVAG zum 31. Dezember 2013 über ein im Eigenkapital ausgewiesenes Partizipationskapital im Nennbetrag von EUR 310 Mio. (2012: EUR 310 Mio.). Diese Partizipationsscheine lauten auf Inhaber und entsprechen infolge ihrer Ausgabebedingungen und der erfolgten Einzahlung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs. 7 Satz 2 BWG des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 288.664.311,73 durch Ausgabe neuer Aktien - allenfalls in mehreren Tranchen - gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

in Stück	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktien	PS	Aktien	PS
In Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 1.1.	264.010.889	162.153	42.095.239	162.940
Kapitalerhöhung	0	0	221.916.552	0
Abgang eigener Aktien und Partizipationsscheine	-154	0	-904	-787
Zugang eigener Aktien und Partizipationsscheine	0	0	2	0
In Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.	264.010.735	162.153	264.010.889	162.153
Eigene Aktien und Partizipationsscheine	697.483	18.296	697.329	18.296
Anzahl Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.	264.708.218	180.449	264.708.218	180.449

20.449 Stück (2012: 20.449 Stück) der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine weisen ein Nominale von EUR 15 Tsd. je Partizipationsschein auf. Die restlichen Partizipationsscheine haben einen Nennwert von EUR 21,80 pro Schein.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 15. Dezember 2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20. März 2009 und die Hauptversammlung vom 23. Mai 2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 156 Mio. durch Ausgabe neuer Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Dividendenzahlung inkl. Partizipationskapital

EUR Tsd.	2013	2012
Dividende stimmberechtigtes Kapital	0	0
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	0	0
Gesamt	0	0

Im Geschäftsjahr 2014 werden keine Schüttungen auf das Aktien- und Partizipationskapital durchgeführt.

37) Eigenmittel nach österreichischem BWG

Die gemäß BWG ermittelten Eigenmittel der ÖVAG Kreditinstitutsgruppe zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Gezeichnetes Kapital (abzüglich eigener Anteile)	1.035.633	1.035.633
Offene Rücklagen (inklusive Unterschiedsbeträge und Fremdannteile)	1.002.026	1.049.266
Fonds für allgemeine Bankrisiken	10.315	10.376
Immaterielle Vermögensgegenstände	-22.887	-15.957
Bilanzverlust	-427.632	-353.076
Kernkapital (Tier I) vor Abzugsposten	1.597.455	1.726.242
Abzugsposten vom Kernkapital (50 % Abzug gemäß § 23 Abs. 13 BWG)	-11.171	-17.614
Kernkapital (Tier I) nach Abzugsposten	1.586.285	1.708.628
Ergänzungskapital	72.917	265.538
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	373.609	345.090
Stille Reserven gemäß § 57 Abs. 1 BWG und Neubewertungsreserve	74.080	74.144
Ergänzende Eigenmittel (Tier II) vor Abzugsposten	520.606	684.772
Abzugsposten von den ergänzenden Eigenmitteln (50 % Abzug gemäß § 23 Abs. 13 BWG)	-11.171	-17.614
Ergänzende Eigenmittel (Tier II) nach Abzugsposten	509.436	667.158
Abzugsposten von den Eigenmitteln gemäß § 103e Z 13 BWG	-3.456	-3.467
Kurzfristiges nachrangiges Kapital (Tier III)	63.433	95.175
Gesamte anrechenbare Eigenmittel	2.155.697	2.467.494
Erforderliche Eigenmittel	901.506	1.257.610
Eigenmittelüberschuss	1.254.191	1.209.884
Kernkapitalquote (bezogen auf die Bemessungsgrundlage gemäß § 22 BWG – Kreditrisiko)	16,57 %	12,71 %
Eigenmittelquote (bezogen auf das Kreditrisiko nach Abzug des Eigenmittelerfordernisses für Markt- und operationelles Risiko)	21,10 %	17,00 %
Kernkapitalquote (bezogen auf die Risiken gemäß § 22 Abs. 1 Z 1-5 BWG)	14,08 %	10,87 %
Eigenmittelquote (bezogen auf die Risiken gemäß § 22 Abs. 1 Z 1-5 BWG)	19,13 %	15,70 %

In der Position Offene Rücklagen ist hybrides Tier I Kapital in Höhe von EUR 57.698 Tsd. (2012: EUR 57.698 Tsd.) enthalten.

Die risikogewichtete Bemessungsgrundlage gemäß BWG und die daraus resultierenden erforderlichen Eigenmittel weisen folgende Entwicklung auf

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage gemäß § 22 BWG – Kreditrisiko	9.574.113	13.443.438
Davon 8 % Mindesteigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	765.929	1.075.475
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko für Schuldtitel, Aktien, Fremdwährung und Waren – Marktrisiko	63.433	95.175
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	72.144	86.960
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	901.506	1.257.610

Emissionen des Konzerns, die entweder in Tier I oder Tier II enthalten sind

Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
Tier I Emission				
Partizipationsschein 1986	Eigenkapital	unbefristet	Dividende	3.488
Partizipationsschein 2006	Eigenkapital	unbefristet	Durchschnittliche 3M Euribor + 130 Bp	6.735
Partizipationsschein 2008	Nachrangkapital	unbefristet	10,00 % p.a.; ab 18.06.2018: 6M Euribor + 100 Bp + initial spread (oder Remarketing)	150.000
Partizipationsschein 2009	Eigenkapital	unbefristet	Dividende: 9,30 % p.a., im 6. Jahr 9,80 % p.a., im 7. Jahr 10,30 % p.a., im 8. Jahr: 11,05 % p.a., ab 9. Jahr: jeweils Vorjahreszinssatz + 100 Bp p.a., max. 12M Euribor + 1000 Bp	300.000
ÖVAG Fixed/Floating Rate Perpetual Preferred Securities 2004	Nachrangkapital	unbefristet	6,00 % p.a.; ab 22.09.2005 10Y-Mid Swap + 10 Bp p.a., Cap 9,00 % p.a.	32.629
Subordinated non-cumulative Limited Recourse Note	Nachrangkapital	unbefristet	3M Euribor + 165 Bp p.a.	25.069
Tier II Emission				
Ergänzungskapitalanleihe 04/14	Nachrangkapital	22.04.2014	2005: 4,00 % p.a.; 2006: 4,13 % p.a.; 2007: 4,25 % p.a.; 2008: 4,50 % p.a.; 2009: 4,75 % p.a.; 2010: 5,00 % p.a.; 2011: 5,25 % p.a.; 2012: 5,50 % p.a.; 2013: 6,00 % p.a.; 2014: 7,00 % p.a.	16.249
Ergänzungskapitalanleihe 04/19	Nachrangkapital	02.08.2019	5,45 % p.a.	30
Ergänzungskapitalanleihe 05/15	Nachrangkapital	29.07.2015	6M Euribor + 70 Bp	4.100
Ergänzungskapitalanleihe 05/15	Nachrangkapital	29.07.2015	4,17 % p.a.	1.000
Ergänzungskapitalanleihe 05/25	Nachrangkapital	29.07.2025	4,81 % p.a.	1.100
Ergänzungskapitalanleihe 05/18	Nachrangkapital	29.07.2018	6M Euribor + 72 Bp; ab 29.07.2015: 6M Euribor + 180 Bp	2.900
Ergänzungskapitalanleihe 05/20	Nachrangkapital	07.09.2020	2006: 3,00 % p.a.; 2007: 3,125 % p.a.; 2008: 3,25 % p.a.; 2009: 3,375 % p.a.; 2010: 3,50 % p.a.; 2011: 3,625 % p.a.; 2012: 3,75 % p.a.; 2013: 3,875 % p.a.; 2014: 4,00 % p.a.; 2015: 4,25 % p.a.; 2016: 4,50 % p.a.; 2017: 5,00 % p.a.; 2018: 6,00 % p.a.; 2019: 7,00 % p.a.; 2020: 8,00 % p.a.	4.685
Ergänzungskapitalanleihe 05/25	Nachrangkapital	18.08.2025	4,90 % p.a.	500
Ergänzungskapitalanleihe 01/21	Nachrangkapital	08.03.2021	7,00 % p.a.	15.000
Ergänzungskapitalanleihe 02/22	Nachrangkapital	20.06.2022	6,70 % p.a.; ab 20.06.2012: 7,00 % p.a.	11.000
Ergänzungskapitalanleihe 02/22	Nachrangkapital	24.07.2022	10Y CMS, mind. 6,00 % p.a.; ab 24.07.2012: 7,00 % p.a.	4.000
Ergänzungskapitalanleihe 01-21	Nachrangkapital	06.03.2021	7,00 % p.a.	30.000
ERP Fonds	Nachrangkapital	31.12.2018	1,00 % p.a.	3.339
ERP Fonds	Nachrangkapital	31.12.2014	2,00 % p.a.	721
Nachrangige FRN Schuldverschreibung Volksbank AG 2013 - 2018	Nachrangkapital	26.07.2018	3 M Euribor + 900 Bp	42.757
Nachrangige FRN Schuldverschreibung Volksbank AG 2013 - 2019	Nachrangkapital	26.07.2019	3 M Euribor + 900 Bp	5.138
Nachrangige FRN Schuldverschreibung Volksbank AG 2013 - 2020	Nachrangkapital	26.07.2020	3 M Euribor + 900 Bp	801
Nachrangige FRN Schuldverschreibung Volksbank AG 2013 - 2024	Nachrangkapital	26.07.2024	3 M Euribor + 900 Bp	29.633

Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungsdatum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
Nachrangige FRN Schuldverschreibung Volksbank AG 2013 - 2025	Nachrangkapital	26.07.2025	3M Euribor + 900 Bp	16.997
Nachrangige Nullkuponanleihe 06/16	Nachrangkapital	03.10.2016	0 % p.a.	20.000
Nachrangiger CMS Floater to Fix 07/17	Nachrangkapital	30.03.2017	10Y CMS; ab 30.03.2012: 6,00 % p.a.	3.922
Nachrangiger Merkur Best of Life II Garant 2008-2020	Nachrangkapital	01.12.2020	0 % p.a.	3.000
Nachrangige Schuldverschreibung 03-23	Nachrangkapital	25.09.2023	5,72 % p.a.; ab 25.09.2013: 6,00 % p.a.	12.000
Nachrangige Schuldverschreibung 01/21	Nachrangkapital	15.03.2021	6,50 % p.a.; ab 15.03.2011: 6,75 % p.a.	15.000
Subordinated Lower Tier II Notes due November 2016	Nachrangkapital	28.11.2016	3M Euribor + 35 Bp; ab 28.11.2011: 3M Euribor + 85 Bp	81.900
Nachrangige Schuldverschreibung 02/22	Nachrangkapital	25.01.2022	6,35 % p.a.; ab 25.01.2012: 7,00 % p.a.	30.000
Nachrangige Nullkuponanleihe 07/17	Nachrangkapital	03.04.2017	0 % p.a.	20.000
Nachrangige Schuldverschreibung 07/27	Nachrangkapital	08.02.2027	5,27 % p.a.	14.000
Nachrangige Schuldverschreibung 06/26	Nachrangkapital	19.01.2026	4,05 % p.a.; ab 19.01.2016: 5,00 % p.a.	25.000
Nachrangige Schuldverschreibung 02/22	Nachrangkapital	18.01.2022	6,35 % p.a.; ab 18.01.2012: 7,00 % p.a.	3.000
Nachrangige Nullkuponanleihe 06/16	Nachrangkapital	01.06.2016	0 % p.a.	12.600
Schuldscheinanleihen	Nachrangkapital	18.01.2017	5,00 % p.a.	3.000
Schuldscheinanleihen	Nachrangkapital	15.05.2017	4,87 % p.a.	10.000
Schuldscheinanleihen	Nachrangkapital	30.05.2017	5,01 % p.a.	10.000
Schuldscheinanleihen	Nachrangkapital	30.05.2017	5,01 % p.a.	10.000
Nachrangiger Investkredit-Floater 99-14/7	Nachrangkapital	14.05.2014	93,00 % des 10Y-Swapzinssatz, mind. 4,00 % p.a.	18.000
Nachrangige Investkredit FRN 00/20	Nachrangkapital	14.03.2020	3M Euribor + 53 Bp	5.000
Nachrangige Investkredit Anleihe 01/16	Nachrangkapital	12.02.2016	6,40 % p.a.	20.000
Nachrangige Euro CMS linked Floating Rate Notes 02/22	Nachrangkapital	12.04.2022	wenn 10Y CMS < oder = 4,50 %, dann 10Y CMS + 300 Bp; wenn 10Y CMS > 4,50 %, dann 10Y CMS; wenn 10Y CMS > 7,00 %, dann 7,00 % p.a.	4.000

Der Konsolidierungskreis nach IFRS weicht vom Umfang der Kreditinstitutsgruppe nach BWG ab, da nach IFRS auch branchenfremde sonstige Unternehmen einbezogen werden. Nach BWG werden Kreditinstitute, Finanzinstitute und bankbezogene Hilfsdienste, die einer Beherrschung unterliegen bzw. bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Somit sind die VB RO und die VBI Beteiligungs GmbH aufgrund der Kapitalmehrheit weiterhin Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe und werden für Zwecke der Eigenmittel- und Eigenmittelerfordernisberechnung vollkonsolidiert. Finanzinstitute, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß § 24 (3a) BWG nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bankbezogene Hilfsdienste, die trotz Beherrschung gemäß § 24 (3a) BWG nicht einbezogen werden, werden mit ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage eingerechnet. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Kreditinstituten und Finanzinstituten mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilsmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Kreditinstituten und Finanzinstituten zu weniger als 10 % werden nur dann von den Eigenmitteln abgezogen, wenn der Freibetrag überschritten wird. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach BWG einbezogen.

Im Geschäftsjahr gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

38) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2013							
Barreserve	0	0	0	0	1.762.453	1.762.453	1.762.453
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	5.798.139	5.798.139	
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an KI	0	0	0	0	-703	-703	
Forderungen an KI abzüglich Einzelwertberichtigungen	0	0	0	0	5.797.436	5.797.436	5.641.889
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	7.081.347	7.081.347	
Einzelwertberichtigungen zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-708.993	-708.993	
Forderungen an KU abzüglich Einzelwertberichtigungen	0	0	0	0	6.372.354	6.372.354	6.280.427
Handelsaktiva	1.627.392	0	0	0	0	1.627.392	1.627.392
Finanzinvestitionen	0	51.976	831.425	2.283.393	255.945	3.422.739	3.426.480
Beteiligungen	0	0	0	359.531	0	359.531	359.531
Derivative Instrumente Bankbuch	394.434	0	0	0	0	394.434	394.434
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	34.850	0	33.373	354.974	423.196	419.181
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	2.021.826	86.826	831.425	2.676.297	14.543.161	20.159.535	19.911.787
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	7.707.002	7.707.002	7.613.995
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	2.148.440	2.148.440	2.043.646
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	7.084.825	7.084.825	7.172.449
Handelsspassiva	1.377.709	0	0	0	0	1.377.709	1.377.709
Derivative Instrumente Bankbuch	315.635	0	0	0	0	315.635	315.635
Nachrangkapital	0	0	0	0	554.957	554.957	483.160
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	1.693.344	0	0	0	17.495.224	19.188.568	19.006.594
EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2012							
Barreserve	0	0	0	0	851.262	851.262	851.262
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	7.270.203	7.270.203	
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an KI	0	0	0	0	-703	-703	
Forderungen an KI abzüglich Einzelwertberichtigungen	0	0	0	0	7.269.500	7.269.500	7.269.500
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	10.039.571	10.039.571	
Einzelwertberichtigungen zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-882.950	-882.950	
Forderungen an KU abzüglich Einzelwertberichtigungen	0	0	0	0	9.156.621	9.156.621	9.156.621
Handelsaktiva	2.574.227	0	0	0	0	2.574.227	2.574.227
Finanzinvestitionen	0	189.905	1.112.018	3.209.084	1.050.051	5.561.058	5.505.106
Beteiligungen	0	0	0	444.562	0	444.562	444.562
Derivative Instrumente Bankbuch	1.158.408	0	0	0	0	1.158.408	1.158.408
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	3.732.635	189.905	1.112.018	3.653.646	18.327.434	27.015.638	26.959.686
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	9.834.518	9.834.518	9.834.518
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	2.542.128	2.542.128	2.542.128
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	9.935.036	9.935.036	9.785.059
Handelsspassiva	2.073.118	0	0	0	0	2.073.118	2.073.118
Derivative Instrumente Bankbuch	895.911	0	0	0	0	895.911	895.911
Nachrangkapital	0	0	0	0	620.718	620.718	436.727
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	2.969.029	0	0	0	22.932.400	25.901.429	25.567.460

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere und Wertpapiere der Kategorie loans & receivables mit einem Buchwert von EUR 498.842 Tsd. (2012: EUR 1.126.750 Tsd.) enthalten, die mit EUR 26.881 Tsd. (2012: EUR 101.945 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 20.021 Tsd. (2012: EUR 18.632 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 49.209 Tsd. (2012: EUR 122.393 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos mit dem Marktwert bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2013				
Forderungen an Kreditinstitute	0	351.334	0	0
Forderungen an Kunden	0	493.068	0	71.731
Finanzinvestitionen	1.678.588	48.820	96.319	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.678.588	893.222	96.319	71.731
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	672.851	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	877.578	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.834.462	0	20.241
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	5.384.891	0	20.241
31.12.2012				
Forderungen an Kreditinstitute	0	580.684	0	0
Forderungen an Kunden	0	668.594	0	76.354
Finanzinvestitionen	1.965.613	115.040	113.521	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.965.613	1.364.318	113.521	76.354
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	893.869	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	999.453	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	5.702.033	0	34.512
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	7.595.354	0	34.512

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2013				
Handelsaktiva	41.507	1.585.885	0	1.627.392
Finanzinvestitionen	1.921.850	393.366	132	2.315.348
At fair value through profit or loss	8.253	43.591	132	51.976
Available for sale	1.913.596	349.775	0	2.263.372
Anteile und Beteiligungen	0	0	310.322	310.322
Derivative Instrumente Bankbuch	0	394.434	0	394.434
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	68.222	68.222
Gesamt	1.963.357	2.373.685	378.677	4.715.719
Handelsspassiva	0	1.377.709	0	1.377.709
Derivative Instrumente Bankbuch	0	315.635	0	315.635
Gesamt	0	1.693.344	0	1.693.344
31.12.2012				
Handelsaktiva	88.378	2.485.849	0	2.574.227
Finanzinvestitionen	2.761.008	552.623	66.725	3.380.356
At fair value through profit or loss	48.815	74.365	66.725	189.905
Available for sale	2.712.193	478.258	0	3.190.451
Anteile und Beteiligungen	6.260	3.500	312.409	322.169
Derivative Instrumente Bankbuch	0	1.158.408	0	1.158.408
Gesamt	2.855.646	4.200.380	379.134	7.435.160
Handelsspassiva	0	2.073.118	0	2.073.118
Derivative Instrumente Bankbuch	0	895.911	0	895.911
Gesamt	0	2.969.029	0	2.969.029

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 20.021 Tsd. (2012: EUR 18.632 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 49.209 Tsd. (2012: EUR 122.393 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

In den Finanzinvestitionen at fair value through profit and loss sind bestimmte illiquide Fondsanteile an Privat Equity Gesellschaften in Höhe von EUR 132 Tsd. (2012: EUR 66.725 Tsd.) enthalten. Weiters sind EUR 34.850 Tsd. in der Position als finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt erfasst. Die Marktkurse werden vom externen Fondsmanagement auf Basis der für diese Finanzinstrumente branchenüblichen EVCA Bewertungsrichtlinien ermittelt und tourlich zur Verfügung gestellt. Ein hausinternes Monitoring der Preise erfolgt durch das Asset Management. In der Vergangenheit wurden keine signifikanten Wertabweichungen festgestellt, die auf wesentliche Unsicherheiten bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes hindeuten.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3)s) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die ÖVAG keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten wie etwa Credit Spreads oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst.

Im Jahr 2013 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 67.083 Tsd., die zum 31. Dezember 2012 noch mit Level 2 Marktwerte bewertet wurden, aufgrund gestiegener Handelstätigkeit in Level 1 Finanzinstrumente umgliedert werden. Demgegenüber stehen Umgliederungen von Level 1 in Level 2 in Höhe von EUR 75.135 Tsd. aufgrund rückläufiger Handelsaktivität in den Märkten.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte

EUR Tsd.	Finanzinvestitionen at fair value through profit and loss	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	Gesamt
Stand 1.1.2012	0	0	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	392.168	0	0	392.168
Währungsumrechnung	703	0	0	0	703
Umwidmung in Level 3	66.720	124	0	0	66.844
Zugänge	2.403	0	0	0	2.403
Abgänge	-3.197	0	0	0	-3.197
Bewertung					
über die Gewinn- und Verlustrechnung	96	0	0	0	96
über sonstiges Ergebnis	0	-79.883	0	0	-79.883
Stand 31.12.2012	66.725	312.409	0	0	379.134
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	5.561	0	0	5.561
Umwidmung in Level 3	2.645	67.651	1.592	0	71.887
Zugänge	1.408	9.100	0	0	10.509
Abgänge	-20.115	-17.946	0	0	-38.061
Bewertung					
über die Gewinn- und Verlustrechnung	-15.682	-12.549	0	0	-28.230
über sonstiges Ergebnis	0	-22.123	0	0	-22.123
Umgliederungen	-34.850	-31.781	-1.592	68.222	0
Stand 31.12.2013	132	310.322	0	68.222	378.677

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestition (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte Level 3 bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzungen und ertragsabhängigen Parametern innerhalb einer Bandbreite von 10 % bis 20 %. Dabei ergibt sich bei einer vorteilhaften Bewegung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 34.961 Tsd. (2012: EUR 31.346 Tsd.) und bei einer unvorteilhaften Bewegung eine Veränderung in Höhe von EUR -34.990 Tsd (2012: EUR -31.341 Tsd.).

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung. Die nachfolgende Tabelle ordnet alle nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu:

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2013
31.12.2013					
Barreserve	0	1.762.453	0	1.762.453	1.762.453
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)					5.798.139
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kreditinstitute					-703
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	3.634	5.638.254	5.641.889	5.797.436
Forderungen an Kunden (brutto)					7.081.347
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden					-708.993
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	6.280.427	6.280.427	6.372.354
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivable	0	241.582	0	241.582	255.945
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	368.873	480.656	0	849.529	831.425
Finanzinvestitionen	368.873	722.238	0	1.091.111	1.087.370
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	350.959	350.959	354.974
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	368.873	2.488.325	12.269.640	15.126.838	15.374.593
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	7.613.995	7.613.995	7.707.002
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	2.043.646	2.043.646	2.148.440
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0	7.172.449	0	7.172.449	7.084.825
Nachrangkapital	0	483.160	0	483.160	554.957
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	7.655.609	9.657.641	17.313.250	17.495.224

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva legt man Zinssätze zugrunde, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

39) Cash flow hedges

Im Rahmen des cash flow hedge accountings werden Zinsswaps und Caps & Floors eingesetzt, um das Zinsrisiko von variabel verzinsten Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten abzusichern.

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich eintreten werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	-529	128
bis 1 Jahr	-1.408	414
bis 5 Jahre	-1.667	5.702
über 5 Jahre	-1	552
Gesamt	-3.605	6.796

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2013	31.12.2012
bis 3 Monate	-529	67
bis 1 Jahr	-1.408	509
bis 5 Jahre	-1.667	4.390
über 5 Jahre	-1	536
Gesamt	-3.605	5.502

Im Berichtsjahr wurden erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von EUR -1.058 Tsd. (2012: EUR -1.468 Tsd.) aus der hedging Rücklage gebucht.

40) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2013 EUR Tsd.	Nominale				Marktwerte 31.12.2013
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe	
Zinsbezogene Geschäfte	3.819.088	20.885.626	12.284.437	36.989.151	314.908
Caps & Floors	495.242	2.300.213	1.084.164	3.879.619	14.013
Futures – zinsbezogen	89.200	0	0	89.200	0
Interest Rate Swaps	3.013.728	18.293.013	11.042.273	32.349.015	307.418
Swaptions	220.918	292.400	158.000	671.318	-6.523
Währungsbezogene Geschäfte	3.083.676	1.696.190	516.807	5.296.673	-85.378
Cross Currency Swaps	380.177	1.646.647	516.249	2.543.073	-94.928
Devisen Optionen	37.000	42.604	558	80.162	1.221
FX Swaps	2.619.326	94	0	2.619.420	8.755
Devisen Termingeschäfte	47.173	6.844	0	54.017	-426
Kreditbezogene Geschäfte	457.004	1.212.529	0	1.669.533	1.076
Sonstige Geschäfte	656.496	1.092.969	171.067	1.920.533	-38.726
Futures – indexbezogen	17.652	0	0	17.652	0
Optionen	638.844	1.092.969	171.067	1.902.881	-38.726
Gesamtsumme	8.016.264	24.887.314	12.972.311	45.875.890	191.880

2012 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2012
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	11.689.850	26.255.550	19.861.714	57.807.115	455.724
Caps & Floors	2.221.250	2.391.851	1.639.056	6.252.157	21.264
Futures – zinsbezogen	136.200	0	0	136.200	0
Interest Rate Swaps	9.103.972	23.251.982	18.045.659	50.401.612	440.658
Swaptions	228.428	611.718	177.000	1.017.146	-6.198
Währungsbezogene Geschäfte	5.951.027	2.079.079	375.476	8.405.582	-86.055
Cross Currency Swaps	220.565	1.992.122	373.474	2.586.160	-117.475
Devisen Optionen	23.698	65.020	2.002	90.720	1.592
FX Swaps	5.596.018	10.242	0	5.606.260	28.868
Devisen Termingeschäfte	110.747	11.696	0	122.442	961
Kreditbezogene Geschäfte	1.446.150	1.594.218	127.158	3.167.527	5.839
Sonstige Geschäfte	1.194.183	2.838.022	213.764	4.245.968	-2.959
Futures – indexbezogen	19.575	0	0	19.575	0
Optionen	1.174.608	2.838.022	213.764	4.226.393	-2.959
Gesamtsumme	20.281.211	32.766.869	20.578.113	73.626.192	372.549

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

41) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 4.453.621 Tsd. (2012: EUR 6.123.661 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 1.160.603 Tsd. (2012: EUR 1.863.765 Tsd.).

42) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	0	4
Forderungen an Kunden	239.039	504.494
Finanzinvestitionen	1.031	1.409
Verwaltetes Fondsvermögen	2.591.550	2.671.542
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	4	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	239.039	504.494
Verbriefte Verbindlichkeiten	727	727
sonstige Passiva	300	682
Verwaltetes Fondsvermögen	2.591.550	2.671.542

43) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	83.110	83.110
Forderungen an Kunden	86.447	0
Finanzinvestitionen	55.858	76.315

44) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	0	48
Forderungen an Kunden	425.187	875.075
Finanzinvestitionen	71.350	99.696
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	496.537	974.772

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 156 Mio. (2012: EUR 352 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Weiters werden für Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) Finanzinvestitionen in Höhe von EUR 71 Mio. (2012: EUR 60 Mio.) als Sicherheiten abgetreten. Die EIB hat ebenfalls keine Möglichkeit bei vertragskonformer Leistung die Sicherheiten zu verwerten oder weiterzuverpfänden.

Die restlichen Kundenforderungen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg und die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind die selben wie bei der OeKB.

45) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	738.512	1.343.320
Sonstiges (Haftsumme)	36.694	26.206
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	4.535.675	3.828.228
Sonstiges	3.703	0

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit.

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien – vertraglich vereinbart	Garantien – erwartet
31.12.2013			
Buchwert	4.535.675	738.512	
Zahlungsabflüsse gesamt	4.535.675	738.512	12.070
bis 3 Monate	1.384.908	738.512	0
bis 1 Jahr	3.150.767	0	0
bis 5 Jahre	0	0	12.070
über 5 Jahre	0	0	0
31.12.2012			
Buchwert	3.828.228	1.343.320	
Zahlungsabflüsse gesamt	3.828.228	1.343.320	20.928
bis 3 Monate	1.192.787	1.343.320	0
bis 1 Jahr	2.634.428	0	0
bis 5 Jahre	1.014	0	20.928
über 5 Jahre	0	0	0

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf das Ende abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien, die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 12.070 Tsd. (2012: EUR 20.928 Tsd.) gebildet.

46) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 bestanden keine Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber (2012: EUR 695.607 Tsd.).

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

47) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Gegenüber assozierten Unternehmen	Gegenüber Unter- nehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2013				
Forderungen an Kreditinstitute	0	660.669	827.161	0
Forderungen an Kunden	43.872	164.904	0	0
Risikovorsorge (-)	-3.878	-44.275	0	0
Schuldverschreibungen	0	69.104	0	778.595
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1.009.141	13.829	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.727	29.664	2.318	209
Verpflichtungen aus Garantien und Haftungen	0	2.088	0	0
31.12.2012				
Forderungen an Kreditinstitute	0	1.138.256	1.390.082	52
Forderungen an Kunden	78.967	186.923	2.799	0
Risikovorsorge (-)	-13.400	-48.934	0	0
Schuldverschreibungen	0	214.217	0	959.990
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1.108.374	59.687	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.812	29.152	2.316	131
Verpflichtungen aus Garantien und Haftungen	2.542	0	0	0

Verrechnungspreise zwischen dem ÖVAG Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des ÖVAG Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Volksbanken Holding eGen und die Republik Österreich üben als Aktionäre signifikanten Einfluss auf die Österreichische Volksbanken-AG aus.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Aufsichtsrates

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Aushaftender Gesamtbetrag	26	14
Geleistete Rückzahlungen	19	27
Zinszahlungen	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im ÖVAG Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Es wurden keine Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

Zum 31.12.2013 sind in den Forderungen an Kreditinstitute Verrechnungen mit Sektorinstituten in Höhe von EUR 4.064.671 Tsd. (2012: EUR 4.933.668 Tsd.) und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Verrechnungen in Höhe von EUR 5.359.206 Tsd. (2012: EUR 5.337.289 Tsd.) enthalten.

48) Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungserfordernis		
	Deckungsdarlehen	Verbriefte Verbindlichkeiten	Überdeckung
31.12.2013			
Bankschuldverschreibungen	1.476.644	1.221.450	255.194
Gesamt	1.476.644	1.221.450	255.194
31.12.2012			
Bankschuldverschreibungen	840.334	744.092	96.243
Gesamt	840.334	744.092	96.243

Im Deckungserfordernis für verbrieft Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Pfandbriefe und der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

49) Vertriebsstellen

	31.12.2013	31.12.2012
Inland	1	1
Ausland	1	1
Vertriebsstellen gesamt	2	2

50) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses

Anfang 2014 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und vorzeitige Rückführungen von Krediten eines Immobilienportfolios im Ausmaß von rund EUR 400 Mio. durchgeführt werden.

Die Verkaufsprozesse für die Beteiligungen an der Investkredit International Bank plc, an der VB Leasing International Gruppe sowie an der Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Derzeit finden Verkaufsverhandlungen mit potenziellen Käufern statt, wobei ein für alle Verkaufsprozesse angestrebtes Closing in 2014 sowohl von den Ergebnissen der weiteren Verhandlungsrunden als auch von der Zustimmung der jeweiligen lokalen Aufsichtsbehörden abhängt. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten wurde keine IFRS 5 Umgliederung vorgenommen.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. finden derzeit die Verhandlungen zur Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses statt. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 soll der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) und Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP)

Im 2. Quartal 2013 wurde seitens der OeNB eine vollumfängliche § 70 BWG Prüfung des Umsetzungsstandes des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) auf Ebene des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG durchgeführt. Verbunden mit dieser Vor-Ort-Prüfung wurde auch gleichzeitig die Beurteilung der Kapitaladäquanz des Kreditinstitute-Verbundes im Rahmen des Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) Prozesses durch die Aufsicht vorgenommen.

Das Prüfgutachten der OeNB zeigte die noch nicht vollzogene Vereinheitlichung der unterschiedlichen ICAAP-Systeme sowie die noch zu wenig ausgeprägte einheitliche und zentrale Risikomanagementkultur im Kreditinstitute-Verbund auf. Die Ergebnisse der Prüfung wurden zum Anlass genommen zeitnah ein umfassendes Projekt zur Abarbeitung der Feststellungen aufzusetzen. Dieses wird noch das gesamte Jahr 2014 in Anspruch nehmen.

Im parallel laufenden JRAD Prozess wurde am 19. Dezember 2013 seitens der Finanzmarktaufsichtsbehörde ein Entscheidungsentwurf übermittelt, der eine Eigenmittelquote von 13,6 % für den Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG vorsieht. Ein endgültiger Bescheid seitens der Finanzmarktaufsicht, der die genaue Eigenmittelquote sowie den Stichtag festlegt, liegt derzeit noch nicht vor.

Asset Quality Review (AQR) und Banken-Stresstest 2014

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM: Single Supervisory Mechanism) die Aufsicht u.a. auch für den § 30a BWG Volksbanken-Verbund übernehmen wird, wird als Vorbereitung des SSM und zur Erhöhung der Transparenz über die Werthaltigkeit der Vermögensgegenstände ein so genanntes Comprehensive Assessment bei 128 Instituten in Europa durchgeführt.

Der Asset Quality Review ist ein Teil dieses Assessments: Mittels Prüfung der Aktiva-Qualität soll eine Abschätzung der Angemessenheit der durch den Volksbanken-Verbund getroffenen Risikovorsorge zum Stichtag 31. Dezember 2013 erfolgen - mit potentieller Implikation einer Anforderung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote. Dabei müssen Institute risikobehaftete Positionen gemäß standardisierter Datendefinitionen zur Verfügung stellen.

Ein Team aus Vertretern der EZB, der OeNB und externen Sachverständigen wird die Prozesse, Verfahren und Rechnungslegungspraktiken des Volksbanken-Verbundes untersuchen, die Kreditexposures und Risikovorsorgen analysieren und eine Bewertung der Sicherheiten und des Immobilienvermögens vornehmen. Begleitend werden Datenkonsistenzprüfungen, vergleichende Portfolioanalysen sowie eine eingehende Prüfung von in Modelle einfließenden Daten und Annahmen durchgeführt. Die Vor-Ort-Prüfung, die ua auch eine detaillierte Kreditprüfung auf Basis einer von der Aufsicht vorgegebenen Stichprobe umfasst, wird von März bis Juli 2014 durchgeführt werden.

Die Verbundstruktur stellt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Herausforderung dar, mit der sich der Volksbanken-Verbund im AQR auch von anderen geprüften Banken unterscheidet. Die zu prüfende Stichprobe kann sich über alle Institute im Verbund erstrecken: österreichische Primärbanken, die Volksbank Rumänien, die ÖVAG selbst sowie ÖVAG-Tochterunternehmen.

Zur Vorbereitung hat die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes im vierten Quartal 2013 ein verbundweites Projekt aufgesetzt, das im Jahr 2014 insbesondere mit den folgenden wesentlichen Zielen weiter vorangetrieben wird:

- Die Transformation der EZB-Datendefinition in verbundinterne Datenanforderungen;
- Vorbereitung und Erstellung einer Lösung eines adäquaten AQR Datenhaushalts. Dazu gehören u.a. die Einrichtung eines Datenraumes, die Prüfung der Datenverfügbarkeit sowie der Datenqualität, die Vorbereitung und Lieferung der von der österreichischen Aufsicht definierten Portfoliokennzahlen gemäß Portfolio Template und die Vorbereitung der Lieferung der als „Risky Portfolios“ identifizierten Geschäfte auf Einzelgeschäftsebene gemäß EZB Datendefinition „Loan Tape“;
- Vorbereitung der Kreditprüfung durch externe Berater.

Mit diesem Projekt versucht sich die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes möglichst effizient auf diesen bevorstehenden aufsichtsrechtlichen Prozess vorzubereiten.

Die Ergebnisse des AQR und der anschließenden Banken-Stresstests sollen im Volksbanken-Verbund genutzt werden, das Verständnis der bestehenden Risiken und ihrer Auswirkungen noch weiter zu schärfen. Ziel ist es auch, dabei eine möglichst gute Ausgangsbasis für den im Anschluss an den AQR stattfindenden Banken-Stresstest 2014 zu erreichen.

Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG eingebracht. Auf Basis der in der Klage vorgebrachten Ansprüche und nach eingehender Analyse der darin vorgebrachten Vorwürfe kann derzeit kein ersatzpflichtiger Schaden festgestellt werden. Derzeit finden Gespräche mit der Sberbank of Russia betreffend der eingebrachten Schiedsklage statt.

Hinsichtlich der offenen Finanzierungen gegenüber der Alpine Gruppe weisen wir darauf hin, dass die Republik Österreich unter anderem die ordnungsmäßige Erfüllung aus dem ULSG resultierender Informationspflichten der Finanzierenden anzweifelt und bislang die Garantieleistung in Höhe von EUR 15 Mio. für die ULSG-Finanzierungslinien der ÖVAG noch nicht erfolgt ist.

51) Segmentberichterstattung

Im Zuge der Restrukturierung wurde im Geschäftsjahr 2012 die Segmentdarstellung angepasst. Der ÖVAG Konzern hat nun sieben Geschäftssegmente, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Die Segmente Finanzierung, Financial Markets und Allgemein stellen die Geschäftsfelder dar, die zum Kernbereich der ÖVAG gehören. Das Non-core Business wird in den Segmenten Non-core Unternehmen, Non-core Immobilien, Non-core Retail sowie Non-core Bankbuch/Allgemein dargestellt. Diese Geschäftsfelder bieten unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen an und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf der Darstellung einer Geschäftseinheit als Profit-Center auf, was bedeutet, dass alle Ergebnisse einer Geschäftseinheit zugerechnet werden, unabhängig davon, ob diese in der Geschäftseinheit als eigene Rechtsentität selbst oder in der Konzernmutter erwirtschaftet werden.

Für jedes Geschäftsfeld wird zumindest quartalsweise an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die nach IFRS erstellten Einzelabschlüsse der Tochtergesellschaften und auf Grund der Marktzinsmethode zurechenbaren Ergebnisse. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen, Refinanzierungen oder erbrachte Dienstleistungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten. Die Konzern-Overhead-Kosten werden nach den Schlüsseln Solvabilitäts-Bemessungsgrundlage und Kosten auf die Geschäftsfelder aufgeteilt. Konzernprojektkosten werden ebenfalls den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Für die Segmentberichterstattung werden dieselben Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze angewendet wie im Konzernabschluss. Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt nach den in der Segmentberichterstattung angeführten GuV Positionen sowie den angeführten Bilanzwerten. Da die Steuerung unter anderem nach dem Zinsüberschuss erfolgt, werden Zinserträge und Zinsaufwendungen nicht separat angeführt.

Finanzierung

Das Segment Finanzierung umfasst die Profit-Center Konsortialfinanzierung, Wohnbau- und Modellfinanzierung sowie die VB Leasing Finanzierung Gruppe mit dem Mobilienleasing im Inland und die VB Factoring Bank.

Financial Markets

Das Profit-Center Group Treasury ist neben der Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten für das Management des ÖVAG Handelsbuches verantwortlich und bietet im Rahmen von Treasury Sales alle gängigen Geldmarktprodukte für Kunden an. Ebenfalls hier zugeordnet ist das Profit-Center Volksbank Investments, das unter anderem für die Verwaltung von Investmentfonds und die Ausgabe von Garantie-Zertifikaten zuständig ist, sowie die Immo KAG und das Bankbuch.

Allgemein

Hier werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die keinem der anderen Unternehmensbereiche eindeutig zuordenbar sind. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH und von Holdinggesellschaften, die Beteiligungen des Kerngeschäftes halten.

Non-core Unternehmen

Das Segment Non-core Unternehmen umfasst die Profit-Center Corporate Customer sowie Erneuerbare Energien.

Non-core Immobilien

In dieses Segment werden die Bereiche Immobilienfinanzierung und -kredite sowie das Immobilienleasing und die internationale Projektentwicklung von gewerblichen Immobilien der VB Real Estate Services Gruppe zusammengefasst. Weiters ist hier auch das Immobilien Asset Management der Europolis Gruppe zugeordnet, das als aufgegebenen Geschäftsbereich erfasst ist.

Non-core Retail

Das Segment Non-core Retail besteht aus den Geschäftsfeldern Mobilienleasing CEE sowie Banken CEE. Im Geschäftsfeld Mobilienleasing CEE wird die VB Leasing International Gruppe mit ihren Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa dargestellt. Banken CEE besteht aus der Volksbank Romania. Im Vorjahr war hier auch die Volksbank International AG mit ihren Tochterbanken in der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien sowie in der Ukraine zugeordnet. Der VBI Teilkonzern wird aufgrund des Verkaufes als aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt.

Non-core Bankbuch/Allgemein

In diesem Segment werden Teile des Bankbuches, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen, dargestellt. Weiters werden hier auch die Volksbank Malta Limited sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich zugeordnet.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Die sekundäre Segmentberichterstattung orientiert sich an den Märkten, in denen der ÖVAG Konzern tätig ist. Dabei werden alle Aktivitäten mit Schwerpunkt Österreich sowie Mittel- und Osteuropa dargestellt. Übrige Märkte, da sie keinen wesentlichen Anteil ausmachen, werden zum Segment Sonstiges zusammengefasst. Die geographische Segmentberichterstattung orientiert sich grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft. Die Ergebnisse der ÖVAG selbst werden der Region zugeordnet, in der der Ertrag generiert wird. Alle Konsolidierungen, die nicht innerhalb der Regionen Mittel- und Osteuropa sowie Sonstige Märkte vorzunehmen sind, sind im Bereich Österreich enthalten. Aufgrund der Anpassung der Segmentdarstellung nach Geschäftsfeldern ergaben sich auch Verschiebungen bei den Vorjahreszahlen in der Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten.

a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

EUR Tsd.	Finanzierung	Financial Markets	Allgemein	Non-core Unternehmen	Non-core Immobilien	Non-core Retail	Non-core Bankbuch/Allgemein	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss									
2013	44.266	-83.750	7.222	23.682	58.612	89.140	54.580	-5.165	188.586
2012	44.158	-96.355	14.055	51.165	72.614	92.746	51.256	-7.490	222.149
Risikovorsorge									
2013	-9.709	-7.151	8.846	21.495	-26.359	-5.161	-5.424	0	-23.462
2012	-1.993	-25	-8.652	-65.777	-265.337	-15.133	-10.000	0	-366.916
Provisionsüberschuss									
2013	6.198	20.529	6.541	-80	242	5.292	-10.256	1.780	30.246
2012	7.325	30.952	2.949	2.955	607	5.362	5.808	2.250	58.208
Handelsergebnis									
2013	198	6.055	0	50	-21	2.197	-46	0	8.434
2012	110	28.065	2.495	-79	206	1.434	-37	0	32.195
Verwaltungsaufwand									
2013	-37.938	-58.442	-40.419	-22.411	-41.067	-47.669	-12.394	10.558	-249.783
2012	-35.129	-60.150	-29.560	-34.736	-45.537	-47.436	-18.469	9.564	-261.453
Sonstiges betriebliches Ergebnis									
2013	4.572	80.965	10.753	-4.051	15.371	16.983	39.245	-7.172	156.665
2012	5.661	815.002	-47.672	-12.231	285	7.451	-6.814	-6.527	755.154
Hievon Abschreibung Firmenwert und Markenname									
2013	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2012	0	0	0	0	-330	0	0	0	-330
Ergebnis aus Finanzinvestitionen									
2013	366	-1.382	7.439	-2.355	-35.505	1.294	-18.770	0	-48.913
2012	-165	40.655	3.847	11.770	-69.980	3.048	37.689	0	26.863
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity									
2013	0	0	539	0	0	-126.601	0	0	-126.062
2012	0	0	-335	0	0	-1.517	0	0	-1.852
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches									
2013	0	0	0	0	15.308	0	0	0	15.308
2012	0	0	0	0	12.793	33.650	0	2.203	48.646
Jahresergebnis vor Steuern									
2013	7.953	-43.176	921	16.330	-13.419	-64.525	46.934	0	-48.982
2012	19.966	758.143	-62.872	-46.933	-294.348	79.604	59.434	0	512.994
Steuern vom Einkommen inklusive Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches									
2013	-117	10.798	6.545	-5.362	-4.600	-12.588	-19.079	0	-24.403
2012	-2.696	-48.540	-61.297	14.981	56.417	-11.503	-13.595	0	-66.234
Jahresergebnis nach Steuern									
2013	7.835	-32.378	7.466	10.969	-18.018	-77.113	27.855	0	-73.385
2012	17.270	709.603	-124.170	-31.953	-237.931	68.101	45.839	0	446.760
Bilanzsumme									
2013	2.535.110	16.595.061	912.994	621.779	2.057.020	2.028.063	2.379.189	-6.225.109	20.904.109
2012	2.703.069	19.135.082	1.126.284	1.803.690	3.140.751	1.811.729	4.011.209	-6.091.582	27.640.232
Forderungen an Kunden									
2013	2.543.842	1.672.728	11	712.958	1.585.566	1.818.242	176.947	-1.428.948	7.081.347
2012	2.647.729	1.433.996	11	1.917.531	3.091.380	1.819.179	547.395	-1.417.649	10.039.571
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen									
2013	0	0	5.626	0	0	0	0	0	5.626
2012	0	0	10.293	0	0	0	0	0	10.293
Verbindlichkeiten Kunden									
2013	45.592	2.413.756	13	46.304	59.262	4.068	10.590	-431.146	2.148.440
2012	118.556	2.513.331	20	58.385	135.968	8.976	18.602	-311.711	2.542.128
Verbrieftes Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital									
2013	356.969	7.003.748	0	114.503	367.618	0	605.457	-808.515	7.639.781
2012	398.951	8.788.457	0	351.333	586.088	0	986.982	-556.056	10.555.754

b) Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten

EUR Tsd.	Österreich	Mittel- und Osteuropa	Sonstige Märkte	Gesamt
Zinsüberschuss				
2013	55.653	94.317	38.616	188.586
2012	49.574	111.074	61.501	222.149
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft				
2013	-20.728	-7.402	4.667	-23.462
2012	-304.101	-24.286	-38.528	-366.916
Provisionsüberschuss				
2013	26.332	4.179	-266	30.246
2012	47.578	4.242	6.388	58.208
Handelsergebnis				
2013	6.543	1.901	-10	8.434
2012	31.063	894	237	32.195
Verwaltungsaufwand				
2013	-184.646	-51.684	-13.453	-249.783
2012	-179.163	-53.360	-28.931	-261.453
Sonstiges betriebliches Ergebnis				
2013	139.594	16.835	236	156.665
2012	748.073	3.777	3.304	755.154
Ergebnis aus Finanzinvestitionen				
2013	-2.985	-23.499	-22.430	-48.913
2012	54.442	-34.138	6.559	26.863
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity				
2013	539	-126.601	0	-126.062
2012	-335	-1.517	0	-1.852
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches				
2013	0	15.308	0	15.308
2012	0	48.646	0	48.646
Jahresergebnis vor Steuern				
2013	20.302	-76.644	7.361	-48.982
2012	447.132	55.332	10.531	512.994

Alle wesentlichen langfristigen Vermögenswerte werden im Inland gehalten.

52) Risikobericht

Allgemein

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die ÖVAG erfüllt die zentrale Aufgabe der Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken sowohl auf ÖVAG-Konzernebene als auch als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Vereins gemäß §30a BWG der Österreichischen Volksbanken-AG und der Primärinstitute des Volksbankensektors.

Dazu werden basierend auf verbundweit und somit auch konzernweit gültigen risikopolitischen Grundsätzen die folgenden unterschiedlichen Risiken im Rahmen der jährlich vom Vorstand vorgegebenen Risikostrategie adressiert:

- Kreditrisiken (Ausfall-, Bonitätsänderungs-, Konzentrations-, Kontrahentenausfall-, Transferrisiko, Risiko aus FX Krediten und Krediten mit Tilgungsträgern und makroökonomisches Risiko)
- Marktrisiko (Marktrisiko Handelsbuch, FX Risiko Offener Devisenpositionen, Zinsänderungs- und Credit Spread Risiko)
- Beteiligungsrisiko (Ausfall-, Abwertungs- und FX-Risiko)
- Operationelles Risiko
- Strukturelles Liquiditätsrisiko
- Sonstige Risiken (Strategisches Risiko, Reputations-, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

Aktuelle Entwicklungen

Die Aktivitäten im Risikomanagement waren auch 2013 von der neuen Rolle der ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Vereins bestimmt.

Die ÖVAG als Zentralorganisation hat sicherzustellen, dass der Kreditinstitute-Verein über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Die dafür erforderlichen Weisungsrechte der Zentralorganisation sind mit Jahresende 2012 in Kraft gesetzt worden. Mit der Harmonisierung und Neuausrichtung der im Risikomanagement bisher in der ÖVAG und den Volksbanken eingesetzten Methoden, Prozesse und Systeme wurde im Jahr 2012 gemäß dem Grundsatz „Ein Verein – ein System“ begonnen und es konnten 2013 bereits wesentliche Meilensteine erreicht werden.

Im zweiten und dritten Quartal 2013 fand eine § 70 BWG Prüfung des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process – siehe auch Punkt c)) im Verein durch die OeNB statt, die daraus resultierenden Anmerkungen wurden bei der Neuausrichtung des Risikomanagements, auch im ÖVAG Konzern mitberücksichtigt. Die wesentlichsten Änderungen werden in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben.

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt im Risikomanagement bildeten die Vorbereitungen auf die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III, die mit 01.01.2014 in Kraft getreten sind.

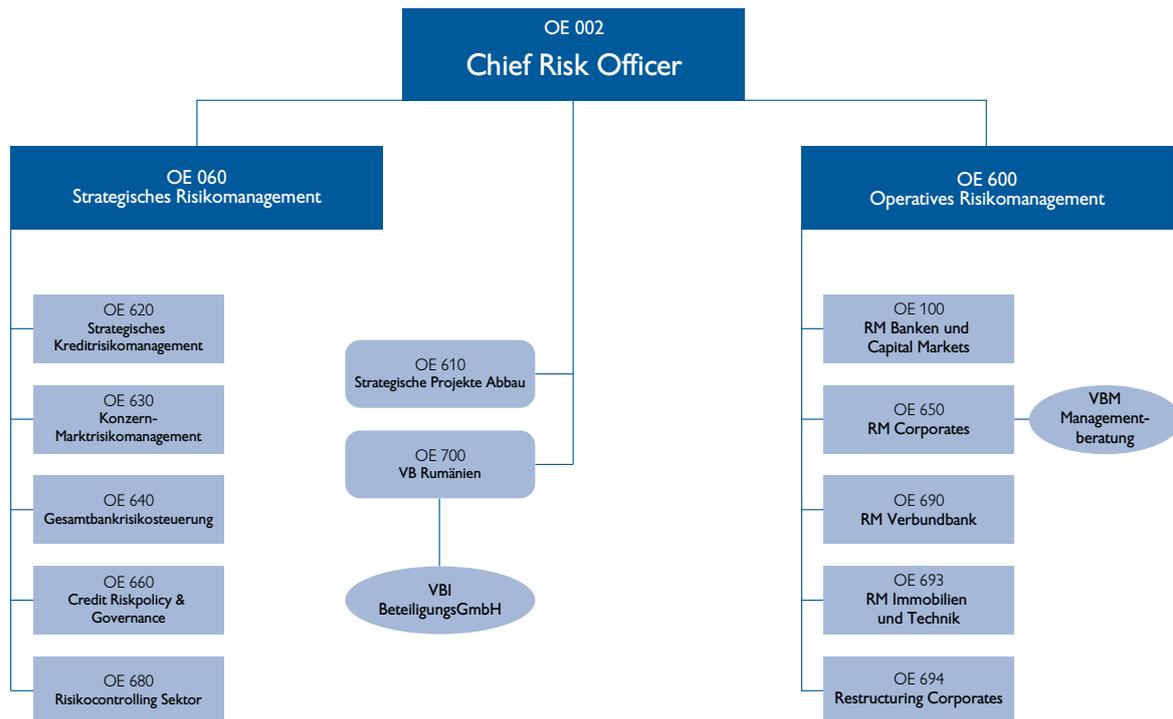
a) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Der ÖVAG Konzern hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Alle Risikoagenden werden von Dkfm. Michael Mendel in seiner Funktion als Konzernrisikovorstand geleitet. In seinem Vorstandsbereich sind sämtliche zentral gesteuerten und geregelten strategischen und operativen Risikomanagementaktivitäten des ÖVAG Konzerns konzentriert. Die aktuelle Struktur des Ressort Mendel ist im folgenden Organigramm abgebildet.

Neben den Risikomanagementbereichen sind die Bereiche Non Core Business Corporate Customers, Run-Down Immobilien und Workout Immobilien im Ressort 2 angesiedelt.



Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze umfassen die innerhalb des ÖVAG Konzerns als Teil des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbund- und konzernweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen.

Klare Organisationsstrukturen: Besonderes Augenmerk wird auf die Trennung von Risikoübernahme (risk-taking) einerseits und die Risikoberechnung sowie die Vorgabe der Risikonormen andererseits (Riskcontrolling/Riskmanagement) gelegt. Eine Funktionstrennung innerhalb des ÖVAG Konzerns stellt die Vermeidung von Interessenskonflikten sicher.

Systeme und Methoden: Einheitliche Risikomessmethoden sind die Basis zur Vergleichbarkeit und Aggregation der Risiken im ÖVAG Konzern. Sie sind zudem ein wichtiges Element in der konzerninternen Entwicklung effizienter Limitstrukturen und der Berechnung von Limitausnutzungen. Auf einheitliche Risikomanagementsysteme wird auch in Hinblick auf Kosteneffizienz und Ressourcenschonung großes Augenmerk gelegt. Notfallspläne stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.

Limitwesen: Grundsätzlich unterliegen im ÖVAG Konzern alle mess- und steuerbaren Risiken einer Limitstruktur, die einer permanenten operativen Überwachung unterliegt. Es gilt der Grundsatz: Kein Risiko ohne Limit. Risiken, für die bisher in der Theorie keine hinreichend genauen Messmethodiken und -instrumente zur Verfügung stehen, werden entweder auf Grund regulatorischer Eigenmittelerfordernisse, konservativer Berechnungsmethoden unter Berücksichtigung von Stressannahmen, oder in Form von Sicherheitspuffern in die Überlegungen einbezogen, wobei in diesen Fällen das Vorsichtsprinzip zur Anwendung kommt.

Risikoreporting: Ein zeitnahes, regelmäßiges und umfassendes Risikoreporting ist unter anderem in Form eines ÖVAG-Konzernrisikoreports implementiert. Dieser ist wichtiger Bestandteil für die Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung des Risikos innerhalb des Konzerns. Er wird quartalsweise erstellt und deckt alle relevanten Risikoarten (Markt-, Zinsänderungs-, Liquiditäts-, Credit-Spread-, Kredit- und operationelles Risiko) ab. Der Risikobericht informiert den ZO-Vorstand periodisch über die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und der Risikosituation des Konzerns und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

Prozesse: Grundlage des Risikomanagements sind funktionierende Prozesse. Die Entwicklung und die Integration dieser Prozesse in die täglichen Geschäftsabläufe ist daher zentrale Aufgabe des Risikomanagements im ÖVAG Konzern.

Einführung neuer Produkte: Ein effizienter systemunterstützter Genehmigungsprozess für Produkte des ÖVAG Treasury ist implementiert und wird kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Die korrekte Abbildung sämtlicher Risiken in den Risikomanagementsystemen steht hierbei im Vordergrund. Besonderes Augenmerk wird auf das Vorhandensein einer unabhängigen Bewertungsmöglichkeit gelegt. Dies gilt auch für geschlossene Positionen. Somit werden die gesetzlichen Vorgaben zur Darstellung des Kontrahentenausfallrisikos und die Anforderungen des Collateral Managements erfüllt.

Eine einheitliche Vorgangsweise für die Einführung neuer Produkte im ÖVAG Konzern ist implementiert. Neben der adäquaten Erfassung aller Risiken, dem korrekten Eingang in das Controlling und die Bilanzierung steht hier die Abbildung in den zentralen Systemen des Konzerns im Vordergrund. Einheitliche aussagekräftige Risikoreports und ein korrektes externes Meldewesen werden dadurch gewährleistet.

Backtesting: Da Schätzungen der Größen Probability of Default (PD), Loss given Default (LGD), Exposure at Default (EAD) und Credit Conversion Factor (CCF) sowie Value at Risk (VaR) immer auf Vergangenheitswerten aufbauen, muss ihre Akkuranz tourlich mittels Rückvergleichen (Backtesting) validiert werden. Backtestingreports werden im ÖVAG Konzern jedenfalls für das Kredit- und das Marktrisiko erstellt. Die Frequenz des Reportings hängt von der Risikoart ab, erfolgt aber zumindest jährlich. Das Ergebnis wird zeitnah dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Alarmierende Ergebnisse (z.B. eine statistisch gesehen zu hohe Anzahl an Ausreißern) führen umgehend zu einer Analyse der Berechnungsmethoden oder der Modelle.

Stresstesting: Kredit- und Marktrisiken werden im ÖVAG Konzern regelmäßigen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. atypische tail losses erkannt und analysiert werden – diese Methodik stellt insbesondere im Falle von fat tails eine hilfreiche Ergänzung der VaR Methodik dar.

Während risikoartenspezifische Stresstests und Sensitivitätsanalysen bereits seit längerer Zeit regelmäßig durchgeführt werden, werden regelmäßig auch risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt. Dabei werden zuerst volkswirtschaftliche Krisenszenarien (mildes und schweres Rezessionsszenario) definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit des ÖVAG-Konzerns als Teil des Verbundes zusammengefasst und analysiert. Weiters wurden im Zuge der Neuausrichtung des Risikomanagements per 31.12.2013 die Stresstestaktivitäten ausgeweitet und Sensitivitätsanalysen, Reverse-Stresstests und portfoliospezifische Stresstests durchgeführt.

b) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden ÖVAG intern gemäß der Basel II Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process – siehe auch Punkt c)). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen im ÖVAG Konzern

Die Umsetzung der Säule 1 im ÖVAG Konzern verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Daher kommen derzeit folgende Methoden zur Berechnung des Mindestkapitalerfordernisses je Risikoart zur Anwendung:

- Kreditrisiko: Standardansatz. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kreditinstitute-Verbunds gemäß §30a BWG kam es per 30.9.2012 zu einem Rückstieg vom IRB-Ansatz auf den Standardansatz. Mit der Genehmigung für diesen Rückstieg durch die FMA war die Auflage verbunden, alle Risikomanagementsysteme „IRB-fit“ zu belassen. Eine detaillierte Darstellung der aufsichtsrechtlich genehmigten Ansätze und der Übergangsregelungen erfolgt im Zuge der aufsichtlichen Offenlegung in einem separaten Dokument (siehe Säule 3 Offenlegung im ÖVAG Konzern).
- Marktrisiko: Standardansatz.
- Operationelles Risiko: Standardansatz.

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip). Die Umsetzung des ICAAP in der ÖVAG wird unter Punkt c) näher erläutert.

Säule 3 Offenlegung im ÖVAG Konzern

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gem. Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (Offenlegungsverordnung – OffV) auf der institutseigenen Homepage unter Konzern / Investor Relations / Risikomanagement sowie im Geschäftsbericht nachgekommen.

c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess

Für den ÖVAG Konzern als Teil des Verbundes gemäß §30a gilt die Verbund-Risikostrategie welche – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) – jährlich durch den ZO-Vorstand neu bewertet und festgelegt wird. Sie bildet die Grundlage für einen verbund- und damit auch konzernweit einheitlichen Umgang mit Risiken. In der Risikostrategie werden allgemeine und konzernweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für das Risikomanagement sowie die Ausgestaltung entsprechender Prozesse und organisatorischer Strukturen verständlich und nachvollziehbar festgelegt und dokumentiert. Weiterentwicklungen in Bezug auf die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risiken fließen über den jährlichen Aktualisierungsprozess in die Risikostrategie ein.

Internationaler Best Practise folgend hat der ÖVAG Konzern den ICAAP als einen revolvierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt. Dieser startet mit der Definition einer Risikostrategie, durchläuft dann den Prozess der Risikoidentifikation, -quantifizierung und -aggregation, und schließt mit der Bestimmung der Risikotragfähigkeit, der Kapitalallokation und Limitierung bis hin zur laufenden Risikoüberwachung. Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, monatlich für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Diesem Prinzip folgend erhebt der ÖVAG Konzern im Rahmen der verbundweit durchgeführten Risikoinventur regelmäßig, welche Risiken im laufenden Bankbetrieb im Konzern vorhanden sind und welche Bedeutung bzw. welches Gefahrenpotential diese Risiken für den Konzern haben. Dabei wird nicht nur eine quantitative Einschätzung der einzelnen Risikoarten vorgenommen, sondern es werden auch die vorhandenen Methoden und Systeme zur Überwachung und Steuerung der Risiken beurteilt (qualitative Beurteilung). Im Zuge des Verbund-Risikomanagementprojektes wurde die Risikoinventur 2013 neu konzipiert und im 4. Quartal 2013 verbund- und konzernweit ausgerollt.

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst, und für den Verbund sowie jedes zugeordnete Kreditinstitut und den ÖVAG-Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein.

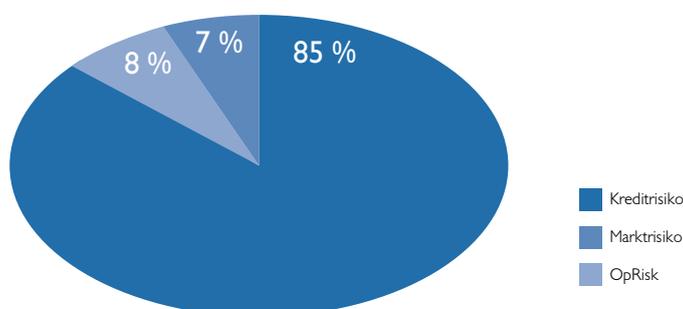
Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP im Konzern ist die Risikotragfähigkeitsrechnung. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden auf der einen Seite alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom ZO-Vorstand beschlossenen verbund- und konzernweit gültigen Gesamtbankrisikolimits auf monatlicher Basis überwacht und der Konzernrisikobericht erstellt.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in den drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf CRR/CRD IV, SolvaV und BWG). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

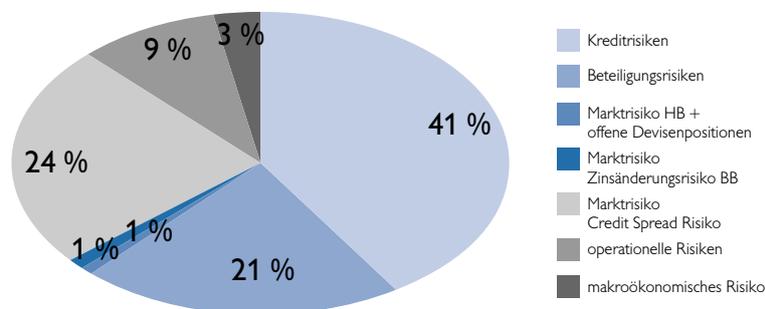
Per 31. Dezember 2013 ergibt sich folgende Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikoposition:



In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der regulatorischen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. den nicht testierten unterjährigen Jahresüberschuss. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf „interne“ Verfahren, in der Regel Value at Risk, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen.

Im Zuge der erwähnten Neuausrichtung des Risikomanagements wurde auch die ökonomische Risikotragfähigkeitsrechnung überarbeitet und das, bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht verwendete, Konfidenzniveau von 99,9 % auf ein vom Zielrating der Bank abgeleitetes Konfidenzniveau von 99,95 % umgestellt. Die Haltedauer von 1 Jahr wurde beibehalten. Die Quantifizierung der Kreditrisiken wurde wie in Kapitel d) beschrieben um Subrisikoarten erweitert. Die Messung des Zinsänderungsrisikos und des Marktrisikos aus dem Handelsbuch wurden wie in Kapitel e) erläutert, angepasst. Zusätzliche bisher nicht berücksichtigte Risikoarten wie das strukturelle Liquiditätsrisiko und das makroökonomische Risiko wurden implementiert.

Per 31. Dezember 2013 ergibt sich für den ÖVAG-Konzern folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht:



In der Going-Concern-Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die Going-Concern Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab. Kleinere, mit hoher Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkräftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden daher im Wesentlichen nur stille Reserven, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss sowie der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein moderates Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 1 Jahr abgestellt.

Die ökonomische Risikotragfähigkeitsrechnung wird als maßgebliche Sichtweise im Rahmen der Steuerung verstanden, da durch die Verbindung von Risikomessung und Ertragsrechnung die risikoadjustierte Ertragssteuerung ermöglicht wird. Standard-Performance-Messmethoden wie der Return on Equity (ROE) werden durch den aussagekräftigen, risikoadäquaten Return on Economic Capital (ROEC) ergänzt, wodurch Geschäftsbereiche in ihrer Performance vergleichbarer werden und damit die Grundlage für eine wertorientierte Banksteuerung gelegt wird.

d) Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden im ÖVAG Konzern folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das Tilgungsträgerisiko
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das Transferrisiko der Cross-Border Finanzierungen
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer des ÖVAG Konzerns sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem over the counter (OTC) Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommt und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für den ÖVAG Konzern eintritt.

Unter Tilgungsträgerisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird um eine Forderung zu tilgen nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht die betreffende Finanzierung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwarteten Ansparvolumen und aushaftenden Betrag bei Laufzeitende dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Moratoriums werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch -fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Unter dem makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt. Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) ist für Verluste verantwortlich, die sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind mögliche Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch signifikant gestiegen, woraus sich potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde.

Organisation und Risikostrategie

In allen Einheiten des ÖVAG Konzerns, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in den Tochtergesellschaften und dem Risikomanagement auf Konzernebene eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Konzernrisikomanagements und des Konzernvorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Konzerneinheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für das Portfoliomanagement. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde im ÖVAG Konzern insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Konzern-Kreditrisikohandbuch

Das Konzern-Kreditrisikohandbuch (KKRHB) regelt verbindlich das Kreditrisikomanagement im ÖVAG Konzern. Dies umfasst die bestehenden Prozesse und Methoden zur Steuerung, Messung und Überwachung der Kreditrisiken im Konzern.

Ziel des KKRHB ist es, allgemeine und konzernweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Kreditrisiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Das Handbuch bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie hinsichtlich der Komponente Kreditrisiko und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen.

Das KKRHB gilt grundsätzlich für alle vollkonsolidierten Gesellschaften, sowie die VB Romania. Dies gilt auch für neu hinzukommende vollkonsolidierte Gesellschaften, sobald die Gesellschaft rechtsverbindlich dem Vollkonsolidierungskreis des ÖVAG Konzerns angehört.

Die Vorstände und Geschäftsführer aller Konzerngesellschaften haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass das KKRHB im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Geltung erlangt das KKRHB entweder durch gänzliche Inkraftsetzung im Bereich der Gesellschaft oder durch Übernahme der Inhalte

des KKRHB in ein eigenes Kreditrisikohandbuch der Gesellschaft. Generelle Abweichungen von Konzernstandards aufgrund einer spezialisierten Geschäftstätigkeit oder besonderer lokaler Verhältnisse sind grundsätzlich möglich, bedürfen aber der Genehmigung des Konzernvorstandes.

Das KKRHB ist ein lebendes Dokument, das regelmäßig erweitert und an die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen im ÖVAG Konzern adaptiert wird. Nicht unmittelbarer Gegenstand des Handbuches ist die Entwicklung und Darstellung der Ratingverfahren, die Risikoparameterschätzung sowie deren Validierungen. Diese werden in gesonderten Dokumentationen erläutert und institutionalisiert.

Kreditportfolio und credit Value at Risk

Der Begriff ökonomisches Kapital bezeichnet das aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Ergebnis einer Risikoschätzung notwendige Risikokapital. Dieses wird wie auch das regulatorische Kapital zur Abdeckung eines über den erwarteten Verlust hinausgehenden unerwarteten Verlustes gehalten. Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der ÖVAG Konzern hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Der CVaR wird auf Konzernebene seit dem 1. Quartal 2010 für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Breakdown des CVaRs auf einzelne Geschäftsfelder und Kunden
- Erkennen von Portfoliokonzentrationen
- Analyse der Entwicklung des CVaR in Bestands- und Neugeschäft
- Analyse des marginalen Beitrags einzelner Kunden
- Identifikation der wesentlichen Treiber hinter CVaR Veränderungen (Neugeschäft, EAD, Besicherung, Verlustquote, Ausfallsrate, Risikofaktor,..)

Der CVaR für das Kreditrisiko wird im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch noch für folgende Zwecke verwendet:

- Ermittlung des ökonomischen Kapitals
- Herstellen der Vergleichbarkeit der Risikosituation für unterschiedliche Risikoarten (z.B. Kreditrisiko und Marktrisiko)
- Grundlage für die Berechnung risikoadjustierter Erfolgskennzahlen (z.B. ROEC)
- Basis für Kapitalallokation

Die Ergebnisse des CVaR dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender monatlicher Report wird erstellt.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wird im ÖVAG Konzern insbesondere berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wird daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter gelegt.

Operatives Risikomanagement und –controlling

Limitierung

In der ÖVAG existieren Limite zur Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements als auch von Klumpenrisiken:

- Kreditlimite für Einzelkunden
- Kreditlimite für Gruppen verbundener Kunden (GvKs)
- Portfoliolimite

Für die Limitbestimmung wird bei den Einzelkunden und den Gruppen verbundener Kunden zwischen Staaten, Banken und Anderen, worin Unternehmens- als auch Retailkunden subsumiert werden, unterschieden. Die Limite werden in Abhängigkeit der Ratingstufe bzw. der Eigenmittel der Gegenpartei, der maximalen Restlaufzeit des Geschäftes sowie der Eigenmittel bzw. der Ertragskraft des Konzerninstitutes gesetzt. Im Unternehmens- und Retailbereich beziehen sich die Limite in der Regel auf den eingeräumten Rahmen nach Abzug von Sicherheiten (Blankorisiko). Die Überwachung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen unterstützt.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im ÖVAG Konzern hauptsächlich Länderrisikolimite verwendet, die das Transferrisiko limitieren sollen. Auf Basis externer Ratings sowie der Geschäftsstrategie erfolgt eine Ländereinteilung nach Risikogruppen und Märkten.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt einerseits über die monatlich erstellte CVaR-Berechnung und andererseits vierteljährlich im Zuge der Erstellung des Konzernrisikoberichts und des Verbundrisikoberichtes und umfasst beispielhaft Konzentrationen auf Einzelkundenebene für Unternehmen, Banken und der öffentlichen Hand. Ergänzend gibt das Konzentrationsrisiko die Auswirkungen einer Konzernsicht anstatt der Einzelkundenbetrachtung wieder.

Ratingsysteme

Konzernweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewendet. Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt. Das Konzept der VB Masterskala erlaubt es, Kreditnehmer über Regionen und Kundengruppen hinweg bonitätsmäßig zu vergleichen.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die konzernweit zur Anwendung kommenden Ausfallsgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (Non-performing loans, NPL) herangezogen. Als Problemkredite werden Kredite aus Teilen der Ratingstufe 4 sowie Kredite mit mehr als 60 Tagen Überfälligkeit definiert. Eine genaue Darstellung der Ratingmethoden ist in der aufsichtlichen Offenlegung auf der Homepage der ÖVAG zu finden.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) bzw. Debt Value Adjustment („DVA“) - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko - Rechnung getragen. Die CVA/DVA Charge wird durch Multiplikation von Exposure, Probability of Default und Loss given Default sowie Add-On Faktoren, die von der Laufzeit und der Bonität des zugrunde liegenden Derivategeschäftes (Zinsen, Währungen, Aktien, Commodities) abhängen und als Prozentsatz des Nominales ausgedrückt werden, approximiert.

Mit den wichtigsten Kontrahenten der ÖVAG bestehen rechtlich abgesicherte Nettingvereinbarungen, die seit Ende 2009 sowohl für das interne Risikomanagement als auch für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse Berücksichtigung finden. Die ÖVAG verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Die Höhe der Kontrahentenlimite (off-balance Limite) für Derivategeschäfte mit Banken und Finanzinstituten ist abhängig von folgenden Kriterien:

- Höhe der Eigenmittel des Kontrahenten
- Höhe der Eigenmittel des ÖVAG Konzerninstitutes
- Intensität der Geschäftsbeziehung mit dem Kontrahenten (strategisch wichtig, einige wenige Geschäfte, sporadisch)
- Bestehen rechtlich durchsetzbarer Netting Vereinbarungen

Die Laufzeiten der eingeräumten off-balance Limite werden unter Berücksichtigung der Kontrahentenausfallrisiken festgelegt.

Die Überwachung der nach unterschiedlichen Laufzeitbändern geführten Kontrahentenlimite für die Handelsbereiche wird in der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement durchgeführt. Die Anrechnung von derivativen Geschäften an die off-balance Linien erfolgt, wie oben bereits erwähnt, nach dem Prinzip positiver Marktwert plus laufzeitabhängiges add-on bei Kontrahenten ohne rechtlich durchsetzbarer Nettingvereinbarung. Liegen gültige Nettingvereinbarungen vor, werden positive und negative Marktwerte genettet und etwaiges cash collateral berücksichtigt.

Bei institutionellen Kontrahenten ohne Netting richtet sich die Höhe der add-ons nach § 234 Abs. 2 SolvaV/Artikel 274 CRR. Unter Anwendung des off-balance Nettings erfolgt die add-on Berechnung nach § 259 SolvaV/Artikel 298 CRR. Bei Nichtbanken kommen konservativere Aufschläge für das interne Risikomanagement zur Anwendung.

Die Anrechnung der getätigten Geschäfte an die Limite erfolgt naturgemäß realtime. Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Handel täglich zur Verfügung gestellt.

Collateral Management im Derivatehandel

Im Rahmen des internen Risikomanagements des ÖVAG Konzerns findet für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swaps and Derivatives Association, österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag) und Credit Support Annex (CSA)-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit derzeit 86 Partnern statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Collateral abgedeckt werden. Repo Geschäfte mit derzeit 86 Vertragspartnern werden ebenso hinsichtlich der Höhe der Sicherheiten überprüft. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicher-

heitentransfer meist in Form von Cash oder ausgewählten Staatsanleihen in Euro. Von den derzeit bestehenden 84 CSA-Verträgen wären 3 von einer Ratingherabstufung der ÖVAG betroffen. Bei einer Verschlechterung des Ratings der ÖVAG um zwei Ratingstufen würde durch die Absenkung des Thresholds im schlechtesten Fall ein zusätzlicher Bedarf an cash collateral in Höhe von ca. EUR 5 Mio. entstehen.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting der ÖVAG erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos des ÖVAG Konzerns und auch des Kreditinstituts-Verbund gemäß §30a BWG zu geben. Entsprechende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Konzernrisikoberichts und des Verbundrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden. Folgende Analysen sind Bestandteil des Reports:

- Portfolioverteilungen – monatlich
- Neugeschäftsentwicklung – monatlich
- Bonitätsverteilungen – monatlich
- Non-performing loans – monatlich
- Kreditrisikokonzentrationen – quartalsweise
- Ländergruppenanalyse – quartalsweise
- Kundensegmente (Kundensegmentsplit) – quartalsweise
- Branchenverteilungen (Kommerz) – quartalsweise
- Wesentliche CVaR Informationen – quartalsweise

Diese Analysen werden nach verschiedenen Größen und Kennziffern dargestellt: Blankoexposure, Gesamtbligo, erwarteter Verlust, gebildete Risikovorsorge, Standardrisikokosten, Non-performing Loans, CVaR, etc. Zusätzlich wird monatlich ein CVaR Report erstellt, der auf Konzernebene die Höhe des unerwarteten Verlustes, die Gründe für seine Änderung zwischen Stichtagen darstellt und diese Informationen auf Geschäftsfelder und Einzelengagements herunterbricht.

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Geschäftsfelder zum Bilanzstichtag und im Vergleich zum Vorjahr werden in den folgenden Tabellen dargestellt und stellen Exzerpte aus dem Konzern-Risikoreport dar.

Bei den nachfolgenden Tabellen sind jeweils die Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt inkludiert.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien.

EUR Tsd.	Forderungen an	Forderungen an
	Kreditinstitute und Kunden	Kreditinstitute und Kunden
	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert brutto	13.277.192	17.309.775
Risikovorsorge	815.741	1.067.045
Buchwert netto	12.461.451	16.242.729
Einzelwertberichtigung		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	774	3.099
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	149.135	58.358
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	20.041	42.395
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	1.022.926	1.354.520
Risikokategorie 6 (NR)	3	4.656
Buchwert brutto	1.192.879	1.463.028
Risikovorsorge	752.428	883.653
Buchwert netto	440.451	579.375
> 90 Tage und <=180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	29.442	39.500
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	29.442	39.500
> 180 Tage und <=365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	1.332	52.057
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	1.332	52.057
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	54.587	22.837
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	54.587	22.837
Weder überfällig noch wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	4.463.744	5.578.105
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.426.567	2.869.980
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	5.160.545	5.623.089
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	798.383	1.350.553
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	118.704	225.732
Risikokategorie 6 (NR)	31.008	84.894
Buchwert brutto	11.998.951	15.732.353
Portfoliowertberichtigung	63.313	183.392
Gesamt-Buchwert netto	12.461.451	16.242.729

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den internen Ratingstufen der ÖVAG. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (Non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 (NR) fast alle nicht ausgefallenen Forderungen zusammen, die keiner der anderen Risikokategorien 1 – 4 zugeordnet sind. Das sind vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen. Diese Kategorie umfasst Kunden unterschiedlichster lebender Ratings und ist im Gegensatz zu den anderen Risikokategorien keinem bestimmten Risiko zuzuordnen. Entsprechend erklärt sich auch die Verteilung der Risikovorsorgen. Zu beachten ist, dass der Buchwert brutto der einzelwertberechtigten Forderungen nicht der Summe der nicht ordnungsgemäß bedienten (NPLs) Forderungen entspricht. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde in eine bessere (performende) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden in der ÖVAG der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2013		Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2012	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Einzelwertberechtigte Forderungen				
Rating 5A	389	98	12.586	10.886
Rating 5B	483.924	248.035	684.783	308.897
Rating 5C	276.663	118.258	441.478	199.013
Rating 5D	260.818	54.401	215.562	24.190
Rating 5E	1.132	121	111	8
Summe	1.022.926	420.913	1.354.520	542.994
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt				
Rating 5A	33.857	33.857	50.130	50.130
Rating 5B	1.344	1.344	7.170	7.170
Rating 5C	41.264	41.264	50.648	50.648
Rating 5D	8.896	8.896	6.445	6.445
Rating 5E	1	1	0	0
Summe	85.361	85.361	114.394	114.394
Weder überfällig noch wertberichtigt				
Rating 5A	9.599	9.599	30.064	30.064
Rating 5B	73.288	73.288	107.579	107.579
Rating 5C	30.617	30.617	76.460	76.460
Rating 5D	5.171	5.171	11.620	11.620
Rating 5E	30	30	9	9
Summe	118.704	118.704	225.732	225.732
Gesamt-Buchwert	1.226.991	624.979	1.694.646	883.119

¹ In sehr geringem Ausmaß handelt es sich auch um nicht erstellte Ratings

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	Brutto	Netto ¹⁾
31.12.2013		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	4.463.744	4.463.744
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.427.341	1.427.168
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	5.309.680	5.253.853
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	818.424	811.273
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	1.226.991	537.788
Risikokategorie 6 (NR)	31.011	30.938
Gesamt	13.277.192	12.524.764
31.12.2012		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	5.578.105	5.578.105
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	2.873.079	2.871.993
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	5.681.446	5.674.801
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	1.392.948	1.385.847
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	1.694.646	826.291
Risikokategorie 6 (NR)	89.550	89.084
Gesamt	17.309.775	16.426.121

¹⁾ Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der aushaftenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss (Going concern Überlegung bei der Bildung der Risikovorsorge).

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar.

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen lebend	
	Aushaftung	Unbesichert	Unbesichert	Risikovorsorge	Unbesichert	Expected Loss
31.12.2013						
C - Finanzierung	2.570.794	965.608	53.505	47.791	912.103	20.521
C - Financial Markets	5.535.970	5.185.002	3.495	3.937	5.181.507	6.416
C - Bankbuch	66.432	66.432	0	0	66.432	361
C - Allgemein	21	21	0	0	21	0
NC - Unternehmen	693.745	403.371	182.176	172.243	221.194	5.248
NC - Immobilien	2.113.733	961.481	351.329	270.140	610.152	17.017
NC - Leasing CEE	1.856.389	485.796	100.758	96.695	385.038	12.570
NC - Bankbuch	318.216	318.216	10.703	4.240	307.513	2.801
NC - Allgemein	121.891	28.333	5.164	6.967	23.169	494
Gesamt	13.277.192	8.414.260	707.131	602.012	7.707.130	65.428
31.12.2012						
C - Finanzierung	2.652.606	1.114.101	47.977	43.510	1.066.124	14.381
C - Financial Markets	4.346.737	3.957.097	0	0	3.957.097	311
C - Bankbuch	2.571.115	2.569.660	9.468	9.915	2.560.192	3.394
C - Allgemein	22	22	0	0	22	0
NC - Unternehmen	1.861.751	1.100.688	287.496	231.190	813.192	6.750
NC - Immobilien	3.236.860	1.240.238	424.069	380.535	816.169	11.753
NC - Leasing CEE	1.865.862	477.975	134.044	135.377	343.931	8.149
NC - Bankbuch	473.058	473.058	23.389	9.076	449.669	2.001
NC - Allgemein	301.763	157.615	17.941	1.924	139.674	909
Gesamt	17.309.775	11.090.453	944.385	811.526	10.146.069	47.648

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition der österreichischen Solvabilitätsverordnung für Banken, die einen auf internen Ratings basierenden Ansatz bei der Eigenmittelberechnung zur Anwendung bringt. Den ausgefallenen Forderungen wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt und den performenden Forderungen ist der über das nächste Jahr erwartete Verlust gegenübergestellt. Der Expected Loss ergibt sich aus den internen Bonitätseinstufungen, der wirtschaftlichen Besicherungssituation und der daraus abgeleiteten erwarteten Verlusten.

teten Verlusthöhe bei Ausfall. Im Allgemeinen kommt es bei den Forderungen im Ausfall zu Risikovorsorgen, die unter dem unbesicherten Obligo liegen, weil es neben den Vorsorgen aus Einzelwertberichtigungen auch noch pauschalierte EWBs und Portfoliovorsorgen gibt, die in obiger Aufstellung nicht enthalten sind.

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2013	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2012
Sicherheiten zu einzelwertberechtigten Forderungen		
Barreserven	9.475	11.900
Wertpapiere	3.024	0
Hypotheken	280.414	426.200
Garantien	65.068	97.328
Mobilien	69.917	84.024
Sonstige	5.603	7.050
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind		
Barreserven	6	896
Wertpapiere	0	0
Hypotheken	39.143	46.914
Garantien	17.606	5.234
Mobilien	25	86
Sonstige	29	29
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind		
Barreserven	62.004	143.184
Wertpapiere	40.587	0
Hypotheken	1.712.901	2.914.172
Garantien	381.115	466.269
Mobilien	1.744.247	1.567.306
Sonstige	431.767	448.730
Wert der Sicherheiten gesamt	4.862.931	6.219.321

Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek. Mobiliensicherheiten stammen aus den Leasingeinheiten des Konzerns und stellen im Wesentlichen Privat PKWs dar.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung und verteilt auf die strategischen Geschäftsfelder.

EUR Tsd.	Österreich	EWR inkl. Schweiz	EU Mittel- u. Osteuropa	Nicht EU Europa	USA und Kanada	Sonstige	Gesamt
31.12.2013							
C - Finanzierung	2.262.330	192.300	48.430	10.531	0	57.203	2.570.795
C - Financial Markets	4.319.666	253.750	939.984	873	10.765	10.932	5.535.970
C - Bankbuch	0	66.432	0	0	0	0	66.432
C - Allgemein	21	0	0	0	0	0	21
NC - Unternehmen	274.153	214.015	161.942	21.667	18.748	3.220	693.745
NC - Immobilien	346.972	221.113	1.440.548	97.562	0	7.538	2.113.733
NC - Leasing CEE	84	4	1.606.210	248.550	0	1.540	1.856.389
NC - Bankbuch	0	57.952	725	255.561	864	3.114	318.216
NC - Allgemein	156	120.253	214	196	1.072	0	121.891
Gesamt	7.203.381	1.125.820	4.198.054	634.940	31.449	83.547	13.277.192
31.12.2012							
C - Finanzierung	2.329.374	247.585	65.928	9.695	0	24	2.652.606
C - Financial Markets	4.067.490	239.562	26.444	0	13.241	0	4.346.737
C - Bankbuch	1.069.045	68.096	1.428.665	845	1.086	3.378	2.571.115
C - Allgemein	22	0	0	0	0	0	22
NC - Unternehmen	797.729	499.102	382.281	66.419	29.326	86.895	1.861.751
NC - Immobilien	790.878	273.657	2.015.969	152.654	0	3.702	3.236.860
NC - Leasing CEE	63	27	1.605.423	256.658	0	3.690	1.865.862
NC - Bankbuch	0	185.576	1.454	257.295	20.822	7.911	473.058
NC - Allgemein	32.078	113.346	156.222	118	0	0	301.763
Gesamt	9.086.678	1.626.951	5.682.386	743.684	64.475	105.600	17.309.775

Die Verteilung des Forderungsportfolios auf die wesentlichen Regionen, die konzernintern zu Steuerungszwecken verwendet werden, zeigt eine deutliche Verschiebung in der regionalen Verteilung. 2012 befindet sich der größte Teil des Volumens in Österreich. Die CEE Länder haben durch den Verkauf der VBI stark an Gewicht verloren. Im Jahresvergleich kam es aufgrund interner Steuerungsüberlegungen oder infolge des Verkaufes von Beteiligungen zu Änderungen bei den Geschäftsfeldern, sonst gab es kaum nennenswerte Verschiebungen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung des Portfolios nach Geschäftsfeldern und nach Kundensegmenten.

EUR Tsd.	Öffentliche Hand	Banken	Corporates	Retail KMU	Retail Privat	Spezialfinanzierungen	nicht zuordenbar	Gesamt
31.12.2013								
C - Finanzierung	30.140	110.443	1.433.008	393.849	434.728	166.072	2.555	2.570.795
C - Financial Markets	20.144	5.373.548	136.286	2.416	3.576	0	0	5.535.970
C - Bankbuch	66.432	0	0	0	0	0	0	66.432
C - Allgemein	21	0	0	0	0	0	0	21
NC - Unternehmen	8.860	0	469.896	11.602	1.175	202.210	0	693.745
NC - Immobilien	3.522	22.322	980.951	4.166	959	1.094.798	7.015	2.113.733
NC - Leasing CEE	5.840	27.217	135.726	1.529.944	157.654	9	0	1.856.389
NC - Bankbuch	1.428	255.561	61.227	0	0	0	0	318.216
NC - Allgemein	1	9.048	90.310	0	21.693	840	0	121.891
Gesamt	136.388	5.798.139	3.307.404	1.941.977	619.785	1.463.929	9.570	13.277.192

31.12.2012

C - Finanzierung	18.388	108.747	1.618.573	305.118	459.443	142.313	24	2.652.606
C - Financial Markets	0	4.330.171	16.567	0	0	0	0	4.346.737
C - Bankbuch	1.154	2.461.708	102.951	1.128	4.174	0	0	2.571.115
C - Allgemein	0	22	0	0	0	0	0	22
NC - Unternehmen	31.037	56.948	1.338.109	12.527	10.577	387.479	25.073	1.861.751
NC - Immobilien	5.747	23.112	1.440.070	7.470	2.856	1.753.905	3.702	3.236.860
NC - Leasing CEE	6.303	33.030	140.354	1.526.910	155.503	86	3.676	1.865.862
NC - Bankbuch	70.823	255.552	146.683	0	0	0	0	473.058
NC - Allgemein	152	913	269.630	0	24.518	6.549	0	301.763
Gesamt	133.603	7.270.203	5.072.936	1.853.153	657.072	2.290.333	32.475	17.309.775

Die Geschäftsfelder stellen dabei die konzernintern zu Steuerungszwecken verwendete Einteilung des Forderungsportfolios dar, während die Einteilung nach Kundensegmenten den im Bankwesengesetz definierten Kundengruppierungen entspricht.

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als bedeutender Bestandteil des Kreditrisikomanagements im ÖVAG Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im ÖVAG Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung werden umfassend in zwei Dokumenten, dem Wirtschaftlichen Konzernsicherheitenkatalog und dem Basel II Sicherheitenhandbuch, dargestellt.

Dort erfolgt eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Güterart. Dabei ist jeder Sicherheitenart die Information zugeordnet, ob sie grundsätzlich als wirtschaftlich taugliche bzw. aufsichtlich anerkannte Sicherheit gilt und somit zur Reduktion des ökonomischen Risikos und/oder des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses herangezogen werden kann.

Eine Schlüsselanforderung bei der Auswahl von Sicherheiten im ÖVAG Konzern ist die in der Art gegebene Kongruenz mit der zu besichernden Kreditforderung. Werden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, sind diese nach konzernweit verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestehen klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Bestellung, Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wird regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhängt und konzernweit einheitlich geregelt ist.

Bewertung vonreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten im Rahmen des Kreditvergabeprozesses ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufwert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet. Die jeweilige Bewertung der unterschiedlichen Sicherungsarten erfolgt grundsätzlich auf Basis folgender Ausgangswerte:

Sicherheit	Ausgangswert
Finanzielle Sicherheit	Marktwert / Nominalwert
Immobilienicherheiten	Marktwert / Verkehrswert
Sonstige Sachsicherheiten	Marktwert
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Nominalwert
Lebensversicherung	Rückkaufwert
Garantien	Nominalwert
Kreditderivate	Nominalwert

Die initiale Bewertungsmethode einerreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise dokumentiert.

Die wichtigsten Arten von Besicherungen

Kreditsicherheiten sollen mit der Art der zu besichernden Kreditforderung korrespondieren. Als solches sollen Investitionskredite grundsätzlich durch die zu finanzierenden Vermögenswerte besichert werden, sofern diese werthaltig sind und dem Sicherungsgeber auf Kreditlaufzeit zur Verfügung stehen. Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobilienicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt.

Verteilung wirtschaftlicherreditsicherheiten im Portfolio der ÖVAG

Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2013	31.12.2012
Finanzielle Sicherheiten	397.448	492.620
Immobilienicherheiten	2.032.458	3.387.287
Sonstige Sachsicherheiten	1.823.730	1.651.432
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	66.291	60.931
Versicherungen	79.215	58.221
Garantien	463.789	568.830
Kreditderivate	0	0
Gesamt	4.862.931	6.219.321

Immobilienicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart im ÖVAG Konzern. Bei den sonstigen Sachsicherheiten handelt es sich um Mobilien im Leasinggeschäft. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Dekretung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.

Nach dem durch die persönliche Sicherheit eingeräumten Recht werden im ÖVAG Konzern die folgenden Haftungsinstrumente anerkannt:

Persönliche Sicherheiten

Abstrakte Garantien
Bürgen- und Zahlerhaftung (gemäß § 1357 ABGB)
Ausfallsbürgschaft (gemäß § 1356 ABGB)
Wechselbürgschaft
Strenge Patronatserklärung

Verteilung persönlicher Sicherheiten im Portfolio der ÖVAG:

Persönliche Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2013	31.12.2012
Abstrakte Garantie	356.732	407.987
Bürgschaft	33.386	23.534
Solidarbürgschaft/Bürge und Zahlerhaftung § 1357 ABGB	27.505	104.778
Subsidiarbürgschaft/Ausfallsbürgschaft gem. § 1356 ABGB*	34.098	8.464
Subsidiarbürgschaft/einfache Bürgschaft gem. § 1346 ABGB*	0	280
Wechselbürgschaft gemäß Wechselgesetz/Avalbürgschaft (Solidarbürgschaft)	8.848	18.217
Patronatserklärung streng	3.219	5.571
Gesamt	463.789	568.830

* nur von bzw. mit Rückhaftung von staatlichen Stellen

Bei den persönlichen Sicherheiten kommt der abstrakten Garantie die größte Bedeutung zu. Persönliche Sicherheiten gemäß § 1356 und § 1346 ABGB werden nur angerechnet, wenn sie von staatlichen Stellen gewährt oder mit Rückhaftung staatlicher Stellen versehen sind. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

e) Marktrisiko

Definition

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Die ÖVAG unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Allgemeines Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Optionsrisiken

Organisation und Risikostrategie

Marktrisiko im Handelsbuch

Die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsabteilungen des ÖVAG Konzerns wird von der unabhängigen Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement wahrgenommen, die im Bereich strategisches Risikomanagement angesiedelt ist. Neben der täglichen Risiko- und Ertragsdarstellung, der Vorgabe der Limitsstruktur auf Basis des vom Vorstand zur Verfügung gestellten ökonomischen Kapitals zählen die Administration der Front-Office Systeme, das Collateral Management, die Weiterentwicklung der Risikomesssysteme und die Überwachung der Marktrisiko- und Kontrahentenlimite zu den Hauptaufgaben der Abteilung.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisikowerte eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikomanagement, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsänderungsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung quartalsweise oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist verantwortlich für die Angemessenheit der ALM-Organisation, leitet die Sitzungen des ALCO und erarbeitet die für die Entscheidung relevanten Grundlagen und Auswertungen.

Die Gruppe Marktrisiko Bankbuch ist für die Vorgabe der Risikomessmethoden und deren laufende Weiterentwicklung verantwortlich. Ebenso fällt die Ausarbeitung von Auswertungen und Analysen, Vornahme von Parametereinstellung und die Limitüberwachung in ihren Zuständigkeitsbereich. Die erstellten Reports dienen dem ALCO als Entscheidungsgrundlage für die Steuerung.

Zum Ultimo stellen sich die Zinssensitivitäten – Auswirkung der Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt – des ÖVAG Konzerns aufgliedert nach den wichtigsten Währungsräumen wie folgt dar:

EUR Tsd. Währung	31.12.2013	31.12.2012
EUR	388	-254
USD	-1	-69
CHF	-83	-105
JPY	-3	2
GBP	-2	-12
Sonstige	-49	-52
Gesamt	527	494

Hier wird innerhalb der Währungen saldiert (positiv und negativ) aber vorzeichenneutral über die Währungen hinweg addiert.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulations-szenarien in Form von statischen und dynamischen Reports, welche zusätzlich das Neugeschäft einbinden, zu analysieren.

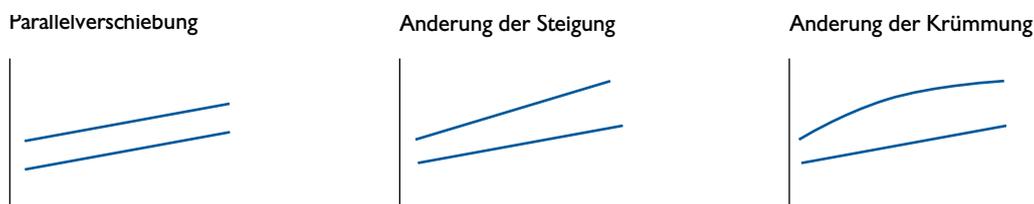
Folgende Zinsrisiken treten im ÖVAG Konzern auf:

Zinsbindungsfristenrisiko (repricing risk)

Das Zinsbindungsfristenrisiko entsteht aufgrund zeitlicher Unterschiede in der Restlaufzeit (zinsfixe Instrumente) bzw. in der Laufzeit bis zum nächsten Zinsfestsetzungszeitpunkt (zinsvariable Instrumente) von Forderungs-, Verbindlichkeiten- und off-balance Positionen. Es äußert sich darin, dass Veränderungen des Zinses zu Änderungen des aktuellen Barwertes und des zukünftigen Ertrages der Banken führen.

Zinskurvenrisiko (yield curve risk)

Das Zinskurvenrisiko ergibt sich aus nachteiligen Änderungen in einer Zinsstrukturkurve: z.B.



Zinsanpassungs-Basisrisiko (basis risk)

Das Basisrisiko resultiert in diesem Zusammenhang aus nicht perfekten Korrelationen eingemommener und aufgewendeter Zinsraten verschiedener Finanzinstrumente bei an sonst gleichen Merkmalsausprägungen wie z.B. gleiche Fristigkeiten.

Optionsrisiken (Explizites/Implizites Risiko von Optionalitäten)

Eine Option ist das Recht, aber nicht die Pflicht, des Optionsinhabers zu kaufen, zu verkaufen und in einer anderen Art die cash flows eines Finanzkontrakts zu verändern. Optionen können allein stehend oder in andere Finanzinstrumente eingebettet sein.

Unter dem impliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus in Forderungs-, Verbindlichkeits- und off-balance Positionen ein gebetteten Optionen verstanden.

Beispiele für implizite Optionen sind

- Anleihen mit call-Klauseln – vorzeitiges Rückkaufsrecht der Anleihe
- Anleihen mit put-Klauseln – vorzeitiges Rückgaberecht der Anleihe
- Einlagen mit Kündigungsrecht – z.B. non-maturity Einlageninstrumente

Unter dem expliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus allein stehenden, zinsbezogenen Optionen bezeichnet (asymmetrische Zinsderivate).

Beispiele für explizite Optionen sind

- Cap & Floor
- Option auf eine Anleihe
- Swaption

Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen / Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern.

Credit Spread-Risiko

Besonderes Augenmerk wird dem Credit Spread-Risiko im Strategischen Bankbuch (Strategische Bankbuchpositionen - SBBP) gewidmet. Dieses umfasst im Wesentlichen sämtliche Bonds, Credit Default Swaps und Verbriefungen. Credit Linked Notes, Fonds, Schuldscheindarlehen, Syndicated Loans, Investment- und Hedgefonds sowie Aktien im Nostro-Bestand des ÖVAG Konzerns werden ebenfalls erfasst, sind aber von untergeordneter Bedeutung. Die Positionen des SBBP werden quartalsweise im Rahmen des Konzernrisikoreportings dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Das Reporting SBBP gliedert sich darin in einen Bestands- und in einen Risikoteil.

Das Bestandsreporting SBBP beschreibt die Assets hinsichtlich ihrer Markt- und Buchwerte und stellt sie in Strukturanalysen nach unterschiedlichen Merkmalsausprägungen, wie z.B. Assetklassen, IFRS- und UGB-Treatments, Bonitäten, Sektoren oder Laufzeiten dar. Sämtliche Bestände sind für den jeweiligen Quartalsultimo dargestellt. Qualitative Änderungen des Portfolios im Vergleich zum Vorquartal werden durch Migrationmatrizen und dem Migration-Drift für die Assetklassen Anleihen, Kreditausfallsversicherungen und Verbriefungen beschrieben.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	Bond	Verbriefung	Syndicated loans & SSD	Fund & Equity	CLN, LPN & CL-SSD	Gesamt
31.12.2013						
At fair value through profit or loss	34.315	13.777	0	2.532	0	50.623
Available for sale	2.164.695	2.680	0	4.943	0	2.172.318
Held to maturity und loans & receivables	809.662	261.843	384.364	0	195	1.456.064
Gesamt	3.008.671	278.300	384.364	7.475	195	3.679.005
31.12.2012						
At fair value through profit or loss	77.013	13.567	0	3.859	0	94.439
Available for sale	2.961.958	18.497	0	24.705	5.927	3.011.088
Held to maturity und loans & receivables	1.164.906	985.697	474.455	2.114	3.464	2.630.636
Gesamt	4.203.877	1.017.761	474.455	30.678	9.392	5.736.163

Der bilanzielle Teil des Strategischen Bankbuchs entspricht dem kapitalmarktfähigen Teil der Finanzinvestitionen. Zuzüglich des außerbilanziellen Teils der Strategischen Bankbuchpositionen beinhalten die Werte im SBBP Reporting nur teilweise Zinsabgrenzungen. Im Strategischen Bankbuch werden gehaltenes Partizipationskapital, nicht kapitalmarktfähige Bonds sowie kurzlaufende Staatspapiere nicht erfasst, da diese mehr aus technischen oder regulatorischen Erfordernissen und weniger aus strategischen Überlegungen heraus gehalten werden.

Bilanzielles Exposure im Öffentlichen Sektor in Peripheriestaaten zum 31.12.2013

EUR Tsd.	available for sale		held to maturity		Gesamt	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Italien	126.508	126.508	20.000	20.431	146.508	146.939
Ungarn	42.340	42.340	0	0	42.340	42.340
Portugal	31.246	31.246	0	0	31.246	31.246
Spanien	29.892	29.892	0	0	29.892	29.892
Gesamt	229.985	229.985	20.000	20.431	249.985	250.416

Außerbilanzielles Exposure (CDS) im Öffentlicher Sektor in Peripheriestaaten zum 31.12.2013

EUR Tsd.	Verkaufte Sicherheit		Gekaufte Sicherheit		Gesamt Netto	
	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert
Ungarn	36.877	-1.358	-64.128	2.438	-27.251	1.080
Portugal	38.000	-1.948	-38.000	1.979	0	31
Italien	48.000	-628	-48.000	613	0	-16
Gesamt	122.877	-3.934	-150.128	5.029	-27.251	1.095

Das Exposure gegenüber europäischen Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) sowie Ungarn schlägt sich mit einem einstelligen Prozentsatz des Gesamtexposures der Strategischen Bankbuchpositionen zu Buche. Hievon hält die ÖVAG das größte Exposure gegenüber Italien gefolgt von Ungarn, Portugal und Spanien. In Griechenland und Irland beinhalten die Strategischen Bankbuchpositionen kein Exposure.

Portfolioverteilung nach Bonität

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
1A	1.314.363	1.935.554
1B - 1C	386.051	633.838
1D - 2A	506.422	1.384.725
2B - 3A	1.156.529	1.205.176
3B - 4E (NIG)	301.684	546.433
5A - 5E (Default)	11.423	26.578
kein Rating	2.532	3.860
Gesamt	3.679.005	5.736.163

Für Fund & Equity sind von den etablierten Ratingagenturen teilweise keine Ratings verfügbar. Diese Positionen befinden sich daher in der Zeile kein Rating.

Portfolioverteilung nach Sektoren

EUR Tsd.	31.12.2013	31.12.2012
Finanzsektor	1.438.979	2.236.664
Öffentlicher Sektor	1.484.515	1.715.797
Unternehmen	469.736	735.264
keine Sektorzuordnung	285.775	1.048.439
Gesamt	3.679.005	5.736.163

Verbriefungen und teilweise Fund & Equity werden aufgrund ihrer möglicherweise in unterschiedlichen Sektoren befindlichen Einzelbestandteile in der Zeile keine Sektorzuordnung erfasst.

Die Risikoberechnung wird seit 2009 für die Assetklassen Bonds und Credit Default Swaps erstellt. Seit 2013 inkludiert die Risikoberechnung zusätzlich die Assetklassen Verbriefungen, Fonds, Loans, Schuldscheindarlehen und Credit Linked Notes. Weiters wurde auch die Berechnungslogik des CS-VaR weiterentwickelt und eine volatilitätsabhängige Gewichtung der betrachteten historischen Szenarien in Hinblick auf eine risikoadäquateren Berechnung adaptiert. Zusätzlich wurde der Umfang der zugrundeliegenden Marktindizes erweitert. Der Credit Spread-Value at Risk findet Eingang in das Risikoreporting und die Risikolimitierung der SBBP sowie im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung in die Risikotragfähigkeitsrechnung und den Gesamtbankrisikostresstest.

Für die Berechnung des Credit Spread Risikos im Strategischen Bankbuch wird das Portfolio anhand der Kriterien Währung, Bonität und Sektor in 31 Risikocluster gegliedert, wobei in jedem Risikocluster noch eine Differenzierung gemäß Seniorität erfolgt. Exposure auf die Republik Österreich wird in einem zusätzlichen Risikocluster eigens ausgewiesen. Auf Basis entsprechender Marktindizes und einer risikolosen Zinskurve wird für jeden Cluster der systemische Credit Spread gemessen. Diese Daten liegen mit einer Historie auf Tagesbasis, die bis in das Jahr 1999 zurückreicht, vor. Daraus werden die monatlichen Veränderungen im Credit Spread berechnet, worauf auf Basis eines volatilitätsabhängigen Modells der Credit Spread-Value at Risk ermittelt wird.

Für die Darstellung des Credit Spread Risikos im Konzernrisikoreport wird der Value at Risk für jeden der oben beschriebenen Risikocluster mit einem 99 %-Konfidenzniveau (Haltedauer 1 Monat) ausgewiesen. Unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einzelnen Risikofaktoren wird darüber hinaus das Credit Spread-Risiko auf Value at Risk-Basis für die IFRS Kategorie at fair value through profit or loss sowie für das Gesamtportfolio im Reporting ausgewiesen. Als zweites Risikokonzept ist analog für die oben beschriebenen Risikocluster und -faktoren eine Sensitivitätsberechnung auf Basis eines 10 Bp-Shifts implementiert und im Risikoreporting SBBP dargestellt.

Für den ÖVAG Konzern ergeben sich per 31.12.2013 folgende Risikokennzahlen:

EUR Tsd 31.12.2013	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
ÖVAG Konzern	96.596	17.421

Auf Basis der beschriebenen Risikomessung ist für die Assetklassen Bonds, Credit Default Swaps, Verbriefungen und CLN eine Risikolimitierung eingeführt, die im Falle einer Limitüberschreitung vordefinierte Eskalationsprozeduren auslöst.

Neben dem Bestands- und Risikoreporting nimmt die Durchführung diverser Stresstests eine bedeutende Stellung im Risikomanagement für die SBBP ein. Hierbei sind für das Risikomanagement die verbundweit einheitlichen Vorgaben aus dem volkswirtschaftlichen Konzernresearch maßgeblich. Über ein multivariates Faktormodell werden aus der Historie die Implikationen des makroökonomischen Umfeldes auf die Credit Spreads geschätzt. Mittels dieses geschätzten Zusammenhanges werden aus den makroökonomischen Vorgaben die gestressten Ausprägungen für die Credit Spreads errechnet. Auf diese Weise können Stresstestergebnisse auf ökonomischer Basis zur Verfügung gestellt werden, die in den ökonomischen Gesamtbankrisikostresstest einfließen. Die Stresstests finden halbjährlich statt.

Alle hier beschriebenen Modelle sind im Strategischen Risikomanagement Gegenstand regelmäßiger Backtestings und werden in Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen Stellen laufend weiterentwickelt.

Risikomanagement und Risikocontrolling

Marktrisiko im Handelsbuch

Das Kernstück der Risikoüberwachung ist die tägliche Schätzung des möglichen Verlustes, der durch ungünstige Marktbewegungen entstehen kann. Diese Value at Risk Berechnungen werden in den Risikomanagementsystemen KVaR+ und Murex nach der Methode der historischen Simulation durchgeführt und umfassen im Wesentlichen die folgenden Berechnungsschritte: Nach erfolgter Identifikation und Definition der in die Modellierung einzubeziehenden Marktrisikofaktoren werden aus den Zeitreihen der Marktrisikofaktoren deren historische Veränderungen ermittelt. Die Methode der historischen Simulation unterstellt die Annahme, dass aus diesen historisch beobachteten Veränderungen die künftigen Veränderungen prognostiziert werden können.

Zur Ermittlung der für die VaR Berechnung erforderlichen künftigen (hypothetischen) Ausprägungen der Marktrisikofaktoren werden jeweils zur aktuellen Ausprägung eines Risikofaktors alternativ die historisch beobachteten Veränderungen zugeschlagen und damit eine hypothetische Verteilung für die künftigen Ausprägungen der einzelnen Marktrisikofaktoren erzeugt. Im nächsten Schritt sind für die derart generierten Szenarien hypothetische Portfoliowerte zu ermitteln, welche zur Berechnung der profit and loss-Verteilung herangezogen werden, indem die Differenzen zwischen hypothetischen künftigen und aktuell beobachtetem Portfoliowert gebildet werden. Der VaR resultiert durch Anwendung des entsprechenden Quantils auf die empirisch ermittelte profit and loss-Verteilung. Die in der ÖVAG verwendete Zeitreihenlänge entspricht der gesetzlichen Mindestanforderung von einem Jahr.

Die Höhe des VaR resultiert aus dem 1 % Quantil der hypothetischen profit and loss-Verteilung.

Der VaR im Handelsbuch aufgeteilt nach Risikoarten und in der Entwicklung während des Jahres stellt sich folgendermaßen dar.

EUR	31.12.2013	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zinsen	186.466	729.417	1.451.612	166.931
Währungen	7.927	15.898	59.855	7.927
Substanzwerte (Aktienkurse)	155.453	147.221	231.387	68.729
Commodity	53.489	55.770	89.684	33.312
Volatilität (Optionsrisiko)	102.746	175.968	435.507	82.395
Gesamt	239.459	787.195	1.463.928	224.064

VaR Berechnungen auf Basis der historischen Simulation, Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 1 Tag.

VaR Gesamt entspricht nicht der Addition der Einzel VaR's aufgrund von Portfolioeffekten.

Die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft. Dabei werden die täglich ermittelten potenziellen Risikobeträge ex post mit den Handelsergebnissen verglichen. Eine Ausnahme (Ausreißer) liegt dann vor, wenn ein negatives Handelsergebnis den vom Modell ermittelten potenziellen Risikobetrag übersteigt.

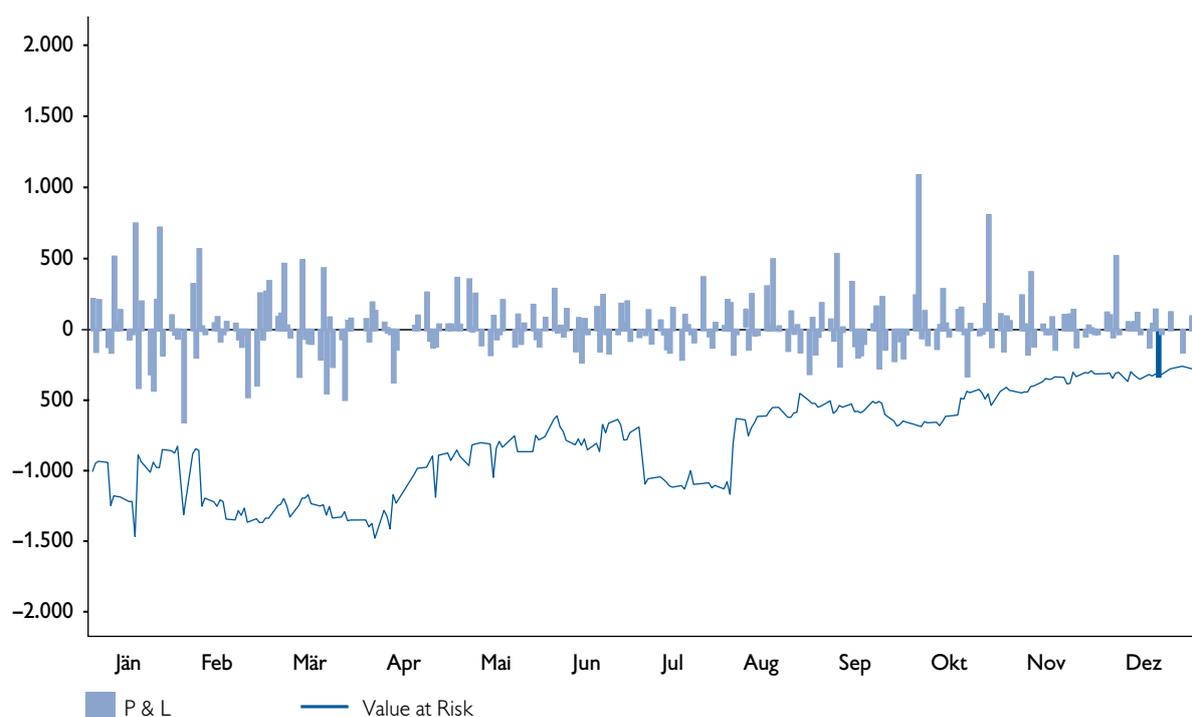
Die Rückvergleiche in der ÖVAG basieren auf hypothetischen Handelsergebnissen, bei denen von einem konstant gehaltenen Portfolio ausgegangen wird. Dabei wird am Folgetag eine Neubewertung des der VaR-Berechnung zugrunde liegenden Portfolios mit dann aktuellen Preisen/Resultaten der Bewertungsmodelle durchgeführt.

Kommt es im Rahmen der Rückvergleiche zu Überschreitungen des ex ante ermittelten VaR, wird eine entsprechende Ursachenanalyse durchgeführt und dokumentiert.

Im Jahr 2013 kam es zu einem Backtesting Ausreißer.

Backtestingergebnisse des Handelsbuches 2013

Beträge in EUR Tsd.



Zentrales Element der Marktrisikosteuerung bildet ein hierarchisches, vom Vorstand genehmigtes Limitsystem. Ein gewünscht hoher Grad der Diversifizierung in den Portfolien und die Strategie des Handels sind wichtige Einflussgrößen für die Entwicklung dieser Limitstruktur. Neben dem VaR werden noch eine Reihe weiterer Risikokennziffern bis auf Abteilungsebene täglich errechnet. Diese umfassen im Wesentlichen Zins-sensitivitäten und Optionsrisikokennziffern (Delta, Gamma, Vega, Rho).

Volumenslimite für sämtliche Währungen und auch Produktgruppen begrenzen das Liquiditätsrisiko. Zusätzlich existieren noch Management-Action-Trigger und Stop-Loss-Limite. Es stehen die Frontoffice- und Risikomanagementsysteme Kondor+, KVAR+, Murex und Bloomberg Toms für das tägliche Risikocontrolling zur Verfügung. Als Unterstützung für die Bewertung von strukturierten Produkten wird zusätzlich der externe Preisrechner UnRisk verwendet. Ein umfassendes Positionsdatenmanagement und eine tägliche Kontrolle der Marktdaten gewährleisten eine optimale Datenqualität.

Da Ergebnisauswirkungen von Extremsituationen durch den VaR nicht abgedeckt werden können, werden monatlich oder anlassbezogen Stresstests mit ca. 80 historischen und portfolioabhängigen Worst Case-Szenarien durchgeführt.

Die Krisentests sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur. Die quantitativen Kriterien bestimmen plausible Krisenszenarien, mit denen sich die Banken konfrontiert sehen können. Mittels qualitativer Kriterien werden zwei wichtige Ziele der Krisentests hervorgehoben: Abschätzen, ob die Eigenmittel der Bank potenzielle große Verluste absorbieren können, und Maßnahmen ermitteln, mit denen die Bank ihr Risiko vermindern und ihr Eigenkapital erhalten kann.

Die risikoüberwachende Stelle der ÖVAG führt monatlich umfassende Krisentests durch. Umfassend bedeutet für die ÖVAG, dass Krisentests über alle Portfolios des Handelsbuches gerechnet werden. Die Ergebnisse, die ebenfalls durch Limite begrenzt sind, werden monatlich berechnet und zumindest vierteljährlich im Rahmen eines Expertengremiums analysiert und ausführlich dokumentiert.

Quantitative Standards, die die ÖVAG im Zusammenhang mit der Durchführung von Krisentests erfüllt, betreffen die Plausibilität der gewählten Szenarien. Es werden plausible Szenarien bestimmt, denen die Bank im Zuge krisenhafter Markt Ereignisse ausgesetzt sein kann. Die ÖVAG hat sich entschieden, vier Methoden zur Szenarienauswahl anzuwenden, wobei diese in zwei Kategorien, portfolio-unabhängige und portfolio-abhängige Methoden, eingeteilt werden:

Portfoliounabhängige Methoden:

- Historische Krisen
- Standardisierte Szenarien
- Historische Simulationen

Portfolioabhängige Methoden:

- Szenarienbildung mittels Expertengremium

Historische Krisen

Hier werden Krisen der Vergangenheit, wie z.B. der 11. September 2001, als Szenarien implementiert und auf das aktuelle Portfolio angewendet. Dabei wird der größte 1 Tages-Return über das beobachtete Zeitintervall als Krise implementiert.

Standardisierte Szenarien

Bei der Implementierung dieser Szenarien hat sich die ÖVAG großteils an den Szenarienvorschlägen der OeNB im Band 5 der Leitfadensreihe Durchführung von Krisentests orientiert. Unter anderem wurden folgende Standardszenarien implementiert:

- Parallelverschiebung von Zinskurven
- Drehungen der Zinskurven
- Veränderungen von Wechselkursen
- Signifikante Veränderungen von Aktienindizes
- Veränderungen von Volatilitäten

Die Größe der vorgenommenen Veränderungen orientiert sich ebenfalls an den Vorschlägen des OeNB Leitfadens.

Historische Simulation

Bei dieser Methode wird das Portfolio mit dem VaR Ansatz der historischen Simulation bewertet. Die simulierten Wertveränderungen werden aufsteigend sortiert, wobei der größte aufgetretene Verlust als Stresstest Ergebnis herangezogen wird. Um extrem negative Szenarien zu ermitteln, werden die größten aufgetretenen Verluste auf Subportfolio-Ebene addiert, unabhängig davon, an welchen Tagen diese aufgetreten sind. Dadurch werden Portfolioeffekte bewusst negiert.

Szenarienbildung mittels Expertengremium (Worst-case Szenarien)

Diese Szenarien stressen sämtliche relevanten Risikoarten und versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen für das Treasury Portfolio der ÖVAG zu finden. In der ÖVAG werden solche Szenarien subjektiv und empirisch gesucht. Die ÖVAG hat ein Expertengremium aus Vertretern des Handels und des Marktrisikomanagements gebildet, welches verschiedene, grundsätzlich unwahrscheinliche aber doch mögliche, Szenarien konstruiert und diskutiert, die einen entscheidenden Einfluss auf die Positionen des Handels haben würden.

Extreme Entwicklungen des Marktes werden im Expertengremium der ÖVAG eingehend besprochen und analysiert, um einen möglichen Anpassungsbedarf der Expertenszenarien zu identifizieren. Mit Aufnahme der FSAP Bottom-up Szenarien im Jahre 2008 wurden extreme Szenarien implementiert.

Weitere portfolioabhängige Expertenszenarien wurden im Rahmen des vierteljährlichen Expertengremiums beschlossen und implementiert.

Bewertungen

Sämtliche Positionen des Handelsbuches werden in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen Kondor+ oder MUREX geführt. Diese verfügen über eine Realtime-Marktdatenanbindung, wodurch eine Bewertung mit Marktpreisen gewährleistet wird. Produkte ohne direkte Preisquotierung werden über verschiedene Pricingmodelle unter Verwendung von aktuellen Marktparametern bewertet.

Strukturierte oder komplexe Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, deren Modellergebnisse im Rahmen einer Testphase während der Modellprüfung mit den am Markt handelbaren Preisen verglichen werden.

Durch die oben beschriebenen Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt.

Wichtiger Bestandteil des Risikomanagements sind straff organisierte, effiziente Prozesse und Abläufe. Eine besondere Stellung nimmt hierbei der ebenfalls in der Verantwortung der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement stehende Prozess bei Einführung neuer Treasury-Produkte ein.

Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind im Marktrisikohandbuch der ÖVAG zusammengefasst. Die Limitstruktur sowie die Eskalationsprozeduren bei Limitüberschreitungen sind darin ebenfalls festgehalten.

Zinsrisiko im Bankbuch

Das Risikomesssystem erfasst alle wesentlichen Formen der Zinsänderungsrisiken wie z.B. Basis- und Optionsrisiken. Alle zinssensitiven Positionen des Konzerns werden einbezogen. Das Risikoreporting findet monatlich statt oder aber ad hoc, wenn immer dies notwendig ist. Das Ziel des Risikomanagements besteht darin, die Zinsänderungsrisiken der Bank innerhalb bestimmter, von der Bank selbst festgelegter Parameter zu halten.

Positionen mit unbestimmter Zinsbindung, dies sind vor allem die Bodensatzprodukte Spargelder und Giroeinlagen, aber auch Darlehen ohne Laufzeitende, werden mittels Fiktionen in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen wurden durch statistischer Analysen oder Erfahrungswerte ermittelt bzw. durch Expertenmeinungen gebildet. Die getroffenen Annahmen werden dokumentiert, stetig eingehalten und regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft. Abweichungen, sofern sie sachlich gerechtfertigt sind, werden ebenso dokumentiert und angezeigt. Zur Approximation des Basisrisikos innerhalb der Gap Ablauf-Reports werden Produkte (Interest Rate Swaps, Bonds, Darlehen) deren Zinsbindung ungleich der Zinsanpassung und größer/gleich ein Jahr ist, über replizierende Fixzinsportfolios in die Laufzeitbänder gestellt. Dies sind jene Positionen mit einer Zinsbindung an die Sekundärmarktrendite (SMR) oder an einen Constant Maturity Swap (CMS).

Risikoreports

Ein Baustein des Reportings ist der Gap Report, welcher auch die Basis für die Zinsrisikostatistik nach der Methode Zinsbindungsbilanz bildet. Zur Ermittlung der Gaps werden zinssensitive Produkte nach ihren Restlaufzeiten bzw. ihren Zinsfestsetzungszeitpunkten den entsprechenden Laufzeitbändern zugeordnet. Nach Ermittlung der Nettopositionen und deren Gewichtung mit den zugehörigen Gewichtungsfaktoren erhält man erste Risikokennzahlen. Wird nun das so ermittelte Barwertrisiko im Verhältnis zu den anrechenbaren Eigenmitteln gesetzt, erhält man eine weitere Risikokennzahl.

Zusätzlich wird ein Gap Report, welcher das Basisrisiko z.B. von Positionen, welche an die Sekundärmarktrendite gebunden sind, durch replizierende Fixzinsportfolios approximiert, erstellt.

Um weitere Kennzahlen zu erhalten werden zusätzlich Barwert Reports erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese Szenarien und Stresstests werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit geprüft und können ergänzt oder ersetzt werden.

Derzeit werden folgende Szenarien durchgeführt

- Parallelverschiebung um +1 Bp, +10 Bp, +25 Bp und +50 Bp
- Parallelverschiebung um -1 Bp, -10 Bp, -25 Bp und -50 Bp

Unter Stresstesting wird die Entwicklung von Szenarien für extreme Marktbedingungen verstanden. Zinsschocks, die zu außerordentlichen Verlusten des Institutes führen können, sind ein fixer Bestandteil der Stresstests im Risikomanagement.

Derzeit werden folgende Stresstests durchgeführt

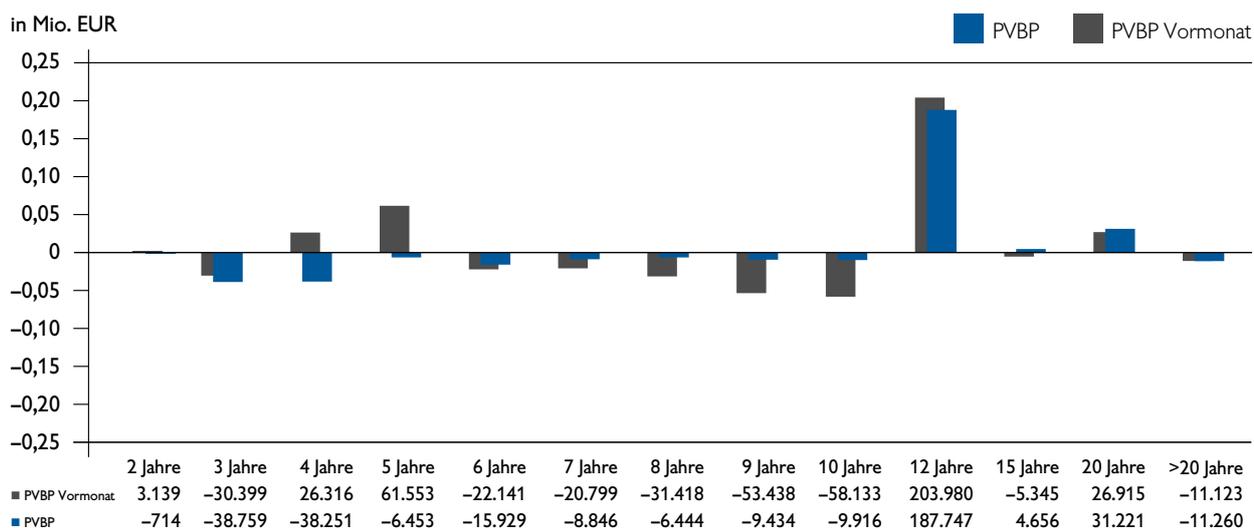
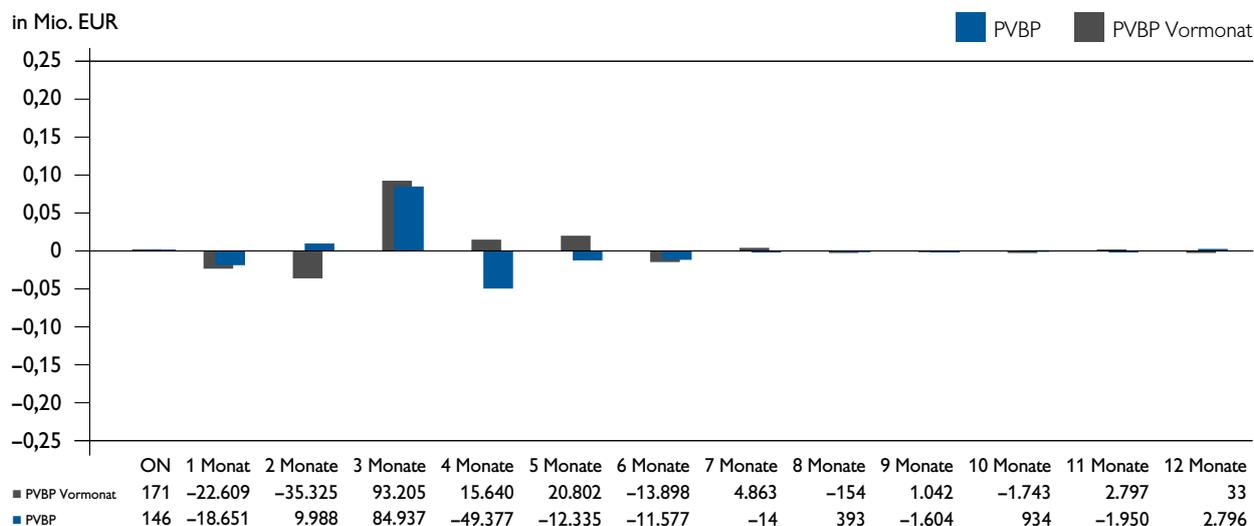
- Parallelverschiebung um +100 Bp und +200 Bp
- Parallelverschiebung um -100 Bp und -200 Bp
- Drehung / Geldmarkt +100 Bp Kapitalmarkt -100 Bp
- Im Rahmen des ICAAP werden halbjährlich Risikostresstests durchgeführt. Die angewandten Szenarien (milde und schwere Rezession) werden vorab festgelegt und überprüft.

Neben dem durch die Aufsicht definierten Maximallimit in Höhe von 20 % der anrechenbaren Eigenmittel bei einem standardisierten Zinskurvenshift von 200 Bp auf Basis der Zinsrisikostatistik werden zur internen konzernweiten Risikobeschränkung weitere, vielfach erheblich geringere Limite definiert und überwacht.

In der ÖVAG erfolgt die Limitierung mittels Zinssensitivitätslimits (PVBPs) und Gapvolumslimits für die Hauptwährungen (EUR, USD, CHF).

Weiters werden PVBP (Present Value of a Basis Point) in den jeweiligen Time Buckets gerechnet, sowie darauf aufbauend mehrere Szenarien.

Nachfolgende Grafik veranschaulicht das PVBP Risiko getrennt nach Laufzeiten unter einem Jahr und über einem Jahr.



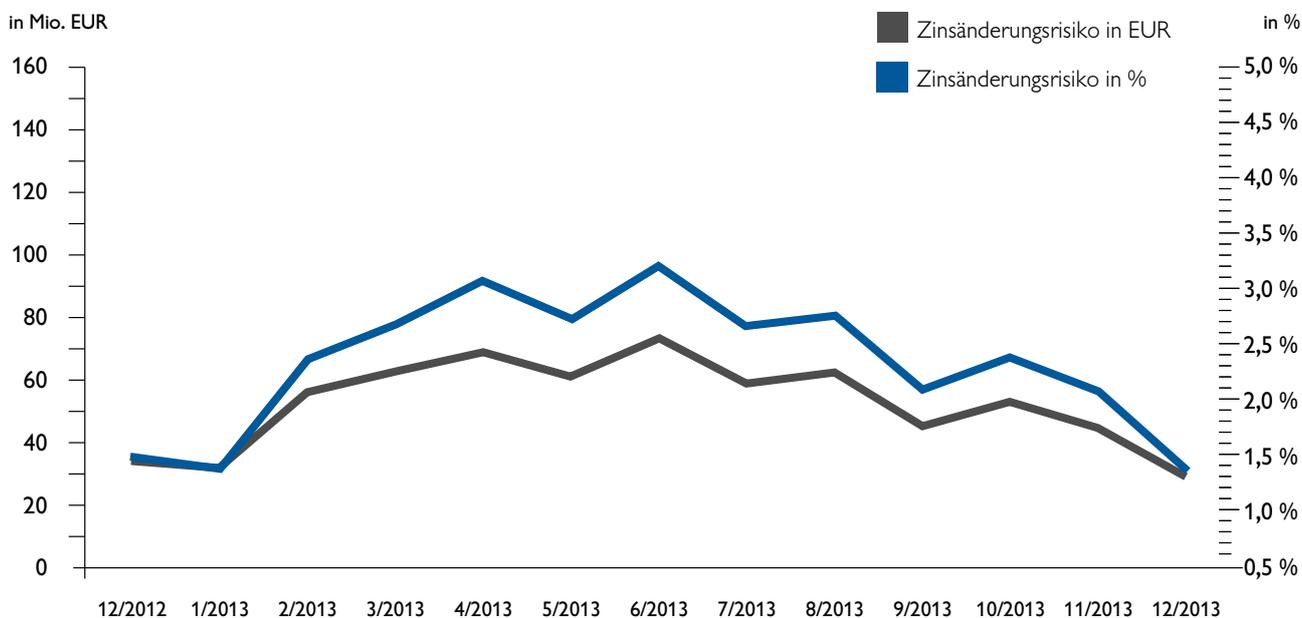
Konzern Gap Report

Das absolute Zinsänderungsrisiko hat sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 34,1 Mio. (1,48% der Eigenmittel) auf EUR 29,9 Mio. (1,35% der Eigenmittel) verringert.

Zum Vergleichszeitraum betragen die Veränderungen absolut EUR 4,2 Mio. bzw. im Verhältnis zu den Eigenmittel eine Verringerung um 0,13 Prozentpunkte. Die Grafik stellt die Verteilung des Zinsänderungsrisikos bei einem Shift von +200 Bp auf die vier Hauptwährungen dar. Sonstige stellt eine Sammelposition für die im Konzern vorhandenen Positionen in weiteren Währungen dar.

Zinsrisikoentwicklung

Die Grafik zeigt das barwertige Zinsänderungsrisiko in Mio. EUR (linke Skala) sowie im Verhältnis zu den anrechenbaren Eigenmittel (rechte Skala) im Zeitablauf. Im Geschäftsjahr 2013 zeigt sich ein stabiles und im Verhältnis zu den Eigenmittel geringes Zinsänderungsrisiko. Die maximale Auslastung im Geschäftsjahr 2013 lag bei 3,19 % (Juni 2013), die kleinste Ausnützung lag bei 1,35 % (Dezember 2013).



Auswirkung einer Zinsänderung auf das Zinsergebnis

EUR Tsd.	Shift +100 Bp	Shift -100 Bp
31.12.2013		
Geschäftsjahr 2013	57	-57
Durchschnitt der Periode	-2.797	2.797
Maximum der Periode	57	4.962
Minimum der Periode	-4.962	-57
31.12.2012		
Geschäftsjahr 2012	-3.190	3.190
Durchschnitt der Periode	30.414	-30.414
Maximum der Periode	43.071	3.190
Minimum der Periode	-3.190	-43.071

f) Operationelles Risiko

Definition

Der ÖVAG Konzern definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Über die bankgesetzlichen Vorschriften hinausgehend werden in der ÖVAG ebenso Rechtsrisiken in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

Zur Messung operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird dabei durch die im Strategischen Risikomanagement angesiedelte OpRisk-Control-Funktion unterstützt. Dezentral angesiedelte Business Line Operational Risk Manager in den Geschäftsbereichen, die in einigen Konzernteilbereichen etablierten Risiko Komitees sowie eine enge Zusammenarbeit mit anderen Konzernfunktionen wie Revision, Compliance, Rechtsabteilung und Security-, Safety und Versicherungsmanagement ermöglichen eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Operatives Risikomanagement und -controlling

Die Kapitalunterlegung erfolgt auf Basis des Standardansatzes.

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten in der ÖVAG folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation muss vollständig und angemessen verständlich sein, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Seit 2004 werden operationelle Ereignisse konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen muss unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich, neu bewertet werden. Im Rahmen von Workshops und Expertenbefragungen werden Risk & Control-Assessments durchgeführt und die Ergebnisse an Linienmanagement, Risikomanagement sowie Geschäftsführung/Vorstand berichtet. An dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die betriebliche Notfallplanung aber auch insbesondere die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Diese in den Geschäftsprozessen integrierten internen Kontroll- und Steuerungsmaßnahmen (IKS) stellen den angemessenen und akzeptierten Risikolevel im Unternehmen sowie die Nachhaltigkeit des Geschäftserfolges sicher.
- Operationelle (Rest-) Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch den Risikoverantwortlichen (Risk Owner) akzeptiert werden.
- Die Implementierung zusätzlicher Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen muss überwacht und die Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der periodischen Revisionsprüfung bewertet werden. Des Weiteren wird die Effizienz des operationellen Risikomanagements durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

Im Rahmen von Risikoklausuren werden in der ÖVAG regelmäßig allgemeine und spezifische (z.B. WAG-Compliance) operationelle Risiken systematisch bewertet und entsprechende Kontrollmechanismen (IKS) analysiert.

Neben den Konzernaktivitäten lag ein Schwerpunkt 2013 in der Konzeptionierung und Implementierung des OpRisk-Konzeptes im Volksbanken-Verbund nach § 30a BWG. Gemeinsam mit Primärbankvertretern wurden die Methoden, Systeme (z.B. einheitliche Plattform für die Ereignisdatensammlung, Reports zur einheitlichen Betriebsertragszuordnung zu Basel Geschäftsfeldern,) und Richtlinien überarbeitet um das Ziel, die Eigenmittel für den gesamten Volksbanken-Verbund ab 1.4.2014 nach dem Standardansatz zu ermitteln, erreichen zu können.

Parallel dazu wurden im Rahmen von Qualitätsmanagementprojekten in einigen Primärbanken Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Form von Qualitätsmanagementprojekten angeboten und gemeinsam Risikoklausuren und Notfallplanungen durchgeführt sowie Schulungen und Bewusstseinsmaßnahmen über die Volksbank Akademie durchgeführt.

g) Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von Cashflows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben, Trennung Markt und Marktfolge, entsprechend wird das Liquiditätsmanagement und -steuerung im Sinne einer ganzheitlichen ALM-Betrachtung im Bereich Financial Markets & Group Treasury durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben der Risikomessung werden vom Risikomanagement wahrgenommen.

ALM Liquiditätsmanagement

Das ALM Liquiditätsmanagement umfaßt die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement verantwortlich. Das Liquiditätsmanagement ist die zentrale Stelle im Konzern und im Verbund für alle Liquiditätsfragen. Dazu gehören im Besonderen das Pricing von Liquidität (Transferpricing), das konzern- und verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Verantwortung über die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie.

Zusätzlich wird das Liquiditätsmanagement durch die Liquiditäts- und Fundingstrategie, das Liquiditätshandbuch und das Liquiditätsnotfallshandbuch dokumentiert.

Operatives Risikomanagement und -controlling

Operatives Liquiditätsmanagement

Im operativen Liquiditätsmanagement werden unter Einsatz verschiedener implementierter Instrumentarien sowie Tools die Einhaltung der Vorgaben des Risikomanagements, der gesetzlichen Vorschriften, das tägliche Reporting sowie die Liquiditätsversorgung im kurzfristigen Bereich des Konzerns und des Verbundes sichergestellt.

Das operative Liquiditätsmanagement umfaßt folgende wesentliche Aufgaben.

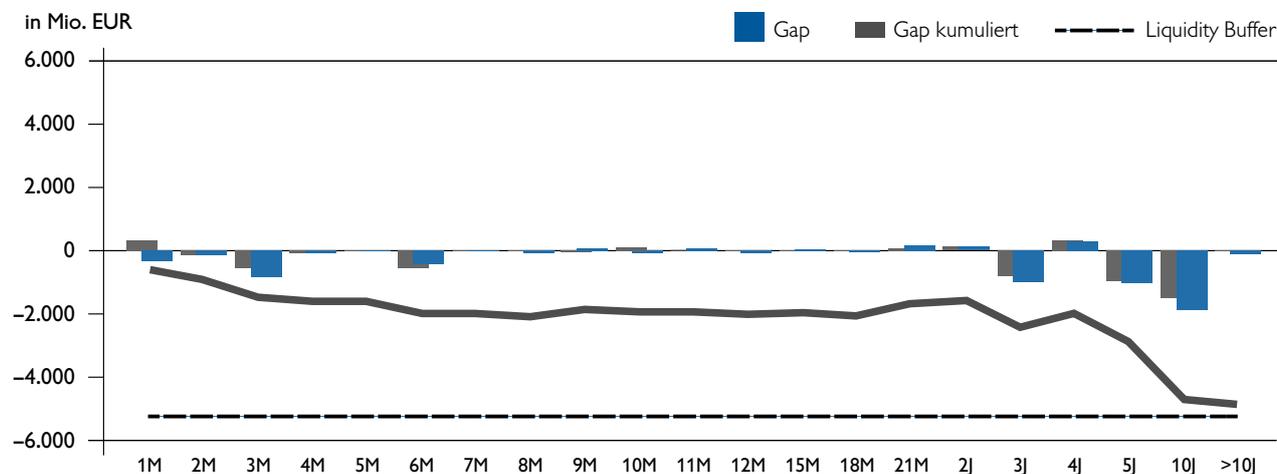
1. Im Cash-Management wird unterstützt durch ein real-time Cash-Management-System, das Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der ÖVAG unterhaltenen Bankverbindungen in allen Währungen sichergestellt. Ein Abgleich der Cash-Flows aus dem Cash-Management und der täglichen Liquiditätsplanung wird intraday durchgeführt. Zu den weiteren Aufgaben des Cash-Managements zählen das Monitoring diverser Zahlungsverkehrsplattformen inkl. der TARGET II – Plattform.
2. Collateralmanagement ECB-fähiger Collaterals (eligible Bonds sowie Credit Claims) der ÖVAG und des Verbundes und die Veranlassung/Nutzung der ECB Refinanzierungsmöglichkeiten ermöglicht, unter Berücksichtigung der Planungsdaten und Cash-Management-Erfordernisse sowie der regulatorischen Erfordernisse gem. §25 BWG, die optimale Nutzung des Sicherheitenbestandes.
3. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen werden mittels einem Planungstool erstellt. Dieses Tool ermöglicht weiters eine Vorschaurechnung unter Einbeziehung des Verbundes auf Basis von Netto cash flows auf Produktebene. Die tägliche Modellierung der cash flows wird auf Produktebene durchgeführt und beinhaltet markt-, instituts- und produktspezifische Gegebenheiten sowie eine tägliche Bewertung aller in Fremdwährung abgebildeten Positionen um den Liquiditätsbedarf aus Währungsschwankungen abbilden zu können.
4. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des § 25 BWG und der CEBS-Leitlinien für die ÖVAG und auf Verbundebene im Zusammenhang mit dem Management der ECB-Collaterals und der Überwachung der liquiden Mittel sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
5. Das Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes in allen Währungen sowie das mit Genehmigung des §30a von der ÖVAG in Kraft gesetzte „Kontrollsystem Liquidität“ für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem – sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
6. Planung und Einhaltung der Mindestreservevorschriften (Erfüllung) für die ÖVAG und den Volksbanken-Verbund unter Berücksichtigung der Liquiditätsplanung sowie das regelmäßige Reporting an den Vorstand ergänzen den Aufgabenbereich.

Liquiditätsrisikomanagement

Risikoreports

Zur Darstellung des strukturellen Liquiditätsrisikomanagements der Bank erstellt die Abteilung Marktrisiko Bankbuch einen Liquidity Gap Report. Sowohl deterministische und stochastische Kapital cash flows wie auch Zins cash flows von on- und off-balance sheet Produkten werden dabei berücksichtigt. Die cash flows werden zunächst in ihrer Ursprungswährung berechnet bzw. modelliert und anschließend aggregiert und auf EURO umgerechnet. Mit der GAP-Methodik werden aus den kumulierten Zahlungsströmen Über- und Unterdeckungen identifiziert und analysiert. Der Report visualisiert die netto cash flows pro Laufzeitband, den kumulierten cash flow sowie den Liquidity Buffer. Der Liquidity Buffer entspricht dem Belehnwert der unbelasteten bei den Zentralbanken hinterlegten und akzeptierten Assets bzw. Collaterals.

Liquidity Gap Report ÖVAG Konzern per 31. Dezember 2013 in EUR Mio.



Der wichtigste Key Rate Indicator, die Structural Survival Period ergibt sich aus dem Schnittpunkt der Linien kumulierter cash flow und Liquidity Buffer. Die Structural Survival Period liegt bei größer 10 Jahre.

Neben dem Real Case Szenario werden zusätzlich Stress Szenarien gerechnet. Wie von CEBS vorgegeben handelt es sich dabei um einen Banken-, einen Markt- und einem kombinierten-Stress. Der Liquidity Buffer wird in diesen Fällen hinsichtlich seiner ausreichenden Deckung gestresst.

Die Limitierung des strukturellen Liquiditätsrisikos erfolgt im Real Case Szenario und in den Stress Szenarien mittels der Structural Survival Period und der Net Concentration Ratio. Die Structural Survival Period beschreibt jene Periode bis zu der das Institut fähig ist seine fälligen Auszahlungen durch Einzahlungen und den Liquidity Buffer zu bedienen. Zusätzliche Funding Maßnahmen sind hier nicht berücksichtigt und würden die Structural Survival Period verlängern. Die Net Concentration Ratio ist der netto cash flow der cash in flows und cash out flows für ein bestimmtes Laufzeitband im Verhältnis zum Liquidity Buffer.

h) Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Konzern wesentlich ist wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

Ausfallrisiko von Beteiligungen
Abwertungsrisiko von Beteiligungen
FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Kredite an diese Beteiligungen die unter das Eigenkapitalersatzgesetz fallen in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktrisikomodell berechnet.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51 %ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. Der Buchwert der VB Romania wurde in der Vergangenheit bereits vollständig abgeschrieben. Aufgrund einer im ersten Halbjahr 2013 durchgeführten Neubewertung von Immobiliensicherheiten sowie infolge drohender Prozessrisiken waren im laufenden Geschäftsjahr von der VB Romania S.A. signifikante Risikovorsorgen zu erfassen. In Kombination mit der Eigenmittelplanung gemäß Basel III errechnet sich ein deutlich gestiegener Eigenmittelbedarf.

Zur Stabilisierung der Eigenmittelquoten der VB Romania S.A. wurde seitens der Eigentümer im Oktober 2013 eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt EUR 120 Mio. durchgeführt. Der auf die ÖVAG indirekt über die VBI Holding entfallende Anteil betrug EUR 61 Mio und wurde in Form eines Gesellschafterzuschusses geleistet, welcher im vorliegenden Abschluss zur Gänze abgeschrieben wurde. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr zur Entlastung der Liquiditätssituation der VB Romania seitens der ÖVAG bestehende Refinanzierungslinien durch die Vereinbarung von Anschlussfinanzierungen hinsichtlich ihrer Laufzeit und ihrem Fälligkeitsprofil angepasst. Mit dieser Maßnahme sollten insbesondere hohe Refinanzierungsvolumina mit Fälligkeiten in 2017 und 2018 entschärft und dem geplanten Primärmittelaufbau der VB Romania angepasst werden.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die aushaftenden Refinanzierungen der ÖVAG gegenüber der VB Romania EUR 0,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 1,4 Mrd.). Die ÖVAG geht derzeit davon aus, dass auf Basis der vorliegenden Unterlagen der VB Romania und in Folge der Anpassung der Fälligkeiten der Refinanzierungslinien an den Liquiditätsbedarf und den erwarteten Primäreinlagenaufbau der VB Romania die Rückführungen gemäß der angepeilten Laufzeiten erfolgen werden, wenngleich nicht abschätzbar ist, ob angesichts des schwierigen und volatilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch Stressszenarien denkbar sind, die - auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist - zu Bedrohungen des Wertansatzes für das Engagement der ÖVAG gegenüber der Volksbank Romania S.A. führen könnten. Darüber hinaus ist nicht abschätzbar, ob im Rahmen des Verkaufsprozesses ergebnisbelastende Maßnahmen gesetzt werden müssen oder sonstige Zugeständnisse erforderlich werden.

Mit dem Vorliegen der detaillierten Mittelfristplanung der VB Romania sowie einer besseren Einschätzung des Marktumfeldes mit Beginn des Verkaufsprozesses, der bis spätestens 31. Dezember 2015 abzuschließen ist, wird sich auch eine Schärfung des Risikobildes ergeben.

i) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der ÖVAG Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der ÖVAG Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den ÖVAG Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

Zur Abschirmung der sonstigen Risiken wird daher über das ökonomische Gesamtbankrisikolimit ein Kapitalpuffer definiert.

53) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	SO	50,00 %	50,00 %	1
"VBV iota" - IEB Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
ACP IT-Finanzierungs GmbH; Wien	FI	75,00 %	75,00 %	113
Argentinská 38, s.r.o. v likvidaci; Praha 8	SO	100,00 %	100,00 %	4
ARIANA TURIST VILE d.o.o.; Zagreb	SO	100,00 %	100,00 %	1.118
ATIUMCO LIMITED; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	1
AWP Liegenschaftsverwaltung GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	145
Dexagon Ingatlanfejlesztő Kft.; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	2
Edesiana Ltd.; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	1
Gefinag-Holding AG; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	436
Grieshofgasse 11 Liegenschaftsverwaltungs GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Heilbad Sauerbrunn Betriebsgesellschaft m.b.H. & Co.KG.; Bad Sauerbrunn	SO	100,00 %	100,00 %	3.511
Hemera Development Sp. Z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	25
IC Beta d.o.o.; Krapina	FI	100,00 %	100,00 %	3
IC Investment Corporation Limited; Msida, Malta	HD	100,00 %	100,00 %	7
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Immo Kapitalanlage AG; Wien	KI	100,00 %	100,00 %	5.000
IMMOINVEST, s.r.o.; Bratislava	SO	100,00 %	100,00 %	33
Immopol Logis Sp.z.o.o.; Warszawa	FI	100,00 %	100,00 %	12
Immopol Omega Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	24
IMMOROM BETA SRL; Bukarest, Sector 1	SO	100,00 %	100,00 %	2.751
Immorum Sigma S.R.L.; Bukarest	FI	100,00 %	100,00 %	161
Imobilia Kik s.r.o.; Praha 8	FI	100,00 %	100,00 %	8
Imobilia Omikron s.r.o.; Praha 8	FI	100,00 %	100,00 %	7
INPROX Karlovac d.o.o.; Krapina	FI	100,00 %	100,00 %	13
INPROX Ústí nad Labem, s.r.o.; Praha 8	FI	100,00 %	100,00 %	4
Investkredit Funding Ltd.; St. Helier - JERSEY	HD	100,00 %	100,00 %	10
Investkredit International Bank p.l.c.; Sliema	KI	100,00 %	100,00 %	65.000
Investkredit-IC Holding alpha GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Investkredit-IC Holding beta GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Kalvin-Center Kft.; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	12
LAND SIBIU TWO s.r.l.; Bukarest Sector 1	SO	100,00 %	100,00 %	2
Leasing - west Gesellschaft m.b.H. & Co. Kommanditgesellschaft; Kufstein	FI	100,00 %	100,00 %	1.124
Leasing-west Gesellschaft m.b.H.; Kufstein	FI	100,00 %	100,00 %	36
Leasing-west GmbH, BRD; Kiefersfelden	FI	100,00 %	100,00 %	51
Markovo Tepe Mall EOOD; Sofia	SO	100,00 %	100,00 %	150
Mithra Holding Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
Mithra Unternehmensverwaltung Gesellschaft m.b.H.; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	18
Olmedo s.r.o.; Praha 8	FI	100,00 %	100,00 %	73
ÖVAG FINANCE (JERSEY) LIMITED; St. Helier - JERSEY	HD	100,00 %	100,00 %	0
Piaggio Investments Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	7
PPI ONE Ltd.; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	117
Premium Office One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	3.219
PRI FIVE Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	2
PRI ONE Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	4
PRI TWO Ltd.; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	7
Protea Létesítményszervező Kft.; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	2
R 6 Offices sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	25
REWO 10 Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	3
REWO 90 Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	3
REWO Unternehmensverwaltung GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
RO REWO 90 Limited; Limassol	SO	100,00 %	100,00 %	2
ROGER jedna s.r.o.; Bratislava	SO	100,00 %	100,00 %	913

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
S.C. IMMOROM ALPHA SRL; Bukarest	SO	100,00 %	100,00 %	9
S.C. IMMOROM DELTA SRL; Bukarest, Sector 1	SO	100,00 %	100,00 %	3.251
Selene Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	25
Themis Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	25
UBG-Bankenbeteiligungs Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	73
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft; Salzburg	KI	100,00 %	100,00 %	2.907
VB GFI AG; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	1.000
VB Leasing CZ, spol.s.r.o.; Brno	FI	50,00 %	50,00 %	43.529
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	FI	50,00 %	50,00 %	10.286
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	5.343
VB Leasing Finanzierungs-gesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB LEASING POLSKA S.A.; Wroclaw	FI	50,00 %	50,00 %	2.165
VB LEASING ROMANIA IFN S.A.; Bukarest, Sector 1	FI	50,00 %	100,00 %	555
VB Leasing Services, spol. s r.o.; Brno	FI	50,00 %	50,00 %	331
VB LEASING SK, spol. s.r.o.; Bratislava 1	FI	50,00 %	50,00 %	4.149
VB LEASING Sprostredkovateľská s.r.o.; Bratislava	SO	50,00 %	50,00 %	5
VB Real Estate Development Baross Ingatlan Kft.; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	11
VB Real Estate Hermes GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding eins GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding Zeta GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Holding zwei GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Alpha GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Delta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Dike GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing eins GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Gamma GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Ismene GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Penta GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	35
VB Real Estate Leasing Psi GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing RAI GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Rho GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing sechs GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Uriah GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing vier GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Leasing Viribus GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing VOGÉVA GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	36
VB Real Estate Leasing Ziel GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	18
VB Real Estate Services Czechia s.r.o.; Praha 8	FI	100,00 %	100,00 %	4
VB Real Estate Services GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	3.270
VB Real Estate Services Polska Spółka z.o.o.; Warszawa	FI	100,00 %	100,00 %	96
VB Real Estate Zeta Ingatlankezelő Bt.; Budapest	FI	100,00 %	100,00 %	0
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	98,89 %	98,89 %	323
VB Technologie Finanzierungs GmbH; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	100
VB Vermögensanlage Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	73
VB-Holding Aktiengesellschaft; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	73
VBI Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VBL BROKER DE ASIGURARE SRL; Bukarest	SO	50,00 %	100,00 %	7
VBL SERVICES DOO BEOGRAD; Beograd	FI	50,00 %	50,00 %	81
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	SO	50,00 %	50,00 %	5.603
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	SO	60,00 %	60,00 %	573
VBS HISA d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00 %	50,00 %	626
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00 %	50,00 %	28.973
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VBV Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
VBV zwölf Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	18
VBZ Váci u. 37 Irodaközpont Kft; Budapest	SO	100,00 %	100,00 %	11
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	SO	88,85 %	88,85 %	3.478
VIBE-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.; Wien	KI	100,00 %	100,00 %	2.500
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	FI	50,00 %	50,00 %	2.124
Volksbank Malta Limited; Sliema	KI	100,00 %	100,00 %	167.821
VOME Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
Wroclaw Office Park One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00 %	100,00 %	25

¹⁾ bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Beherrschung vor

54) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
VBI Beteiligungs GmbH; Wien	SO	51,00 %	51,00 %	0
VBV delta Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	40,00 %	40,00 %	36
Volksbank Romania S.A.; Bukarest	KI	51,00 %	51,00 %	328.012

55) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
Espalier Holdings Ltd., Zypern; Nicosia	SO	100,00%	100,00%	2
ETECH Management Consulting GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
EURINCASSO Gesellschaft m.b.H.; Salzburg	HD	100,00%	100,00%	36
Heli Dunakeszi Kft.; Budapest	SO	100,00%	100,00%	2
IC Malta A.M. Company Limited; Malta	SO	100,00%	100,00%	7
ICL Alpha Vagyonkezelő Kft; Budapest	SO	100,00%	100,00%	10
IMMO - MANAGEMENT ADRIANA S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	2.825
Immoconsult Ares Leasinggesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Immoconsult SENAP Leasinggesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
Immopol Alpha Sp.z.o.o.; Warschau	FI	100,00%	100,00%	12
IMMOPOL EPSYLON Sp. z o.o.; Warschau	SO	100,00%	100,00%	1
Immopol Sigma spzoo; Warschau	SO	100,00%	100,00%	66
Immorent-VBV Grundverwertungsgesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
Immoslov plus s.r.o.; Bratislava	SO	100,00%	100,00%	17
Imobilia Kappa s.r.o.; Prag	FI	100,00%	100,00%	4
Imobilia Zeta spol. s.r.o.; Prag	FI	100,00%	100,00%	4
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
INPROX Martin, spol. s.r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	7
INPROX Zilina, spol. s r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	7
Invest Equity International Holding Limited; Sliema	SO	100,00%	100,00%	150
Invest Mezzanine Capital Management GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Kastanjer d.o.o.; Zagreb	SO	100,00%	100,00%	3
LAND BUCURESTI ONE s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	7.679
Land Eudoxos S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	0
Land Herodot S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	1.987
LAND ORADEA TWO s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	1.196
LAND SATU MARE ONE s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	486
LAND SATU MARE TWO s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	1.324
LAND SIBIU ONE s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	3.815
LAND SUCEAVA ONE s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	6.271
LAND TARGU MURES TWO s.r.l.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	1.556
Land Thales S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	0
Levade S.A.; Luxemburg	HD	100,00%	100,00%	70
OBI Eger Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
OBI Miskolc Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
OBI Veszprém Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
PLUYETTE INVESTMENTS LIMITED; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2
Premium Office Two Sp.z.o.o.; Warschau	SO	100,00%	100,00%	53
PREMIUMRED REAL ESTATE MANAGEMENT LIMITED; Limassol	SO	100,00%	100,00%	1
PUI One Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	20
Roggia Ltd.; Limassol	SO	100,00%	100,00%	10
SHELF INVESTMENT Kft.; Budapest	FI	100,00%	100,00%	10
Silverock Commerce Ltd.; Limassol	SO	100,00%	100,00%	55
Skalea Investments Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2
VB Invest d.o.o.; Zagreb	SO	75,00%	75,00%	1.023
VB IT-Services GmbH; Wien	HD	100,00%	100,00%	36
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Beta GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing BWG GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VB Real Estate Leasing Indigo GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Kommunal GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VB Real Estate Leasing Zeta GmbH in Liqu.; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Services Hungária Ingatlankezelő Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00%	100,00%	10
VB Real Estate Services Slovakia, s.r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	266
VB Real Estate Smilax GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VBCS Beteiligungsverwaltung Ges.m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	35

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
VBV eins Anlagen Vermietung GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VBV gamma Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H. in Liqu.; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VBV zeta Beteiligungen Anlagen Vermietung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35

* Abkürzungen GesArt

KI Kreditinstitut

FI Finanzinstitut

HD bankbezogene Hilfsdienste

SO sonstige Unternehmen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 24. März 2014



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Finanzen, Personal, Legal & Compliance, Marketing & Kommunikation



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter
Risiko



Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor
Verbundstruktur
Vertrieb Volksbanken, Organisation/IT



Mag. Christoph Raninger
Vorstandsdirektor
Markt

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft,
Wien,

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013, die Gesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Konzernabschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und der vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards on Auditing (ISAs) durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Konzernabschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Konzernabschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang zur Unternehmensfortführung, insbesondere zur Erfüllbarkeit aufsichtsrechtlicher Eigenmittelquoten sowie zur Bewertung der bestehenden Refinanzierungslinien für die Volksbank Romania S.A. in Höhe von 825,5 Mio EUR.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Wien, am 24. März 2014

KPMG Austria AG
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSBANKEN-AG

154	Bilanz zum 31. Dezember 2013
156	Gewinn- und Verlustrechnung
158	Anhang
183	Lagebericht
198	Bilanzzeit
199	Bestätigungsvermerk

Bilanz zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Aktiva				
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		1.761.882.639,02		850.879
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		1.188.228.477,48		1.325.691
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	615.317.744,05		687.125	
b) sonstige Forderungen	5.310.809.835,95	5.926.127.580,00	7.162.950	7.850.075
4. Forderungen an Kunden		5.897.684.078,85		8.058.395
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	88.537.588,06		96.644	
b) von anderen Emittenten	2.500.819.394,20	2.589.356.982,26	3.850.152	3.946.796
darunter: eigene Schuldverschreibungen EUR 656.641.106,91 (Vorjahr: TEUR 372.374)				
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		486.674.552,80		528.578
7. Beteiligungen		29.548.716,30		34.407
darunter: an Kreditinstituten EUR 9.717.505,67 (Vorjahr: TEUR 17.603)				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.056.492.025,10		1.160.427
darunter: an Kreditinstituten EUR 86.646.041,75 (Vorjahr: TEUR 86.114)				
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		11.886.358,40		11.655
10. Sachanlagen		9.328.724,74		17.865
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden EUR 206.608,37 (Vorjahr: TEUR 1.321)				
11. Eigene Aktien oder Anteile		64.905,22		67
darunter: Nennwert EUR 1.920.097,08 (Vorjahr: TEUR 1.920)				
12. Sonstige Vermögensgegenstände		1.766.268.444,49		3.119.458
13. Rechnungsabgrenzungsposten		221.544.141,11		274.630
		20.945.087.625,77		27.178.924
Posten unter der Bilanz				
Auslandsaktiva		6.883.204.939,05		10.737.005

	EUR	31.12.2013 EUR	EUR	31.12.2012 TEUR	TEUR	TEUR
Passiva						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig		4.574.921.184,87		4.277.332		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.402.630.734,98	6.977.551.919,85	4.721.502	8.998.834	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		200.710,12		200		
b) sonstige Verbindlichkeiten						
aa) täglich fällig	1.302.472.231,68			1.118.256		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.337.775.261,14	2.640.247.492,82	2.640.448.202,94	1.630.438	2.748.694	2.748.893
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen		5.450.090.836,66		7.385.819		
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		2.383.771.963,57	7.833.862.800,23	2.898.929	10.284.748	
4. Sonstige Verbindlichkeiten			1.634.298.621,43			2.953.523
5. Rechnungsabgrenzungsposten			7.574.903,02			6.791
6. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Abfertigungen		11.262.259,00		11.232		
b) Rückstellungen für Pensionen		30.823.570,00		30.463		
c) Steuerrückstellungen		13.750.000,00		7.500		
d) sonstige		252.666.219,41	308.502.048,41	161.424	210.619	
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			464.606.388,33			383.781
8. Ergänzungskapital			153.453.109,44			442.965
9. Partizipationskapital 2008			150.000.000,00			150.000
10. Gezeichnetes Kapital			887.551.919,50			887.552
11. Gewinnrücklagen						
a) gesetzliche Rücklage		5.629.969,29		5.630		
b) Rücklage für eigene Aktien		64.905,22	5.694.874,51	67	5.697	
12. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG			289.846.860,35			289.847
13. Bilanzverlust						
a) Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-184.720.485,51		-53.457		
b) Jahresverlust		-223.691.021,73	-408.411.507,24	-131.264	-184.720	
14. Unversteuerte Rücklagen			107.485,00			394
			20.945.087.625,77			27.178.924
Posten unter der Bilanz						
1. Eventualverbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten			913.879.972,79			1.568.261
2. Kreditrisiken			4.696.016.241,25			4.747.654
darunter Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)						
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			237.847.936,80			503.304
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 BWG			1.466.141.192,89			1.886.330
5. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG			777.916.309,50			1.128.760
darunter erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 Z1 und 4 BWG EUR 719.766.309,50 (Vorjahr: TEUR 1.042.621)						
6. Auslandspassiva			2.180.222.518,72			3.374.400

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	EUR	2013 EUR	2012 TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		604.809.461,68		815.871
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	130.024.807,88		210.504	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-516.339.128,02		-757.367
I. NETTOZINSERTRAG		88.470.333,66		58.504
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen		59.321.464,23		54.920
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	6.654.310,37		6.460	
b) Erträge aus Beteiligungen	2.763.180,69		3.597	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	49.903.973,17		44.864	
4. Provisionserträge		42.823.151,09		57.350
5. Provisionsaufwendungen		-35.657.419,09		-22.839
6. Erträge aus Finanzgeschäften		19.992.337,59		34.324
7. Sonstige betriebliche Erträge		259.631.456,57		220.211
II. BETRIEBSERTRÄGE		434.581.324,05		402.470
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-52.706.184,04		-54.148	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-12.565.208,32		-13.005	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-968.188,78		-1.168	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-5.641.868,06		-4.790	
ee) Veränderung der Pensionsrückstellung	369.634,00		-451	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-2.141.664,11		3.320	
	-73.653.479,31		-70.243	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-83.096.655,48	-156.750.134,79	-86.665	-156.908
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-5.318.649,18		-4.977
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-54.558.031,03		-47.492
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-216.626.815,00		-209.378
IV. BETRIEBSERGEBNIS		217.954.509,05		193.092
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		-259.730.747,15		-386.008
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		100.068.273,67		354.981
13. Wertberichtigungen auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		-266.295.580,45		-263.229
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen		25.205.416,07		50.496
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (= ÜBERTRAG)		-182.798.128,81		-50.668

	EUR	2013 EUR	2012 TEUR	TEUR
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (= ÜBERTRAG)		-182.798.128,81		-50.668
15. Steuern vom Einkommen		11.311.007,63		-13.919
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen		-52.492.599,84		-68.177
17. Verschmelzungsgewinn		0,00		1.516
VI. JAHRESFEHLBETRAG		-223.979.721,02		-131.248
18. Rücklagenbewegung		288.699,29		-15
darunter: Auflösung der Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	0,00		0	
VII. JAHRESVERLUST		-223.691.021,73		-131.264
19. Verlustvortrag		-184.720.485,51		-53.457
VIII. BILANZVERLUST		-408.411.507,24		-184.720

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz „ÖVAG“) wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Verbundmodell und Stabilisierungsmaßnahmen

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie der Bildung eines Haftungsverbundes (Volksbanken-Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie der VB Romania S.A. und der VB-Leasing International Holding GmbH, vor. Darüber hinaus wurden zusätzliche Maßnahmen zur Reduktion der Bilanzsumme und der risikogewichteten Aktiva festgelegt.

Als weiteren Beitrag zur Stabilisierung hat die Republik Österreich als eigenmittelstützende Maßnahme eine Bürgschaft mit einem Haftungshöchstbetrag von EUR 100 Mio. zu Gunsten der ÖVAG abgegeben. Eine entsprechende Vereinbarung über eine Ausfallsbürgschaft („Asset Garantie“) zwischen der Republik Österreich und der ÖVAG unter Beitritt der FIMBAG – Finanzmarkteteiligungs Aktiengesellschaft des Bundes wurde am 15.3.2013 unterzeichnet.

Going Concern

Allgemein

Der Vorstand der Österreichischen Volksbanken-AG hat in den beiden vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95% für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III-Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte, was in der kontinuierlichen Stärkung der Eigenmittelquote klar zum Ausdruck kommt,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Die Eigenmittel-Quote bezogen auf das Gesamtrisiko des ÖVAG Einzelinstitutes lag zum 31.12.2013 bei 15,1%. Die Mittelfristplanung für die Jahre 2014 – 2018 zeigt, dass in dieser Periode die regulatorischen Eigenmittel-Quoten erfüllt werden können.

Volksbanken Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG

Der Vorstand erwartet, dass mit dem angekündigten Bescheid der FMA der ÖVAG in ihre Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG eine Eigenmittelquote von 13,6% nach Basel III vorgeschrieben wird.

Diese Festsetzung wird auf Basis des Kreditportfolios und des Risikoregimes zum Stichtag 31.12.2012 erfolgen. Inwieweit der tourliche Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) Prozess in 2014 für den Stichtag 31.12.2013 die weit über der Planung liegenden Abbauerfolge und die weitgehende Erledigung der § 70 BWG Prüfungsfeststellungen in einer Herabsetzung der Eigenmittelvorgabe würdigt, ist nicht abschätzbar. Genauso ist auf Basis der heute vorliegenden Informationen nicht einschätzbar, wie die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden Asset Quality Review (AQR) Prozess und dem sich anschließenden Stresstest auf die Vorschreibung der Verbund-Eigenmittelquote wirken werden.

Die Eigenmittelquote des Volksbanken-Verbundes lag zum 31.12.2013 bei 14,9% (basierend auf noch ungeprüften Zahlen). Aufgrund der aktuellen Planung von ÖVAG und Volksbanken kann für den Ultimo 2014 mit einer Verbund-Eigenmittelquote nach Basel III von 14,4% gerechnet werden.

Mögliche, wenngleich auch aus heutiger Sicht nicht absehbare, über die Planung hinausgehende Belastungen, etwa aus dem AQR bzw. dem Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG können diese Planwerte und damit die Erfüllung dieser Vorgaben gefährden.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt für die Jahre ab 2015 jedoch ein deutliches Absinken der Eigenmittelquoten im Verbund. Dies resultiert vor allem aus Eigenmittelreduktionen aufgrund:

- der Vereinbarungen mit der Republik Österreich resp. der Europäischen Kommission (Wegfall der Anrechenbarkeit des staatlichen Partizipationskapitals im Ausmaß von EUR 300 Mio., Verlust der Anrechenbarkeit von Minderheiten und Kapital-Unterschiedsbeträgen aufgrund des Verkaufs von VB Leasing International respektive VB Romania 2014 und 2015 im Ausmaß von knapp EUR 500 Mio.),
- diverser Basel III-Effekte (Phasing out des Haftsummenzuschlages im Ausmaß von mehr als EUR 300 Mio., des privaten Partizipationskapitals im Verbund im Ausmaß von EUR 180 Mio.)
- der vorhersehbaren, in der Planung erwarteten, Belastungen aus dem weiteren Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG.

Entsprechend der aktuellen Mittelfristplanung des Verbundes entsteht daraus in 2015 eine Unterdeckung des gegenwärtig zu erwartenden vom Regulator erhöhten Kapitalerfordernisses.

Um diese drohende Unterdeckung zu schließen, wurde eine Reihe weiterer Initiativen gestartet. Verschiedene Programme zur RWA-Entlastung im Rahmen des Verbundes haben bereits dazu geführt, dass trotz eines geringen Kreditwachstums im Jahr 2013 die RWAs auf der Primärebene um EUR 400 Mio. gesunken sind. Diese Initiativen werden auch in den kommenden Jahren fortgesetzt und sollten zu einer RWA-Entlastung über die aktuelle Planung hinaus führen. Eine Machbarkeitsstudie, ob ein Umstieg auf den IRB Ansatz zu einer relevanten RWA-Entlastung führen kann, ist beauftragt. Zusätzlich werden Möglichkeiten und Voraussetzungen evaluiert, Basel III-fähige Neuemissionen zu begeben (auch wenn die Emissionsfähigkeit aus heutiger Sicht eingeschränkt erscheint).

Ein Stopp von Beteiligungsverkäufen, um den Wegfall von Minderheiten zu unterbinden, erscheint nicht möglich, da dies unmittelbar zu einer Verletzung der Übereinkommen mit der Republik Österreich respektive mit der Europäischen Kommission führen würde.

Zur Verbesserung der aktuellen Mittelfristplanung wurde 2013 ein umfassendes Strategieprojekt für den Volksbanken-Verbund aufgesetzt. Ziel ist es, kurz- und mittelfristig alle Ertragspotentiale und Kostensynergien im Verbund zu heben. Nach derzeitigem Arbeitsstand würden aktuell 55 Volksbanken respektive Spezialinstitute auf 9 Bundesländer-Volksbanken plus 3 Spezialinstitute verschmolzen. Aufgrund harmonisierter Aufbau- und Ablauforganisation dieser Volksbanken können bei regionaler Verankerung und Markthoheit die Vorteile einer konzernähnlichen Divisionalisierung gehoben werden. Durch dieses Programm soll bis zum Jahr 2018 ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag in signifikantem Ausmaß erzielt werden. Diesem zusätzlichen Ertrag stehen vor allem in den Jahren 2014-2016 allerdings auch Umsetzungskosten gegenüber.

Durch die Summe dieser Maßnahmen sollte es langfristig gelingen, die Eigenmittelquoten der aktuellen Mittelfristplanung zu verbessern. Ob die damit mittelfristig einhergehende verbesserte Ertragskraft des Verbundes eine Basis für eine Kapitalstärkung von außen sein kann, hängt davon ab, wie die Nachhaltigkeit der Neuausrichtung von potentiellen Investoren eingeschätzt wird.

Umgekehrt ist nicht auszuschließen, wenngleich aus heutiger Sicht nicht absehbar, dass die Kosten des weiteren Abbaus des Non Core Portfolios höher liegen können, als in der Mittelfristplanung angenommen und damit die positiven Effekte konterkarieren.

Für die ÖVAG kann aufgrund der zahlreichen Initiativen, so wie oben dargelegt, davon ausgegangen werden, dass die gesetzlich geforderten Eigenmittelquoten entlang der Mittelfristplanung eingehalten werden können. Für die ÖVAG in ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG kann angesichts der gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen sowie im Vergleich zu den beihilferechtlich definierten Größen angekündigten deutlich angehobenen Kapitalanforderungen dann von deren Erfüllung ausgegangen werden, wenn:

- Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Verbesserung der Emissionsfähigkeit des Verbundes geschaffen werden können und/oder
- die SREP-Quote im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses in Würdigung der Abbaumaßnahmen entsprechend nach unten korrigiert wird und/oder
- geeignete Kapitalmaßnahmen seitens der Eigentümer erfolgen.

Sonstige Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei den Vermögenswerten und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt. Die Bilanzierung der vom Abbau betroffenen Assets geht von der Annahme eines kontrollierten Abbaus entsprechend der zugrunde gelegten Laufzeiten der Vermögensgegenstände aus.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2013 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Gemäß der Asset Garantie übernimmt die Republik Österreich mit Wirkung ab 31.12.2012 (einschließlich dieses Tages) die Haftung als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB für von der Bank ausgewählte Forderungen (Forderungspool) bis zu einem Haftungshöchstbetrag von EUR 100 Mio. Die Haftung bezieht sich ausschließlich auf den zum 31.12.2012 wertberichtigten Teil der Forderung.

Die Inanspruchnahme der Haftung durch die ÖVAG kann durch schriftliche Zahlungsaufforderung an die Republik Österreich frühestens zum 31.12.2015 bis 31.1.2016 erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind

- Nachweis der Uneinbringlichkeit oder formellen Insolvenz des Schuldners
- Unterschreiten einer bestimmten Mindest-Eigenmittelquote im ÖVAG-Konzern ohne Volksbanken-Verbund per 31.12.2015

Das jährliche Haftungsentgelt für die Asset Garantie beträgt 10 % der Höhe der besicherten Forderungen per annum, maximal jedoch vom Haftungshöchstbetrag berechnet. Die Primärbanken haften für die an die Republik Österreich von der ÖVAG zu entrichtenden Haftungsentgelte.

Die ÖVAG ist verpflichtet, dem Bund die aufgrund der Ausfallsbürgschaft von diesem gezahlte Beträge zu ersetzen. Diese Zahlungsverpflichtung besteht insoweit und solange nicht, als durch eine Rückzahlung die konsolidierte Common Equity Tier 1 Quote (Basis konsolidierte Eigenmittel der ÖVAG Kreditinstitutsgruppe) unter 10% oder den zu diesem Zeitpunkt aufsichtsbehördlich vorgeschriebenen höheren Prozentsatz fallen würde oder eine solche Zahlung keine Deckung im ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn findet.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Für mögliche Ausfälle aus Veranlagungen in Risikoländern wurden Vorsorgen gebildet. Vom Wahlrecht des § 57 Abs. 1 BWG wurde Gebrauch gemacht.

Die Fremdwährungsbeträge wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Die Valutenbestände wurden zum Valuten-Mittelkurs umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum Anlagevermögen ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Das Verbriefungsportfolio wird einer laufenden Werthaltigkeitsanalyse unterzogen. Die Feststellung eines potentiellen Abwertungsbedarfs erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden für alle Verbriefungstransaktionen die potentiellen Verluste in den zugrundeliegenden Verbriefungsportfolien geschätzt und zum Sicherheitenpuffer (Subordination) der jeweiligen Verbriefungstranche in Verhältnis gesetzt. Danach werden alle Positionen, welche eine potentielle Wertminderung aufweisen, einer detaillierten Cashflow-Analyse unterzogen um einen etwaigen Abwertungsbedarf zu quantifizieren.

In Hinblick auf eine konzerneinheitliche Bewertungsmethodik wird seit dem Geschäftsjahr 2011 der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens über die Laufzeit verteilt zugeschrieben.

Für alle wesentlichen Beteiligungen der ÖVAG erfolgt jährlich eine Beurteilung der Bewertung. Bei Auftreten negativer Entwicklung einer Gesellschaft oder von Beteiligungen einer Holding wird diese Beurteilung auch anlassbezogen durchgeführt. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen der Beteiligung grundsätzlich mittels der Discounted Cash Flow Methode bzw Discounted Earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Vergleichsdaten festgelegt. Sollten nicht ausreichend Informationen für eine Discounted Cash Flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen. Ein allfälliger negativer Unterschied wird gemäß den Bewertungsprinzipien nach UGB/BWG behandelt. Ist der Wert der Beteiligung nach einer vorgenommenen Abschreibung wieder höher, wird eine Zuschreibung auf den aktuellen Wert, jedoch maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Die Bewertung des Sachanlagevermögens (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die Abschreibungssätze betragen bei den unbeweglichen Anlagen 2,0% bis 2,5%, bei den beweglichen Anlagen 10% bis 33% und bei den immateriellen Wirtschaftsgütern 25%.

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft werden mit dem Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Emissionskosten, Zuzählungsprovisionen und Agio- und Disagiobeträge für die verbrieften Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt.

Seit dem Jahr 1996 besteht mit der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG (nachfolgend kurz „Victoria Pensionskasse“) ein Pensionskassenvertrag. Infolge der Verschmelzung der Investkredit auf die ÖVAG wurde der Pensionskassenvertrag der Investkredit mit der Valida Pension AG mit Ausnahme der Pensionisten und der vor dem 1.1.2012 bereits ausgeschiedenen Mitarbeitern übernommen und in Folge ein Teil der Ansprüche auf die Victoria Pensionskasse übertragen. In Abhängigkeit der Performance beider Pensionskassen kann es zu Nachschussverpflichtungen kommen.

Das Deckungskapital für diese Pensionsverpflichtungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren (Österreichische Pensionsversicherungstafeln „AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung Pagler&Pagler, Angestelltenbestand“) unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 2,75 % (2012: 3%) berechnet. Als Pensionsantrittsalter werden für Frauen 60 Jahre und für Männer 65 Jahre unter Anwendung der ASVG-Übergangsbestimmungen nach dem Budgetbegleitgesetz 2003 angesetzt. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Abfertigungsrückstellungen wurden für die gesetzlichen und vertraglichen Ansprüche gebildet. Das Deckungskapital für diese Ansprüche beträgt aufgrund der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Teilwertverfahren) mit einem Rechnungszinssatz von 2,75 % (2012: 3 %) durchgeführten Berechnung 71,2 % (2012: 69,0 %) der fiktiven Abfertigungsverpflichtungen am Bilanzstichtag. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Seit dem Jahr 1992 wird von der Gesellschaft eine Rückstellung für Jubiläumsgelder gebildet. Die Rückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszinssatz von 2,75 % (2012: 3 %) berechnet. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 wurde erstmals ein Sozialplan für Personalmaßnahmen berücksichtigt, der auch zum 31.12.2013 weiterhin gültig ist.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Vom Wahlrecht gemäß § 198 Abs.10 UGB wurde nicht Gebrauch gemacht. Der in der Bilanz nicht angesetzte aktivierbare Betrag an aktiven latenten Steueransprüchen der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2013 insgesamt EUR 49.955.569,16 (31.12.2012: TEUR 110.610). Diese resultieren überwiegend aus dem Unterschiedsbetrag zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Die Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden wie folgt bewertet und bilanziert:

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuchs

Gekaufte Optionen, Futures, Währungsoptionen, Swaptions sowie Caps und Floors, die der Absicherung eigener Emissionen dienen, werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Erhaltene Prämien für Verkaufspositionen werden passiviert, bezahlte Prämien für Kaufpositionen werden aktiviert.

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Ausgleichszahlungen aus Forward Rate Agreements zur Absicherung des Bankbuches werden über die Laufzeit abgegrenzt.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom Dezember 2012 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung werden seit dem Geschäftsjahr 2011 angewendet. Die Absicherung der Zinsrisiken erfolgt ausschließlich durch Micro-Hedges. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden grundsätzlich Rückstellungen gebildet, sofern offene Positionen oder keine effektiven Hedgebeziehungen vorlagen.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs umfassen den Optionsteil aus strukturierten Emissionen sowie Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Währungsoptionen. Die Bewertung erfolgt mit dem Marktwert und das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Erläuterungen zu Bilanzposten

Forderungen an Kreditinstitute

Die ÖVAG hält über zwei Zwischengesellschaften eine durchgerechnete 51%ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. (kurz: VBRO). Diese Beteiligung zählt nicht zum Kerngeschäft der ÖVAG und soll gemäß gültiger Konzernstrategie der ÖVAG bis 31.12.2015 abgegeben werden. Der Buchwert der Beteiligung wurde 2011 zur Gänze abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 61,2 Mio. durch Umwandlung bestehender Forderungen. Der daraus entstandene Beteiligungsbuchwert wurde ebenfalls zur Gänze wertberichtigt. Die Refinanzierungslinien gegenüber der VBRO konnten im Geschäftsjahr 2013 um rd. EUR 0,5 Mrd. auf rd. EUR 0,9 Mrd. rückgeführt werden (31.12.2012: EUR 1,4 Mrd.). Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr zur Entlastung der Liquiditätssituation der VB Romania seitens der ÖVAG bestehende Refinanzierungslinien durch die Vereinbarung von Anschlussfinanzierungen hinsichtlich ihrer Laufzeit und ihrem Fälligkeitsprofil angepasst. Mit dieser Maßnahme sollten insbesondere hohe Refinanzierungsvolumina mit Fälligkeiten in 2017 und 2018 entschärft und dem geplanten Primärmittelaufbau der VB Romania angepasst werden.

Die ÖVAG geht derzeit davon aus, dass auf Basis der vorliegenden Unterlagen der VB Romania und in Folge der Anpassung der Fälligkeiten der Refinanzierungslinien an den Liquiditätsbedarf und den erwarteten Primäreinlagenaufbau der VB Romania die Rückführungen gemäß der angepeilten Laufzeiten erfolgen werden, wenngleich nicht abschätzbar ist, ob angesichts des schwierigen und volatilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch Stressszenarien denkbar sind, die – auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist – zu Bedrohungen des Wertansatzes für das Engagement der ÖVAG gegenüber der Volksbank Romania S.A. führen könnten. Darüber hinaus ist nicht abschätzbar, ob im Rahmen des Verkaufsprozesses ergebnisbelastende Maßnahmen gesetzt werden müssen oder sonstige Zugeständnisse erforderlich werden.

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen an und Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen an Kunden

Restlaufzeit	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
bis 3 Monate	2.321.214.274,72	2.729.556
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.087.455.251,56	1.541.232
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.456.666.315,95	7.502.760
mehr als 5 Jahre	1.330.781.753,28	3.208.146

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2013		31.12.2012	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	938.176.024,77	680.889.116,01	1.845.578	1.347.030
Forderungen an Kunden	2.609.085.275,33	102.346.311,40	2.475.130	104.105
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	257.972.432,68	4.647.522,02	214.679	5.648
	3.805.233.732,78	787.882.949,43	4.535.387	1.456.783

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 2, 5, 6, 7 und 8 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere

EUR	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.157.892.764,45	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.552.244.156,51	8.567.987,61
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	117.459.059,97	0,00
Beteiligungen	0,00	29.548.716,30
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	1.056.492.025,10

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 2, 5 und 6 in Anlage- und Umlaufvermögen

EUR	Anlagevermögen	Umlaufvermögen
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.003.188.950,20	154.703.814,25
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.876.540.565,39	684.271.578,73
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	724.917,25	116.734.142,72

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen erfolgt gemäß Festlegung im Asset Liability Committee.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen gewidmeten zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31.12.2013 EUR 19.733.853,08 (31.12.2012: TEUR 29.637).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Die unterlassenen Zuschreibungen bei Wertpapieren des Umlaufvermögens belaufen sich auf EUR 2.683.880,53 (31.12.2012: TEUR 12.978). Das Ausmaß der potenziell künftigen steuerlichen Belastungen aus der unterlassenen Zuschreibung beträgt EUR 670.970,13 (31.12.2012: TEUR 3.245).

Der zeitanteilig abgeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 7.615.463,56 (31.12.2012: TEUR 8.837).

Der zeitanteilig zugeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 5.295.247,99 (31.12.2012: TEUR 8.601).

Bei nachfolgenden Wertpapieren des Anlagevermögens, die über dem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen wurden, ist eine außerplanmäßige Abschreibung unterblieben, da von Halteabsicht und einer vollständigen Bedienung – somit voller Werthaltigkeit – ausgegangen wird. Im Geschäftsjahr 2013 wurden kein Vertragsbruch bzw keine Zahlungsverzögerungen aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten der Emittenten festgestellt.

EUR	31.12.2013 Marktwert	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Unterschiedsbetrag
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	98.416.835,93	115.698.917,88	-17.282.081,95
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	14.376.544,97	16.756.409,06	-2.379.864,09
Forderungen an Kunden	17.635.384,18	18.337.222,25	-701.838,07
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	700.086.654,58	747.127.012,93	-47.040.358,35
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	704.199,76	724.917,25	-20.717,49
	831.219.619,42	898.644.479,37	-67.424.859,95

EUR	31.12.2012 Marktwert	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 Unterschiedsbetrag
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	125.428.686,07	161.527.209,34	-36.098.523,27
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	11.906.927,39	15.158.405,34	-3.251.477,95
Forderungen an Kunden	82.956.853,50	86.941.183,03	-3.984.329,53
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.479.781.393,73	1.638.497.182,10	-158.715.788,37
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	704.199,76	724.896,19	-20.696,43
	1.700.778.060,45	1.902.848.876,00	-202.070.815,55

Aufgrund fehlender oder ungenügender Marktliquidität ist gegenwärtig die Aussagekraft der Marktwerte vielfach eingeschränkt und daher kein zuverlässiger Maßstab für die effektive Werthaltigkeit der Wertpapiere. Die von inaktiven Märkten betroffenen Wertpapier-Positionen sind Großteils dem Anlagevermögen gewidmet und werden periodisch hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibung untersucht. Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbewertung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch Discounted Cash Flow Methode. Insgesamt sind derart adaptierte Marktwerte von untergeordneter Bedeutung.

Der Buchwert von in Pension gegebenen Wertpapieren (echte Pensionsgeschäfte) beträgt EUR 0,00 (31.12.2012: TEUR 770.578).

Das Kreditinstitut führt ein Handelsbuch. Diesem waren im Geschäftsjahr 2013 Wertpapiere mit einem Marktwert von EUR 390.476.838,86 (31.12.2012: TEUR 601.234) und sonstige Finanzinstrumente mit einem Marktwert inklusive Zinsabgrenzung von EUR 123.241.718,73 (31.12.2012: TEUR 295.568) gewidmet.

Im Anlagevermögen werden durch Vorstandsbeschluss gewidmete Wertpapiere ausgewiesen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

Im Jahr 2013 wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt EUR 42.023.410,85 (2012: TEUR 8.290) vom Umlaufvermögen ins Anlagevermögen umgewidmet. Die Umwidmung erfolgte gemäß eines Vorstandsbeschlusses aufgrund geänderter Behalteabsichten.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	101.409.374,03	100.721
Forderungen an Kunden	83.629.135,77	92.144
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.364.462,84	70.376
	217.402.972,64	263.241

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der wesentlichen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen:

	Anteil ÖVAG %	Jahres- abschluss	Bilanzsumme TEUR	Gesamtes Eigenkapital TEUR	Eigenkapital Anteil ÖVAG TEUR	Jahreserfolg insgesamt TEUR
Verwaltungsgenossenschaft IMMO-Bank eG, Klagenfurt	88,86	30.06.2013	5.458	5.433	4.828	-4
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	2.837	2.819	2.819	1.835
VBV Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	450	369	369	-73
Invest Mezzanine Capital Management GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	690	18	18	-199
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	18.252	17.737	17.737	22
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	45.929	36.333	36.333	222
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	35.495	29.304	29.304	235
VOME Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	337	336	336	9
Investkredit International Bank plc, A-Shares, Sliema (Malta)	100,00	31.12.2012	217.494	75.219	75.219	731
Invest Equity International Holding Limited, Sliema (Malta)	100,00	31.12.2012	152	151	151	-5
Investkredit Funding Ltd., St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2012	8.720	103	103	4
ETECH Management Consulting Gesellschaft mbH in Liqu., Wien	100,00	31.12.2012	60	59	59	6
Investkredit-IC Holding alpha GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	180.040	177.532	177.532	-51.751
Investkredit-IC Holding beta GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	95.174	94.871	94.871	-7.412
Leasing West GesmbH & Co KG, Kufstein	99,00	31.12.2012	159.544	22.405	22.181	2.768
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, Salzburg	100,00	31.12.2012	91.400	19.509	19.509	1.814
Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG, Wien	50,00	31.12.2012	171.813	5.041	2.520	758
Gefinag-Holding AG, Wien	100,00	31.12.2012	57.804	4.151	4.151	23
Unternehmensbeteiligungs Ges.m.b.H., Wien ¹⁾	100,00	31.12.2012	427.347	425.363	425.363	-64.939
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien	100,00	31.12.2012	16.765	3.817	3.817	2.713
VB Services für Banken Ges.m.b.H, Wien	98,89	31.12.2012	12.382	480	475	1.041
VB ManagementBeratung GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	602	442	442	-157
VBI Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	196.372	196.372	196.372	-36
ARZ-Volksbanken Holding GmbH, Wien	68,09	30.06.2013	240	237	162	0
VBKA-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	40	40	40	-2
VIBE-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	138.113	1.373	1.373	-19
UVB-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2012	23	23	23	-2
ARZ-Allgemeines Rechenzentrum GmbH, Innsbruck	25,99	31.12.2012	67.855	8.518	2.214	26
RSV-Beteiligungs-GmbH, Wien	33,33	31.10.2013	4.256	4.247	1.416	3.715
ÖVAG Finance (Jersey) Limited, St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2012	8.883	41	41	9
Levade S.A., Luxemburg	100,00	31.12.2012	17.938	70	70	0
Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen, Klagenfurt ²⁾	30,17	31.12.2012	18.330	12.494	3.769	-3.688
Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG, Wien	47,50	31.12.2012	600.011	16.095	7.645	807
VB Victoria Zastupanje u Osiguranju d.o.o., Zagreb (Kroatien)	25,10	31.12.2009	56	10	3	0
Volksbank Obersdorf-Wolkersdorf- Deutsch-Wagram eGen., Obersdorf	31,42	31.12.2012	131.636	8.059	2.532	106
Volksbank Obersteiermark e.Gen, Leoben	25,81	31.12.2012	183.544	8.021	2.070	15

¹⁾ Verschmelzung GUB Holding (2012) auf Unternehmensbeteiligungs Ges.m.b.H. in 2013

²⁾ Verschmelzung der GEHA AG auf die GEHA eGen. in 2013

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft ist seit 2005 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die ÖVAG abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der ÖVAG ausgeglichen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegenrechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Im Geschäftsjahr bestehen zwei Varianten der Gruppenumlagevereinbarung. Jene, die mit Gruppenmitgliedern vor dem Jahr 2010 abgeschlossen wurde, sieht einen Steuersatz in Höhe des Körperschaftsteuersatzes von 25% vor. Ab dem Jahr 2010 abgeschlossene Vereinbarungen sehen auf Grund der bestehenden, hohen Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25% vor.

Zum 31.12.2013 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 33 (31.12.2012: 38). Mit der VB Real Estate Leasing eins GmbH wurde für das Jahr 2013 eine neue Gruppenvereinbarung inklusive Steuerausgleichsvereinbarungen getroffen.

Mit nachfolgenden Gesellschaften bestehen zivilrechtliche Ergebnisabführungsverträge. Die Tabelle enthält die Ergebnisübernahmen.

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien	3.086.853,06	2.713
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, Salzburg	1.465.297,60	1.821
Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien	-1.130,87	-199
Gefinag-Holding AG, Wien	476,11	1

Die Gewinnübernahmen sind in den Beteiligungserträgen enthalten, Verlustübernahmen werden im Posten „Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen.

Anlagevermögen

Die Grundwerte von bebauten Grundstücken betragen EUR 34.328,48 (31.12.2012: TEUR 2.507). Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1. Der Rückgang des Buchwerts der bebauten Grundstücke resultiert aus dem Verkauf des teilweise im Rahmen der eigenen Tätigkeit der Bank genutzten bebauten Grundstücks Renngasse 10.

Aufgliederung der Sonstigen Vermögensgegenstände

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	1.306.579.508,11	2.483.715
Zinsabgrenzungen	318.492.841,98	488.324
Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	47.136.739,77	43.971
Forderungen gegenüber Finanzamt	20.083.388,84	16.700
Verrechnungen mit Volksbanken	0,00	0
Sonstige Forderungen	73.975.965,79	86.747
	1.766.268.444,49	3.119.458

Im Posten "Sonstige Vermögensgegenstände" sind Erträge in Höhe von EUR 365.629.581,75 (31.12.2012: TEUR 534.853) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 14.653.366,42 (31.12.2012: TEUR 11.702) enthalten.

Gliederung der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Restlaufzeit	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
bis 3 Monate	975.953.177,79	1.804.938
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	287.834.060,72	860.375
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	930.426.508,54	1.552.843
mehr als 5 Jahre	1.546.392.959,19	2.133.984

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2013		31.12.2012	
	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	173.513.468,85	791.681.358,64	288.097	1.108.739
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	696.456.328,00	21.690.050,54	522.225	22.814
	869.969.796,85	813.371.409,18	810.322	1.131.553

Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	1.260.696.961,44	2.375.126
Zinsabgrenzungen	348.577.423,52	498.462
Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	3.595.856,58	6.541
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern	3.670.149,00	19.514
Sonstige Verbindlichkeiten	17.758.230,89	53.881
	1.634.298.621,43	2.953.523

Im Posten "Sonstige Verbindlichkeiten" sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 352.173.280,10 (31.12.2012: TEUR 531.477) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 373.432.273,54 (31.12.2012: TEUR 595.413) enthalten.

Rückstellungen für latente Steuern

Zum 31.12.2013 bestand kein Erfordernis einer Rückstellung für passive latente Steuern (31.12.2012: TEUR 0).

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für folgende Verpflichtungen:

	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
für Derivative	55.611.803,70	62.775
für Redimensionierung	31.697.174,13	36.045
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und -garantien	19.984.010,95	21.843
für Beteiligungsrisiken und sonstige Risiken	68.000.000,00	20.000
für Abschläge Kreditrückzahlungen und Margen	38.408.726,52	0
für Umstrukturierungsmaßnahmen und Beratung	2.260.000,00	2.260
für nicht konsumierte Urlaube	4.456.705,80	4.459
für Personalaufwand und Jubiläumsgelder	3.222.166,31	3.257
für offene Rechtsstreite	7.533.364,80	4.763
für Schadensfälle	10.691.508,97	201
für ausstehende Eingangsrechnungen	6.583.146,03	1.731
für sonstige Verpflichtungen und Garantien	4.217.612,20	4.091
	252.666.219,41	161.424

Die Rückstellung für Beteiligungsrisiken betrifft im Wesentlichen eine gebildete Vorsorge für drohende Verluste aus dem in Vorbereitung befindlichen Verkauf der Volksbank Romania S.A.

Eigenkapital

Am 31.12.2012 setzte sich das Grundkapital wie folgt zusammen:

	EUR
264.708.208 Namensaktien im Nennbetrag von EUR 2,181	577.328.601,65
10 Vinkulierte Namensaktien im Nennbetrag von EUR 2,181	21,81
	577.328.623,46

Das Grundkapital beträgt unverändert zum Vorjahr EUR 577.328.623,46 und setzt sich aus 264.708.218 Stück Aktien zusammen.

Am Grundkapital sind am 31. Dezember 2013 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Gesellschafter mit einer qualifizierten Beteiligung		
Volksbanken Holding eGen	297.852	51,6
Republik Österreich	250.000	43,3
Sonstige Gesellschafter		
DZ Bank AG	21.879	3,8
Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft	5.317	0,9
Volkskreditbank AG	510	0,1
Streubesitz und eigene Anteile	1.771	0,3
	577.329	100,0

Im Jahr 2013 erhöhte die Volksbanken Holding eGen ihren Anteil am Grundkapital um TEUR 8.751 oder 1,5% durch Kauf der Anteile von der ERGO Gruppe.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15.12.2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20.03.2009 und die Hauptversammlung vom 23.05.2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 155.547.705,91 durch Ausgabe von Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.12.2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23.05.2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23.05.2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs. 7 Satz 2 BWG des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.12.2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 288.664.311,73 durch Ausgabe neuer Aktien – allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31.12.2013 über ein Partizipationskapital im Nennbetrag von TEUR 460.223; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipationsscheine im Nennbetrag von EUR 398.886,65 (31.12.2012: TEUR 399) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09 % (31.12.2012: 0,09 %) sowie 697.483 Stück eigene Anteile (31.12.2012: 697.329 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26 % (31.12.2012: 0,26 %) im Portefeuille der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 300 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31.12.2013 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG

Die Haftrücklage blieb im Jahr 2013 unverändert auf EUR 289.846.860,35.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Eigene Stammaktien	6.974,83	9
Eigene Partizipationsscheine	57.930,39	58
	64.905,22	67

Entwicklung der eigenen Aktien

EUR	Nennwert	Buchwert
Stand am 1.1.2013	1.919.761,20	66.866,25
Zugänge	335,88	335,87
Abgänge	0,00	0,00
Bewertung	0,00	-2.296,90
Stand am 31.12.2013	1.920.097,08	64.905,22

Die Entwicklung der Partizipationsscheine im Portefeuille der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Durchschnittskurs EUR
Stand am 1.1.2013	18.296	398.886,66	3,17
Zugänge	0	0,00	0,00
Stand am 31.12.2013	18.296	398.886,66	3,17

Im Jahr 2013 und im Jahr 2012 wurde aus Abgängen kein Ergebnis realisiert.

Aufgliederung Zu- und Abgänge eigener Aktien

Kauf/Verkauf	Monat	Stück	Preis in EUR	Durchschnitts- kurs in EUR	Nennwert in EUR	Anteil am Nennkapital in %
Kauf	Jänner	1	2,18	2,18	2,18	0,0000
Kauf	Juni	152	331,51	2,18	331,51	0,0001
Kauf	August	1	2,18	2,18	2,18	0,0000
Gesamtergebnis		154	335,87	2,18	335,87	0,0001

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2013 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

Der Erwerb der eigenen Aktien erfolgte zum Zwecke des Wertpapierhandels. Der Erlös daraus dient keinem gesondert definierten Zweck.

Ergänzungskapital

Die ÖVAG hat in der Vergangenheit Ergänzungskapital im Sinne des § 23 Abs 7 BWG begeben, das als Eigenmittelbestandteil aufsichtsrechtlich angerechnet wird. Gemäß den Beschränkungen des § 23 Abs 7 Z 2 BWG dürfen Zinsen hierauf nur dann ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss (vor Rücklagenbewegungen) gedeckt sind. Es ist damit zu rechnen, dass das Ergänzungskapital nicht zum Nominalkurs getilgt werden wird. Durch die Teilnahme des Ergänzungskapitals an den Nettoverlusten während der Laufzeit können je nach Tranche bedeutende Verluste bis hin zum Totalverlust beim Investor anfallen.

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

WP-Kennr. und Kontonummer	Bezeichnung	Nominale Stand	WWhg	Zinssatz in %	Daueremission Tilgung	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital	
AT000B056759	Nachr.Merkur Best of Life II Garant 08-20/Serie 20	3.000.000		EUR 0,000	01.12.20	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B053715	Nachr.CMS Floater to fix/Serie136	4.000.000		EUR 6,000	30.03.17	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000435904	5,72%/6% kündbare Nachrangkapital VB Schuldverschreibungen 2003-2023	12.000.000		EUR 6,000	25.09.23	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B052600	VB nachrangige Nullkuponanleihe 2006-2016	12.600.000		EUR 0,000	01.06.16	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B053558	5,27% mehrfachkündb. Nachrang-Anl. 2007-2027	14.000.000		EUR 5,270	08.02.27	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000432661	6,5 % / 6,75 % nachr. Schuldversch. 2001-2011/2021	15.000.000		EUR 6,750	15.03.21	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B052899	Nachrangige Nullkuponanleihe 2006-2016 / Serie 34	20.000.000		EUR 0,000	03.10.16	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B053855	VB Nachr.Nullkuponanl./ Serie 150	20.000.000		EUR 0,000	03.04.17	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000432976	6,35/7 % VB Nachrangkapital Schuldverschreibungen 2002-2022/P2	23.000.000		EUR 7,000	18.01.22	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B052055	4,05%/5,00% kündbare nachrangige Anleihe 2006-2026	25.000.000		EUR 4,050	19.01.26	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000432984	6,35% / 7% VB Nachrangkapital Schuldverschreibungen 2002-2022/P3	30.000.000		EUR 7,000	25.01.22	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
XS0275528627	Subordinated Lower Tier II Notes due November 2016	81.900.000		EUR 1,080	28.11.16	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000322383	FRN INVESTKR. ANL.00-20/P	5.000.000		EUR 0,807	14.03.20	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000322334	FRN INVESTKR ANL. 99-14/7	20.000.000		EUR 4,000	14.05.14	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000322532	FRN INVESTKR FRN 02-22/2/P NR	4.000.000		EUR 4,627	12.04.22	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000322441	6,4% INVESTKR.ANL.01-16/PP	20.000.000		EUR 6,400	12.02.16	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B115902	FRN OEVAG NR FRN SV 13-18/S2	42.757.298		EUR 9,225	26.07.18	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B115910	FRN OEVAG NR FRN SV 13-19/S3	5.138.120		EUR 9,225	26.07.19	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B115928	FRN OEVAG NR FRN SV 13-20/S4	800.788		EUR 9,225	26.07.20	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B115936	FRN OEVAG NR FRN SV 13-24/S5	29.632.890		EUR 9,225	26.07.24	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT000B115944	FRN OEVAG NR FRN SV 13-25/S6	16.996.760		EUR 9,225	26.07.25	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 8 BWG	keine
AT0000322458	7% INVESTKR.ANL.01-21/PP	30.000.000		EUR 0,000	06.03.21	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000322557	INVESTKR.ERG.KAP.SV 02/22	11.000.000		EUR 0,000	20.06.22	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000322615	FRN INVESTKR. SCHV. 02/49	25.069.000		EUR 0,000	29.12.49	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000322466	7% INVESTKR ANL. 01-21/P	15.000.000		EUR 0,000	08.03.21	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000322581	INVESTKR.ANL.02-22/4PP	5.000.000		EUR 0,000	24.07.22	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000438767	5,45% ÖVAG Kündbare Ergänzungskap. Anleihe 2004-2019	30.000		EUR 0,000	02.08.19	ja	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000439765	Step up to 8 % Ergänzungskapitalanleihe 2005-2020	4.685.000		EUR 0,000	07.09.20	ja	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000439807	Kündbare 4,90% Ergänzungskapitalanleihe 2005-2025	500.000		EUR 0,000	18.08.25	nein	Emittentin	§ 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000439708	10J.FR.N Ergänzungskapitalanleihe 2005-2015	4.100.000		EUR 0,000	29.07.15	nein	ausgeschlossen	§ 23 Abs. 7 BWG	keine

WP-Kennr. und Kontonummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Zinssatz Whg in %	Daueremission Tilgung	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
AT0000439716	4,17% Ergänzungskapitalanleihe 2005-2015	1.000.000	EUR 0,000	29.07.15	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000439724	Kündbare 4,81% Ergänzungskapitalanleihe 2005-2025	1.100.000	EUR 0,000	29.07.25	nein	Emittentin § 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000438569	4-7% Step up Erg.-Kapitalanleihe 2004-2014	16.380.000	EUR 0,000	22.04.14	ja	ausgeschlossen § 23 Abs. 7 BWG	keine
AT0000439732	Callable 13J.FRN Ergänzungskapitalanleihe 2005-2018	2.900.000	EUR 0,000	29.07.18	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 7 BWG	keine
QOXDB9964244	VB Ergänzungskapitalanleihe 04/End	32.629.000	EUR 0,000	31.12.99	nein	Emittentin § 23 Abs. 7 BWG	keine
SSD_F102	Signal Krankversicherungs a.G.	10.000.000	EUR 5,010	30.05.17	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 8 BWG	keine
SSD_F103	Iduna Vereinigte Lebensversicherungs a.G.	10.000.000	EUR 5,010	30.05.17	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 8 BWG	keine
SSD_F80	Pensionskasse der Genossenschaftsorganisation VVaG	3.000.000	EUR 5,000	18.01.17	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 8 BWG	keine
SSD_F99	HDI Lebensversicherung AG	10.000.000	EUR 4,870	15.05.17	nein	ausgeschlossen § 23 Abs. 8 BWG	keine
30000001000	ERP-Fonds	3.338.885	EUR 1,000	31.12.18	nein	Emittentin § 23 Abs. 7 BWG	keine
30000004000	ERP-Fonds	721.224	EUR 2,000	31.12.14	nein	Emittentin § 23 Abs. 7 BWG	keine

Unversteuerte Rücklagen

Die unversteuerten Rücklagen betreffen die Bewertungsreserve aufgrund von Sonderabschreibungen und entwickelten sich wie folgt:

EUR	1.1.2013	Auflösung	31.12.2013
Vorzeitige Abschreibungen gemäß §§ 8 und 122 EStG			
Grundstücke und Gebäude	103.266,03	103.266,03	0,00
Übertragene Stille Reserven gemäß § 12 Abs. 1 EStG			
Grundstücke und Gebäude	183.472,23	183.472,23	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.485,00	0,00	107.485,00
Summe § 12 Abs. 1 EStG	290.957,23	183.472,23	107.485,00
Summe	394.223,26	286.738,26	107.485,00

Die Auflösung resultiert aus dem Verkauf der Liegenschaft Renngasse 10.

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Bürgschaften und Haftungen	926.551.391,25	1.584.788
Akkreditive	1.825.748,93	1.612
ab: Rückstellungen	-14.497.167,39	-18.139
Summe	913.879.972,79	1.568.261

Zusammensetzung der Kreditrisiken

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Kreditzusagen	4.696.016.241,25	4.747.654
Unehnte Pensionsgeschäfte	0,00	0
Summe	4.696.016.241,25	4.747.654

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Zum 31.12.2013 wurden unter dem Posten Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 237.847.936,80 (31.12.2012: TEUR 503.304) ausgewiesen.

Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kunden	425.187.264,38	875.075
Schuldtitle öffentlicher Stellen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.547.994.355,23	900.644
Summe	1.973.181.619,61	1.775.720
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	496.537.264,38	935.385
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.476.644.355,23	840.334
Summe	1.973.181.619,61	1.775.720

In den als Sicherheiten übertragenen Vermögensgegenständen ist der Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen in Höhe von EUR 1.476.644.355,23 (31.12.2012: TEUR 840.334) enthalten.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen beträgt für das folgende Geschäftsjahr EUR 6.647.800,00 (2012: TEUR 8.305), davon verbundene Unternehmen EUR 4.712.000,00 (2012: TEUR 7.265) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 28.595.286,38 (2012: TEUR 32.960), davon verbundene Unternehmen EUR 20.192.722,23 (2012: TEUR 30.558).

Im Jahr 2014 werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 571.902.516,60 (im Jahr 2012 für 2013: TEUR 780.143) fällig.

Begebene Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 994.432.019,26 werden im Geschäftsjahr 2014 fällig (im Jahr 2012 für 2013: TEUR 1.810.132).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	3.515.096.408,55	5.141.211
Fremdwährungs-Passiva	370.899.494,89	805.526

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs 1 Z 19 BWG idF des BGBl I 2013/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität minus 1,07%. Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Angaben gemäß § 237a UGB

Bankbuch

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft unterliegt bei Positionen des Bankbuches dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als wesentliches Mittel zur Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinsten Emissionen genutzt. Interest Rate Swaps werden auch zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von fix verzinsten Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Daneben dienen Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Devisenswaps und in Ausnahmefällen Devisenoptionen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährung lauten.

Die Absicherungsinstrumente im Bankbuch finden im Standardfall direkt mit dem Kontrahenten statt, in wenigen Ausnahmefällen findet ein Transfer ins Handelsbuch statt.

Die Sicherungsbeziehung wird auf die gesamte Laufzeit des Grundgeschäfts abgestellt.

Zur Messung der retrospektiven Effektivität der Bewertungseinheiten wird ausschließlich die Dollar Offset-Methode (innerhalb der Dollar-Offset-Methode werden die auf das abgesicherte Risiko zurückführenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zueinander ins Verhältnis gesetzt) angewandt.

Derivate des Bankbuches, die Sicherungszwecken dienen, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Allfällige Prämien werden aktiviert bzw. passiviert und am Ende der Laufzeit erfolgswirksam ausgebucht. Zinsen werden zeitanteilig bilanziert.

Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die keiner Bewertungseinheit zuzuordnen sind, und ineffektive Teile aus Bewertungseinheiten werden mit ihrem negativen Marktwert abzüglich passivierter Prämien und Abgrenzungen rückgestellt.

Handelsbuch

Alle in den Emissionen des Bankbuchs eingebetteten Derivate werden von der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement überwacht und vom Handel mit entsprechenden Produkten abgesichert.

Im Handelsbuch werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden.

In einer unabhängigen Abteilung des strategischen Risikomanagements ist die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsbereiche angesiedelt.

Die Bewertung und Bilanzierung der Finanzinstrumente im Handelsbuch erfolgt zum Marktwert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die ÖVAG hat sämtliche Handelsbuchpositionen in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen Kondor+ und MUREX abgebildet, welche direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden sind. Das bedeutet, dass die Marktpreise für verschiedene Produkte real-time aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in dieser Standardsoftware bewertet. Mit Oktober 2012 wurde Phase 1 des Umstiegs auf MUREX abgeschlossen, seither wird für Zinsderivate nur mehr MUREX angewandt.

Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, deren Modellergebnisse im Rahmen einer Testphase während der Modellprüfung mit den am Markt handelbaren Preisen verglichen werden.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

GESAMT	31.12.2013			
	TEUR	Nominale		
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.825.423	21.340.319	12.284.437	37.450.179
Caps&Floors	495.092	2.300.213	1.084.164	3.879.469
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	89.200	0	0	89.200
IRS	3.020.213	18.747.706	11.042.273	32.810.192
Swaptions	220.918	292.400	158.000	671.318
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.091.823	1.692.630	517.962	5.302.414
Cross Currency Swaps	380.177	1.646.647	516.249	2.543.073
Devisen Optionen	37.000	39.044	1.713	77.757
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	2.674.646	6.939	0	2.681.584
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	457.004	1.212.529	0	1.669.533
Credit Default Swaps Kaufpositionen	214.000	649.890	0	863.890
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	243.004	562.639	0	805.643
SONSTIGE GESCHÄFTE	1.126.250	1.994.041	303.249	3.423.541
Index-, FX- u. Commodity Futures	77.770	0	0	77.770
Optionen	1.048.481	1.994.041	303.249	3.345.771
GESAMTSUMME	8.500.500	26.239.519	13.105.648	47.845.667
hievon intern				

HANDELSBUCH

HANDELSBUCH	31.12.2013			
	TEUR	Nominale		
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.640.872	18.594.099	9.025.280	31.260.251
Caps&Floors	468.092	2.243.413	1.084.164	3.795.669
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	89.200	0	0	89.200
IRS	2.880.202	16.154.286	7.822.116	26.856.604
Swaptions	203.378	196.400	119.000	518.778
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	40.578	39.044	31.878	111.500
Cross Currency Swaps	3.578	0	30.165	33.743
Devisen Optionen	37.000	39.044	1.713	77.757
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	656.496	1.092.969	171.067	1.920.533
Index-, FX- u. Commodity Futures	17.652	0	0	17.652
Optionen	638.844	1.092.969	171.067	1.902.881
SUMME HANDELSBUCH	4.337.947	19.726.112	9.228.225	33.292.284
hievon intern				

BANKBUCH

BANKBUCH	31.12.2013			
	TEUR	Nominale		
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	184.550	2.746.220	3.259.157	6.189.928
Caps&Floors	27.000	56.800	0	83.800
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	140.010	2.593.420	3.220.157	5.953.588
Swaptions	17.540	96.000	39.000	152.540
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.051.245	1.653.586	486.084	5.190.914
Cross Currency Swaps	376.599	1.646.647	486.084	2.509.330
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	2.674.646	6.939	0	2.681.584
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	457.004	1.212.529	0	1.669.533
Credit Default Swaps Kaufpositionen	214.000	649.890	0	863.890
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	243.004	562.639	0	805.643
SONSTIGE GESCHÄFTE	469.754	901.072	132.182	1.503.008
Index-, FX- u. Commodity Futures	60.118	0	0	60.118
Optionen	409.636	901.072	132.182	1.442.890
SUMME BANKBUCH	4.162.553	6.513.407	3.877.423	14.553.383

					31.12.2012		
Marktwert 31.12.2013	davon Hedge 31.12.2013	Sonst. Ford. 31.12.2013	Sonstige Verb. 31.12.2013	Rückstellung 31.12.2013	Marktwert 31.12.2012	Sonst. Ford. 31.12.2012	Sonstige Verb. 31.12.2012
417.384	266.472	1.528.777	1.433.424	28.867	659.023	2.829.310	2.689.702
15.655	1.430	28.423	13.917	307	27.691	40.065	13.032
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
408.591	266.026	1.500.232	1.408.872	28.560	637.973	2.789.159	2.661.177
-6.862	-984	123	10.635	0	-6.641	86	15.492
-86.092	-32.271	23.716	86.936	4.841	-88.219	35.968	77.340
-95.463	-32.271	12.572	13.894	4.225	-119.529	20.434	22.491
1.110	0	1.435	673	0	1.493	2.471	1.701
8.262	0	9.709	72.369	616	29.817	13.062	53.148
1.043	0	3.688	180	2.427	4.861	5.710	432
7.095	0	0	0	2.427	-14.923	0	0
-6.051	0	3.688	180	0	19.784	5.710	432
-10.532	0	68.891	78.001	0	-4.075	101.052	106.113
0	0	1.422	0	0	0	0	0
-10.532	0	67.469	78.001	0	-4.075	101.052	106.113
321.804	234.201	1.625.072	1.598.540	36.135	571.590	2.972.039	2.873.587
		11.265	55.917			15.319	183.038

					31.12.2012		
Marktwert 31.12.2013	davon Hedge 31.12.2013	Sonst. Ford. 31.12.2013	Sonstige Verb. 31.12.2013	Rückstellung 31.12.2013	Marktwert 31.12.2012	Sonst. Ford. 31.12.2012	Sonstige Verb. 31.12.2012
153.436	0	1.463.991	1.366.084	5.532	361.551	2.741.545	2.562.340
14.407	0	28.138	13.912	0	25.344	38.175	12.693
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
144.907	0	1.435.730	1.346.172	5.532	342.141	2.703.284	2.543.628
-5.877	0	123	6.000	0	-5.934	86	6.020
-10.840	0	12.860	12.485	0	-14.665	21.659	21.697
-11.950	0	11.489	11.957	0	-16.158	19.252	20.142
1.110	0	1.371	528	0	1.493	2.408	1.555
0	0	0	0	0	0	0	0
-19.354	0	39.401	58.755	0	-51.318	34.990	86.308
0	0	0	0	0	0	0	0
-19.354	0	39.401	58.755	0	-51.318	34.990	86.308
123.242	0	1.516.252	1.437.324	5.532	295.568	2.798.194	2.670.345
		11.265	55.917			15.319	183.038

					31.12.2012		
Marktwert 31.12.2013	davon Hedge 31.12.2013	Sonst. Ford. 31.12.2013	Sonstige Verb. 31.12.2013	Rückstellung 31.12.2013	Marktwert 31.12.2012	Sonst. Ford. 31.12.2012	Sonstige Verb. 31.12.2012
263.947	266.472	64.786	67.340	23.335	297.472	87.764	127.361
1.248	1.430	285	6	307	2.347	1.890	339
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
263.684	266.026	64.501	62.700	23.028	295.832	85.875	117.550
-984	-984	0	4.635	0	-707	0	9.473
-75.251	-32.271	10.856	74.451	4.841	-73.554	14.308	55.643
-83.513	-32.271	1.083	1.937	4.225	-103.372	1.183	2.349
0	0	64	145	0	0	64	145
8.262	0	9.709	72.369	616	29.817	13.062	53.148
1.043	0	3.688	180	2.427	4.861	5.710	432
7.095	0	0	0	2.427	-14.923	0	0
-6.051	0	3.688	180	0	19.784	5.710	432
8.823	0	29.491	19.245	0	47.243	66.062	19.806
0	0	1.422	0	0	0	0	0
8.823	0	28.068	19.245	0	47.243	66.062	19.806
198.562	234.201	108.820	161.217	30.603	276.023	173.845	203.242

Patronatserklärung

Die Patronatserklärung der ÖVAG für die Tochtergesellschaft VB Services für Banken Ges.m.b.H., Wien, in der Form, dass die ÖVAG die Verbindlichkeiten der VB Services für Banken Ges.m.b.H. wie die eigenen Verbindlichkeiten betrachtet, ist mit 30.6.2013 ausgelaufen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 EUR	2012 TEUR
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	59.321.464,23	54.920
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	6.654.310,37	6.460
b) Erträge aus Beteiligungen	2.763.180,69	3.597
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	49.903.973,17	44.864

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2013 EUR	2012 TEUR
Sonstige betriebliche Erträge		
aus der Vermietung von unbeweglichen und beweglichen Sachen	1.230.147,40	3.193
aus anderen Geschäften	52.218.411,20	12.207
Tilgungserlös Hybridanleihen, Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihe	152.341.040,21	183.774
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	27.180.323,42	9.714
Weiterverrechnete Personalaufwendungen	26.661.534,34	11.323
	259.631.456,57	220.211

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2013 EUR	2012 TEUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufwendungen für vermietete und verpachtete Liegenschaften	54.096,75	47
Weiterverrechnete Aufwendungen	23.238.812,86	11.501
Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.265.121,42	35.944
	54.558.031,03	47.492

Die weiterverrechneten Aufwendungen enthalten vorwiegend weiterverrechnete Sachkosten, insbesondere für Verbundprojekte und Gemeinschaftswerbung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrafen mit EUR 14.711.506,95 den Saldo aus Aufwendungen und Erträgen von Fondshaftungen.

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis

	2013 EUR	2012 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	-400.752.637,86	-243.760
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-259.730.747,15	-386.008
Kreditgeschäft	-233.771.632,28	-366.213
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-25.959.114,87	-19.795
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	100.068.273,67	354.981
Kreditgeschäft	75.149.363,02	323.507
Wertpapiere des Umlaufvermögens	24.918.910,65	31.473
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-266.295.580,45	-263.229
Wertpapiere des Anlagevermögens	-23.119.705,87	-81.865
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-243.175.874,58	-181.364
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	25.205.416,07	50.496
Wertpapiere des Anlagevermögens	22.313.978,87	26.637
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	2.891.437,20	23.859

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis stellt sich 2013 gegenüber dem Vorjahr verschlechtert dar. Die wesentlichen Gründe dafür bestehen darin, dass im Vorjahr zwei Sondereffekte zu einer Ergebnisverbesserung in diesem Posten beigetragen haben:

- 1) Durch die mit 15.3.2013 unterschriebene Asset Garantie der Republik Österreich für ausgewählte Forderungen konnten im Geschäftsjahr 2012 gebildete Wertberichtigungen in Höhe von EUR 76.344.781,78 storniert und in früheren Jahren gebildete Wertberichtigungen in Höhe von EUR 27.655.218,22 aufgelöst werden. Insgesamt ergab sich aus der Asset Garantie eine Ergebnisverbesserung für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von EUR 100 Mio.
- 2) In dem Posten Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken war ein Ertrag von EUR 139.322.762,29 enthalten, der im Wesentlichen aus der Auflösung der Rückstellung für Kreditderivate (CDS) resultierte. Im Geschäftsjahr war aus diesem Titel lediglich ein Ertrag in Höhe von EUR 1.986.464,01 zu verzeichnen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Steuerertrag von EUR 11.311.007,63 setzt sich vor allem aus einem Steueraufwand aus der laufenden Körperschaftsteuer in Höhe von EUR 66.356,00, einem Körperschaftsteuerertrag aus Vorperioden infolge der Gruppenverrechnung 2012 in Höhe von EUR 2.516.046,49, aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der Gruppenverrechnung 2013 in Höhe von EUR 10.139.295,89 sowie aus einer Körperschaftsteuernachzahlung für Vorjahre in Höhe von EUR 1.277.978,75 zusammen.

Der Saldo aus positiven und negativen Steuerumlagen setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR
Steuerertrag 2012	2.552.593,40
Steueraufwand 2012	-36.546,91
Steuerertrag 2013	10.349.511,06
Steueraufwand 2013	-210.215,17
Saldo	12.655.342,38

Die Auswirkung aus der Veränderung der unversicherten Rücklagen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt EUR 71.684,57.

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe von EUR 52.492.599,84 (2012: TEUR 68.177) ist die angefallene Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabengesetz mit einem Betrag von EUR 45.593.985,32 (2012: TEUR 45.594) enthalten. Weiters ist in diesem Posten die Abzugssteuer gemäß § 99 EStG in Höhe von EUR 7.250.000,00 (2012: TEUR: 0) enthalten. 2012 wurden in diesem Posten Aufwendungen aus der Kapitalertragsteuer aus Vorjahren infolge einer Betriebsprüfung in Höhe von TEUR 18.973 ausgewiesen.

Verschmelzungsgewinn Investkredit Bank AG

In diesem Posten war 2012 das Ergebnis aus der Verschmelzung der Investkredit auf die ÖVAG ausgewiesen.

Rücklagenbewegung

	2013		2012	
	EUR Dotierung (-)	EUR Auflösung (+)	TEUR Dotierung (-)	TEUR Auflösung (+)
Gewinnrücklagen / freie Rücklagen	0,00	1.961,03	60	0
Unversteuerte Rücklage gemäß § 21 Abs. 1 EStG (übertragene Stille Reserven)	0,00	103.266,03	0	11
Unversteuerte Rücklagen gemäß §§ 8 und 122 EStG (vorzeitige Abschreibungen)	0,00	183.472,23	0	34
	0,00	288.699,29	60	44
		288.699,29		-15

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 19.776.148,08 (2012: TEUR 19.574).

In den Jahren 2013 und 2012 gab es keine außerordentlichen Erträge oder Aufwendungen.

Sonstige Angaben

Die Volksbanken Holding registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, stellt den Konzernabschluss für den größten und die ÖVAG Wien, für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Die Konzernabschlüsse sind beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 674 Angestellte beschäftigt (2012: 731).

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen betragen für Vorstandsmitglieder EUR 1.141.408,72 (2012: TEUR 1.793) und leitende Angestellte EUR 2.662.793,86 (2012: TEUR 561).

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer betragen EUR 4.120.065,53 (2012: TEUR 3.133).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betragen EUR 1.213.829,84 (2012: TEUR 1.528).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen EUR 114.577,93 (2012: TEUR 115).

Die Gesamtbezüge des Vorstandes (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 2.085.091,04 (2012: TEUR 2.132).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Pensionszahlungen) der früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 571.452,08 (2012: TEUR 567).

Zum 31.12.2013 haften Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates in Höhe von EUR 25.960,00 (31.12.2012: TEUR 14) aus. An Rückzahlungen wurden im Jahr 2013 EUR 18.820,00 (2012: TEUR 27) geleistet. Die durchschnittliche Laufzeit beträgt 29 Monate. Die Vorschüsse werden unverzinst zur Verfügung gestellt.

Anlagespiegel 2013 in EUR

EUR	Anschaffungskosten			
	Stand am 1.1.2013	Zugänge im GJ	Abgänge im GJ	Umbuchungen im GJ
WERTPAPIERE				
in. 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.097.791.395,43	327.525,00	-93.781.631,17	0,00
in. 3. Forderungen Banken	52.577.362,60	3.826.360,12	-10.258.353,68	0,00
in. 4. Forderungen Kunden	144.891.926,78	2.884.448,20	-84.765.213,25	2.581.491,09
in. 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinslich Wertpapiere	3.471.991.260,25	108.920.556,12	-1.672.573.950,15	-2.581.491,09
in. 6. Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.724.896,19	44.554.660,85	-2.531.228,94	0,00
Summe	4.768.976.841,24	160.513.550,29	-1.863.910.377,19	0,00
BETEILIGUNGEN				
a) an Kreditinstituten	29.320.968,51	44.823,50	-479.999,63	-19.054.251,48
b) an sonstigen Unternehmen	21.962.471,94	9.527,48	-1.546.250,85	19.054.251,48
Summe	51.283.440,45	54.350,98	-2.026.250,48	0,00
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN				
a) an Kreditinstituten	91.144.342,67	5.815.498,00	0,00	0,00
b) an sonstigen Unternehmen	2.436.693.804,75	78.398.321,91	-5.230.000,00	0,00
Summe	2.527.838.147,42	84.213.819,91	-5.230.000,00	0,00
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS				
	25.621.177,27	2.708.622,05	0,00	0,00
SACHANLAGEN				
a) Grundstücke und Bauten für den eigenen Geschäftsbetrieb	19.193.833,23	0,00	-18.831.959,01	0,00
b) Sonstige Grundstücke und Bauten	5.447.438,06	0,00	-5.135.361,00	0,00
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.791.147,61	749.001,95	-6.060.802,75	0,00
Summe	53.432.418,90	749.001,95	-30.028.122,76	0,00
GESAMTSUMME	7.427.152.025,28	248.239.345,18	-1.901.194.750,43	0,00

Währungs- umrechnung im GJ	Stand am 31.12.2013	kumulierte Abschreibung 2013	kumulierte Zuschreibungen 2013	Buchwert 31.12.2013	Buchwert 31.12.2012	Abschreibung 2013	Zuschreibungen 2013
-1.148.339,06	1.003.188.950,20	0,00	0,00	1.003.188.950,20	1.097.791.395,43	0,00	0,00
-3.344.185,12	42.801.183,92	0,00	0,00	42.801.183,92	52.577.362,60	0,00	0,00
-3.635.399,27	61.957.253,54	-3.060.906,73	0,00	58.896.346,81	141.713.505,53	0,00	0,00
-9.137.063,30	1.896.619.311,83	-20.078.746,45	0,00	1.876.540.565,38	3.436.470.627,56	-256.100,45	10.411,76
0,00	43.748.328,10	0,00	0,00	43.748.328,10	1.724.896,19	0,00	0,00
-17.264.986,75	3.048.315.027,59	-23.139.653,18	0,00	3.025.175.374,41	4.730.277.787,31	-256.100,45	10.411,76
0,00	9.831.540,90	-114.035,23	0,00	9.717.505,67	17.603.139,69	0,00	0,00
0,00	39.480.000,05	-19.648.789,42	0,00	19.831.210,63	16.803.462,35	-3.034.779,83	0,00
0,00	49.311.540,95	-19.762.824,65	0,00	29.548.716,30	34.406.602,04	-3.034.779,83	0,00
0,00	96.959.840,67	-10.313.798,92	0,00	86.646.041,75	86.114.041,75	-5.283.498,00	0,00
0,00	2.509.862.126,66	-1.540.016.143,31	0,00	969.845.983,35	1.074.313.449,70	-177.635.788,26	0,00
0,00	2.606.821.967,33	-1.550.329.942,23	0,00	1.056.492.025,10	1.160.427.491,45	-182.919.286,26	0,00
0,00	28.329.799,32	-16.443.440,92	0,00	11.886.358,40	11.655.451,67	-2.477.715,32	0,00
0,00	361.874,22	-155.265,85	0,00	206.608,37	1.321.114,61	-825.581,86	0,00
0,00	312.077,06	-83.324,65	0,00	228.752,41	5.115.533,37	-15.328,37	0,00
0,00	23.479.346,81	-14.585.982,85	0,00	8.893.363,96	11.428.380,77	-2.000.023,63	0,00
0,00	24.153.298,09	-14.824.573,35	0,00	9.328.724,74	17.865.028,75	-2.840.933,86	0,00
-17.264.986,75	5.756.931.633,28	-1.624.500.434,32	0,00	4.132.431.198,96	5.954.632.361,22	-191.528.815,72	10.411,76

INHALTSVERZEICHNIS LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	184
1.1 Geschäftsverlauf	184
1.1.1 Geschäftsverlauf	184
1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld	184
1.1.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	185
1.1.4 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel	186
1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen	187
1.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	187
1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren	187
1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	188
1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	189
2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens	190
2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	190
2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	192
2.2.1 Aktuelle Entwicklungen	192
2.2.2 Aufsichtsrechtliche Anforderungen	192
2.2.3 Kontrahentenrisiko	193
2.2.4 Kreditrisiko	193
2.2.5 Marktrisiko	194
2.2.6 Operationelles Risiko	194
2.2.7 Liquiditätsrisiko	195
2.2.8 Beteiligungsrisiko	195
2.2.9 Volksbank Romania S.A.	195
2.2.10 Sonstige Risiken	196
2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten	196
3 Bericht über Forschung und Entwicklung	196
4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	196
4.1 Kontrollumfeld	196
4.2 Risikobeurteilung	197
4.3 Kontrollmaßnahmen	197
4.4 Information und Kommunikation	197
4.5 Überwachung	197

LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Geschäftsverlauf

Die Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden.

Im Bereich Non Core sind alle Assets, Beteiligungen und Tochterunternehmen gebündelt, die nicht mehr zum Kerngeschäft der ÖVAG gehören. In Übereinstimmung mit dem Restrukturierungsplan müssen diese werterhaltend abgebaut oder verkauft werden. Dazu zählen insbesondere im Bereich der Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen die Volksbank Romania S.A., die VB Leasing International sowie die Volksbank Malta und IK International Bank, Malta. Bei den vorgenannten Gesellschaften wird derzeit in unterschiedlichen Szenarien der Abbau bzw. der Verkauf evaluiert.

In 2013 konnten bereits zahlreiche Abbau-Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden. Hierzu zählt, neben dem Abbau des Non-Core Business Corporate Customers Bereich von über 1 Mrd. Euro und letztendlich der Schließung des eigenständigen Bereichs zum Jahresresultimo 2013, auch der Verkauf zahlreicher Büroobjekte (Renngasse 10, Wasagasse 2, Peregringasse 2 und 4 sowie der Kolingasse 15-17 und 19, sämtliche in Wien gelegen). Durch den in 2013 erfolgreich durchgeführten Rückkauf und Umtausch von Ergänzungskapitalanleihen konnte ein positiver Eigenmitteleffekt von EUR 136,5 Mio. erzielt werden. Weiters erfolgte eine Reduktion des ABS-Portfolios um EUR 744,8 Mio. Darüber hinaus konnten die Refinanzierungslinien gegenüber der Volksbank Romania S.A. im Geschäftsjahr 2013 erneut deutlich reduziert werden (Reduktion um EUR 0,5 Mrd.).

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Eigenmittelquote im Fokus der strategischen Zielsetzung. Das Ergebnis des Jahres 2013 ist jedoch zwangsläufig durch Einmaleffekte belastet, die aus negativen Marktbewertungen und Realisaten aus Assets resultieren. Das ist in Zeiten steigender risk return-Erwartungen kaum zu vermeiden. Auch die neue Aufgabenstellung der ÖVAG erfordert umfangreiche Investitionen bei Personal- und Sachkapazitäten mit entsprechenden Kosten, die das Ergebnis zusätzlich belasten.

Der Vorstand der ÖVAG hat in den beiden vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken.

1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld

Die Konjunktur war im vergangenen Jahr mit einer durch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) geschätzten realen Jahreswachstumsrate von 0,3% so matt, dass auch die rückläufigen Daten vom Kreditmarkt nicht überraschen dürfen. Sowohl der Kreditmarkt als auch die Gesamtwirtschaft wiesen in Österreich aber bessere Wachstumsraten auf als in der Eurozone insgesamt. Den größten Wachstumsbeitrag lieferte der Außenhandel. Die für das Bankgeschäft wichtigere private Inlandsnachfrage stagnierte jedoch (Konsum) bzw. war sogar rückläufig (Investitionen).

Die Teuerung war mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,1% nach EU-Berechnungsmethode moderat (nationale Methode: 2%) mit fallender Tendenz. Sie war aber auch zum Jahresende noch höher als in der Eurozone insgesamt. Die Arbeitslosenrate – einmal mehr die niedrigste innerhalb der Eurozone – war für österreichische Verhältnisse hoch und nahm im Jahresverlauf auf 9,5% (nationale Methode) zu. Im Jahresdurchschnitt betrug sie nach nationaler Methode 7,7%.

Trotz der Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank sind sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen im Laufe des vergangenen Jahres leicht angestiegen; sie blieben aber auf sehr niedrigem Niveau. Die Rendite der zehnjährigen österreichischen Staatsanleihe lag zu Jahresende bei 2,27% und damit um etwa 50 Basispunkte höher als zu Jahresbeginn.

Das ungewöhnlich niedrige Zinsniveau, die schwache Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen und die zunehmende Arbeitslosigkeit trugen dazu bei, dass die Einlagen privater Haushalte im vergangenen Jahr österreichweit stagnierten. Während 2012 noch ganz durch die „Flucht in Sachwerte“ gekennzeichnet war, verlor dieser Trend 2013 an Schwung. Wertpapiere wurden wieder mehr, Immobilien etwas weniger nachgefragt. Die Entwicklung der Immobilienpreise flachte etwas ab. Laut OeNB-Index betrug die Zunahme in Wien 8,6% (2012: 15,8%),

außerhalb Wiens lag sie bei 2,7% (2012: 10,8%). Die höchste Zuwachsrate wiesen weiterhin die Eigentumswohnungen auf (6,4% nach 11,6% im Jahr 2012). In der Eurozone blieb die Jahresveränderung der Wohnimmobilienpreise zumindest im dritten Quartal hingegen noch negativ, wobei seit dem 2. Quartal aber leichte Zuwächse im Quartalsvergleich verzeichnet wurden. Umgekehrt war der Verlauf in Rumänien, wo die Preise im dritte Quartal zwar noch höher waren als ein Jahr zuvor, seit dem zweiten Quartal jedoch wieder rückläufige Quartalsraten zu beobachten waren. Laut EBUILD stieg auch die Bautätigkeit am rumänischen Wohnungssektor, die von 2010 bis 2012 negative Jahresraten aufwies, 2013 wieder an; auch der Nicht-Wohnbau expandierte.

In den meisten Ländern Zentral- und Südosteuropas waren die Preise für Wohnimmobilien zum Ende des dritten Quartals laut Eurostat etwas niedriger als ein Jahr zuvor. Sehr deutlich war der Rückgang allerdings in Kroatien. Die Bautätigkeit war in den meisten zentraleuropäischen Ländern innerhalb und außerhalb des Wohnbaus schwach.

2013 nahm die Bruttowertschöpfung – in absteigender Reihenfolge – in den folgenden Sektoren in Österreich zu: Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Warenproduktion und Bergbau, Bauwesen, Grundstücks- und Wohnungswesen. In den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen war sie hingegen rückläufig.

Trotz der Zunahme bei der Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungswesen war das Betriebsergebnis aller österreichischen Kreditinstitute zusammen in den ersten drei Quartalen 2013 um etwa 13% niedriger als im gleichen Zeitraum 2012. Am niedrigen Zinsniveau gelitten haben vor allem die Zinserträge, die um fast 20% gefallen sind. Der Nettozinsertrag ist im gleichen Zeitraum um etwa 2% gefallen. Ebenfalls gelitten haben die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, während die Provisionserträge zulegen konnten.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hat Österreich noch immer eine sehr gute Kreditqualität zu verzeichnen. Laut Statistik des Internationalen Währungsfonds lag der Anteil von Non-performing loans in Österreich im ersten Quartal 2013 bei 2,8%. Die Anzahl der Insolvenzen war 2013 in fast allen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (Österreich gesamt: minus 10%), die einzelnen Fälle waren zum Teil aber ungewöhnlich groß. Den stärksten Rückgang verzeichnete Vorarlberg mit fast 25%. Ein sehr leichter Anstieg war nur in Tirol zu verzeichnen.

Der für das verbliebene Auslandsgeschäft wichtigste Markt Rumänien wies im vergangenen Jahr durchaus robuste makroökonomische Eckdaten aus. Das Bruttoinlandsprodukt erreichte im dritten Quartal eine reale Jahreswachstumsrate von 4,1%. Dies ging erwartungsgemäß zwar teilweise auf einen positiven Basiseffekt in der Landwirtschaft zurück, es wird aber auch im Gesamtjahr 2013 ein reales BIP-Wachstum von mehr als 2% erwartet (zB EU-Kommission November 2013: 2,2%). Das Leistungsbilanzdefizit, das das Land vor der Finanzkrise zunehmend abhängig von kurzfristigen Kapitalzuflüssen und entsprechend anfällig gemacht hatte, ist 2013 weiter gesunken. Stark rückläufig entwickelte sich die Inflation, die in der zweiten Jahreshälfte ins Zielband zurückkehrte und im Dezember mit 1,55% sogar den tiefsten Wert seit 24 Jahren erreichte. Trotz des 2013 verzeichneten Wirtschaftswachstums ist die Non-Performing-Loan-Quote für den gesamten rumänischen Bankensektor in den ersten drei Quartalen weiter angestiegen und lag laut Zentralbank im dritten Quartal bei 21,6%.

1.1.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Nettozinsertrag liegt mit EUR 88,5 Mio. deutlich über dem Vorjahreswert in Höhe von EUR 58,5 Mio. Die Gründe für den Anstieg sind im Wesentlichen Einmalserträge aus der Auflösung von Zinsswaps.

Die Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren haben sich mit EUR 6,7 Mio. gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant verändert. Die Erträge aus Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen sind 2013 mit insgesamt EUR 52,7 Mio. im Vergleich zu EUR 48,5 Mio. geringfügig angestiegen.

Die Provisionserträge sind um EUR 14,5 Mio. auf EUR 42,8 Mio. zurückgegangen. Der Grund dafür ist im Wesentlichen der starke Rückgang der Garantiprovisionen aus dem Kreditgeschäft. Die Provisionsaufwendungen sind von EUR 22,8 Mio. auf EUR 35,7 Mio. angestiegen, im Wesentlichen hervorgerufen durch einen Anstieg der Provisionsaufwendungen im Wertpapierbereich und im Kreditbereich, und zwar aufgrund geringerer CDS-Erträge sowie höhere Provisionen für das Covered Bond Programm und die erstmaligen Garantiprovisionen für die Asset Garantie der Republik Österreich.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften weist einen positiven Saldo in Höhe von EUR 20,0 Mio. auf, es verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 14,3 Mio., was vor allem auf einem Rückgang der Erträge aus dem Handels- und Bewertungsergebnis festverzinslicher Wertpapiere aufgrund verringerten Bestandes sowie auf dem Ergebnis aus Zinsderivaten beruht.

In den sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 259,6 Mio. sind Tilgungserlöse aus Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen in Höhe von EUR 152,3 Mio. (2012: EUR 183,8 Mio.) enthalten. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr in Höhe von EUR 39,4 Mio. ist im Wesentlichen zurückzuführen auf einen Anstieg der Erträge aus weiterverrechneten Aufwendungen sowie auf die höhere Auflösung von Rückstellungen, insbesondere der Rückstellungen für negative Marktwerte aus Derivaten.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind mit EUR 156,8 Mio. fast unverändert. Innerhalb der Verwaltungsaufwendungen sind die Personalaufwendungen um EUR 3,4 Mio. auf EUR 73,7 Mio. angestiegen. Der Grund dafür liegt im Wesentlichen im Posten Aufwendungen für Abfertigungen, da im Vorjahr ein Ertrag aus der Auflösung der Abfertigungsrückstellung gegeben war. Die Gehälter wurden um 2,7% auf EUR 52,7 Mio. reduziert. Der Sachaufwand wurde um EUR 3,6 Mio. auf EUR 83,1 Mio. reduziert, wobei innerhalb des Sachaufwands vor allem Aufwendungen für ausgelagerte Tätigkeiten sowie für Datenverarbeitung angestiegen sind, gesunken sind insbesondere Beiträge zu Verbänden und Vereinen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich trotz deutlich geringeren Aufwendungen für negative Marktwerte von Derivaten von insgesamt EUR 47,5 Mio. auf EUR 54,6 Mio. erhöht, dies ist im Wesentlichen auf die Umgliederung der Aufwendungen aus Fondshaftungen vom Bewertungsergebnis in diesen Posten zu erklären.

Die gesamten Betriebsaufwendungen sind um EUR 7,2 Mio. auf EUR 216,6 Mio. angestiegen, was insbesondere auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen ist.

Das Betriebsergebnis 2013 liegt somit mit EUR 218,0 Mio. um EUR 24,9 Mio. über jenem des Vorjahres.

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis stellt sich 2013 mit EUR 400,8 Mio. gegenüber dem Vorjahr um EUR 157,0 Mio. verschlechtert dar. Die wesentlichen Gründe dafür bestehen darin, dass im Vorjahr zwei Sondereffekte zu einer Ergebnisverbesserung in diesem Posten beigetragen haben:

- 1) Durch die mit 15.3.2013 unterschriebene Asset Garantie der Republik Österreich für ausgewählte Forderungen konnten im Geschäftsjahr 2012 gebildete Wertberichtigungen in Höhe von EUR 76,3 Mio. storniert und in früheren Jahren gebildete Wertberichtigungen in Höhe von EUR 27,7 Mio. aufgelöst werden. Insgesamt ergab sich aus der Asset Garantie eine Ergebnisverbesserung für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von EUR 100 Mio.
- 2) In dem Posten Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken war ein Ertrag von EUR 139,3 Mio. enthalten, der im Wesentlichen aus der Auflösung der Rückstellung für Kreditderivate (CDS) resultierte. Im Geschäftsjahr war aus diesem Titel lediglich ein Ertrag in Höhe von EUR 2,0 Mio. zu verzeichnen.

Für drohende Verluste aus dem in Vorbereitung befindlichen Verkauf der Volksbank Romania S.A. wurde 2013 eine Rückstellung in Höhe von EUR 62,0 Mio. dotiert. Weiters wurde ein im Geschäftsjahr geleisteter Kapitalzuschuss an die VBI Holding GmbH in Höhe von EUR 60,2 Mio für die Durchführung von Kapitalmaßnahmen bei der Volksbank Romania S.A. zur Gänze abgeschrieben.

Hinsichtlich eines detaillierteren Vergleichs des Bewertungsergebnisses 2013 zum Vorjahr wird auf den Punkt „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung – Bewertungs- und Veräußerungsergebnis“ im Anhang verwiesen.

Die Verschlechterung im Bewertungsbereich trug somit wesentlich dazu bei, dass es zu einem negativen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR -182,8 Mio. im Geschäftsjahr 2013 kam, somit zu einer Verschlechterung von EUR 132,1 Mio. im Vergleich zum EGT 2012 in Höhe von EUR -50,7 Mio.

Die ÖVAG ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Der Steuerertrag von EUR 11,3 Mio. setzt sich vor allem aus einem Steueraufwand aus der laufenden Körperschaftsteuer in Höhe von EUR 0,1 Mio., einem Körperschaftsteuerertrag aus Vorperioden infolge der Gruppenverrechnung 2012 in Höhe von EUR 2,5 Mio., aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der Gruppenverrechnung 2013 in Höhe von EUR 10,1 Mio. sowie aus einer Körperschaftsteuernachzahlung für Vorjahre in Höhe von EUR 1,3 Mio. zusammen. Die Zusammensetzung des Saldos aus positiven und negativen Steuerumlagen ist im Anhang unter „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ dargestellt.

In den sonstigen Steuern ist im Wesentlichen die Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz in Höhe von EUR 45,6 Mio. (2012: EUR 45,6 Mio.) enthalten sowie die Dotierung einer Rückstellung für die Abzugssteuer gemäß § 99 EStG in Höhe von EUR 7,3 Mio. (2012: EUR 0,0 Mio.).

1.1.4 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel

Erwartungsgemäß und im Einklang mit den von der Aufsicht vorgegebenen Zielen ist die Bilanzsumme im Jahr 2013 weiter gesunken. Diese verringerte sich von EUR 27,2 Mrd. um 22,9 % auf EUR 20,9 Mrd. Auf der Aktivseite ist der Rückgang überwiegend auf die Verringerung der Posten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Vermögensgegenstände zurückzuführen. Auf der Passivseite trugen im Wesentlichen die Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten zur Bilanzsummenreduktion bei.

Der planmäßige Abbau des Kundengeschäftes manifestiert sich primär in einer Verringerung der Forderungen an Kunden um EUR 2,2 Mrd. auf EUR 5,9 Mrd. Auch der Abbau der Schuldverschreibungen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere wurde fortgesetzt und verringerte sich demgemäß um EUR 1,4 Mrd. auf EUR 2,6 Mrd.

Der Abbau im Derivatebereich schlägt sich im Posten Sonstige Vermögensgegenstände nieder, wo die Verringerung von EUR 3,1 Mrd. auf EUR 1,8 Mrd. fast ausschließlich auf den Rückgang der Interest Rate Swaps und anderer Derivate zurückzuführen ist.

Auf der Passivseite war der stärkste Rückgang bei den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen, die um EUR 2,5 Mrd. auf EUR 7,8 Mrd. gesunken sind. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige Tilgungen zurückzuführen; primär ist hiervon die Tilgung der letzten vom Bund garantierten Emission in Höhe von EUR 1 Mrd. zu nennen.

Durch das Umtauschangebot für Ergänzungskapitalanleihen in neue Basel III taugliche Nachranganleihen verzeichnete die Position Nachrangige Verbindlichkeiten einen leichten Anstieg, während das Ergänzungskapital einen Rückgang aufweist.

Die Verringerung der Sonstigen Verbindlichkeiten um EUR 1,3 Mrd. auf EUR 1,6 Mrd. ist wie auf der Aktivseite durch den Abbau des Derivatebereichs zu erklären.

Die anrechenbaren Eigenmittel der ÖVAG verringerten sich um EUR 420,2 Mio. auf EUR 1.466,1 Mio. Das Eigenmittelerfordernis zum 31.12.2013 in Höhe von EUR 777,9 Mio. wird mit EUR 688,2 Mio. übererfüllt (31.12.2012: EUR 757,6 Mio.). Das Kernkapital hat sich gegenüber dem 31.12.2012 um EUR 220,5 Mio. auf EUR 912,6 Mio. verringert.

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko ist aufgrund der Abbaumaßnahmen um EUR 3,9 Mrd. auf EUR 8,5 Mrd. gesunken. Die Tier I Ratio (Verhältnis Kernkapital zur Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko) betrug 10,7 % (Vorjahr: 9,1 %). Die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko lag bei 15,1 % (Vorjahr: 13,4 %).

1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen

Die ÖVAG verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Eigenmittelquoten sowie die Stärkung der Eigenmittel im Fokus der strategischen Zielsetzung. Die bankrechtlichen Eigenmittel der ÖVAG betragen zum 31.12.2013 EUR 1,5 Mrd. (31.12.2012 EUR 1,9 Mrd.). Im Vergleich zum Ultimo 2012 konnten die risikogewichtete Aktiva um EUR 4,4 Mrd. auf EUR 9,7 Mrd. (Gesamtrisiko) reduziert werden, was insbesondere auf die erfolgreichen Abbaumaßnahmen im Bereich Non-core Unternehmen, Non-core Immobilien und bei Bankbuchpositionen zurückzuführen ist. Die ÖVAG befindet sich mit diesen Abbaumaßnahmen vor den von der EU Kommission vorgegebenen Abbauzielen.

Die vorhandenen Eigenmittel übersteigen das regulatorische Erfordernis um EUR 688,2 Mio.

- Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 9,4% (31.12.2012: 8,0%), bezogen auf das Kreditrisiko 10,7% (31.12.2012: 9,1%).
- Die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 15,1% (31.12.2012: 13,4%), bezogen auf das Kreditrisiko bei 17,2% (31.12.2012: 15,1%).

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2013 -20,6% (2012: -5,0%), der ROE nach Steuern -25,3% (2012: -13,2%). Der ROE vor Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres, der ROE nach Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresüberschuss/-fehlbetrag und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio liegt im Berichtsjahr bei 113,6% (2012: 122,6%). Die Cost-Income-Ratio wird berechnet als Quotient zwischen den Betriebsaufwendungen und der Summe aus Nettozinsenertrag, Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen und aus Provisionserträgen.

Die Risk-Earnings-Ratio liegt im Jahr 2013 bei 158,9% (2012: 154,1%). Die Risk-Earnings-Ratio errechnet sich durch Division des Saldos aus Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen durch die Summe aus Nettozinsenertrag und Erträgen aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Die Loan-to-Deposit-Ratio beträgt im Berichtsjahr 223,4% (2012: 293,2%). Die Loan-to-Deposit-Ratio wird errechnet als Quotient zwischen Forderungen an Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Die neuen Aufgabenstellungen der ÖVAG verlangen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation und implizieren oftmals auch ein modifiziertes Anforderungsprofil für manche Positionen. Daher wurde im Berichtsjahr eine Reihe von Veränderungen bei den Führungspositionen vorgenommen. 10 Bereichsleiterpositionen wurden neu besetzt, zudem kam zu einer Verschlinkung des Organigramms durch Zusammenlegung von Bereichen. Aber auch im Vorstand gab es eine Änderung: Mag. Christoph Raninger hat mit 15. Februar 2013 das Vorstandsressort für die Bereiche Financial Markets & Group Treasury, Kommerzgeschäft und Leasing übernommen. Generell kann festgehalten werden, dass bedingt durch die veränderte Situation insbesondere auf die Bereiche Compliance, Rechnungswesen und Risikomanagement zusätzliche Schwerpunkte zu legen waren.

Der ÖVAG-Konzern beschäftigte zum Ultimo 2013 1.854 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente), davon 1.101 im In- und 753 im Ausland. Das sind um 59 Mitarbeiter weniger als zum Jahresende 2012. Der Rückgang entspricht dem mit den Eigentümern vereinbarten Restrukturierungsprozess.

Das Durchschnittsalter lag im abgelaufenen Jahr bei 41,1 Jahren und liegt damit leicht über dem Wert der vergangenen Jahre. Die Akademikerquote von 39,8 % zeigt das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. Der Frauenanteil ist mit 55,0 % annähernd gleich geblieben. Die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich vorwiegend wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Elternteilzeit auf 19,6 %.

Die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches sind weiterhin ein wichtiges Anliegen. Dabei wird auf Talent-Management und Führungskräfteentwicklung ebenso Augenmerk gelegt wie auf alle wesentlichen Fachthemen. Neben der Volksbanken Akademie wurden 2013 externe Trainings, spezifische Inhoustrainings und vor allem wieder zahlreiche Schulungen der internen Trainingsinitiative „WIN“ (Wissen intern nutzen) angeboten. Im Schnitt besuchte jeder Inlandsmitarbeiter rund 2,4 Seminartage, bei den Führungskräften lag die Quote bei rund 4,6 Tagen.

Unternehmerische Verantwortung und Nachhaltigkeit

Unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen bedeutet die Geschäftstätigkeit nachhaltig auszurichten und darzulegen, wie ökologische, soziale und ethische Kriterien in den verschiedensten Bereichen der Bank integriert werden. Mit dem Ausrollen des Nachhaltigkeitsmanagements in die regionalen Volksbanken unterstützt die ÖVAG die Umsetzung genossenschaftlicher Grundwerte in konkrete nachhaltige Ziele und Maßnahmen.

Initiativen zum Umwelt- und Klimaschutz

Im Berichtsjahr hat die ÖVAG erneut das von der Stadt Wien geförderte betriebliche Umweltschutzprogramm ÖKOPROFIT erfolgreich absolviert und im März 2014 eine Auszeichnung für Umweltschutzmaßnahmen erhalten. Anfang 2014 veröffentlichte die ÖVAG den zweiten Umweltbericht für das Geschäftsjahr 2013. Die Berichterstattung der Umweltmanagementdaten konzentriert sich seit 2012 auf das Headquarter in der Kolingasse 14-16, 1090 Wien, und einen weiteren Standort in der Peregringasse 2-4, 1090 Wien. Der vollständige Bericht ist nachzulesen unter www.volksbank.com.

Geschäftsreisen

Die zurückgelegten Flugkilometer sind seit dem Verkauf der Volksbank International AG im Berichtsjahr 2011 stark zurückgegangen.

Wärme und Strom

100 % der beheizten Bürofläche sind mit Fernwärme erschlossen. Seitens der Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG erhielt die ÖVAG für 2013 ein Wasserkraft-Zertifikat, das garantiert, dass bei der Stromerzeugung für die ÖVAG keine CO₂-Emissionen verursacht werden und dass für die Versorgung der ÖVAG 2013 ausschließlich Strom aus Wasserkraft bereitgestellt wird. Die Photovoltaikanlage am Dach der Konzernzentrale lieferte 2013 27.303 kWh grünen Strom. In den letzten beiden Berichtsjahren betrug der Stromverbrauch rund 3.800.000 kWh und der Stromverbrauch pro Mitarbeiter lag bei rund 4.600 kWh.

Internationaler Handel mit Klimaschutzzertifikaten

Die ÖVAG hat sich als Treuhänderin für österreichische Unternehmen aus der Elektrizitäts- und Mineralölwirtschaft sowie der Glas- und Ziegelindustrie mit EUR 7 Mio. an dem mit rund EUR 83 Mio. dotierten KfW-Klimaschutzfonds beteiligt, der für Fondsteilnehmer Emissions-Zertifikate aus Treibhausgas reduzierenden Klimaschutzprojekten, so genannten JI/CDM-Projekten, ankauft. Dieses Programm ist mit 30.4.2013 offiziell ausgelaufen und abgeschlossen. Insgesamt wurden 2013 in Summe noch 41.251 Zertifikate an Industrie- und Energiekunden transferiert.

Ressort Markt

Der Geschäftsbereich Capital Markets Products & Sales bietet ein breites Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten an. Das Volumen der nachhaltig veranlagten Gelder stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an, ebenso ihr Anteil am Gesamtvolumen aller Fonds und Zertifikate.

Verzicht auf Agrar-Rohstoff-Produkte

2013 wurde der im Vorjahr getroffenen geschäftsstrategischen Entscheidung, keine neuen Produkte auf Agrar-Rohstoffe auf den Markt zu bringen, weiterhin entsprochen.

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Das Jahr 2013 stand vor allem im Zeichen der gravierenden Umstellungen, die sich durch Gründung des Kreditinstituteverbundes nach § 30a BWG durch die ÖVAG mit den Primärbanken ergaben sowie der Neustrukturierung der ÖVAG und derer Prozesse und Systeme.

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich „Organisation/IT“ lag auf der Modernisierung der bestehenden Treasury-Systeme.

Das Projekt „Einführung Murex“, das in mehreren Phasen (die erste wurde Ende 2012 abgeschlossen) live gehen wird, findet sich kurz vor Abschluss der im Jänner 2013 begonnenen Phase 2. In dieser Phase werden die Funktionalität für FX- und Geldmarkt-Geschäfte – also Geschäftserfassung, Positionsführung, Abwicklung und Risikomanagement – implementiert. Damit wird eine Ablöse der bestehenden, in die Jahre gekommenen Systeme möglich. Im 1. Quartal 2014 werden die Systemintegrations- und Gesamtstreckentests stattfinden. Die Phase 2 des Projekts wird im Mai 2014 beendet.

Aufbauend auf Murex begann die ÖVAG 2013 mit der Einführung einer IFRS-Hedge-Engine für die prospektive und retrospektive Ermittlung der Hedge-Effektivität unter IFRS und UGB; die Anwendung wird in der IT-Architektur der ÖVAG integriert sein. Aktuell wurde das fachliche Pflichtenheft abgenommen sowie das Entwicklungs- und Testsystem zur Verfügung gestellt. Die Datenanlieferung ist am Laufen, die Abnahme des Systems ist für Mitte 2014 geplant.

Innerhalb des Volksbanken-Verbundes ist die ÖVAG in ihrer Rolle als Zentralorganisation auch der Treiber der gemeinschaftlichen Projekte: Besonders hervorzuheben ist das Projekt „Mustermandant“, das die Standardisierung von Prozessen und IT im Volksbank-Sektor zum Ziel hat. Die Vereinheitlichung wird zu Effizienzvorteilen in den Volksbanken führen, in der ÖVAG werden dafür nachhaltige Betreuungsstrukturen geschaffen. Die erste Projektphase wurde im Oktober 2013 abgeschlossen. Seitdem wurden drei Volksbanken auf die Mustermandanten-Funktionalität umgestellt, weitere sechs Volksbanken, die Fusionsabsichten haben, befinden sich derzeit im Migrationsprozess.

Für den Verbund treibt die ÖVAG zudem das gemeinsame Projekt zur Implementierung der neuen Basel III-Standards und der Einrichtung des Verbund-Meldewesens an. Das Teilprojekt zur Einrichtung eines Verbundmeldewesens wurde im Juni 2013 abgeschlossen, die Basel III-Schaubilder, die erstmals zum Stichtag 31. März 2014 gemeldet werden müssen, wurden ebenfalls bereits produktiv gesetzt. Offen bleiben im Projekt noch jene Schaubilder, deren erster Meldestichtag der 30. Juni 2016 ist, die aber erwartungsgemäß zeitgerecht geliefert werden.

Im 2. Quartal 2013 wurde seitens der OeNB eine vollumfängliche § 70 BWG Prüfung des Umsetzungsstandes des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) auf Ebene des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG durchgeführt. Das Prüfgutachten der OeNB zeigte die noch nicht vollzogene Vereinheitlichung der unterschiedlichen ICAAP-Systeme sowie die noch zu wenig ausgeprägte einheitliche und zentrale Risikomanagementkultur im Kreditinstitute-Verbund auf. Die Ergebnisse der Prüfung wurden zum Anlass genommen ein umfassendes Projekt zur Abarbeitung der Feststellungen aufzusetzen. Dieses wird auch noch das gesamte Jahr 2014 in Anspruch nehmen.

1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses

Im Jänner und Februar 2014 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitigen Rückführungen von Immobilienkrediten im Ausmaß von EUR 491 Mio. durchgeführt werden.

Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) und Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP)

Verbunden mit der in 2013 von der OeNB durchgeführten § 70 BWG Prüfung über den ICAAP Umsetzungsstand auf Ebene des Kreditinstitute-Verbundes wurde auch gleichzeitig die Beurteilung der Kapitaladäquanz des Kreditinstitute-Verbundes im Rahmen des Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) Prozesses durch die Aufsicht vorgenommen.

Am 19. Dezember 2013 wurde seitens der Finanzmarktaufsichtsbehörde ein Entscheidungsentwurf übermittelt, der eine Eigenmittelquote von 13,6% für den Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG vorsieht. Ein endgültiger Bescheid seitens der Finanzmarktaufsicht, der die genaue Eigenmittelquote sowie den Stichtag festlegt, liegt derzeit noch nicht vor.

Asset Quality Review (AQR) und Banken-Stresstest 2014

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM: Single Supervisory Mechanism) die Aufsicht u.a. auch für den § 30a BWG Volksbanken-Verbund übernehmen wird, wird als Vorbereitung des SSM und zur Erhöhung der Transparenz über die Werthaltigkeit der Vermögensgegenstände ein so genanntes Comprehensive Assessment bei 128 Instituten in Europa durchgeführt.

Der Asset Quality Review ist ein Teil dieses Assessments: Mittels Prüfung der Aktiva-Qualität soll eine Abschätzung der Angemessenheit der durch den Volksbanken-Verbund getroffenen Risikovorsorge zum Stichtag 31. Dezember 2013 erfolgen – mit potentieller Implikation einer Anforderung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote. Dabei müssen Institute risikobehaftete Positionen gemäß standardisierter Datendefinitionen zur Verfügung stellen.

Ein Team aus Vertretern der EZB, der OeNB und externen Sachverständigen wird die Prozesse, Verfahren und Rechnungslegungspraktiken des Volksbanken-Verbunds untersuchen, die Kreditexposures und Risikovorsorgen analysieren und eine Bewertung der Sicherheiten und des Immobilienvermögens vornehmen. Begleitend werden Datenkonsistenzprüfungen, vergleichende Portfolioanalysen sowie eine eingehende Prüfung von in Modelle einfließenden Daten und Annahmen durchgeführt. Die Vor-Ort-Prüfung, die u.a. auch eine detaillierte Kreditprüfung auf Basis einer von der Aufsicht vorgegebenen Stichprobe umfasst, wird von März bis Juli 2014 durchgeführt werden.

Die Verbundstruktur stellt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Herausforderung dar, mit der sich der Volksbanken-Verbund im AQR auch von anderen geprüften Banken unterscheidet. Die zu prüfende Stichprobe kann sich über alle Institute im Verbund erstrecken: österreichische Primärbanken, die Volksbank Rumänien, die ÖVAG selbst sowie ÖVAG-Tochterunternehmen.

Zur Vorbereitung hat die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes im vierten Quartal 2013 ein verbundweites Projekt aufgesetzt, das im Jahr 2014 insbesondere mit den folgenden wesentlichen Zielen weiter vorangetrieben wird:

- Die Transformation der EZB-Datendefinition in verbundinterne Datenanforderungen;
- Vorbereitung und Erstellung einer Lösung eines adäquaten AQR Datenhaushalts. Dazu gehören u.a. die Einrichtung eines Datenraumes, die Prüfung der Datenverfügbarkeit sowie der Datenqualität, die Vorbereitung und Lieferung der von der österreichischen Aufsicht definierten Portfoliokennzahlen gemäß Portfolio Template und die Vorbereitung der Lieferung der als „Risky Portfolios“ identifizierten Geschäfte auf Einzelgeschäftsebene gemäß EZB Datendefinition „Loan Tape“;
- Vorbereitung der Kreditprüfung durch externe Berater.

Mit diesem Projekt versucht sich die ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbunds möglichst effizient auf diesen bevorstehenden aufsichtsrechtlichen Prozess vorzubereiten.

Die Ergebnisse des AQR werden im Volksbanken-Verbund genutzt werden, das Verständnis der bestehenden Risiken und ihrer Auswirkungen noch weiter zu schärfen. Ziel ist es auch, dabei eine möglichst gute Ausgangsbasis für den im Anschluss an den AQR stattfindenden Bankenstress-Test 2014 zu erreichen.

Verkaufsprozesse

Die Verkaufsprozesse für die Beteiligungen an der Investkredit International Bank plc, an der VB Leasing International Gruppe sowie an der Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Derzeit finden Verkaufsverhandlungen mit potenziellen Käufern statt, wobei ein für alle Verkaufsprozesse angestrebtes Closing in 2014 sowohl von den Ergebnissen der weiteren Verhandlungsrunden als auch von der Zustimmung der jeweiligen lokalen Aufsichtsbehörden abhängt.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. finden derzeit die Verhandlungen zur Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses statt. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 soll der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG eingebracht. Auf Basis der in der Klage vorgebrachten Ansprüche und nach eingehender Analyse der darin vorgebrachten Vorwürfe kann derzeit kein ersatzpflichtiger Schaden festgestellt werden. Derzeit finden Gespräche mit der Sberbank of Russia betreffend der eingebrachten Schiedsklage statt.

Hinsichtlich der offenen Finanzierungen gegenüber der Alpine Gruppe weisen wir darauf hin, dass die Republik Österreich unter anderem die ordnungsmäßige Erfüllung aus dem ULSG resultierender Informationspflichten der finanzierenden Banken anzweifelt und bislang die Garantieleistung in Höhe von EUR 15 Mio für die ULSG-Finanzierungslinien der ÖVAG noch nicht erfolgt ist.

2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Das WIFO geht in seiner im Jänner veröffentlichten Konjunkturprognose von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,7% aus, die meisten anderen Institutionen sind mit ihrer Erwartung allerdings etwas zurückhaltender (OeNB 1,6%, OECD 1,7%). Der private Konsum, der für den bei weitem größten Teil der Wirtschaftsleistung Österreichs verantwortlich ist, wird voraussichtlich nur sehr schwach wachsen. Die Hauptgründe dafür sind erstens die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die im Laufe des Jahres sogar weiter steigen sollte. Damit verbunden ist

auch die zu erwartende schwache Entwicklung der Reallöhne. Zweitens werden Steuererhöhungen die Kaufkraft belasten. Auf Grund der fortschreitenden Budgetkonsolidierung können auch vom staatlichen Konsum nur wenige Wachstumsimpulse erwartet werden. So sollte der Aufschwung nächstes Jahr hauptsächlich auf den Investitionen und – getrieben von der internationalen Nachfrage – den Nettoexporten ruhen. Mit der Investitionsnachfrage sollte – leicht zeitverzögert zum Wirtschaftswachstum – auch die Kreditnachfrage wieder zunehmen. Entsprechend der gedämpften Konsumnachfrage, den stabilisierten Rohstoffpreisen und dem europäischen Trend sollte die Inflation 2014 gering bleiben. Aufgrund des internationalen Renditezusammenhangs dürften die Kapitalmarktzinsen dennoch ihren leicht steigenden Trend aus dem Vorjahr beibehalten.

Die Europäische Kommission geht in ihrer Prognose vom November 2013 für das Jahr 2014 von einem Zuwachs des rumänischen Bruttoinlandsprodukts um 2,1% aus, wobei der Außenhandel allmählich von der Binnennachfrage als Wachstumsmotor abgelöst werden sollte. EBUILD geht für die kommenden Jahre von der Fortsetzung der moderaten Erholung am Immobiliensektor aus. In Tschechien rechnet Euroconstruct im Jahr 2014 mit einer Bautätigkeit, die sich leicht unterhalb des Niveaus von 2013 bewegt, aber dann (2015, 2016) immerhin nicht mehr weiter fällt. Für Ungarn und Polen wird hingegen von über alle Sektoren hinweg positiven Wachstumsraten ausgegangen.

Geschäftsentwicklung / Going Concern

Allgemein

Der Vorstand der Österreichischen Volksbanken-AG hat in den beiden vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95% für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III-Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- Verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte, was in der kontinuierlichen Stärkung der Eigenmittelquote klar zum Ausdruck kommt,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Die Eigenmittel-Quote bezogen auf das Gesamtrisiko des ÖVAG Einzelinstitutes lag zum 31.12.2013 bei 15,1 %. Die Mittelfristplanung für die Jahre 2014 – 2018 zeigt, dass in dieser Periode die regulatorischen Eigenmittel-Quoten erfüllt werden können.

Volksbanken Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG

Der Vorstand erwartet, dass mit dem angekündigten JRAD-Bescheid der FMA der ÖVAG in ihre Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes gemäß Verbundvertrag nach §30a BWG eine Eigenmittelquote von 13,6% nach Basel III vorgeschrieben wird.

Diese Festsetzung wird auf Basis des Kreditportfolios und des Risikoregimes zum Stichtag 31.12.2012 erfolgen. Inwieweit der tourliche Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) – Prozess in 2014 für den Stichtag 31.12.2013 die weit über der Planung liegenden Abbauerfolge und die weitgehende Erledigung der § 70 BWG Prüfungsfeststellungen in einer Herabsetzung der Eigenmittelvorgabe für die kommenden Jahre würdigt, ist nicht abschätzbar. Genauso ist auf Basis der heute vorliegenden Informationen nicht einschätzbar, wie die Ergebnisse aus dem derzeit laufenden Asset Quality Review (AQR) Prozess und dem sich anschließenden Stresstest auf die Vorschreibung der Verbund-Eigenmittelquote wirken werden.

Die Eigenmittelquote des Volksbanken-Verbundes lag zum 31.12.2013 bei 14,9% (Basel II, ungeprüft). Aufgrund der aktuellen Planung von ÖVAG und Volksbanken kann für den Ultimo 2014 mit einer Verbund-Eigenmittelquote nach Basel III von 14,4% gerechnet werden.

Mögliche, wengleich auch aus heutiger Sicht nicht absehbare, über die Planung hinausgehende Belastungen, etwa aus dem AQR bzw. dem Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG können diese Planwerte und damit die Erfüllung dieser Vorgaben gefährden.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt für die Jahre ab 2015 jedoch ein deutliches Absinken der Eigenmittelquoten im Verbund. Dies resultiert vor allem aus Eigenmittelreduktionen aufgrund:

- der Vereinbarungen mit der Republik Österreich respektive der Europäischen Kommission (Wegfall der Anrechenbarkeit des staatlichen Partizipationskapitals im Ausmaß von EUR 300 Mio., Verlust der Anrechenbarkeit von Minderheiten und Kapital-Unterschiedsbeträgen aufgrund des Verkaufs von VB Leasing International respektive VB Romania 2014 und 2015 im Ausmaß von knapp EUR 500 Mio.),
- diverser Basel III – Effekte (Phasing out des Haftsummenzuschlages im Ausmaß von mehr als EUR 300 Mio., des privaten Partizipationskapitals im Verbund im Ausmaß von EUR 180 Mio.)
- der vorhersehbaren, in der Planung erwarteten, Belastungen aus dem weiteren Abbau des Non Core Portfolios der ÖVAG.

Die aktuelle Mittelfristplanung zeigt in 2015 eine Eigenmittelunterdeckung im Verbund, wenn die Aufsichtsbehörde - wie angekündigt - eine Eigenmittelquote von 13,6% auf Grundlage eines JRAD-Bescheids vorschreibt. Soweit dies der Vorstand zu überblicken vermag, fehlt zurzeit eine europaweit einheitliche Sichtweise der Aufsichtsbehörden zum rechtlichen Status einer im JRAD-Prozess vorgeschriebenen SREP Quote, wobei auch der Umfang der Maßnahmen und Sanktionen, welche die Aufsichtsbehörden bei Nichteinhaltung setzen bzw verhängen würden, aus heutiger Sicht schwer absehbar sind.

Es wurden daher bereits vorsorglich eine Reihe weiterer Initiativen gestartet. Verschiedene Programme zur RWA-Entlastung im Rahmen des Verbundes haben bereits dazu geführt, dass trotz eines geringen Kreditwachstums im Jahr 2013 die RWAs auf der Primär-ebene um EUR 400 Mio. gesunken sind. Diese Initiativen sind aus Sicht des ÖVAG Vorstandes auch in den kommenden Jahren fortzusetzen, um eine über die aktuelle Planung hinausgehende RWA-Entlastung zu erreichen. Eine Machbarkeitsstudie, ob ein Umstieg auf den IRB Ansatz zu einer relevanten RWA-Entlastung führen kann, ist beauftragt. Zusätzlich werden Möglichkeiten und Voraussetzungen evaluiert, Basel III-fähige Neuemissionen zu begeben (auch wenn die Emissionsfähigkeit aus heutiger Sicht eingeschränkt erscheint). Schließlich werden auch Gespräche über Maßnahmen zur weiteren Optimierung der bestehenden Eigenkapitalstruktur mit den Aktionären bzw. Inhabern von Partizipationskapital zu führen sein.

Die Europäische Kommission und die Republik Österreich haben im Zuge der gewährten staatlichen Beihilfen im Jahr 2012 der ÖVAG ein ambitioniertes Abbauprogramm vorgeschrieben. Dieses Abbauprogramm ist für die ÖVAG rechtlich bindend und durch die Organe der ÖVAG umzusetzen. Der Abbau, und dabei insbesondere der verpflichtende Verkauf der Beteiligungen innerhalb des durch die Europäische Kommission vorgegebenen engen Zeitplans, kann daher auch nicht gestoppt werden, um den Wegfall von Minderheiten zu unterbinden.

Zur Verbesserung der aktuellen Mittelfristplanung wurde 2013 ein umfassendes Strategieprojekt für den Volksbanken-Verbund aufgesetzt. Ziel ist es, kurz- und mittelfristig alle Ertragspotentiale und Kostensynergien im Verbund zu heben. Nach derzeitigem Arbeitsstand würden aktuell 55 Volksbanken respektive Spezialinstitute auf 9 Bundesländer-Volksbanken plus 3 Spezialinstitute verschmolzen. Aufgrund harmonisierter Aufbau- und Ablauforganisation dieser Volksbanken können bei regionaler Verankerung und Markthoheit die Vorteile einer konzernähnlichen Divisionalisierung gehoben werden. Durch dieses Programm soll bis zum Jahr 2018 ein zusätzlicher Ergebnisbeitrag in signifikantem Ausmaß erzielt werden. Diesem zusätzlichen Ertrag stehen vor allem in den Jahren 2014-2016 allerdings auch Umsetzungskosten gegenüber.

Durch die Summe dieser Maßnahmen sollte es langfristig gelingen, die Eigenmittelquoten der aktuellen Mittelfristplanung zu verbessern. Ob die damit mittelfristig einhergehende verbesserte Ertragskraft des Verbundes eine Basis für eine Kapitalstärkung von außen sein kann, hängt davon ab, wie die Nachhaltigkeit der Neuausrichtung von potentiellen Investoren eingeschätzt wird.

Umgekehrt ist nicht auszuschließen, wengleich aus heutiger Sicht nicht absehbar, dass die Kosten des weiteren Abbaus des Non Core Portfolios höher liegen können, als in der Mittelfristplanung angenommen und damit die positiven Effekte konterkarieren.

Für das ÖVAG-Einzelinstitut kann aufgrund der zahlreichen Initiativen, so wie oben dargelegt, davon ausgegangen werden, dass die gesetzlich geforderten Eigenmittelquoten entlang der Mittelfristplanung eingehalten werden. Für den Volksbanken-Verbund wird erwartet, dass die Aufsichtsbehörden mit JRAD-Bescheid die Eigenmittelquote weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen und auch die beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen - zumindest kurzfristig - anheben werden; diese Eigenmittelquote wird vorerst auch eingehalten werden können. Eine im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses für den Volksbanken-Verbund mittelfristig vorgeschriebene Eigenmittelquote von 13,6%, die nicht nur über den gesetzlichen Mindestanforderungen, sondern auch über den beihilferechtlich angenommenen Kapitalanforderungen liegt, wird aber nur eingehalten werden können, wenn:

- ausreichende Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Verbesserung der Emissionsfähigkeit des Verbundes geschaffen werden können, und/oder
- die kurzfristig sehr stark angehobene Eigenmittel-Quote im Rahmen des tourlichen JRAD-Prozesses in Würdigung der in Einklang mit den Vorgaben der Beihilferechtsentscheidung der Europäischen Kommission erfolgreich umgesetzten Abbaumaßnahmen auch wieder entsprechend nach unten korrigiert wird, und/oder
- geeignete Maßnahmen zur Optimierung der bestehenden ÖVAG-Eigenkapitalstruktur umgesetzt werden können bzw. geeignete Maßnahmen zur Kapitalerhöhung seitens der Eigentümer erfolgen.

2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Aktuelle Entwicklungen

Die ÖVAG ist aufgrund der Auflagen aus der Restrukturierungsvereinbarung mit der Republik Österreich vom 26. April 2012 und dem darauf aufbauenden Bescheid der EU-Kommission vom 19. September 2012 gezwungen, in den kommenden Jahren wesentliche Geschäftsfelder und Beteiligungen im In- und Ausland abzugeben.

Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt.

Die ÖVAG verfügt über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge aus Spreadrisiken schlagend werden.

2.2.2 Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet die Bank einerseits durch den enorm hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten, andererseits durch mögliche höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindestfordernis nach Basel II und Basel III wesentlich hinausgehen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die bereits erfolgten Ausführungen im Zusammenhang mit dem Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) sowie dem Asset Quality Review (AQR) und dem Banken-Stresstest 2014.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden ÖVAG-intern gemäß der Basel II Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der ÖVAG verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Daher kommen derzeit folgende Methoden zur Berechnung des Mindestkapitalerfordernisses je Risikoart zur Anwendung:

- Kreditrisiko: Standardansatz. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kreditinstitute-Verbands gemäß §30a BWG kam es per 30.9.2012 zu einem Rückstieg vom IRB-Ansatz auf den Standardansatz. Mit der Genehmigung für diesen Umstieg durch die FMA war die Auflage verbunden, alle Risikomanagementsysteme „IRB-fit“ zu belassen. Eine detaillierte Darstellung der aufsichtsrechtlich genehmigten Ansätze und der Übergangsregelungen erfolgt im Zuge der Offenlegung gemäß § 16 Abs 1 Z 1 OffV.
- Marktrisiko: Standardansatz. Die ÖVAG hat 2011 aufgrund des Umstiegs auf Murex als Front – und Back-office System und dem damit verbundenen Genehmigungsprozess das 2005 genehmigte interne Modell temporär zurückgelegt.
- Operationelles Risiko: Standardansatz

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip).

Säule 3 Offenlegung in der ÖVAG

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gem. Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (Offenlegungsverordnung – OffV) auf der institutseigenen Homepage www.volksbank.com unter Investor Relations / Risikomanagement nachgekommen.

2.2.3 Kontrahentenrisiko

Kontrahentenrisiko (Counterparty-Risk) ist das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem unbesicherten over the counter (OTC) Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommen kann und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für die ÖVAG eintritt.

Von den OTC-Derivaten der ÖVAG waren per Stichtag 31.12.2013 rund 95% mittels CSA besichert. Dem Kontrahentenrisiko der restlichen fünf Prozent wurde mittels Credit Value Adjustments Rechnung getragen, da es sich bei den betroffenen Positionen um Derivate des Handelsbuches handelt und positive Marktwerte bilanziert werden.

Der CVA Charge für 2013 beträgt rd. EUR 5,5 Mio. und wurde als sonstige Rückstellung dotiert.

2.2.4 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden in der ÖVAG folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das Tilgungsträgerisiko
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das Transferrisiko der Cross-Broder Finanzierungen
- das Makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer der ÖVAG sind, entstehen können.

Kontrahentenausfallrisiko siehe Punkt 2.2.3

Unter Tilgungsträgerisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird um eine Forderung zu tilgen nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht die betreffende Finanzierung abzudecken. Diese Lücke zwischen des erwarteten Ansparvolumens und des aushaftenden Betrags bei Laufzeitenden dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Das FX-Risiko aus Fremdwährungsverträgen entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Moratoriums werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch -fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Unter dem Makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt.

Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) ist für Verluste verantwortlich, die sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind Verlust noch nicht schlagend geworden jedoch ist die Wahrscheinlichkeit signifikant gestiegen, dass sich daraus potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde.

2.2.5 Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Die ÖVAG unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko
- Allgemeines Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Optionsrisiken

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisikowerte eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikomanagement, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung quartalsweise oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Besonderes Augenmerk wird dem Credit Spread-Risiko im Strategischen Bankbuch (Strategische Bankbuchpositionen – SBBP) gewidmet. Dieses umfasst im Wesentlichen sämtliche Bonds, Credit Default Swaps und Verbriefungen. Credit Linked Notes, Fonds, Schuldscheindarlehen, Syndicated Loans, Investment- und Hedgefonds sowie Aktien im Nostro-Bestand der ÖVAG werden ebenfalls erfasst, sind aber von untergeordneter Bedeutung.

Eine Option ist das Recht, aber nicht die Pflicht, des Optionsinhabers zu kaufen, zu verkaufen und in einer anderen Art die cash flows eines Finanzkontrakts zu verändern. Optionen können allein stehend oder in andere Finanzinstrumente eingebettet sein.

Unter dem impliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus in Forderungs-, Verbindlichkeits- und off-balance Positionen eingebetteten Optionen verstanden. Unter dem expliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus allein stehenden, zinsbezogenen Optionen bezeichnet (asymmetrische Zinsderivate).

2.2.6 Operationelles Risiko

Die ÖVAG definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Über die bankgesetzlichen Vorschriften hinausgehend werden in der ÖVAG ebenso Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken, wie beispielweise jene aus Geschäftsprozessunterbrechnungen, in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Neben den normalen operativen Aktivitäten lag ein Schwerpunkt 2013 in der Konzeptionierung und Implementierung des OpRisk-Konzeptes im Volksbanken-Verbund nach § 30a BWG. Gemeinsam mit Primärbankvertretern wurden die Methoden, Systeme (z.B. einheitliche Plattform für die Ereignisdatensammlung, Reports zur einheitlichen Betriebsertragszuordnung zu Basel Geschäftsfeldern, ...) und Richtlinien überarbeitet um das Ziel, das Eigenmittelerfordernis für operationelle Risiken für den gesamten Volksbanken-Verbund ab 1.4.2014 nach dem Standardansatz zu ermitteln, erreichen zu können.

Parallel dazu wurden im Rahmen von Qualitätsmanagementprojekten in einigen Primärbanken Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Form von Qualitätsmanagementprojekten angeboten und gemeinsam Risikoklausuren und Notfallplanungen durchgeführt sowie Schulungen und Bewusstseinsmaßnahmen über die Volksbank Akademie durchgeführt.

2.2.7 Liquiditätsrisiko

Es wird zwischen dem strukturellen und dem dispositiven / operationellen Liquiditätsrisiko unterschieden.

Das mit Eigenkapital zu unterlegende strukturelle Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Verteuerung der mittel- bis langfristigen Refinanzierung aufgrund einer Verschlechterung der eigenen Bonität.

Das dispositive / operationelle Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das sich aus Ungleichgewichten in der Gegenüberstellung der Fälligkeiten von kurzfristigen Forderungen und kurzfristigen Verbindlichkeiten ergeben kann. Die Steuerung des dispositiven / operationellen Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von Cashflows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

2.2.8 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht die ÖVAG das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung teilweise oder gänzlich an Wert verliert oder nur unter Realisierung eines Verlustes verkauft werden kann. Da dieses Risiko für die Bank wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in die Ausprägungen Ausfallrisiko von Beteiligungen, Abwertungsrisiko von Beteiligungen und FX-Risiko aus Beteiligungen unterteilt.

Das Beteiligungsvolumen vor Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31.12.2013 EUR 2.656 Mio. wovon EUR 2.607 Mio. auf verbundene Unternehmen und EUR 49 Mio. auf Beteiligungsunternehmen entfallen. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind vorwiegend dem Finanzdienstleistungssektor zuzuordnen. Im Vergleich zum 31.12.2013 erhöhte sich das Beteiligungsvolumen vor Abwertungen und Risikovorsorgen um 3,0%, was hauptsächlich auf einen Großmutterzuschuß an die VBI Holding GmbH zurückzuführen ist. Zum 31.12.2013 liegen kumulierte Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 1.550 Mio. und auf Beteiligungen in Höhe von EUR 20 Mio. vor.

Abwertungen von Beteiligungen und verbundenen Unternehmen wurden 2013 in Höhe von EUR 186,0 Mio. vorgenommen. Die größten Abschreibungen betrafen mit EUR 78,0 Mio. Anteile an der RZB und mit EUR 11 Mio. Anteile an der VB Holding AG, welche indirekt über die Unternehmensbeteiligung Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehalten werden, und mit EUR 61,2 Mio. die VBI Holding (Gesellschafterzuschuss für Kapitalmaßnahmen bei der Volksbank Romania S.A.). Weiters wurden Rückstellungen für Beteiligungsrisiken in Höhe von EUR 64,1 Mio. dotiert. Hinsichtlich der Bewertungen in Zusammenhang mit der Volksbank Romania S.A. verweisen wir auf das nachfolgende Kapitel.

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

2.2.9 Volksbank Romania S.A.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51%ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. Der Buchwert der VB Romania wurde in der Vergangenheit bereits vollständig abgeschrieben. Aufgrund einer im ersten Halbjahr 2013 durchgeführten Neubewertung von Immobiliensicherheiten sowie infolge drohender Prozessrisiken waren im laufenden Geschäftsjahr von der VB Romania S.A. signifikante Risikovorsorgen zu erfassen. In Kombination mit der Eigenmittelplanung gemäß Basel III errechnet sich ein deutlich gestiegener Eigenmittelbedarf.

Zur Stabilisierung der Eigenmittelquoten der VB Romania S.A. wurde seitens der Eigentümer im Oktober 2013 eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt EUR 120 Mio. durchgeführt. Der auf die ÖVAG indirekt über die VBI Holding entfallende Anteil betrug EUR 61 Mio und wurde in Form eines Gesellschafterzuschusses geleistet, welcher im vorliegenden Abschluss zur Gänze abgeschrieben wurde. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr zur Entlastung der Liquiditätssituation der VB Romania seitens der ÖVAG bestehende Refinanzierungslinien durch die Vereinbarung von Anschlussfinanzierungen hinsichtlich ihrer Laufzeit und ihrem Fälligkeitsprofil angepasst. Mit dieser Maßnahme sollten insbesondere hohe Refinanzierungsvolumina mit Fälligkeiten in 2017 und 2018 entschärft und dem geplanten Primärmittelaufbau der VB Romania angepasst werden.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die aushaftenden Refinanzierungen der ÖVAG gegenüber der VB Romania EUR 0,9 Mrd. (31.12.2012: EUR 1,4 Mrd.). Die ÖVAG geht derzeit davon aus, dass auf Basis der vorliegenden Unterlagen der VB Romania und in Folge der Anpassung der Fälligkeiten der Refinanzierungslinie an den Liquiditätsbedarf und den erwarteten Primäreinlagenaufbau der VB Romania die Rückführun-

gen gemäß der angepeilten Laufzeiten erfolgen werden, wenngleich nicht abschätzbar ist, ob angesichts des schwierigen und volatilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch Stressszenarien denkbar sind, die – auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist – zur Bedrohungen des Wertansatzes für das Engagement der ÖVAG gegenüber der Volksbank Romania S.A. führen könnten. Darüber hinaus ist nicht abschätzbar, ob im Rahmen des Verkaufsprozesses ergebnisbelastende Maßnahmen gesetzt werden müssen oder sonstige Zugeständnisse erforderlich werden.

Für drohende Verluste aus dem in Vorbereitung befindlichen Verkauf der Volksbank Romania S.A. wurde 2013 eine Rückstellung in Höhe von EUR 62,0 Mio. dotiert.

Mit dem Vorliegen der detaillierten Mittelfristplanung der VB Romania sowie einer besseren Einschätzung des Marktumfeldes mit Beginn des Verkaufsprozesses, der bis spätestens 31. Dezember 2015 abzuschließen ist, wird sich auch eine Schärfung des Risikobildes ergeben.

2.2.10 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die ÖVAG dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber. Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für die ÖVAG, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immmanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

In der ÖVAG sind zinssatz-, währungs- und kreditbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Hinsichtlich der Volumina (Derivatespiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 237a UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) verwiesen. Im Bankbuch werden Finanzinstrumente in erster Linie zu Hedgingzwecken verwendet, d.h. zur Absicherung von Liquiditäts-, Fremdwährungs-, Credit-Spread- und Zinsänderungsrisiken sowie von Risiken in Substanzwerten.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom Dezember 2012 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Zinsrisiken durch Kreditinstitute werden angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2013 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt. Effektivitätsmessungen werden für Bewertungseinheiten laufend vorgenommen. Für negative Marktwerte aus ineffektiven Bewertungseinheiten werden entsprechende Risikovorsorgen (Rückstellungen) gebildet.

Im Handelsbuch werden Finanzinstrumente mit der Absicht verwendet, bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Schwankungen von Marktpreisen kurzfristig zu nutzen. Die Einhaltung der Limite im Handelsbuch werden durch eine eigene Marktrisikoaufteilung laufend überwacht (siehe dazu unter Pkt. 2.3.6 „Marktrisiko“). Für die Kontrolle des Marktrisikos werden Backtesting-Berechnungen angestellt, die täglich die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüfen.

Dem Kontrahentenrisiko für positive Marktwerte aus unbesicherten Zinssteuerungsderivaten des Handelsbuches wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko – Rechnung getragen. Die CVA Charge wird durch Multiplikation von Exposure, Probability of Default und Loss given Default sowie Add-On Faktoren, die von der Laufzeit und der Bonität des zugrunde liegenden Derivategeschäftes (Zinsen, Währungen, Aktien, Commodities) abhängen und als Prozentsatz des Nominales ausgedrückt werden, approximiert.

3 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die ÖVAG betreibt keine Forschung und Entwicklung.

4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet und deren Leiter berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

4.1 Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). Der Vorstand gibt in der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vor.

Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in umfangreichen internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat.

Jedes Hauptbuchkonto hat einen klar definierten Verantwortlichen. Zweimal jährlich wird der Saldo der Verrechnungskonten gemäß einer im internen Regelwerk (Richtlinie: Bestands- und Verrechnungskonten, Inventuraufnahme) definierten Vorgangsweise überprüft. Diese Überprüfung ist schriftlich zu dokumentieren. Die Kontrolle und Ablage der ordnungsgemäßen Dokumentation dient sowohl für die Internen Revision als auch für den Wirtschaftsprüfer im Zuge der Jahresabschlussprüfungen als Prüfungsunterlage.

4.2 Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungs-Prozesse und Abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

4.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des Internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Management-Kontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Management-Kontrollen) erfolgt automationsunterstützt mittels der Software „BART“.

4.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Ein Managementreport wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

4.5 Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden.

Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, 24. März 2014



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter



Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor



Mag. Christoph Raninger
Vorstandsdirektor



Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013
24. März 2014

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Bankprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.



*Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013
24. März 2014*

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Bankprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Bankprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang zur Unternehmensfortführung, insbesondere zur Erfüllbarkeit aufsichtsrechtlicher Eigenmittelquoten sowie zur Bewertung der bestehenden Refinanzierungslinien für die Volksbank Romania S.A. in Höhe von 887,5 Mio EUR.



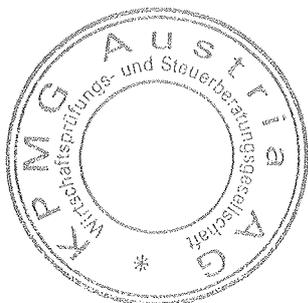
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 24. März 2014



KPMG Austria AG
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


Mag. Bernhard Mechtler
Wirtschaftsprüfer


Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

PERSONEN UND ADRESSEN

- 204** ÖVAG Konzern
- 205** Ansprechpartner
- 206** Terminologie
- 207** Impressum

ÖVAG KONZERN

Zentrale

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft
1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004 - 0
Telefax: +43/0/50 4004 - 3682
e-mail: info@volksbank.com
Internet: www.volksbank.com

Ausgewählte Tochtergesellschaften und Beteiligungen

Allgemeine Bausparkasse reg.Gen.m.b.H.

1091 Wien, Liechtensteinstraße 111-115
Telefon: +43/1/313 80-0
Telefax: +43/1/313 80-209
e-mail: service@abv.at
Internet: www.abv.at

VB Services für Banken Ges.m.b.H.

1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-0
Telefax: +43/0/50 4004-87545
e-mail: vbservices@volksbank.com
Internet: www.vbservices.volksbank.com

VB Real Estate Services GmbH

1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43/0/50 4004-3636
Telefax: +43/0/50 4004-3639
e-mail: mail@vb-real-estate.com
Internet: www.vb-real-estate.com

Immo Kapitalanlage AG

1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-3938
Telefax: +43/0/50 4004-3767
e-mail: info@immokag.at
Internet: www.immokag.at

VB Factoring Bank Aktiengesellschaft

5033 Salzburg, Thumegger Straße 2
Telefon: +43/662/62 35 53-0
Telefax: +43/662/62 35 53-160
e-mail: info@vbfactoring.at
Internet: www.vbfactoring.at

VB Leasing

Finanzierungsgesellschaft m.b.H.

1090 Wien, Wasagasse 2
Telefon: +43/0/50 4004-7766
Telefax: +43/0/50 4004-7265
e-mail: office@vbleasing.at
Internet: www.vbleasing.at

VB-Leasing International Holding GmbH

1090 Wien, Wasagasse 2
Telefon: +43/0/50 4004 - 7133
Telefax: +43/0/50 4004 - 7122
e-mail: office@vbleasing.com
Internet: www.vbleasing.com
In folgenden Ländern vertreten:
Tschechien, Slowenien, Kroatien, Polen,
Bosnien-Herzegowina, Slowakei, Serbien
und Rumänien

Volksbank Malta Ltd.

53, Dingli Street
Sliema SLM 1902
Telefon: +356/27 77 77 77
Telefax: +356/21 33 60 90
e-mail: info@volksbank.com.mt
Internet: www.volksbank.com.mt

Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG

1110 Wien, ERGO Center, Businesspark
Marximum/Objekt 3, Modecenterstraße 17
Telefon: +43/1/313 41-6970
Telefax: +43/1/313 41-96970
e-mail: bav@victoria.at
Internet: www.betrieblich-vorsorgen.at

Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG

1110 Wien, ERGO Center, Businesspark
Marximum/Objekt 3, Modecenterstraße 17
Telefon: +43/1/313 41-6960
Telefax: +43/1/313 41-96960
e-mail: vk@victoria.at
Internet: www.betrieblich-vorsorgen.at

Volksbank Invest

Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.

1090 Wien, Kolingasse 14 - 16
Telefon: +43/0/50 4004 - 3638
Telefax: +43/0/50 4004 - 3191
e-mail:
volksbankinvestments@volksbank.com
Internet: www.volksbankinvest.com

Dachverband

Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)

1013 Wien, Löwelstraße 14
Telefon: +43/0/50 40041-0
Telefax: +43/0/50 40041-450
e-mail: service@oegv.volksbank.at
Internet: www.diegenossenschaft.info

ANSPRECHPARTNER

Kommerzgeschäft

Mag. Martin Handrich

e-mail: martin.handrich@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-4250
Telefax: +43/0/50 4004-84250

Finanzierungen

Mag. Peter Stanzer

VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H.
e-mail: peter.stanzer@vbleasing.at
Telefon: +43/0/50 4004 - 7260
Telefax: +43/0/50 4004 - 87260

Herbert Auer

VB Factoring Bank AG
e-mail: h.auer@vbfactoring.at
Telefon: +43/662/62 35 53 - 200
Telefax: +43/662/62 35 53 - 55200

Retail

Mag. Manfred Wolf

VB-Leasing International Holding GmbH
e-mail: manfred.wolf@vbleasing.at
Telefon: +43/0/50 4004 - 7122
Telefax: +43/0/50 4004 - 87122

Non-Core

Thomas Kurzmann

VB Real Estate Services GmbH
e-mail:
thomas.kurzmann@vb-real-estate.com
Telefon: +43/0/50 4004-3956
Telefax: +43/0/50 4004-83956

Markt

Michael Santer

Financial Markets & Group Treasury
e-mail: michael.santer@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004 - 3178
Telefax: +43/0/50 4004 - 83178

Friedrich Strobl, MBA

Capital Markets, Products & Sales
e-mail: friedrich.strobl@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004 - 3721
Telefax: +43/0/50 4004 - 83721

Karl Kinsky, MBA

Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
e-mail: karl.kinsky@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3338
Telefax: +43/0/50 4004-83338

Risiko Management

Mag. Franz Reif

Strategisches Risikomanagement
e-mail: franz.reif@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004 - 3177
Telefax: +43/0/50 4004 - 3643

Mag. Hans Janeschitz

Operatives Risikomanagement
e-mail: hans.janeschitz@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004 - 3376
Telefax: +43/0/50 4004 - 83376

Marketing & Kommunikation

Mag. Thomas Heimhofer

e-mail: thomas.heimhofer@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004 - 7905
Telefax: +43/0/50 4004 - 87905

Corporate Responsibility

Mag. Mirjam Ernst, MAS

e-mail: mirjam.ernst@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3686
Telefax: +43/0/50 4004-83686
www.verantwortung.volksbank.com

TERMINOLOGIE

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (kurz: ÖVAG)

Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes § 30a BWG
Internationale Bezeichnung: Volksbank AG
(kurz: VBAG)

Volksbanken-Verbund § 30a BWG

Volksbank Primärstufe, ÖVAG Konzern, Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.mbH. „Verbund“ bezeichnet die Gesamtheit der Mitglieder und den von den Mitgliedern gebildeten Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG.

Konzern der Österreichischen Volksbanken-AG oder ÖVAG-Konzern

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften VB-Factoring Bank AG, Volksbank Malta Ltd., Volksbank Romania S.A., VB Real Estate Services GmbH, VB-Leasing International Holding GmbH, VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H.

Volksbank Primärstufe

48 regionale Volksbanken, 6 Spezialbanken (Österreichische Apothekerbank eG, Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, IMMO-BANK Aktiengesellschaft, SPARDA-BANK LINZ, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, SPARDA-BANK VILLACH/INNSBRUCK registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft), 4 Hauskreditgenossenschaften und die Bausparkasse ABV.

Volksbank-Sektor

Volksbank Primärstufe, ÖVAG im Einzelabschluss, VB Factoring AG, Volksbank Quadratbank AG

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Früherkennung im Verbund § 30a BWG erfolgt durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Die Primärinstitute, die ÖVAG und die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.mbH. sind ordentliche Mitglieder des ÖGV.

Impressum:

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004 - 0
e-Mail: info@volksbank.com
Internet: www.volksbank.com

Konzernberichts-Team:

Walter Gröbinger, Karl Kinsky, MBA,
Dipl-Kfm. Heiner Klein, CPA, Petra Roth, Mag. Gudrun Zillich

Redaktion:

Konzernberichts-Team, Mag. Sonja Bartsch,
Mag. Manuela Elsensohn-Pauser, Martina Kurz

Gestaltung und Produktion:

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft,
Grafik & Design
1090 Wien, Kolingasse 14-16

Fotos:

Robert Polster

Redaktionsschluss:

24. März 2014